

NGF

Die Neue Gesellschaft 6

1982
29. Jahrgang

*Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von*
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

Redaktionsbeirat:
Heimut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)
Iring Fetscher
Martin Greiffenhagen
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 6,- DM, Jahresabonnement 48,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 11

Zum Inhalt

Eine Woche vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen übergoß sich die 25jährige Türkin Semra Ertan in der Hansestadt mit fünf Litern Benzin und setzte sich in Brand. Mit ihrem qualvollen Tod wollte sie, wie sie es zuvor angekündigt hatte, auf das Elend und die menschenunwürdige Behandlung ihrer türkischen Landsleute hierzulande aufmerksam machen.

Es hätte dieses schrecklichen Fanals nicht bedurft, um die Diskussion um die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik neu zu entfachen. Spätestens seit den Kommunalwahlen in Kiel, wo eine „Liste für Ausländerbegrenzung“ 3,8 Prozent der Stimmen errang, wissen wir, daß die Ausländerproblematik nicht nur ungeheuren sozialen Sprengstoff in sich birgt, sondern auch politisch virulent werden kann. Nachdem nun in Hamburg eine ähnliche Gruppierung ein eher klägliches (aber immer noch zu hohes) Wahlergebnis erzielt hat, wird man sicherlich nicht achselzuckend wieder zur Tagesordnung übergehen können. „Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit“, schrieb Willy Brandt Ende März an die Veranstalter eines Kongresses zu diesem Thema in Heidelberg, „muß alle Demokraten und all jene, die es mit der Solidarität in den gesellschaftlichen Beziehungen ernst meinen, wach machen und gegen die gefährliche Neigung in Front bringen.“

Mag man das, was sich vielerorts schon in gewalttätigen Aktivitäten gegen ausländische Mitbürger entläßt, je nach dem eigenen Standort auf archaische Urängste gegen „Überfremdung“ zurückführen oder darin den Bodensatz längst überwunden geglaubter völkischer Ideologien erblicken oder als Reaktion deklassierter „subproletarischer Elemente“ auf eine infolge wirtschaftlicher Krisenverhältnisse verschärfte Konkurrenz zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitskräften deuten – fest steht jedenfalls, wie Hans-Jochen Vogel im NG-Gespräch betont, daß diesem irrationalen Phänomen der Ausländerfeindlichkeit nur durch geduldige und beharrliche Überzeugungsarbeit begegnet werden kann.

Als anfällig für die billig-plumpen „Ausländer raus“-Parolen hat sich, zugegebenermaßen, auch mancher sozialdemokratische Wähler und manches Gewerkschaftsmitglied erwiesen. Dies leugnen zu wollen, weil das Eingeständnis dessen peinlich erscheint, hieße zugleich die Augen verschließen vor real vorhandenen Strömungen in einem Teil unserer Bevölkerung und die Gefahren verkennen, die daraus möglicherweise erwachsen werden. Einstwei-

len hat die Erfahrung von Kiel – wie Klaus Rave in seinem Artikel nachweist – gelehrt, daß eine „Doppelstrategie von Totschweigen und Draufhauen“ kein geeignetes Mittel ist, um tiefverwurzelte Ressentiments ebenso wie oberflächliche Vorurteile auszuräumen.

Sicherlich kann es für die Sozialdemokraten in dieser Auseinandersetzung erst ganz zuletzt darum gehen, ihre Wähler bei der Stange zu halten. Wäre ihnen bloß daran gelegen, bräuchten sie sich lediglich auf dem bequemeren Weg des Populismus zu begeben. Offensichtlich aber rührt die wachsende Ausländerfeindlichkeit an den Kern sozialdemokratischen Selbstverständnisses. Gefordert ist vor allem die Solidarität mit den ausländischen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, wo sie wie alle anderen ihre Arbeit verrichten und damit zum Wohland unserer gesamten Gesellschaft beitragen. Und die oft katastrophalen Wohn- und Lebensverhältnisse ausländischer Mitbürger können denen, die es ernst meinen mit dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, ebensowenig gleichgültig sein. Von immerhin ermutigenden Ansätzen kann Walter Beer aus seinen Erfahrungen im deutschen Steinkohlenbergbau berichten, obwohl oder vielleicht sogar weil gerade dort der Anteil ausländischer Arbeitnehmer außerordentlich hoch ist.

Weniger ermutigend erschien hingegen der Verlauf der Debatte um die „Ausländerpolitischen Grundpositionen der Bundesregierung“ am 4. Februar im Deutschen Bundestag: Schon durch die Auswahl ihrer Redner – so z. B. Alfred Dregger und Carl-Dieter Spranger – ließ die Union Zweifel aufkommen, ob der bisher durchaus vorhandene und sorgsam gehütete Grundkonsens in der Ausländerpolitik weiter Bestand haben wird. Völlig zu Recht hat Friedrich Hölscher für die FDP-Fraktion erklärt, der von der Oppositionsfraktion vorgelegte Antrag stelle „eine fundamentale Umkehrung“ dessen dar, was bislang von allen Fraktionen, einschließlich der CDU/CSU, für richtig und notwendig befunden worden sei.

In einer sehr nachdenklichen Rede hat Herbert Schnoor auf die „gemeinsame Verantwortung“ aller politischen Kräfte hingewiesen, „die latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit nicht zum Nährboden rechtsextremistischem Gedankenguts“ werden zu lassen. „Wenn es so etwas wie die Kultur eines Volkes oder die ethische Reife eines Volkes gibt, dann ist jedenfalls der Gradmesser dafür, wie man mit Schwachen und Minderheiten umgeht.“



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
508	Peter Glotz	Hamburg und die Zeitendenzen
		Thema: Ausländerpolitik
510	NG-Gespräch mit Hans-Jochen Vogel	Mit den Prinzipien Ernst machen!
515	Herbert Schnoor	An unserer Ausländerpolitik wird sich erweisen, ob wir ein Kulturvolk sind
519	Hugo Brandt	Probleme mit ausländischen Mitbürgern
529	Hermann Korte	Aktuelle Probleme der Remigration ehemaliger Gastarbeiter und ihrer Familien
535	Patrik von zur Mühlen	Ausländerpolitik
542	Walter Beer	Ausländer am Arbeitsplatz
544	Klaus Rave	Delchbruch durch die Welle des Ausländermasses
547	Bodo Hager	Wirtschaftliche, politische und soziale Hintergründe des Flüchtlingsproblems in der Bundesrepublik Deutschland
552	Heinrich Michael Broder	Programm zur Beschäftigung von 1 Million Arbeitnehmern und zur Entlastung der Staatshaushalte
557	Nikolaus Piper	Arbeitsmarktpolitik in der Wachstumskrise
561	Jiří Kosta	Debatten über ein alternatives Wirtschaftssystem
567	Vera Rüdiger	Das Verhältnis von Bund und Ländern in der praktischen Arbeit des Bundesrates
571	Peter von Oertzen	Zur Rolle der Geschichte im politischen Bewußtsein
578	Hans Mommsen	Sozialdemokratie und Geschichte
582	Susanne Miller	Leonard Nelson — ein revolutionärer Revisionist
585	Thomas Meyer	Die Aktualität Leonard Nelsons
		Berichte aus europäischen Ländern
589	Europäische Gemeinschaft	Letztes Wort beim Kapital
590	Belgien	Prognose mit Pferdefuß
591	Dänemark	Von Anfang an abgeraten
593	Frankreich	Aufstand der Privilegierten
595	Griechenland	Positionen verdeutlicht
596	Großbritannien	Unpatriotische Ausgewogenheit
597	Irland	Elementares Interesse
598	Italien	Teilweise handgreiflich
599	Luxemburg	Kulturkampf
600	Niederlande	Historische Krise
601		Leserbriefe
603		Kritik

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Verlages J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, bei



Peter Glotz: Hamburg und die Zeittendenzen

Es klingt fast zynisch, ist aber nur plausibel: Wirklich Neues hat uns die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft nicht gelehrt. Natürlich konnte niemand das Ergebnis im einzelnen voraussagen – es hätte optisch leicht besser aussehen können. Schon ein guter Prozentpunkt, jeweils auf die Ergebnisse von SPD und FDP draufgelegt, hätte einen „Sieg“ möglich gemacht – es ging, wie Klaus von Dohnanyi von vornherein vorausgesagt hat, immer um zwei Prozent hin und her. In Wirklichkeit aber lehrt die Hamburger Wahl nichts, was man nicht schon am Berliner Wahlergebnis vom 10. Mai 1981 ablesen konnte: Früher feststellbare sozialstrukturelle Bindungen bei Wahlentscheidungen lösen sich, und dies ganz besonders in Großstädten. Die SPD muß einen langwierigen und systematischen Feldzug zur Rückgewinnung der großen Städte unternehmen; und weil diese Aufgaben nicht abstrakt an den Schreibtischen irgendwelcher Strategen gelöst werden können, sondern nur durch überzeugende, der Kleinarbeit ergebene, in der Kleinarbeit aber nicht erstickende Führungsfiguren, war es richtig und notwendig, daß Männer wie Jochen Vogel oder Klaus von Dohnanyi aus Bonn, wo sie bitter notwendig gewesen wären, an die „Basis“ zurückkehrten.

Denn das Großstadt-Syndrom, vor dem wir stehen, läßt sich nur in jahrelanger Arbeit auflösen. Es ist auch über viele Jahre hin entstanden; und so manch strahlender Wahlsieger von vorgestern hat die Misere, die jetzt sichtbar wird, mitverursacht. Der Rückgang des Arbeiteranteils in den Großstädten, das Anwachsen der Büroberufe, die Entleerung der Stadtkerne, das Einströmen ausländischer Mitbürger, die Entstehung neuer Zwischenschichten, die phantasielose Fortführung des Wohnungs- und Städtebaus der 50er bis in die 70er Jahre – dieses betäubende Gemisch von unaufhaltsamen Trends, politischen Fehlern (in Bund, Stadt und Land) und gelegentlichem moralischen Versagen ist jetzt nicht in einem einzigen Wahlkampf, sozusagen in einer sieg- und

ruckhaften Umwendung, wegzublasen. In den sogenannten „Skandalen“, die dann irgendwelche Eigen- oder Firmennamen bekommen – Garski, Stolzenberg, Neue Heimant – wird eine lange schleichende Entwicklung symbolisch auf den Nenner gebracht. Keiner soll glauben, daß eine solche Entwicklung, die jetzt auch noch durch die Wirtschaftskrise und die strukturellen Probleme eingeklemmter, handlungsschwacher Regierungen verschärft wird, mit Solidaritätsappellen und ein bißchen Kommunalpropaganda rasch zum Guten gewendet werden könnte.

Dies ist kein Defätismus; nur der Hinweis auf die Langfristigkeit der notwendigen Anstrengung. Die meisten Ministerämter oder Vorstandspositionen in wirtschaftlichen Unternehmungen sind leichter zu bewältigen als die Aufgaben des Bürgermeisters einer großen Stadt. Wir stehen am Anfang eines verflucht steinigen Weges.

Natürlich liegt über diesen strukturellen Verwerfungen das Geröll aktueller Tagespolitik. Die augenblicklich schwierige Situation der Bundesregierung hat die Bereitschaft der sozialdemokratischen Kernwählerschaft, zur Wahl zu gehen, nicht gerade gestärkt. Die CDU konnte ihr Wählerpotential voll mobilisieren; die SPD nicht. Und daß die Unsicherheit eines Teils der Bonner FDP-Führung die Chancen der Hamburger FDP weiter geschädigt hat, ist inzwischen nicht mehr umstritten.

Es ist zu hoffen, daß die SPD die vordergründige Rechts-Links-Systematik bei der Analyse von Wahlergebnissen inzwischen überwunden hat; und zwar durch die Zwischenergebnisse, die wir bei der Debatte um die Löwenthal-Thesen erreicht haben. Die Partei hat, so steht zu vermuten, etwa zwei Drittel der verlorenen Stimmen an die CDU und etwa ein Drittel an die GAL verloren. Beide Stimmenblöcke sind zu groß, als daß man einen davon achselzuckend aufgeben dürfte. Das Problem der Sozialdemokratie von heute ist nicht, daß sie zu links, zu grün oder zu rechts oder zu wenig Mitte ist, ihr Problem besteht darin, daß sie sich allzu oft von diesen Tendenzen hin- und herbeuteln läßt. Die Partei muß aufhören, nur Zeittendenzen zu analysieren und Wähler- oder Mitgliedergruppen hinterherzulaufen; ihr Ziel muß es sein, die Zeittendenzen zu bestimmen – und das fängt mit der Sprache an. Wer beispielsweise den neokonservativen Jargon („sozialer Wildwuchs“) gedankenlos übernimmt, der gerät in Gefahr, auch den neokonservativen Denkmodellen zu erliegen. Ähnliches gilt für die Sprachspiele der Spontis.

Wie geht es weiter? Die Entscheidung des Ham-

bürger Landesvorstands, vom Präsidium der Partei voll abgedeckt, ist richtig: Die CDU als stärkste Partei hat zuerst die Chance, eine Regierungsbildung zu versuchen; hat sie damit Erfolg, muß der Senat unter Klaus von Dohnanyi zurücktreten. Hat sie damit keinen Erfolg – was zu erwarten steht – wäre ein Rücktritt (und damit die Verwandlung eines amtierenden in einen geschäftsführenden Senat mit seinen geringeren Kompetenzen) eine Schwächung der Handlungsfähigkeit für die Stadt. Sie würde niemandem nützen; per Saldo nicht einmal der CDU. Die Parteien müssen versuchen, die Entscheidung des Wählers zu respektieren und trotz des komplizierten Wahlergebnisses vernünftig zu arbeiten. Erst wenn dieser Versuch scheitert, ergibt sich eine neue Situation; man wird dann neu wählen müssen.

Die Hamburger SPD muß sich jetzt sehr davor hüten, über der Frage der „Tolerierung“ in innere Kämpfe zu geraten. Sie darf sich von niemandem erpressen lassen und keine Politik zulassen, die sie selbst ablehnt. Wenn die CDU eine deflatorische Politik verlangt und dafür eine Mehrheit für den Haushalt in Aussicht stellt, muß dies genauso abgelehnt werden, wie wenn die GAL die Duldung von Hausbesetzungen zur Bedingung machte. Der Hamburger Senat wird Kompromisse machen müssen; aber er darf sich keiner anderen Partei ausliefern. Er ist im übrigen stärker, als das Wort „Minderheitsregierung“ ahnen läßt – denn die anderen müssen Neuwahlen weniger fürchten als er selbst, eher mehr.

Die Hamburger SPD braucht deshalb Distanz und eine ruhige, abwägende Haltung gegenüber allen politischen Kräften. Berührungsängste und vorschnelle Festlegungen wären allemal von Übel. Die Hamburger Sozialdemokratie muß sich klarmachen; alle anderen politischen Parteien sind politische Gegner;

Berührungsängste und Berührungsverbote aber helfen nicht weiter.

Diese Feststellung ist gegenüber den altgewohnten Partnern CDU und FDP banal; gegenüber der GAL scheint sie manchen noch waghalsig. Aber man muß sich klarmachen: Rund 25 Prozent der Jungwähler unter 25 Jahren haben für diese Partei gestimmt. Und zwei Drittel der GAL-Wähler sind unter 30 Jahren. Die SPD kann sich nicht in die Lage manövrieren, daß sie zu diesem Wählerblock die Verbindungen kapt.

Die Attraktivität dieser Partei besteht vor allem darin, daß viele ihrer jungen Wähler das Gefühl haben, daß sie mit den Grünen und Alternativen eine Machtplattform errungen haben, die sie innerhalb der etablierten Parteien nie erreicht hätten und mit der sie Kompromißzwängen nicht ausgesetzt sind. Wenn die Sozialdemokratie ihre Wähler zurückgewinnen will, kann sie deshalb nur eines tun: Sie muß die GAL stärker in die parlamentarische Arbeit einbinden und sie zwingen, ihre Kapazitäten dort einzubringen. Eine parlamentarische Ausgrenzungsstrategie befreite diese neue Partei vom Zwang der parlamentarischen Kleinarbeit mit alle ihren Kompromißnotwendigkeiten; und belleße ihr damit die seltsame Attraktivität des Neuartigen. Die SPD hat keinerlei Grund, den Grünen solch einen Gefallen zu tun.

Die Hamburger Wahl 1982 hat Endzeit-Überschriften hervorgebracht; die Konservativen wittern die Mehrheitschance und das Publikum ist gespannt. Die Sozialdemokraten müssen dem Drang widerstehen, diese Spannung durch scheinbar befreiende Gesten zu lösen. Sie haben die Chance, die Führung in der Hand zu behalten, wenn sie Spannungen aushalten können – in Hamburg, in Bonn und anderswo.



GESELLSCHAFTS POLITIK

Mit den Prinzipien Ernst machen! NG-Gespräch über Ausländerpolitik mit Hans-Jochen Vogel

NG: Genosse Vogel, in letzter Zeit ist allerorten von „Ausländerproblemen“ die Rede. Bei den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen hat in Kiel eine Liste „Ausländerstopp“, die man wohl nicht verleumdet, wenn man ihr nachsagt, sie lehne sich an Gedankengut der NPD an, 3,8 % der Stimmen bekommen. In Arbeiterwahlkreisen östlich der Kieler Förde waren es sogar bis zu 8,9%. Woran liegt es, daß dieses Thema auf einmal so stark in der Diskussion ist? **Hans-Jochen Vogel:** Dafür gibt es objektive und subjektive Gründe. Die objektiven Gründe liegen darin, daß die Anwesenheit ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit stärker empfunden wird und eine Konkurrenzsituation aufwirft, die man in Zeiten lebhafter und guter Konjunktur nicht gespürt hat. Ein weiterer objektiver Grund ist, daß in manchen Großstadtbezirken geburtenstarke Ausländerjahrgänge in die Schulen einrücken, mit der Folge, daß dort der Anteil ausländischer Kinder 60 und 70 %, in Extremfällen sogar 80 % erreicht. Das ist neu, weil diese Jahrgänge erst im Laufe der letzten Jahre herangewachsen sind.

Es gibt noch eine dritte Gruppe von objektiven Gründen. Das sind Probleme, die sich in Wohnvierteln ergeben, in denen die ausländische Bevölkerung einen gewissen Prozentsatz überschreitet. Jeder kennt inzwischen quer durch die Republik die Ortsnamen und Stadtteilnamen, die da fallen, beispielsweise Kreuzberg in Berlin.

Zusätzlich gibt es subjektive Gründe. Beispielsweise nehmen sich neonazistische Gruppierungen dieses Themas an. Die NPD hat ja bekanntlich damit schon 1980 auf den Bundestagswahlkampf Einfluß zu nehmen versucht. Und es gibt natürlich auch bei den konservativen Parteien Leute, die mit allerlei vorsichtigen Formulierungen, aber doch so, daß es verstanden wird, die Ausländerproblematik als Wasser auf ihre Mühlen zu lenken suchen. Ich nenne da den Herrn Lummer in Berlin, und auch in Bayern gibt es Töne, die aufhorchen lassen.

Eine beliebte Methode ist dabei das Vermischen der Asylantenproblematik mit der Problematik der schon lange in der Bundesrepublik lebenden Ausländer. Man erliegt der Versuchung, auf einer sich anscheinend bildenden Woge der Volksstimmung obenauf zu schwimmen. Das ist natürlich eine Versuchung, der nicht jeder widersteht.

Ihr habt Zahlen aus Kiel von den Kommunalwahlen genannt. Es gibt aber auch ermutigende Zeichen, so schlimm das Hamburger Ergebnis auch sonst ist: Die Tatsache, daß dort nur 0,7 %, d. h. gerade 6400 Wähler, sich für eine ähnliche Liste entschieden haben, ist auch wieder ein kleines Stück Ermutigung. **NG:** Bedeutet das aber schon, daß dieses rechtsextreme Potential weniger gefährlich geworden ist?

Vogel: Nein, keinesfalls. Dies ist nur ein Zeichen dafür, daß wir es nicht mit einer unwiderstehlichen Entwicklung zu tun haben, daß man durch Abwehr und auch durch-ein gewisses Maß an Gemeinsamkeit zwischen den gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen schon etwas dagegen bewirken kann. Aber gebannt ist die Gefahr keineswegs. Es entspricht auch einer gewissen Reaktion der menschlichen Natur, für eigene Schwierigkeiten gerne den anderen, den Fremden verantwortlich zu machen. Das Bild vom Sündenbock, dem man alles auflädt, steht ja nicht zufälligerweise in der Bibel. Und die Anklänge an den Satz „Die Juden sind unser Unglück“ – in der Abwandlung „Die Türken sind unser Unglück“ – sind nicht zu überhören. Dem muß man ganz entschieden Widerstand entgegensetzen.

NG: Darf ich noch einmal auf Deine Bemerkung zurückkommen, daß von konservativer Seite bedenkliche Töne in Sachen Ausländerpolitik bzw. Ausländer„flut“ zu hören seien. Ist denn die Sozialdemokratie immun gegen solche Erscheinungen und Tendenzen? Es hat im Gefolge der Wahl von Ercin Kürsat, einer Türkin, in den SPD-Bezirksvorstand Hannover in der Partei sehr schlimme, wenn auch vereinzelt gebliebene Reaktionen gegeben. Und auch andersorts werden nicht eben erfreuliche Dinge berichtet. **Vogel:** Aber sicher sind die Sozialdemokraten dagegen nicht immun. Wie sollten sie auch? Wenn etwas ein starkes Vorurteil zu werden im Begriff ist und wenn eine Volksstimmung sich zu entwickeln beginnt, wie sollten Sozialdemokraten von vornherein dagegen völlig immun sein? Aber ich glaube, die Widerstandsfähigkeit ist doch bei sozialdemokratischen Mandatsträgern im allgemeinen stärker entwickelt. Ich schließe das auch aus meinen Eindrücken in Berlin, wo wir mit der türkischen Problematik besonders stark konfrontiert sind.



Hans Schumacher, Hans-Jochen Vogel, Rainer Diehl (von links nach rechts)

Fotos: Frank Darchingner

Natürlich darf man auch vor einem weiteren nicht die Augen verschließen: Wir haben das Schweizer Beispiel der „Überfremdungs“-Initiativen des Herrn Schwärzenbach und der „Republikanischen Aktion“, die uns vor etwa 10 Jahren in der Schweiz erhebliche Schwierigkeiten in unseren Wählerbereichen bereitet hat. Ihr selbst habt die Kieler Förde erwähnt, die bekanntlich nicht gerade ein bevorzugtes Unionsgebiet ist. Dies kann man aber nicht einfach mit einem Verdammungsurteil aus der Welt schaffen. Da muß man wissen, daß da Menschen reagieren, die in ihren Wohnquartieren und in ihrem täglichen Leben mit dem Problem in ganz anderer Weise konfrontiert sind als andere, die es mehr theoretisch betrachten und selber in Vierteln wohnen, wo ihnen die unmittelbare Konfrontation erspart bleibt. Das macht's nicht besser, aber es erklärt, warum dies nicht ein Zeichen moralischer Verworfenheit ist, wenn dort solche Probleme auftreten.

NG: Du hast das Stichwort Asylanten genannt; bei

Prozeß dauern bis zu 8 Jahren muß man doch zwangsläufig den Eindruck gewinnen, daß der Gang der Justiz im Endeffekt Probleme, die ohnehin schon vorhanden sind, eher noch verstärkt und daß dieser Umstand von einigen propagandistisch Interessierten ausgenutzt wird. Woran liegt es eigentlich – Frage an den ehemaligen Justizminister –, daß solche Anerkennungsverfahren so lange dauern?

Vogel: Das Problem der langen Dauer von Verwaltungsgerichtsprozessen hat keine Rolle gespielt, solange sich der Zustrom von Asylbewerbern in verhältnismäßig geringen Grenzen gehalten hat und solange jeder, der als Asylbewerber zu uns kam, als Arbeitskraft willkommen war. Solange diese Umstände gegeben waren, hat sich niemand sehr darum gekümmert.

Dann aber, in den Jahren 1978/79 stieg die Zahl der Asylbewerber rapide an; darauf haben wir mit der ersten Beschleunigungsnovelle reagiert. Was damit aber nicht zu leisten war und was sich dann in

einer Zeit zunehmender Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt mehr und mehr bemerkbar gemacht hat, war, daß der aufgelaufene Rückstau von Verfahren nicht schnell genug abgebaut werden konnte. Ich habe den Eindruck, daß jetzt mit der weiteren Beschleunigungsnovelle die Dinge in einem rechtsstaatlich vertretbaren Rahmen in abschbarer Zeit zu einem Ergebnis führen, so daß die normale Verfahrensdauer eben nicht mehr Jahre beträgt, sondern der Betreffende in ein bis eineinhalb Jahren weiß, ob



er die Voraussetzungen erfüllt oder nicht. Hier ist inzwischen Notwendiges getan worden. Im übrigen sind die Asylbewerberzahlen inzwischen schon wieder ein ganzes Stück zurückgegangen.

NG: Ja, fast um die Hälfte. In diesem Zusammenhang kann man sich mitunter übrigens nicht des Eindrucks erwehren, daß, sowohl was die Asylbewerber als auch die allgemeine Ausländerproblematik betrifft, die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik weniger von der Bundesregierung als vielmehr durch Gerichtspraxis, durch Verwaltungspraxis so geworden ist, wie sie heute ist. Woran liegt das, wenn es so ist? Ist dies ein Versagen der Politik in den zurückliegenden Jahren gewesen?

Vogel: Die Gerichte spielen auf diesem Sektor wohl nur bei den Asylbewerbern eine ausschlaggebende

Rolle. Bei den Kolleginnen und Kollegen, die als Arbeitnehmer hierher gekommen sind, handelt es sich bei der aufenthaltsrechtlichen Beurteilung wohl nicht um eine Sache der Gerichte, sondern eine Frage der Verwaltungsvorschriften. Das Hauptproblem ist dabei im Moment in der Praxis die Frage, unter welchen Voraussetzungen Familienangehörige von hier legal lebenden ausländischen Arbeitnehmern nachziehen dürfen. Das ist vielleicht eine Frage, der sich die Politiker noch früher hätten annehmen sollen.

NG: Das Problem ist da und es dürfte uns noch sehr lange Zeit beschäftigen. Was ist zu tun?

Vogel: Erstens muß man differenzieren zwischen den EG-Ausländern, für die es ja aufgrund der Römischen Verträge keine zusätzlichen Steuerungsmöglichkeiten gibt. Aus der Berliner Erfahrung heraus meine ich, daß es dort auch kaum nennenswerte Probleme gibt. Das Hauptproblemfeld sind die türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger...

NG: ... die nach dem Assoziierungsabkommen mit der EG 1986 ebenfalls in den Genuß der Niederlassungsfreiheit kommen würden. Dies ist jedenfalls der Standpunkt der türkischen Regierung.

Vogel: Zunächst muß man unsere eigenen Landsleute immer wieder daran erinnern, warum diese Menschen hier sind. Die Türken sind ja in ihrer ganz großen Mehrzahl nicht deswegen hier, weil sie illegal in die Republik gekommen wären. Und sie sind auch nicht hier, weil wir sie aus Solidarität oder Mitleid wegen ihrer schlechten Lebensverhältnisse in Anatolien hierher geholt hätten. Hergeholt – sogar mit Prämien – haben wir die Menschen deswegen, weil wir geglaubt haben, mit ihrer Hilfe ließe sich unser Sozialprodukt noch rascher steigern, und weil wir uns für die eine oder andere Arbeit auch schon ein bißchen zu gut geworden waren. Das muß man zunächst, auch wenn es nicht sehr populär ist, an den Anfang stellen.

Dann müssen wir in bezug auf die Türkinnen und Türken, die in unserer Mitte leben, den zeitlichen Horizont hinsichtlich der weiteren Entwicklung etwas korrigieren. Als zwischen 1870 und 1900 in großer Zahl Menschen polnischer Volkszugehörigkeit aus den östlichen preußischen Provinzen ins Ruhrgebiet übersiedelten, da hat es zwei Generationen gedauert, bis die in ihrer neuen Heimat voll integriert waren. Dabei waren dies zwar Menschen polnischer Volkszugehörigkeit, aber es waren auch Preußen – mit allen Rechten und Pflichten. Es waren deutsche Staatsangehörige – mit allen Rechten und Pflichten. Es waren Katholiken, die aus einem katholischen

Gebiet in ein anderes überwiegend katholisches Gebiet übersiedelten. Bei den Türken ist dies alles anders. Wer meint, wenn man nur das Richtige beschließe oder tue, könne man einen aus einem ganz anderen Lebens- und Kulturkreis kommenden Menschen innerhalb kurzer Zeit unter Preisgabe seiner Identität und seines Glaubens in unsere Gemeinschaft integrieren, der täuscht sich. Deshalb ist meine Forderung, daß man auf beiden Seiten Geduld aufbringt, daß man das Ziel der Integration zwar im Auge behält, aber zunächst für eine längere Frist das friedliche Nebeneinanderleben von Mehrheit und Minderheit als Nahziel ins Auge faßt.

NG: Was heißt das für die Praxis?

Vogel: Das heißt, daß man den weiteren Zuzug im Rahmen der Möglichkeiten eindämmen muß. Es gibt bereits großstädtische Regionen, die, wenn man integrieren will, auf jeden Fall, aber auch, wenn man nur das Nebeneinanderleben friedlich halten will, nicht mehr weiter aufnahmefähig sind. Und der Gedanke, daß man diejenigen, die bei uns leben, beliebig verteilen könnte, daß man also die Leute beliebig aus ihrem engeren Verband, in dem sie ja Halt und Anlehnung suchen, herausnehmen und in andere Wohnviertel transferieren könnte, ist ein Irrtum.

Da, wo es wirklich dem Willen der Betroffenen entspricht, in ihre Heimatländer zurückzukehren, sollte man ihnen die Rückkehr erleichtern, obwohl es dazu neuerdings Vorschläge gibt, die auch finanziell wegen ihrer Auswirkungen noch einmal sehr der Überprüfung bedürfen.

Man sollte den Menschen, die hier friedlich leben wollen, nicht den Eindruck vermitteln, wir gingen dazu über, unsere eigenen Probleme dadurch zu lösen, daß man die Ausweisungstatbestände beliebig erweitert und dann ganze Gruppen von ihnen zwangsweise nach Hause schickt. Das war der schwere Fehler des Berliner Innensenators Lummer, der unter breitem Druck nach acht Tagen korrigiert worden ist, daß er nämlich Bestimmungen in Kraft gesetzt hat, denen zufolge Tausende von Kindern türkischer Eltern, die legal bei ihren Eltern lebten, mit Erreichen des 18. Lebensjahres immer dann, wenn sie gerade keinen Ausbildungsplatz oder kein Arbeitsverhältnis hatten, zwangsweise hätten nach Hause geschickt werden können. Übrigens: Für Vertreter christlicher Familienauffassungen, die ja sonst sehr nachdrücklich zu argumentieren pflegen, war das eine höchst widersprüchliche Verhaltensweise.

NG: Vielleicht beschränkt sich Herr Lummer bei der Anwendung seiner Familienprogrammatisierung nur auf christliche Familien.

Vogel: Ich fürchte, er hat noch nicht einmal über diesen Widerspruch nachgedacht. Es ist ja auch merkwürdig, daß die Einstellung zur Frage des Kinderseins sehr variiert, je nachdem, wo er auftritt. Von den etwa 120 000 Türken, die bei uns in Berlin leben, stammen rund 40 000 aus einem sehr natürlichen Vorgang: Sie sind nämlich als Kinder türkischer Eltern in Berlin geboren worden. Ich kann nur immer wieder zur Geduld raten und zu einem Miteinander, damit die Worte von der Nächstenliebe und der Solidarität eben nicht nur reine Phrasen bleiben.

NG: Glaubst Du in bezug auf die Türken an eine ähnliche Möglichkeit zur Integration wie bei den polnischen Zuwanderern der Jahrhundertwende?



Vogel: Ich halte es für möglich, mit viel Geduld und einem Zeithorizont, der realistisch ist. Dazu gehört vielleicht auch ein Stück Kritik am eigenen Optimismus, der sich in der Vergangenheit in manchen Beschlüssen niedergeschlagen hat, – in dem Sinne, daß man nur dieses oder jenes tun müsse, um etwas, was früher unter günstigeren Umständen zwei Generationen gedauert hat, in 10 oder 20 Jahren zu schaffen. Wenn man die nötige Geduld aufbringt, dann halte ich die Möglichkeit eines Ineinanderwachsens, bei dem man sich allerdings auch an den Gedanken ei-

ner zahlenmäßig nicht völlig unbedeutenden mohammedanischen Minderheit gewöhnen muß, für realistisch.

Nur, wer dies auf die einfache Formel „Die müssen alle so werden wie wir“ bringt und dafür eine Frist von fünf oder zehn Jahren setzt, der sagt im Grunde nur: Wir werfen sie alle raus. Das ist etwas, was wir im übrigen, wenn wir wieder ehrlich sind, schon aus ökonomischen Gründen weder können noch überhaupt wollen. Das hat jetzt übrigens auch die Bundeszentrale für Politische Bildung in einer lesenswerten Schrift nachgewiesen.

NG: Du hältst also das Ziel der Integration auf Dauer – durchaus die Tatsache im Auge behaltend, daß dies eine Veränderung auch unserer Gesellschaft bedeuten würde – für politisch erstrebenswert und erreichbar. Integration in Deinem Verständnis bedeutet nicht Eindeutschung oder Germanisierung oder Reduzierung auf bloße Einbürgerung. Du hast auch die desintegrierenden Elemente beschrieben: Sprache, Kultur, Tradition, religiöse Überzeugung und darin wurzelnde Lebensformen. In welcher Weise müssen diese Faktoren bei der Entwicklung eines Integrationskonzeptes berücksichtigt werden?

Vogel: In sehe dieses Problem differenzierter und würde auch stark darauf abstellen, um welche ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger es sich jeweils handelt. Das völlige Einwachsen und das völlige Integrieren mit einer sehr starken Orientierung nach unserer Seite hin ist für Italiener, für Jugoslawen, auch für Spanier, erst recht für Franzosen oder für Skandinavier wahrscheinlich nach, wie vor ein Prozeß, der in ein oder zwei Generationen sich vollziehen wird. Ich bin selber an der Frage nicht uninteressiert, zumal meine Vorfahren Ende des 18. Jahrhunderts aus Italien eingewandert sind. Viele waren schon in der zweiten Generation völlig integriert. Wer ein bißchen bei seinen Vorfahren nachschaut, der wird vielleicht auf ähnliches stoßen.

Bei Menschen, die aus Vietnam gekommen sind, oder auch bei den Türken, die ja die stärkste Gruppe von ausländischen Mitbürgern darstellen, würde ich einen größeren zeitlichen Horizont als realistisch ansetzen. Dabei haben wir weniger eine Veränderung der deutschen Mehrheit im Sinne einer Übernahme türkischer Lebensgewohnheiten zu erwarten. Das halte ich auch nicht in allen Punkten für sehr erstrebenswert – wenn ich etwa an das Verhältnis der Geschlechter denke. Aber es wird dann selbst bei weitgehender Integration sicherlich ein zahlenmäßig relevanter Bestand an gläubigen Moslems in unserer Mitte existieren. Dies wäre im übrigen auch

kein Unglück. Warum eigentlich? Es kann sogar bereichernd sein, wenn wir das nötige Maß an gegenseitiger Toleranz aufbringen. Dabei muß man fairerweise sagen, daß diese Toleranzforderung nicht nur an die Mehrheit – die Mehrheit muß immer ein bißchen toleranter sein als die Minderheit, anders geht es nicht –, sondern auch an die Minderheit gerichtet sein muß.

NG: Welche Aufgaben stellen sich der Partei und den Gewerkschaften in diesem Zusammenhang?

Vogel: Geduldige Überzeugungskraft und die Bereitschaft, mit Prinzipien, wie sie sich in unserem Godesberger Grundsatzprogramm und in unserer Geschichte finden, auch im täglichen Leben Ernst zu machen.

Im übrigen gilt das bei den drei Feldern Betrieb, Schule und Wohnbereich unterschiedlich. Soweit ich sehe, ist das Problem in den Betrieben weitgehend gelöst. Überall, wo man mit den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb spricht, bestätigt sich dies. In den Betriebsräten findet man bereits häufig ausländische Kollegen, und dort geht es gar nicht so schlecht.

Schwieriger ist es schon in den Schulen, wo wir wohl für geraume Zeit auch Klassen brauchen werden, in denen sich dafür besonders qualifizierte Lehrer bei geringerer Schülerzahl um ausländische Kinder in besonderem Maße kümmern, um ihnen den Übergang in die normalen deutschen Klassen und Bildungszüge zu erleichtern.

Am schwierigsten ist sicherlich der Wohnbereich. Ich kann dabei ein bißchen mitreden, weil ich in Berlin zwar nicht in Kreuzberg, sondern in Zehlendorf, aber neben einem Asylantenheim mit Pakstanis und Zentralafrikanern lebe und deren Lebensgewohnheiten, zumindest akustisch, durchaus mitbekomme. Gerade im Wohnbereich kommt es darauf an, daß die Berührungsfächen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen etwas breiter werden und daß die gegenseitige Zuwendung ein bißchen zunimmt. Auf diesem Gebiet kann ein Ortsverein, der solche Probleme in seinem Bereich hat, natürlich über Beschlüsse und Theorie hinaus – und das geschieht auch z. B. in Kreuzberg – eine Menge tun. Wir haben schon eine ganze Reihe türkischer Mitglieder in der Partei, die völlig zu Recht erwarten, daß man Lösungen nicht immer wieder nur in Beschlussform anbietet, sondern daß im eigenen Bereich versucht wird, solche Beschlüsse umzusetzen, zu realisieren und zu verwirklichen. Wir können nicht nur sagen, der Staat müsse dieses oder jenes tun, sondern wir selbst müssen in der eigenen Nachbarschaft mit diesen Veränderungen beginnen.

Herbert Schnoor: An unserer Ausländerpolitik wird sich erweisen, ob wir ein Kulturvolk sind

*Dr. Herbert Schnoor, Jahrgang 1927, ist Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen und Mitglied des
SPD-Landesvorstands NRW.*

Fast täglich erreichen mich Schmähbriefe in „Stürmer“-Manier, Berichte über Wandschmierereien u. ä., die die zunehmende Ausländerfeindlichkeit belegen. Nur wenige Bürger äußern sich differenziert oder stimmen unserer Ausländerpolitik gar zu. Daß die Ewiggestrigen in den Ausländern ihren Sündenbock suchen, muß man wohl ertragen. Was mich aber beunruhigt, sind die Briefe von Bürgern, die sich dagegen wehren, mit der NPD und deren gegen Ausländer gerichtete Aktionen in einen Topf geworfen zu werden; die sich dagegen verwahren, daß man ihnen Ausländerfeindlichkeit unterstellt; die sich aber gleichwohl gegen die Ausländer, vor allem die Türken, wenden und nicht zuletzt gegen die demokratischen Parteien, die wieder einmal versagt hätten. Diese Bürger sehen ihren Arbeitsplatz gefährdet, sie fürchten, daß die schulische Ausbildung ihrer Kinder leidet, oder sie wollen nicht länger in einer „Türkensiedlung“ leben.

Es gibt manche Politikbereiche, in denen der Rechtsextremismus einen Nährboden finden kann, aber keiner ist so geeignet wie der Ausländerbereich. Hier könnte der deutsche Rechtsextremismus, den wir für immer auf dem Müllhaufen der Geschichte wähten, wieder eine Chance finden.

Zu lange haben wir unsere Bürger mit ihren Sorgen, die ihnen das Zusammenleben mit Ausländern bereitet, allein gelassen. Wir haben politische Grundsätze verkündet, aber nicht gesagt, wie sie im täglichen Leben umgesetzt werden sollen. Wir haben politische Ziele aufgestellt, aber die Last der Integrationspolitik vor allem unseren Wählern in den Arbeiterquartieren aufgebürdet. Die steigende Zahl der ausländischen Arbeitnehmer, ihre Konzentration in bestimmten Stadtteilen mit der Gefahr der Ghettoisierung, die Probleme des Familiennachzuges, die Re-Islamisierung haben die Probleme schnell potenziert. Der anatolische Junge fühlt sich in Istanbul schon fremd. Wie soll das Zusammenleben dann in Berlin oder Duisburg gelingen? Wir brauchen mehr Realismus in der Ausländerpolitik. Es ist erforderlich, baldmöglichst ein überarbeitetes ausländerpoli-

tisches Konzept vorzulegen, um Unsicherheit bei Ausländern und Deutschen zu vermeiden.

Nahezu zwei Drittel der ausländischen Arbeitnehmer wollen in der Bundesrepublik bleiben. Sie holen ihre Familien nach und richten sich – wenn auch häufig unbewußt – auf eine Zukunft bei uns ein. Wenn wir diesen ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien und der deutschen Bevölkerung nicht eine verlässliche Zukunftsperspektive bieten, werden wir in diesem Politikbereich scheitern. Was das für Konsequenzen haben könnte, kann man sich leicht ausmalen.

Die in Teilen der deutschen Bevölkerung herrschende Unsicherheit und Unzufriedenheit versuchen sich antidemokratische Kräfte zunutze zu machen. Einzelne Wahlergebnisse und offene gegen Ausländer gerichtete Initiativen sprechen eine deutliche Sprache. Unter dem Deckmantel der – berechtigten – Sorge deutscher Eltern um die Bildungschancen ihrer Kinder wollen antidemokratische Kräfte eine „Entflechtung der Nationalitäten in der Schule“ einführen. Durchsichtiger und gefährlicher können latente Ängste nicht vor den Karren längst vergangenen geglaubter Ideologien gespannt werden. Wir müssen die faschistischen Drahtzieher entlarven. Aber das genügt gegenüber den Eltern nicht. Ihnen muß auch eine Politik der Demokraten, die Auswege aufzeigt und ihnen ihre Sorgen nimmt, deutlich gemacht werden.

Weil wir davon ausgehen müssen, daß der weitaus größte Teil der hier lebenden Ausländer bei uns bleiben will, kann im Mittelpunkt sozialdemokratischer Ausländerpolitik nur das Angebot der freiwilligen Integration für diese Ausländer stehen. Niemand sollte glauben, daß Integration von heute auf morgen zu bewerkstelligen ist. Integration ist ein langwieriger Prozeß und ein Ziel zugleich. Sie hat für Ausländer und Deutsche gleichermaßen Rechte und Pflichten zur Folge. Wir Deutschen müssen die Ausländer als Mitmenschen bei uns annehmen. Das bedeutet, daß diejenigen ausländischen Mitbürger, die wir zu uns geholt haben und die jetzt arbeitslos werden oder zu werden drohen, unsere Solidarität genauso wie die deutschen Kollegen verdienen. Die ausländischen Kollegen und ihre Familien, die hier seit Jahren und größtenteils für immer leben und arbeiten, haben eine gesicherte Rechtsposition erworben, die ihnen nicht mehr genommen werden darf. Die Ausländer ihrerseits müssen wissen, daß sie nur dann bei uns bleiben können, wenn sie die Sozial- und Rechtsordnung unseres Landes anerkennen und bereit sind, in unsere Lebensordnung hineinzuwachsen. Wir erwar-

ten von ihnen, daß sie sich selbst über ihre gegenwärtige Situation und ihre und ihrer Familien Zukunft Klarheit verschaffen; wir müssen ihnen sagen, daß sie neben einem gesicherten Rechtsstatus auch Pflichten zu tragen haben. Alle unsere Integrationsbemühungen werden auch bei noch so gutem Willen unsererseits erfolglos bleiben, wenn die Ausländer selbst nicht wissen, was sie sollen, wollen und dürfen. Die bei vielen ausländischen Arbeitnehmern herrschende illusionäre Vorstellung von der Vorläufigkeit ihres Aufenthaltes bei uns ist ein Integrationshemmnis.

Wir erwarten nicht, daß die Ausländer, die bei uns bleiben wollen, ihre nationale und kulturelle Identität aufgeben. Wir müssen aber erwarten, daß sie die sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen unseres Landes akzeptieren. Und wir sollten ihnen ein Angebot unterbreiten, das ihnen die Einbürgerung erleichtert.

Das Angebot zur Integration muß realistisch, d. h. auch finanzierbar sein. Es hat keinen Zweck, idealtypische Grundsätze aufzustellen, die an der Realität scheitern müssen. Nichts wäre schlimmer, als bei Ausländern und Deutschen Hoffnungen zu erwecken, die nicht erfüllt werden können.

Unsere Integrationsbemühungen und Integrationsangebote müssen sich in erster Linie an die jüngeren Ausländer richten, weil alle Erfahrungen – auch in anderen Ländern – zeigen, daß die Integration hier am dringendsten und zugleich die Integrationsbereitschaft am größten ist.

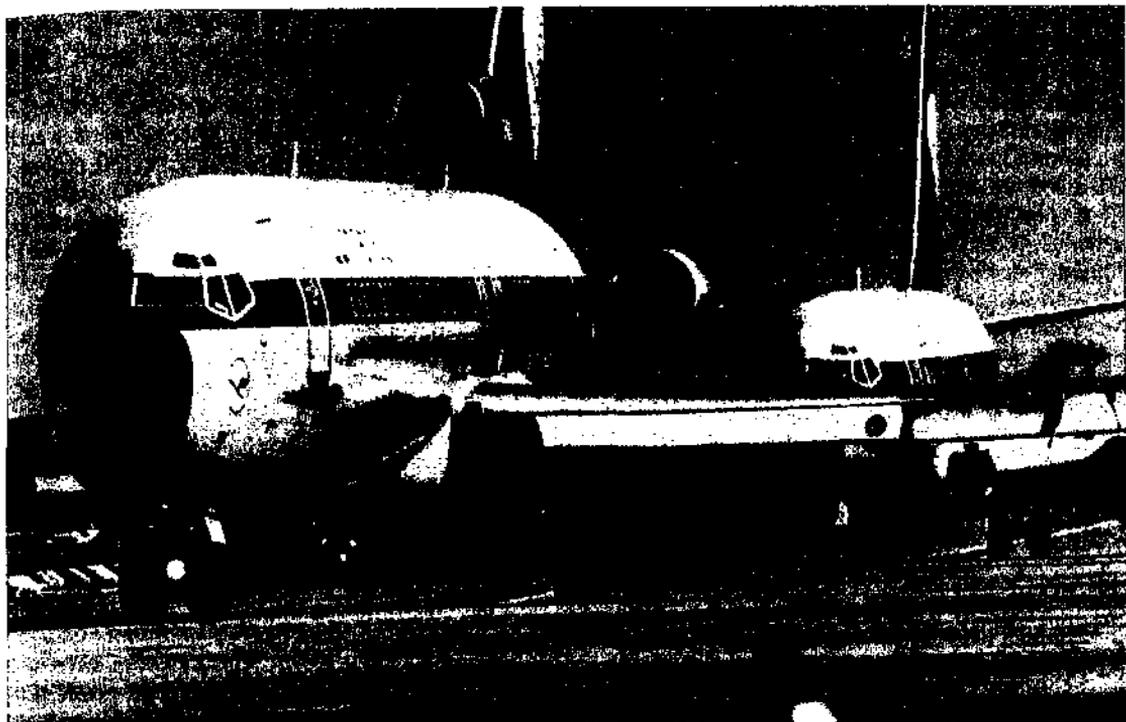
Es ist verständlich und wir müssen es auch bejahen, daß die ausländischen Arbeitnehmer ihre Familien zu sich holen. Wenn wir aber verhindern wollen, daß durch den Familiennachzug potentielle Arbeitslose zu uns geholt werden, denen wir als Ausweg nur noch den Weg in die Kriminalität lassen, dann führt kein Weg vorbei an einer Herabsetzung des Nachzugsalters für Kinder. Nur wenn ausländische Kinder möglichst schon von der Vorschule an in das deutsche Bildungssystem integriert werden, haben sie die gleichen Chancen wie deutsche Kinder. Bieten wir ihnen diese Chance nicht, dann werden unsere Integrationsbemühungen scheitern. Die ausländischen Eltern müssen sich entscheiden, wie sie die gegenüber ihren Kindern bestehenden Pflichten aus Artikel 6 des Grundgesetzes wahrnehmen wollen: dadurch, daß ihre Kinder in unserem Kulturkreis oder in ihrer Heimat heranwachsen. Ich bin entschieden dafür, die Altersgrenze für den Nachzug so weit herabzusetzen, daß eine Einschulung ausländischer Kinder in unsere Schulen möglich ist, ohne daß sie

oder andere Schüler Nachteile erleiden. Ausnahmen muß es natürlich geben. Die Vorverlegung der Zugangsgrenze ist für die Zukunft der Kinder aber die humanste Regelung. Sie erscheint mir auch deshalb geboten, weil auf Dauer Sonderausbildungsprogramme für sogenannte „Späteinsteiger“ nicht zu finanzieren sein werden. Ich weiß, daß die Herabsetzung des Jugendalters auf den ersten Blick rigide erscheint; aber ich halte sie für erforderlich, um der Integrationspolitik überhaupt eine Chance zu geben. Zur Integration gibt es aber aus ethischen und politischen Gründen keine Alternative. Diskriminierte Minderheiten, die ohne Hoffnung heranwachsen, bilden einen sozialen Sprengstoff.

Manche sehen in der Rückkehrförderung für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien ein Wundermittel zur Lösung der Probleme. Für die SPD steht fest: Zwangsmaßnahmen zu Rückführungen von Ausländern wird es nicht geben. Die freiwillige Rückkehr von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Angehörigen ist selbstverständlich möglich und sollte auch gezielt unterstützt werden. Allerdings darf man sich keinen Illusionen hingeben: Nur wenige Ausländer sind in der Lage, alles in Deutschland hinter sich zu lassen und in ihrer Heimat neu anzufangen. Finanzielle Hilfen, die für einen größeren Personenkreis ein Anreiz zur Rückkehr sein könnten, werden nicht bezahlbar sein. Rückkehrhilfen sind gleichwohl notwendig, um etwa im Fall der Arbeitslosigkeit denjenigen die Heimkehr zu ermöglichen, die gern zurück möchten, aber nicht wissen, womit sie sich zu Hause eine neue Existenz aufbauen können.

Der Schwerpunkt unserer Integrationsbemühungen liegt sicher im Bildungs- und Ausbildungsbereich. Und gerade hier sind unserem guten Willen finanzielle Grenzen gesetzt. Das darf uns aber nicht hindern, Maßnahmen, die wir für notwendig erkannt haben, einzuleiten und möglichst weitgehend zu verwirklichen. In der Schule und in der beruflichen Ausbildung werden die Grundlagen für die soziale Integration gelegt. Wenn wir hier scheitern, wird die gesamte Integrationspolitik scheitern.

Alle Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen für ausländische Jugendliche können nur die Integration zum Ziele haben. Eine Doppelstrategie, die die Bildung für zwei gesellschaftliche Systeme zum Ziel hat, wird keines der beiden Ziele erreichen. In der Schule müssen deshalb ausländische Kinder grundsätzlich in deutschen Regelklassen unterrichtet werden. Soweit dies erforderlich ist, sind darauf vorbereitende Fördermaßnahmen auszubauen. Deutsch-



Zum Beispiel Hamburg - München: Flugzeit 80 Minuten.

Das Schnellverkehrskonzept für die 80er Jahre.



Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.

terricht muß deshalb im Mittelpunkt stehen, heimat-sprachlicher Unterricht sollte im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts erteilt werden. Vorbereitungs-klassen allein für ausländische Schüler können allenfalls übergangsweise sinnvoll sein. In Wohnge-bieten mit besonders hohem Ausländeranteil halte ich ausnahmsweise und befristet die Zulassung von deutschen Regelklassen mit ausschließlich ausländi-schen Kindern für hinnehmbar, wenn eine Vertei-lung der ausländischen Kinder auf verschiedene Schulen durch das sog. „bussing“ nicht möglich ist. Wir dürfen die deutschen Eltern in diesen Stadttei-len mit ihrer berechtigten Sorge um die Zukunft ihrer Kinder und die Qualität der schulschen Aus-bildung nicht allein lassen; allenfalls werden die deutschen Eltern dadurch reine Ausländerschulen entstehen lassen, daß sie ihre Kinder vom Unterricht abmelden.

Wichtig ist, daß für moslemische Kinder Islami-scher Religionsunterricht als ordentliches Unter-richtsfach angeboten wird. Nur wenn türkische Kin-der ihre religiöse Unterweisung in der Schule erhal-ten können, werden wir verhindern, daß sie in inte-grationsfeindlichen Koran-Schulen indoktriniert wer-den.

Eine besondere Verantwortung für die Zukunft der jungen Ausländer tragen auch die Unternehmen. Die Unternehmen haben die ausländischen Arbeitneh-mer angeworben, und sie trifft heute deshalb so etwas wie eine „Haftung aus vorangegangenen Tun“. Wir müssen von der deutschen Wirtschaft verlangen, daß auch sie ihren Beitrag zur Integration der auslän-dischen Arbeitnehmer und ihrer Familien leistet, z. B. dadurch, daß vermehrt Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch für ausländische Jugendliche angeboten werden. Es gibt nachahmenswerte Vorbil-der, z. B. in der chemischen Industrie, die zeigen, was möglich ist. Kreativität und Einfallsreichtum sind nicht nur von der Politik gefordert.

Ein wesentliches Integrationshemmnis ist die – verständliche – Neigung von Ausländern, in Bal-lungsgebieten möglichst nahe beieinander zu woh-nen. Ausländerwohnbezirke haben zur Folge, daß beide Seiten, Deutsche wie Ausländer, sich von ein-ander getrennt halten. Ich bezweifle aber, daß es möglich sein wird, hier schon bald Abhilfe zu schaf-fen. Selbstverständlich muß es ein Ziel unserer Woh-nungspolitik sein, daß Deutsche und Ausländer zu-sammen wohnen. Dieses Ziel ist aber ohne ausrei-chende Zahl von Wohnungen nicht erreichbar, und Wohnungsbau kostet viel Geld. Wir müssen uns des-halb darauf einrichten, jedenfalls noch längere Zeit

mit diesem Problem leben zu müssen. Darauf müs-sen sich unsere Integrationsangebote einstellen. Alle sozialen Dienste und alle mit Ausländerarbeit befaß-ten Behörden und Einrichtungen müssen ihre Ange-bote entsprechend ausrichten. Aber wir müssen auch von den Ausländern, die auf Dauer bei uns bleiben wollen, erwarten, daß sie sich mit der Zeit selbst um bessere Wohnungen bemühen und daß sie bereit sind, marktübliche Mieten zu zahlen.

Gutnachbarliches Zusammenleben von Auslän-dern und Deutschen wird nur dann möglich sein, wenn beide Seiten, Deutsche wie Ausländer, bereit sind, einerseits die jeweilige Andersartigkeit zu akzeptieren und andererseits voneinander zu lernen und Vorurteile abzubauen. Dazu bedarf es einer erheblichen Verständniserwerb auf beiden Seiten, Aufklärung über die Ziele der Politik und unterstüt-zender Hilfen aller mit Ausländerfragen befaßten Einrichtungen und Organisationen im privaten und staatlichen Bereich.

In der deutschen Geschichte haben wir Erfahrun-gen mit ausländischen Minderheiten sammeln kön-nen. Wir haben gelernt, daß die Integrationsberei-tschaft bei Ausländern und Deutschen mit der Zeit zunimmt. Dies hat sich insbesondere im Ruhrgebiet gezeigt, in das vor dem Ersten Weltkrieg 500 000 Deutsche polnischer Nationalität aus Oberschlesien und Westpreußen einwanderten. Aber es wäre eine Illusion zu glauben, daß Integration ohne Schwierig-keiten und Probleme zu bewerkstelligen wäre. Es hätte verhängnisvolle Auswirkungen, vor diesen Problemen die Augen zu verschließen und die Bür-ger darüber im unklaren zu lassen. Wenn wir wissen, daß mehrere Millionen Ausländer auf Dauer bei uns bleiben werden, dann müssen wir offen über entstan-dene und über mögliche Probleme sprechen. Wir können nicht so tun, als ginge uns das alles nichts an. Jeder muß wissen, daß ein Treibenlassen der Dinge verheerende Folgen haben wird.

Gelingt die Integration der ausländischen Minder-heiten nicht, dann wird zunehmende Diskriminie-rung und Isolation die Folge sein. Gesellschaftliche Unruhen und Kriminalität haben hierin ihre häufigste Ursache. Wir brauchen mehr Realismus in unse-rer Ausländerpolitik. Es wäre schon viel erreicht, wenn es gelänge, die weitgehend emotional geführte Diskussion zu beenden und den Bürgern unsere Vor-stellungen anhand konkreter Maßnahmen zu ver-deutlichen. Denjenigen, die die Tatsachen nicht erkennen wollen und die so tun, als hätten sie einfache Patentrezepte, müssen wir deutlich sagen, daß sie ein gefährliches Spiel mit dem Feuer treiben.

Hugo Brandt: Probleme mit ausländischen Mitbürgern

Hugo Brandt, Jahrgang 1930, gehört dem Deutschen Bundestag seit 1969 an. Der ehemalige Lehrer ist Vorsitzender des Arbeitskreises II (Innenpolitik) und Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der rheinland-pfälzischen SPD (s. a. seine früheren Beiträge in NG 1/75, 1/77, 12/79, 3 und 9/80 und 7/81.

Bei der Fachkonferenz des Deutschen Städtetages im Oktober 1980 in Bochum, die sich mit dem Thema „Ausländische Mitbürger in unseren Städten“ beschäftigte, hat Prof. Hermann Korte darauf hingewiesen, daß die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht grundsätzlich fremdenfeindlich sei. Man sei allerdings beunruhigt und besorgt – Deutsche und Ausländer gleichermaßen – über eine Reihe von Problemen und Schwierigkeiten. Wörtlich: „Bleiben da politische Lösungen aus, wird es zu gegenseitiger Aversion und Aggression in breiten Schichten der Bevölkerung kommen. Der Grund ist dann aber nicht in einem schlechten Nationalcharakter, sondern im Versagen der Politiker zu suchen.“

Da heutzutage alles Ungemach der Welt den Politikern zugeschoben wird, wird unsereiner, wenn nicht schon geschehen, sich auch daran gewöhnen und damit fertigwerden müssen, daß ihm und der Politik eine Problemlösungskapazität unterstellt wird, die der politischen Realität nicht entspricht. Diese vermutete oder geforderte Problemlösungskapazität ist leider um so geringer, je größer die grundsätzlichen und methodischen Divergenzen der politischen Parteilagen sind, und je geringer die Fähigkeit und der Wille zum Kompromiß ausgebildet sind. Weniger als jeder andere wird der Politiker für sich in Anspruch nehmen können, daran gemessen zu werden, was er gewollt hat; immer wird er sich daran messen lassen müssen, was er erreicht hat und mit welchen Mitteln er es erreicht hat.

Jeder politische Praktiker weiß aber auch, daß er für sein Handeln auch die Macht der Durchsetzungsfähigkeit und -möglichkeit braucht. Es bedarf daher nicht nur der handlungsbereiten Mehrheit in den nach der Verfassung vorgegebenen Entscheidungsgremien, sondern auch eines erkennbaren Konsenses zumindest mit der Mehrheit der Bevölkerung. Daher

ist von ungeheurer Wichtigkeit, daß wir Erkenntnisse der Wissenschaft nutzen, soweit sie bereitgestellt werden, bzw. die Wissenschaft anregen, uns zu helfen, ohne daß wir die Gewähr dafür bieten können, daß eine mögliche, aber keineswegs immer vorhandene wissenschaftliche Stringenz sich auch ummünzen läßt in ebenso stringentes politisches Handeln – und daß die Publizistik in all ihren Facetten und Möglichkeiten sich ihrer informierenden und aufklärerischen Funktion bedient und nicht einer Schlagzellentechnik, die mehr der Desorientierung dient, geeignet ist, Vorurteile zu nähren, statt sie auszuhungern und mehr der Förderung der Fremdenfeindlichkeit nutzt, als ihr entgegenzuwirken. Mit einem Wort: die Verantwortlichkeit liegt in einer offenen Demokratie keineswegs nur beim Politiker. Mit diesen Bemerkungen soll keineswegs die politische Verantwortlichkeit geleugnet werden, wohl aber muß es gestattet sein, auf den Bedingungsrahmen hinzuweisen.

In der Bundesrepublik leben gegenwärtig rund 4,6 Millionen Ausländer. Etwa ein Viertel davon sind junge Leute unter 16 Jahren. Ein sehr hoher Anteil dieser unter 16jährigen ist entweder hier schon geboren oder in sehr jungen Jahren in die Bundesrepublik gekommen.

Die weitaus größte Gruppe der Ausländer stellen die Türken, ihnen folgen die Jugoslawen und die Italiener, die Griechen und die Spanier, alle anderen Gruppen spielen quantitativ keine Rolle. Es muß allerdings jetzt schon darauf hingewiesen werden, daß die hohe Zahl, die Quantität, nicht für alle Beurteilungen die entscheidende Rolle spielt. Bei uns leben etwa 200 000 Österreicher; sie spielen im öffentlichen Bewußtsein als „Ausländer“ überhaupt keine Rolle. Der wesentlich geringere Anteil von Pakistani dagegen spielt sehr wohl für die Einstellung der Bevölkerung eine Rolle. Die Fremdartigkeit ihres Aussehens im Straßenbild, vor allem aber die Umstände der Einreise mit der Forderung nach Asylgewährung, haben deutliche Aversionen hervorgebracht.

Für die Auffälligkeit von Ausländern und eine über den Weg der persönlichen Erfahrung, Verallgemeinerungen und Vorurteilen gehende Ablehnung, ja Feindlichkeit, die in der Regel um so fester ist, je weniger sie begründet ist, spielt aber weder die Quantität noch die Fremdartigkeit des Aussehens eine so große Rolle wie die Konzentration in bestimmten Bereichen.

Der Unmut darüber kann sehr verschiedene Ursachen haben, z. B. wenn Ausländer sich in bestimmten Stadtteilen konzentrierten, dort nicht nur nach ihrer Lebensart und ihrem Lebensstil sich einrichten,

sondern auch noch eine eigene Infrastruktur aufbauen, sich also ghettoisieren. In nennenswertem und erkennbarem Umfang geschieht das nur bei Türken, und deshalb und aus einer Reihe anderer Gründe ist das Ausländerproblem bei uns im wesentlichen ein Türkenproblem. Nur, jede Ghettoisierung hat in aller Regel zwei Ursachen. Ihr liegt zugrunde das Bestreben, die eigene Gruppenidentität bewahren zu wollen, die eigenen Lebensbedingungen und sozialen Strukturen, in denen man aufgewachsen ist, die einem vertraut sind, nach Maßgabe der äußeren Gegebenheiten bewahren zu wollen – aber auch der Druck von außen, die Ablehnung, zumindest Reserviertheit der eingeborenen Bevölkerung gegenüber den Fremden und Fremdartigen.

Meine schlichte Erfahrung sagt mir: es ist nicht gut zuzulassen, daß Ausländer bei uns sich abkapseln oder abgekapselt werden, und deshalb bin ich der Meinung, daß die Politik die ihr gegebenen Mittel einsetzen muß, um solche Abkapselungen zu vermeiden. Zunächst bedarf es der Klarheit darüber, was das politische Ziel sein soll. Die offiziellen Stellungnahmen haben immer bestritten, daß die Bundesrepublik ein Einwanderungsland sei. Gut, sie ist keines. Das ändert nichts daran, daß – von uns selbst ausgeht – in den 60er Jahren bis zum Beginn der 70er Jahre eine Einwanderungswelle uns erreicht hat. Einwanderer sind Ausländer, die ihr eigenes Land verlassen, in ein anderes Land gehen, um dort zu bleiben. Seit nunmehr acht Jahren haben wir den Anwerbestop verfügt und damit auch nach außen sinnfällig kundgetan, daß wir uns nicht als Einwanderungsland betrachten. Was also kann Ziel unserer Politik sein und was nicht?

1. Der Anwerbestop bleibt auch weiterhin bestehen.

2. Wir haben, nicht erst im letzten Bundestagswahlkampf, dort aber besonders, die Parole „Ausländer raus!“ gehört. Es gab nicht nur Schmierereien an Wänden, sondern auch gezielte Anschläge auf Ausländerwohnheime. Es gab sogar die Gründung einer rechtsextremistisch beeinflussten Bürgeraktion „Ausländerstop“, ganz abgesehen von der Wahlpropaganda der Gott-sei-Dank politisch mittlerweile zerfallenen und bedeutungslosen NPD. Wir haben uns solchen Bewegungen politisch aufklärend und handelnd mit aller Kraft entgegenzustellen. Diese Grundeinstellung hindert nicht die Unterstützung derer, die in ihre Heimatländer zurückkehren wollen. Zweckmäßig sind dafür zwischenstaatliche Vereinbarungen wie mit Griechenland und Jugoslawien.

3. Auch das, was als „rollierendes System“ durch die politische Landschaft geisterte, ist kein vertretbares

Handlungskonzept, d. h., die Anwerbung auf Zeit und die Ersetzung der Arbeitsbrigaden nach Ablauf dieser Zeit durch andere. Ein solches System ließe sich weder aus humanitären noch aus wirtschaftlichen Gründen vertreten. Ich würde auf die Erwähnung dieser Vorstellung verzichtet haben, wenn nicht gerade dieser Gedanke sich immer wieder bis in höchste Stellen hinein Freunde und Verfechter verschafft hätte.

4. Das einzige tragfähige Konzept der Ausländerpolitik in der Bundesrepublik, das für und mit den Ausländern durchgeführt und umgesetzt werden kann in Handlungskonzepten, ist die Integration. Unter Integration verstehe ich die gleichberechtigte politische, rechtliche und soziale Eingliederung der Ausländer in unser Gesellschaftssystem. Es ist ungewiß, wieviele Ausländer hier bei uns bleiben wollen, und wieviele eine feste Rückkehrabsicht haben. Die mir bekannten Untersuchungen geben keine klare Auskunft darüber. Sicher scheint jedoch zu sein, daß ein relativ hoher Prozentsatz sich klar darüber ist, hierbleiben zu wollen; ein etwa ebenso hoher Prozentsatz läßt diese Entscheidung offen, und ein relativ geringer Prozentsatz ist von einem festen Rückkehrwillen getragen. Ganz allgemein wird man aber annehmen dürfen, daß der Rückkehrwille um so geringer werden wird, je länger die Aufenthaltsdauer hier bei uns schon währt, je älter die hier geborenen oder großgewordenen Kinder werden und je mehr die der Heimat noch fest verankerte Erlebnisgeneration ausstirbt. Aber wie dem auch sei, unsere Politik muß sich daran orientieren, als ob diese Leute hierbleiben wollten.

Deshalb Integrationspolitik, die sich selber hindert, wenn sie von einer Integration auf Zeit ausgeht. Letztere lieferte kein brauchbares politisches Handlungskonzept. Übrigens ist es jetzt wohl an der Zeit, ein verbreitetes Mißverständnis auszuräumen. So sehr die Integration ein von mir befürwortetes und getragenes Handlungskonzept ist, Integration ist nicht Assimilation. Assimilation bezieht in die Eingliederung in den politischen, rechtlichen und sozialen Bereich auch noch den gesamten kulturellen Bereich ein. Darauf kann sich staatliche Tätigkeit nicht richten. Daß Ausländer bei uns sich völlig assimilieren, geschieht immer wieder, man kann dies weder hindern, noch sollte man es fördern. Jedenfalls aber können solche Assimilationsprozesse nicht die Aufgabe politischen und staatlichen Handelns sein. Es muß selbst bei bester Integration in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zumindest die praktische Möglichkeit geben, seinem Glauben zu die-



Der politische Hintergrund

Die Hintergrundinformation

Bücher für NG-Abos

Folgende Bücher gibt es zur Auswahl:

- Udo Achten (Hg.):**
Zum Lichte empor. Mal-Festzeitungen der Sozialdemokratie 1891-1914. 1980. 216 S.
- Axel Eggebrecht:**
Volk ans Gewehr. Chronik eines Berliner Hauses 1930-1934. 3. Aufl. 1980. 255 S.
- Friedrich G. Kürbisch (Hg.):**
Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 1981. 240 S.
- Susanne Miller / Heinrich Potthoff:**
Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.
- Johano Strasser / Klaus Traube:**
Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 1981. 410 S.

(Bitte gewünschtes Buch ankreuzen)

Ich habe einen neuen NG-Abonnenten geworben.
Meine Anschrift:

Anschrift des neuen Abonnenten:

Hiermit bestelle ich für mindestens ein Jahr „Die Neue Gesellschaft“ ab Heft _____ „Die Neue Gesellschaft“ erscheint monatlich und kostet im Jahr 48,- DM zuzüglich von z. Z. 9,- DM Versandkosten im Inland und 9,60 DM im Ausland. Kündigung jeweils bis 30 Tage vor Jahresende.

Datum

Unterschrift des neuen Abonnenten

Neuerscheinungen

der Verlage Neue Gesellschaft
und J.H.W. Dietz Nachf.

Ex.	Autor/Titel	DM je Ex.
_____	Der alltägliche Faschismus - Frauen im Dritten Reich. 224 S.	22,-
_____	<i>Gilberto Granados/Erk Gurgades:</i> Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 444 S.	19,80
_____	<i>Friedrich G. Kürbisch (Hg.):</i> Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 240 S.	19,80
_____	<i>Susanne Miller/Heinrich Potthoff:</i> Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.	19,80
_____	<i>Inge Stolten (Hg.):</i> Der Hunger nach Erfahrung. Frauen nach '45. 184 S.	22,-
_____	<i>Johano Strasser/ Klaus Traube:</i> Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 410 S.	29,80

Ich wünsche Lieferung über die Buchhandlung:

Die Wahl der Lieferbuchhandlung überlasse ich dem Verlag.

Datum

Unterschrift

(Bitte genaue Anschrift auf der Rückseite eintragen)

Senden Sie an folgende Anschriften ein Probeexemplar:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Name:

Straße:

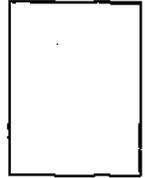
PLZ, Ort:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Werbeantwort



**Die
Neue
Gesellschaft**

— Redaktion —

Postfach 200 189

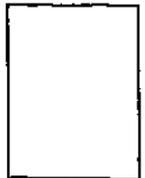
5300 Bonn 2

Absender:

.....
.....
.....
.....

(Bitte in Druckbuchstaben oder mit Schreibmaschine ausfüllen.)

Postkarte



**Verlag
Neue Gesellschaft**

Postfach 200 189

5300 Bonn 2

nen, seine Rituale auszuüben, die eigene Sprache, Literatur, Musik zu pflegen, nach überlieferten Vorschriften zu essen, die Volkskunst am Leben zu erhalten, besondere Kleidung zu tragen. Das ist nicht nur wichtig für die Erhaltung, zumindest die Erinnerung, der eigenen Identität, es bereichert im übrigen auch unser kulturelles Leben.

Letzteres ist gewiß nicht der wichtigste Gesichtspunkt. Wohl aber können aus solchen kulturellen Berührungsebenen mehr Verständnis füreinander erwachsen und Integrationsbemühungen erleichtert werden.

Integration im sozialen Bereich umfaßt im wesentlichen drei Schwerpunkte: Bildung, Arbeitsplatz und Wohnung.

Integration in das Bildungssystem

Aus all dem ergeben sich einige Forderungen und Folgerungen, die zwar sicherlich nicht Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit aus der Welt schaffen können, die aber zur Milderung beitragen können. Ausgehend von der wahrscheinlich als gesichert anzusehenden Erkenntnis, daß Vorurteile, wie Fremdenfeindlichkeit, nicht angeboren sind, sondern anerzogen, jedenfalls ein Ergebnis eines sozialen Prozesses, bedarf es einiger Vorkehrungen von staatlicher Seite.

Es gibt offensichtlich auch Einigkeit darüber, daß dieser soziale Prozeß zwar nicht determiniert, wohl aber eingeleitet wird zu einer Zeit, in der das Kind noch nicht zur Schule geht. Nach der Mitteilung von Earl E. Davis haben allerdings systematische Forschungen gezeigt, daß das Kind seine Einstellung anderen Gruppen gegenüber erst von etwa dem 4. Lebensjahr an entwickelt. Er fügt hinzu, diese Untersuchungen bezögen sich vor allem auf Unterscheidungen zwischen farbigen und weißen Kindern in den USA, eine Untersuchung, die an und für sich verhältnismäßig leicht getroffen werden könne. Nationale, ethnische und religiöse Gruppen könnten Kinder überhaupt erst später voneinander unterscheiden. Entwicklungspsychologisch überraschten diese Ergebnisse keineswegs, weil wir ja wüßten, daß das Kind erst im 3./4. Lebensjahr beginne, sein eigenes Ich zu entdecken. Diese Entdeckung aber sei eine Voraussetzung für seine Identifikation als Mitglied dieser oder jener Gruppe und auch dafür, daß andere als anderen Gruppen zugehörig erkannt werden. Unterstellen wir das als richtig, haben Kindergarten und Schule eine bedeutende Chance, bei der Einstellung gegenüber Fremden Einfluß auszuüben.

Andererseits ist in dem Protokoll einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu lesen: „Vorurteile werden

bereits in der frühen Kindheit vorbereitet. Wenn man in der Erziehung gegen sie angehen will, so am besten in den ersten Lebensjahren; die Schule kommt bereits zu spät.“ (Dr. Klaus Eyferth)

Ich könnte mir vorstellen, daß natürlich Einstellungen und Handlungen von Eltern, die im frühkindlichen Alter erfahren werden, gewissermaßen im Gedächtnis des Kindes lagern und später aktualisiert werden können. Auch die These des damaligen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz Erler, auf der gleichen Tagung vor mehr als 20 Jahren geäußert, daß die autoritäre Persönlichkeitsstruktur als Träger von Vorurteilen zu kennzeichnen sei, und daß in der Erziehung der Kinder schon viel stecke, und die ersten Vorurteile würden dadurch schon in frühestem Kindesalter eingepreßt, scheint mir keineswegs gesichert. Die Aussage, die er daran knüpft, leuchtet jedoch sofort ein: „Wenn sie mit mehr Liebe und weniger Anspruch auf elterliche Autorität allein um der Autorität willen aufwachsen, kann schon im Kinde jene Struktur mitgeschaffen werden, die die Bereitschaft, Vorurteile anzunehmen, etwas kleiner werden läßt, als sie heute tatsächlich ist. Dieses Erziehungsprinzip beugt vor, hat also noch keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Bekämpfung des Vorurteils bei seinem Auftreten selbst.“

Wie immer aber die Einflüsse der Familie bewertet werden mögen, diese unterschiedlichen Beurteilungen können keine Gründe dafür liefern, das Höchstmaß an Anstrengungen zu unterlassen, das helfen kann, Vorurteilen entgegenzuwirken, Fremdenfeindlichkeit erst gar nicht entstehen zu lassen. Es beginnt also im Kindergarten. Es gibt sicherlich keinen Zweifel daran, daß die Früherziehung in überschaubaren Gruppen die sprachliche und soziale Entwicklung der Kinder fördern kann. Soweit es die Kindergärten betrifft – nicht so bei Kindertagesstätten und Kinderkrippen – haben wir in der Bundesrepublik eine gute Ausstattung, und die Deutschen machen regen Gebrauch davon. Rund 60% der deutschen Kinder besuchen einen Kindergarten. Nach der Antwort der Bundesregierung von 1979, bezogen auf das Jahr 1978, besuchten aber nur 28% der ausländischen Kinder einen Kindergarten, allerdings wohl mit einer rasant steigenden Tendenz; denn nach einer Mitteilung von Ende 1980 sollen es mittlerweile schon 43% sein. Jedoch mit einer noch deutlichen Zurückhaltung der türkischen Familien, denn von den rund 130 000 türkischen Kindern der Altersgruppe 3–6 Jahre werden immer noch rund 80% ausschließlich zu Hause erzogen. Es ist wohl richtig zu vermuten, daß der unbefriedigende Schul-

erfolg der ausländischen Kinder mit von dieser deutlichen Zurückhaltung geprägt wird. Der Befund ist verbesserungsbedürftig und wohl auch verbesserungsfähig.

Folgendes scheint notwendig: Die Öffnungszeiten der Kindergärten müssen sich dem tatsächlichen Bedarf besser anpassen. Dies ist nur durch regionale Flexibilität zu erreichen. Eine intensive Aufklärung der ausländischen Eltern, vor allem am besten durch ausländische Eltern, darf sich nicht entmutigen lassen. Die Beteiligung ausländischer Erzieherinnen bzw. Erzieher ist unverzichtbar, wie die bessere Vorbereitung des deutschen Personals auf diese Arbeit mit ausländischen Kindern. Dabei ist der sprachlichen und kulturellen Nähe des ausländischen Personals der Vorzug zu geben vor einer an deutschen Maßstäben gemessenen Ausbildung.

Heinz Kühn, der sich mit dem Ausländerproblem auseinandersetzen hatte, ist sicherlich zuzustimmen, wenn er in seinem Bericht ausführt: „Inhaltlich müssen diese Maßnahmen – schon im Hinblick auf die Sprachförderung – auf eine gemeinsame Erziehung der ausländischen Kinder mit den gleichaltrigen deutschen Kindern ausgerichtet sein. Nach allen Erfahrungen gehen von nationalen Gruppierungen keine integrativen Impulse aus.“ Dem wäre nur hinzuzufügen, daß der Entstehung fremdenfeindlicher Vorurteile, hinüber wie herüber, eine entscheidende Basis weggenommen ist, wenn man sich verständigen kann. Ich halte das für unverzichtbar, ohne freilich Wunder davon zu erhoffen; so können natürlich auch kritische Situationen entstehen, wenn völlig normale Konflikte, wie sie im Zusammenleben von Menschen unvermeidbar sind, dadurch zu ausländerfeindlichen Effekten führen, weil die Konfliktbeteiligten Ausländer sind und der Ausweg wohlfeil ist anzunehmen, der Konflikt sei nur deshalb entstanden. Beispiele dafür gibt es in Hülle und Fülle. Leicht hängt dann das Ressentiment der Undankbarkeit in der Luft und wird zu einer nie versiegenden Quelle neuer Vorurteile. Nach dem Motto: „O unglückselige Stunde, da das Fremde in diese still beglückten Täler kam, die sittenfromme Unschuld zu zerstören.“ (Schiller, Wilhelm Tell) Es ist eines der schwierigsten allgemeinen Probleme in diesem Zusammenhang, der heimischen Bevölkerung nahezubringen, daß Integration nur gelingen kann, wenn diese Eingliederung in das politische, rechtliche, soziale, berufliche und natürlich auch schulische System auch akzeptiert wird. Solange das Dankbarkeitsverhältnis vorausgesetzt wird, steht die selbstgewählte und vom Stolz motivierte Isolation dem entgegen. Das gilt generell.

Was für die Kindergärten gilt, gilt in ähnlicher Weise auch für die Schulen. Die Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit unseres Schulsystems ist gefordert, und zwar des gesamten Schulsystems, der Organisation, der Lehrer und der Kultusverwaltungen. Immer noch wird die Zahl der Ausländerkinder, die der Schulpflicht nicht nachkommen, auf etwa 5% geschätzt. Heinz Kühn schätzt sogar 25%, die der Schulpflicht nicht oder nicht regelmäßig nachkommen. Das ist noch verbesserungswürdig, aber vor allem geht es darum, die ausländischen Schüler nicht mehr als notwendig von den deutschen zu separieren. Sicherlich wird es Unvermeidlichkeiten geben im Sprachunterricht; sowohl in Deutsch, wenn die Sprache noch völlig unzureichend beherrscht wird, wie auch in der Heimatsprache oder im Religionsunterricht. Im Schuljahr 1965/66 haben 35 000 ausländische Schüler die allgemeinbildenden Schulen besucht, im Schuljahr 1979/80 waren es schon 552 000. Das ist mehr als das Fünfzehnfache, aber nur etwa die Hälfte dieser Schüler erreicht einen Abschluß. Mitschuldig daran ist die immer noch nicht einheitliche Konzeption in der schulischen Behandlung der ausländischen Kinder. Ich stimme deshalb Kühn zu, der folgendes ausführt: „Auch die Schulpolitik muß ohne Einschränkung auf eine dauerhafte Integration der ausländischen Schüler ausgerichtet werden. Die bisherige ‚Doppelstrategie‘ einer gleichzeitigen Hinführung zu den Bildungszielen des Aufenthaltslandes und des Herkunftslandes muß aufgegeben werden, weil sie weder durchführbar ist, noch den tatsächlichen Perspektiven der Betroffenen entspricht. Wenn, wie zu erwarten, bei dem überwiegenden Teil der ausländischen Kinder und Jugendlichen nicht mit einer Rückkehr in die Heimat ihrer Eltern gerechnet werden kann, muß eine optimale Vorbereitung auf das Leben in der Bundesrepublik Vorrang haben.“ Trotz dieser klaren Aussage ist der Handlungsrahmen nicht eindeutig abgesteckt.

Der Einfluß Bonns ist nur ein schwaches Elftel des Gesamteinflusses. Etwas stärker ist er in der Berufsbildung. Es ist ein vielfältiger und vielseitiger Maßnahmenkatalog, der in diesem Zusammenhang darzustellen wäre. Das Thema ist im Bundestag mehrfach behandelt worden, und ich weiß, daß gerade der gegenwärtige Bundesminister für Bildung und Wissenschaft sich mit voller Konzentration diesem Thema widmet. Wesentliche grundsätzliche Probleme sind gegenwärtig nicht erkennbar. Es ist allerdings nicht zu bestreiten, daß es noch eine Fülle von praktischen Schwierigkeiten gibt. Immerhin treten jährlich rund 50 000 ausländische Jugendliche in das be-

rufsfähige Alter. In einer geregelten Ausbildung steht nach Aussage von Kühn allenfalls jeder vierte der Berufsschulpflichtigen; das heißt aber auch, daß die allermeisten eine unqualifizierte Tätigkeit aufnehmen, wenn überhaupt. Vor gut einem Jahr hat das Bundeskabinett sich für eine Verbesserung der beruflichen Eingliederung der Ausländerkinder ausgesprochen und entsprechende Beschlüsse gefaßt, z. B. gezielte Förderungsprogramme. Ohne die offene Bereitschaft der Betriebe und Unternehmen ist hier jedoch kaum Durchgreifendes zustandezubringen. Deshalb gilt der Appell, der hier fällig ist, allen, die an der beruflichen Bildung beteiligt sind, sich ihrer Verantwortung bewußt und gerecht zu werden. Ohne ein den Ausländern voll zugängliches und ihren Interessen und Bedürfnissen gerecht werdendes Bildungssystem werden wir in den kommenden Jahren schweren und unnötigen Auseinandersetzungen entgegengehen.

Ich meine, daß in der Bildungspolitik, einschließlich der beruflichen Bildung, die entscheidende Auseinandersetzung darüber stattfindet, ob das Unternehmen Integration gelingt oder scheitert.

Die beiden anderen von mir genannten Bereiche treten demgegenüber zurück, so wichtig sie auch sonst sind. Es sei mir deshalb erlaubt, sie in aller Kürze abzuhandeln. Innerhalb des Betriebes, überhaupt auf dem Arbeitsmarkt, bestehen sicherlich die geringsten Probleme. Ausländer haben sich in fast alle Sparten des Arbeitslebens hineingefunden, wenngleich nicht zu übersehen ist, daß der Schwerpunkt, insbesondere der Türken und Italiener, in den weniger qualifizierten Bereichen liegt, mit einer gewissen Segmentation. Die Einkommenssituation ist der der deutschen Kollegen in gleicher Arbeit vergleichbar. Alle an der Wirtschaft Beteiligten wissen, daß die deutsche Wirtschaft zusammenbrechen würde, wollte man die etwa zwei Millionen Ausländer aus ihr herausziehen.

Wohnen

Noch ein Stück komplizierter und schwergewichtiger ist die Wohnungssituation. Es gibt keinen Zweifel, daß die Wohnsituation ein Integrations- oder Desintegrationsfaktor von hoher Bedeutung ist. Heinz Kühn in seinem Gutachten: „Experten gehen davon aus, daß die Wohnumgebung (Ausländerkonzentration einerseits oder ‚durchmischte‘ Wohnlage andererseits) bei im übrigen gleichen personalen Voraussetzungen ein ausschlaggebendes Moment für den Eingliederungserfolg ist. Die derzeitigen Wohnverhältnisse eines sehr großen Teils der ausländi-

schen Arbeitnehmer und ihrer Familien bietet jedoch unter diesen Voraussetzungen kaum integrative Chancen.“

Dieser Beurteilung muß man zustimmen. Wenn wir jedoch nicht bereit sind, auch ungewöhnliche Wege zu gehen, wird sich daran nichts ändern. Eine solche konzentrierte Wohnstruktur ist aber nicht nur integrationsfeindlich, sondern auch Quelle ausländischer Äußerungen und Einstellungen.

Interessant ist, daß diese Konzentration in Altstadt-, zumindest sanierungsbedürftigen Altbaugebieten, keineswegs dem Wunsch der Ausländer entspricht, wie manchmal vermutet wird. Repräsentative Umfragen haben ergeben, daß rund 75 % der Ausländer es vorziehen würden, mit den Deutschen zusammen in einer gemischten Siedlungsweise zu leben. Kühn zieht daraus den Schluß: „Eine Auffassung, wonach die Ghettoisierung als Beitrag zur Problemlösung geradezu wünschenswert erscheint, lehnt sich nicht nur an zweifelhafte geschichtliche Erfahrung an, sondern ignoriert mithin auch die eigenen Vorstellungen der Betroffenen.“ Eines ist sicher: ein ungeordnetes Schludernlassen schafft mehr Probleme, als es lösen kann. Deshalb wird bei der Durchsetzungsschwäche des Bundes im Wohnungssektor nur ein verabredetes Verhalten von Bund, Ländern, Gemeinden, gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und der Industrie Abhilfe erhoffen lassen.

Asylrecht

Unter den Feindlichkeit erzeugenden Erscheinungen nimmt seit einigen Jahren die Diskussion um das Asylrecht einen hervorragenden Platz ein. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Anziehungskraft als ein Land, das wirtschaftliche Chancen anzubieten hat, nicht verloren. Seit dem Anwerbestop nahm daher der Druck auf das Asylrecht zu, weil viele, nachdem sich das herumgesprochen hatte, unter Berufung auf Asyl sich den Zugang hierher verschaffen, in den meisten Fällen mit der Hilfe organisierter Schlepperorganisationen, die sich an diesen zumeist völlig kenntnislosen Menschen bereicherten. Wir standen vor zwei Jahren vor der Notwendigkeit, einschneidende Kürzungen und Straffungen des Anerkennungsverfahrens vornehmen zu müssen, weil über die lange Dauer des Verfahrens ein Druck auf das Asylrecht selber spürbar zunahm. Eine Veränderung des Artikels 16 GG schied aus. Es war aber überhaupt nicht einzusehen, daß durch die lange Dauer des Verfahrens (6 bis 8 Jahre waren keine Seltenheit) allein aus diesem Grund die Versuchung, sich auf das Asylrecht zu berufen, aufrechter-

halten wurde in all den Fällen, in denen nun wirklich keine politische Verfolgung vorlag, so verständlich andere Gründe im übrigen auch sein mochten.

Um das noch einmal nebenbei zu sagen: daß der Anwerbestopp seine Wirkung erzielt hat, ergibt sich aus der Interpretation folgender Zahlen: Insgesamt lebten im September 1974 4 127 000 Ausländer in der Bundesrepublik, im September 1980 waren es 4 453 000 – ein Mehr also von 326 000. Dieses Mehr geht jedoch ausschließlich auf die Zunahme der Zahl der Kinder unter 16 zurück. In dem gleichen Zeitraum hat die Zahl der Männer über 16 um 106 000 abgenommen, die Zahl der Kinder unter 16 jedoch um 353 400 zugenommen; davon ist der größte Teil hier geboren.

Um die Zahlen zu vervollständigen: Auch die Zahl der Frauen über 16 hat zugenommen – um 78 500. Diese Zunahme geht wohl fast ausschließlich auf das Konto nachgezogener Ehefrauen von hier lebenden Männern. Der Anwerbestop hatte also seine Wirkung, und es wäre für die Ausländer-Integrationspolitik ein schwerer Schlag gewesen, hätten wir zugelassen, daß der Mißbrauch des Asylrechtes diesen Erfolg unterläuft. Was mich an dieser ganzen Diskussion so stört, ist, daß sie nicht mit etwas mehr Würde geführt wird. Manchmal reden die Deutschen so über das Asyl, als hätten sie es nie selbst gebraucht. Die Folge davon sind eine Reihe von muskelstarken, aber ziemlich hirntosen Vorschlägen, auf die ich nicht eingehen will.

Allerdings, was machen wir eigentlich, wenn ein Anerkennungsverfahren über siebent Jahre läuft und dann eine Familie mit mittlerweile hier geborenen, schon ins Schulalter gekommenen Kindern ausgewiesen wird? Was machen wir eigentlich, wenn wir ein Asylverfahren weiterlaufen lassen, das mit der Mitgliedschaft in der Kongreßpartei begründet wird, obwohl mittlerweile die Kongreßpartei in Indien regiert? Es gibt da allerhand Abstrusitäten. Wir werden in diesem Jahr ein Gesamtpaket von Regelungen vorlegen – keineswegs nur gesetzlichen – deren Ziel es ist, die Möglichkeit zu schaffen, ein Asylverfahren innerhalb von 12 Monaten abzuschließen zu können. Das ist der Betroffenen wegen notwendig, und es ist unseretwegen notwendig. Viele begleitende Maßnahmen, wie die Verweigerung der Arbeitserlaubnis, die Abgeltung von Sozialhilfe in Sachleistungen, die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, lassen sich überhaupt nur aufrechterhalten und rechtfertigen, wenn die Entscheidung zügig erfolgt. Ein zügiges Verfahren ist etwas anderes als ein kurzer Prozeß.

Im übrigen liegen die Schwierigkeiten der Wahrheitsfindung im Asylverfahren doch nicht darin, daß die rechtlichen Schwierigkeiten so groß wären, es sind die Schwierigkeiten im Tatsächlichen, die das Problem ausmachen. Den Bürgern bei uns ist einleuchtend, daß politisch Verfolgte bei uns Schutz vor Verfolgung haben sollen; ihnen ist aber nicht klarzumachen, daß allein die Berufung auf das Asylrecht schon eine lange Aufenthaltsdauer garantieren soll. Hier steckt eine Quelle der Fremdenfeindlichkeit, die verstopft werden muß. Nur können wir die Kürze des Verfahrens bei Beibehaltung der Rechtssicherheit durch gesetzliche Maßnahmen allein nicht erreichen. Es gibt da auch eine Grenze, die nicht unterschritten werden darf. Die Verwaltungen und die Gerichte müssen das ihre dazutun. Wir werden, wie gesagt, noch in diesem Jahr ein umfassendes Gesetz verabschieden, dessen Eckpunkte mittlerweile festgelegt sind, und die sich an der Bedeutung des Asylrechts als Grundrecht orientieren.

Kriminalität und politischer Extremismus

Häufig werden Ausländerfeindlichkeiten abgeleitet von der Behauptung, es handele sich in hohem Maße um Kriminelle, man könne sich auf der Straße, vor allem als Frau, abends nicht mehr sehen lassen. Da hilft nur Aufklärung, Aufklärung und noch einmal Aufklärung. Tatsächlich zeigt die Ausländerkriminalität gegenüber der allgemeinen Kriminalität bei uns keinerlei Auffälligkeiten. Mit einer Ausnahme: die Jugendkriminalität liegt bei Ausländern deutlich höher als bei Deutschen. So ist die Kriminalitätsbelastungsziffer der ausländischen Jugendlichen doppelt so hoch wie die der deutschen Jugendlichen. In Hamburg wurden im Jahr 1976 ca. 22 %, d. h. fast ein Viertel aller in dieser Stadt lebenden jugendlichen Ausländer, von der Polizei als tatverdächtig registriert. In Stuttgart betrug dieser Prozentsatz im gleichen Jahr annähernd 20 %. Für die deutschen Jugendlichen dieser Städte betragen die Anteilsätze demgegenüber 12 % und 8 %. Die höhere Kriminalitätsbelastung der ausländischen Jugendlichen und Heranwachsenden soll sich vor allem auf die Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung, auf Rohheitsdelikte und Diebstähle konzentrieren (so Peter-Alexis Albrecht und Christian Pfeiffer, Kulturkonflikt oder soziale Mangellage, in: Bewährungshilfe 1979). Ausländische Kinder (unter 14 J.) unterscheiden sich dagegen in der Kriminalitätsbelastung nicht negativ von deutschen Kindern.

Was immer die Gründe für diesen besorgniserregenden Befund sein mögen, so gibt es verschiedene

Theorien, wie z. B. die Kulturkonflikttheorie. Eines ist sicher, daß man von staatlicher Seite einer solchen Entwicklung, der sicherlich durch eine Randstellung, durch eine Außenseiterrolle begründeten Ursache, nur mit verstärkten und sinnvollen Bemühungen um Integration begegnen und entgegenwirken kann. Die im Antrag der Koalitionsfraktionen vom 9. 12. 1981 vorgesehenen Maßnahmen sind ein tauglicher Handlungsrahmen. Sie reichen von Verbesserung der Chancen ausländischer Kinder, Jugendlicher und Erwachsener im vorschulischen, schulischen und berufsbildenden Bereich bis zu Rechtsstellungsfragen. Wichtig ist indessen nicht allein die Beschlußlage, sondern die Umsetzung. Und gerade da gibt es zwischen Bund und einigen Ländern immer wieder unverständliche Schwierigkeiten.

Ein anderes Problem macht mir freilich noch viel mehr Schwierigkeiten: das des Ausländerextremismus. Nach meiner Erfahrung bestimmt nichts so sehr die negative Einstellung gegenüber Ausländern, als wenn – in der Diktion des einfachen Gedankens – sie (das ihnen „gewährte Gastrecht“ mißbrauchend) sich politisch-extremistisch betätigen und dabei politisches Gedankengut verbreiten und vertreten, das hier nicht hingehört. Die Bevölkerung reagiert außerordentlich empfindlich, wenn politische Auseinandersetzungen des Heimatlandes hier fortgesetzt werden. Es ist unverkennbar, daß es hier weit verbreitete Angst, aber auch Zorn gibt. Es ist zwar richtig, daß sich der weit überwiegende Teil der Ausländer bei uns gesetzestreu, auch unserer Verfassung entsprechend, verhält, es ist aber auch unverkennbar, daß extremistische Bestrebungen sich verstärken, insbesondere unter den Türken. Zählt man die Gruppen und Gruppierungen, von denen wir mehr oder weniger viel, meist weniger viel wissen, besagt das sehr wenig: etwa 35 orthodox-kommunistische Gruppen, ca. 80 sonst linksextremistische und 18 rechtsextremistische und extremnationalistische Gruppen. Generell kann man sagen, daß die linksextremistische Szenerie außerordentlich zersplittert und in sich selbst zerfallen ist. Viel gefährlicher scheint mir die rechtsextreme Politlandschaft. Das Bedrückende ist, daß wir so wenig Zuverlässiges darüber wissen. Die Verfassungsschutzbehörden wissen zwar ziemlich genau, wann wer und wie lange in einem ASTa tätig war, in dem auch der MSB Spartakus vertreten war, was ziemlich irrelevant ist; was aber in der rechtsextremen Szenerie sich abspielt, vor allem in der türkischen, darüber herrscht weigehend Unklarheit. Alle Nachrichten, die uns erreichen, deu-

ten Bedrohliches an. Es scheint so zu sein, daß sich unter dem Deckmantel der islamischen Kulturzentren und Kulturvereine MHP und MSP samt „Grauen Wölfen“ fest organisieren und ein über das gesamte Bundesgebiet reichendes Verbindungsnetz aufbauen, das weitreichende Verbindungen in die Türkei und in das übrige Ausland unterhält.

Ganz abgesehen davon, daß wir nicht zulassen dürfen, daß fest organisierte Gruppen versuchen, ihre Landsleute unter Druck zu setzen, können wir es uns aus innen- und außenpolitischen Gründen nicht leisten, solche Organisationen zu dulden. Je mehr von diesen Organisationen bekannt wird, ohne daß es zu staatlichen Reaktionen kommt, um so mehr besteht die Gefahr emotionaler fremdenfeindlicher Reaktionen, die dann nicht mehr in der Lage sind, zu differenzieren. Das aber kann nicht in unserem Interesse liegen.

Nationale Vorurteile

Schließlich muß noch von einem anderen Gesichtspunkt die Rede sein, der in unseren bisherigen Betrachtungen überhaupt noch keine Rolle gespielt hat. Wenn man die Beziehungen von freundlich bis feindlich nach der Skala der Beziehungen zwischen menschlichen Gruppen (Gordon W. Allport) zur Grundlage nimmt – Zusammenarbeit, Hochachtung, Toleranz, Parteilichkeit, Vorurteil, Diskriminierung, Jagd auf Sündenböcke –, spielt für fremdenfeindliche Einstellung von Bevölkerungsteilen der Stand der internationalen Beziehungen und die Art und Weise, wie die Politik und Publizistik sich gegenüber anderen Nationen verhält, eine große Rolle. Ich darf noch einmal auf Fritz Eriar zurückgreifen mit einem längeren Zitat:

„Vorurteile dieser Art (gem. nationale Vorurteile) erzeugen die Bereitschaft, in Haß und Aggressivität umzuschlagen. Sie lassen sich also verhältnismäßig leicht steuern und auch politisch mißbrauchen... Derartige Vorurteile können leicht einen Haftpunkt für Affekte bilden, vor allem, wenn das positive Vorurteil gegenüber dem eigenen Volk sich paart mit negativen gegenüber ganz bestimmten anderen. So etwas läßt sich leicht mißbrauchen durch Demagogen aller Art, durch eine machthungrige politische Führung etwa. Das ist vor allem in Zeiten internationaler Krisen und Spannungen gefährlich, denn dann rufen diese Vorurteile auf beiden Seiten erst das viel berufene nationale ‚Prestige‘ auf den Plan. Wenn das erscheint, hört bekanntlich das Denken auf. Damit ist jede Beilegung eines Konfliktes außerordentlich erschwert, wenn nicht gar verhindert. Man kann also

ohne Übertreibung sagen, daß das nationale Vorurteil in beiden Ausprägungen die Bereitschaft zum Krieg fördert, wenn nicht mitunter in entscheidenden Situationen sogar fixiert.

Wir haben es nicht nur mit den nationalen Vorurteilen bestimmter Art zu tun, von denen oben berichtet wurde. Die moderne Massendemokratie erzeugt unentwegt neue Vorurteile. Das Schlimme ist, daß Vorurteile in unserer Zeit sehr leicht den Charakter von Glaubenswerten annehmen, und daß infolgedessen jede Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gruppen und erst recht auch zwischen Völkern und gar Gruppen von Völkern in eine Glaubensauseinandersetzung entartet, bei der jeder auf seiner Seite nicht nur von der Rechtmäßigkeit seines Tuns, sondern sogar von der moralischen Überlegenheit seiner Sache überzeugt ist."

Ich nehme diesen Gedankengang auf und betone die Verantwortung der Innenpolitik für die Außenpolitik auch im Psychologischen. Je mehr wir einen Interessengegensatz, der unvermeidbar ist, auf die Ebene der persönlichen Feindschaft heben, um so schwerer läßt er sich lösen. Über die Begrenzung des politischen Handlungsspielraums durch eigengesetzte psychologische Schranken wird m. E. zu wenig nachgedacht. Wer glaubt, den gegenwärtigen bestehenden Interessengegensatz zur Sowjetunion dadurch besser bestehen zu können, daß er einen militanten Antikommunismus bzw. Antisowjetismus erzeugt, nährt und fördert, beschränkt sich selber bei der Wahrnehmung seiner Interessen. Die Spielart der Fremdenfeindlichkeit, die sich gegen ganze Nationen richtet, ist noch schwieriger zu bekämpfen, als die, die uns die ganze Zeit beschäftigt hat. Sie ist vor allem auch selbsterzeugt, sie hat in aller Regel keine originäre Herkunft aus der Erfahrung des Individuums, sondern ist durch Politik und Berichterstattung entstanden. „Nicht jeder, der den Antibolschewismus für ein Vorurteil hält, ist nun etwa seinerseits ein Bolschewist. Die Haltung des nur Antidenkens ist in

Wirklichkeit ein Spiegelbild dessen, was sie bekämpft.“ (Erler)

Die Sache wird auch nicht dadurch einfacher, daß die eine Haltung eine andere induziert. Es gibt dann bei uns auch so etwas wie Antiamerikanismus, der genauso dumm agiert wie der Antibolschewismus, jedenfalls aber, oft im Reflex, das eine für schlecht hält, bloß weil es von dort kommt, und das andere für gut hält, bloß, weil es von hier kommt. Abgesehen, daß das zu politischen Blindheiten führt, die dem einzelnen keine Chance mehr lassen, vorurteillos zu prüfen, blockieren solche Einstellungen, wenn sie kumulieren, die Politik. Sie ist dann ihrer Chance beraubt, nach den eigenen Interessen zu handeln. Noch einmal Fritz Erler: „Politisch einsichtige Kräfte sollten in Zeiten internationaler Spannungen die Presse nicht zum Verbreiten politischer Vorurteile mißbrauchen, auch wenn man das für die eigene Politik als ganz nützlich empfinden könnte.“

Die Selbstabgemessenheit des politischen Handelns wird durch ausländerfeindliche Einstellungen und Haltungen so sehr verkürzt, daß sie schließlich einfach nicht mehr ausreicht, das Ziel zu erreichen. Die Selbstbescheidung und die Konzentration auf das eigene Handeln ist wichtiger als die Entrüstung über das Handeln anderer. Im übrigen steckt in einer solchen Selbstbescheidung mehr Klugheit und nationale Würde als in dem Fingerzeigen auf andere. Von Stackelberg sagte in einem amüsant zu lesenden Büchlein „Alle Kreter lügen“: „Wir werden auch die Aggressionen als einen wesentlichen Bestandteil dem menschlichen Wesens und auch als wichtige Antriebskräfte nicht fortkümmern können. Aber es wäre vielleicht schon ein Vorteil, wenn es die erhobenen Zeigefinger nicht mehr gäbe. Vielleicht sollten wir künftig über die erhobenen Zeigefinger lächeln, dann würden sie vermutlich schnell verschwinden, denn die geistig Halbstarcken sind unsicher.“ Ich wünschte, er hätte recht.

Hermann Korte: Aktuelle Probleme der Remigration ehemaliger Gastarbeiter und ihrer Familien

Prof. Dr. Hermann Korte, Jahrgang 1937, lehrt Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum und gehört dem UB-Vorstand Gütersloh sowie dem Bezirksausschuß Ostwestfalen/Lippe der SPD an.

Bei den politischen Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland stehen sich zwei gegensätzliche ausländerpolitische Konzepte gegenüber. Die eine Seite fordert eine stärkere Rückkehr, die Förderung der Rückkehrbereitschaft, die andere Seite eine bessere Integration, die mit der Einbürgerung abgeschlossen ist. Es stehen sich zwei Konzepte gegenüber, die bisher ausreichten, Migrationen, also Wanderungen von Gastarbeitern aus der Heimat ins Gastland und umgekehrt, ausländerpolitisch in den Griff zu bekommen.

Diejenigen Politiker, die für eine Integration und eine Erleichterung der Einbürgerung plädieren, sind am Modell der Einwanderung orientiert, dem einen klassischen Modell von Massenmigration. Einwanderungen zum Zwecke der Besiedelung oder zum dauerhaften Ausgleich von demographischen Lücken sind von den Einwanderungsländern stets zahlenmäßig gesteuert worden. In den letzten Jahrzehnten wurde darüber hinaus verstärkt eine qualifizierende Auswahl (z. B. nach Berufssparten, Altersgruppen) getroffen. Die meist frühzeitige Einbürgerung war und ist mit bestimmten Auflagen verbunden (z. B. Militärpflicht, Residenzpflicht in bestimmten Regionen).

Diejenigen, die einer Rückkehr das Wort reden, sind an dem Konzept des Saisonarbeiters orientiert, für den die Rückkehr in sein Heimatland, seine Heimatregion das Normale ist. Eine Normalität, die notfalls auch durch rechtliche Maßnahmen erzwungen wurde. Die westeuropäische Gastarbeiterpolitik war an dem Modell des Saisonarbeiters orientiert, ohne allerdings eine eventuell notwendig werdende Erziehung der Rückkehr rechtlich abzusichern.

Mit diesen beiden traditionellen Konzepten (Einwanderung und Saisonarbeiter) ist jedoch die Situation der in der Bundesrepublik und in den anderen westeuropäischen Staaten lebenden Arbeitsmigranten nicht adäquat genug zu beschreiben. Man kann

zwar davon ausgehen, daß ein kleiner Teil der Ausländer einwandern, eine neue Staatsbürgerschaft annehmen will und ein anderer Teil bald zurückkehren will. Die meisten Gastarbeiter dürften sich aber relativ dauerhaft niedergelassen haben, auf lange Zeit bleiben wollen, ohne allerdings ihre Staatsbürgerschaft zu ändern.

Auf diese letzte Gruppe zielen nun eine Reihe von Initiativen ab, möglicherweise latent vorhandene Motive zur Rückkehr zu aktualisieren. In diesem Zusammenhang ist immer häufiger von Strategien zur Förderung von „Re-Migration“ die Rede. Bei der Betrachtung der Rückwanderung von ausländischen Arbeitnehmern und ihrer Familien aus den sogenannten Aufnahmeländern in ihre Heimatländer, sind eine Reihe von Aspekten bedeutsam. Zunächst einmal muß die *quantitative Entwicklung* näher beleuchtet werden. Hinzukommen muß eine Diskussion der *Gründe* für eine solche Rückkehr (und die Einschätzung verschiedener Arten von Rückkehrabsichten), die *Betrachtung der spezifischen Instrumente einer Rückwanderungspolitik* in den westeuropäischen Aufnahmeländern, der Einbezug bestimmter *Folgeprobleme* der Rückwanderung, z. B. für den einzelnen Migranten, aber auch für sein Heimatland sowie schließlich die Abschätzung von ersten Ansätzen zur *Lösung* der Re-Migrationsprobleme.

Quantitative Entwicklung

Seit 1968 ist ein langsamer, stetiger Anstieg der Fortzüge zu verzeichnen, der gleichförmig einhergeht mit den sehr hohen Zuwanderungszahlen von „Gastarbeitern“ bis 1973. Auch nach dem Anwerbestop von 1973, der den Neuzug von ausländischen Erwerbstätigen einschränkte, nahm die Zahl der Re-Migranten weiterhin zu und erreichte ihren Höhepunkt 1975.

Der Wanderungssaldo ist nur für einen gewissen Zeitraum, nämlich zwischen 1974 und 1977 negativ gewesen, seitdem jedoch wieder positiv. Auch in einer Zeit, in der noch relativ viele Ausländer in ihre Heimatländer zurückkehrten, wanderten so viele neu zu (nach dem Anwerbestop als „nachziehende Familienmitglieder“/Ausnahme: Italien), daß der Wanderungssaldo lange positiv blieb.

Von 1975 an sanken dann aber die Re-Migrationsraten bis 1980 jedoch relativ drastisch. Die Zahlen von 1981 werden noch unterhalb dieser Werte liegen (s. Tabelle S. 530).

Besonders interessant erscheint hier der Rückgang der Re-Migrantenzahlen bei den Griechen. Während in den Jahren 1975–1977 jährlich ca. 50 000–60 000

Wanderungen zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland; Fortzüge (Ausländer insgesamt nach...)

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981*
Italien	104 498	84 755	75 396	73 925	73 931	77 400	35 245
Griechenland	65 709	58 200	48 000	36 258	29 247	22 300	6 305
Jugoslawien	100 016	74 393	58 415	50 943	44 413	41 100	17 949
Türkei	148 475	130 354	113 531	88 080	66 256	70 600	32 105
Spanien	40 077	32 780	24 543	17 447	12 139	10 000	3 999

*1. Halbjahr 1981

Quelle: Statistische Jahrbücher 1977-1981, Wirtschaft und Statistik 7/81

Griechen aus der Bundesrepublik wieder in ihr Heimatland gewandert sind, haben sich die Zahlen seit 1978 stark verringert. 1981 beispielsweise waren es zuletzt nur noch 6 305 im 1. Halbjahr. Für 1981 dürfte sich also insgesamt eine Summe von knapp 13 000 gegenüber 65 000 im Jahre 1975 ergeben.

Auf der Grundlage der starken griechischen Rückwandererwelle ab 1975 sind insbesondere von griechischen Sozialwissenschaftlern Theorien dahingehend formuliert worden, Griechen als Angehörige eines Volkes mit historischer Wanderungserfahrung neigten eher und umfassender als andere Nationalitätengruppen zur Rückkehr in ihr Heimatland.

Inzwischen legen jedoch die neueren Zahlen ebenso wie die Entwicklung der Rückwandererzahlen bei Spaniern und Portugiesen eine andere Interpretation nahe. Nach der Überwindung der griechischen Junta bzw. nach dem Absterben der alten faschistischen Regime in Spanien und Portugal, einem damit einhergehenden langsamen ökonomischen Anstieg bzw. der Hoffnung auf eine neue Entwicklung folgte eine relativ starke Rückwanderungswelle. Dieser Rückwanderungsboom ist nun allerdings stark gebremst, und es ist eher zu vermuten, daß das Rückwanderungspotential zwar noch nicht gänzlich, aber doch zu einem großen Teil erschöpft ist.

Rückwanderungsstrategien

Damit sind bereits die möglichen Gründe angesprochen, die ausländische Arbeiter und die dazugehörigen Familien haben können; in ihre Heimatländer, möglicherweise sogar in ihre Herkunftsregionen oder den Herkunftsort zurückzukehren. Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, das Problem der Rückwanderung nur als individuelles der Arbeitsmigranten zu sehen. Hier überschneiden sich ebenfalls die Interessen der Entsendeländer und Aufnahmeländer, stehen national entwickelte Strategien unvermittelt nebeneinander.

Die Entsendeländer haben die allgemeine Strategie, die Erfahrung der ehemaligen Arbeitsmigranten oder das von den Aufnahmeländern in die „Zweite Generation“ investierte Erziehungskapital zu nutzen. Die meisten westeuropäischen Aufnahmeländer verfolgen die Strategie, Rückkehrbereitschaft zu fördern, um einen Daueraufenthalt, der mit sozialen und infrastrukturellen Folgekosten verbunden ist, möglichst zu verhindern. Letztlich soll so die Rückkehr eines Teils der Arbeitsmigranten den Anschein einer dauerhaften „Einwanderung“ von Ausländern aufheben und dadurch helfen, gesellschaftliche Konflikte zu entspannen. Die Arbeitsmigranten schließlich verknüpfen mit ihrer Rückkehr in ihr Heimatland die Vorstellung einer wirtschaftlichen und sozialen Verbesserung gegenüber ihrer Abwanderungssituation.

Es hat sich jedoch mittlerweile gezeigt und ist auch für alle Beteiligten erkennbar, daß diese drei Strategien in den letzten 10 Jahren mehr oder weniger gescheitert sind: Die Modernisierung durch die Rückkehr ist so gut wie unterblieben, der Rückkehr folgt auf der individuellen Ebene in den meisten Fällen wirtschaftliche und soziale Enttäuschung, und die Folgekosten für die Gastländer steigen und sind noch kaum abzusehen.

Instrumente einer Rückwanderungspolitik

Unabhängig davon, ob man die massenhafte Initiierung von Rückwanderungswünschen bzw. die geförderte Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer als adäquate, auch politische Lösung des Ausländer/Einheimischen-Konflikts in den Gastländern sieht, läßt sich die Frage stellen, über welche Instrumente eine gezielte Rückwanderungspolitik verfügt, welche Probleme bei ihrer Anwendung auftreten.

Man kann in der Bundesrepublik und im übrigen Westeuropa zwei unterschiedliche Formen von Instrumentarien der Rückwanderungspolitik unter-

scheiden. Zu ihnen gehören neben der sogenannten indirekten Förderung der Rückwanderung auch direkte Förderungsmaßnahmen wie z. B. *Rückkehrprämien*. Dieses Konzept ist z. B. in Frankreich zwischen 1977 und 1980 mit enormen finanziellen Mitteln praktiziert worden. Insgesamt wurden im Modellzeitraum 89 000 Personen in Frankreich auf diese Art und Weise gefördert. Die französischen Experten sind sich allerdings einig, daß diese Maßnahme die Zahl der anwesenden Ausländer nur geringfügig verringert haben. Als Grund mag die Erkenntnis gelten, daß die Wirtschaft bei Bedarf immer wieder Wege findet, so „zurückgeförderte“ Fachkräfte (und um solche handelt es sich im wesentlichen) durch andere Arbeitskräfte aus den Entsendeländern zu ersetzen.

Wie auch immer: In Frankreich ist man mittlerweile von dieser Förderungspolitik abgerückt, und man kann nach diesen Erfahrungen vor Plänen, Rückkehrbereitschaft durch die Zahlung von Prämien zu motivieren, nur dringend warnen. Im übrigen sei an dieser Stelle noch auf ein Problem hingewiesen, das bei jeder Rückwanderung zu diskutieren ist, aber insbesondere beim Prämienprinzip besonders aufmerksam zu beobachten ist. Es läßt sich nicht sicherstellen, welche Ausländer überhaupt eine entsprechende finanzielle Rückkehrhilfe in Anspruch nehmen. Sind es gerade solche Arbeitnehmer, die auch die Wirtschaft des Aufnahmelandes gut gebrauchen kann, sind es die, die die Entsendeländer aufgrund ihrer wirtschaftlichen Überlegungen eigentlich gar nicht haben wollen, bzw. sind es Personen, die auch ohne finanziellen Anreiz demnächst re-migrieren?

Neben dieser wenig effektiven Rückwanderungsförderung sind jedoch auch noch eine Reihe von anderen individuellen oder direkten Förderungsmaßnahmen versucht worden. Zu nennen wäre hier die *Ausbildungsförderung*, d. h. Rückkehrer können durch Individualförderung versuchen, eine Qualifikation zu erreichen, die im Heimatland zur Anwendung kommen kann. Das Problem ist dabei, daß im Heimatland des im Ausland Geförderten regional ein entsprechender Arbeitsplatz vorhanden sein muß, auf den diese Qualifikation paßt. Deswegen werden solche direkten Förderungen immer auch mit indirekten gekoppelt werden müssen, also etwa durch die Initiierung und Unterstützung von Betriebsgründung im Entsendeland. Zur *indirekten Förderung* werden damit zusammenhängend auch Vorzugskredite, Importerleichterungen etc. gezählt. Insbesondere letzteres betrifft jedoch nicht nur die Aufnahme-, sondern auch die Heimatländer. Jugoslawien hat z. B.

bestimmte Zollerleichterungen geschaffen, die die zollfreie Einfuhr von Maschinen oder Geldsummen durch Arbeitnehmer, die eine längere Zeit im Ausland verbracht haben, möglich machen.

Betriebsgründungen im Entsendeland

Als weiteres Beispiel für indirekte Förderung werden stets auch die sogenannten *Arbeitnehmergesellschaften* angeführt, die vor allem in der Türkei in erheblicher Zahl gegründet und gefördert worden sind. Dort sind mit Unterstützung der Bundesrepublik und anderer westeuropäischer Länder mehr als 200 derartige Arbeitnehmergesellschaften mit etwa 237 000 Anteilseignern (Stand 1980) sowohl aus der Türkei als auch aus den westeuropäischen Aufnahmелändern geschaffen worden.

Zu beachten ist allerdings, daß dieser enorme Aufwand auch an Förderungsmitteln in den letzten 10 Jahren zur Bereitstellung von insgesamt 20 000 Arbeitsplätzen geführt hat. Diese 20 000 Arbeitsplätze haben zwar für die Regionen, in der sie entstanden sind, einen erheblichen entwicklungspolitischen Effekt. Zur Förderung von Rückkehrabsichten bei außerhalb der Türkei lebenden Türken scheint aber auch diese Maßnahme nicht verwendbar. Sind nämlich 1978 noch 88 000 Türken re-migriert und geht man von einem Anteil von Erwerbsspersonen an dieser Zahl von 30 000 bis 40 000 aus, so würden die in 10 Jahren geschaffenen Arbeitsplätze bereits für diese Gruppe nicht ausreichen. Hinzu kommt, daß auch die Heimatländer diese Investitionen eher unter entwicklungspolitischen Aspekten sehen. Auch greift das Management solcher Arbeitnehmergesellschaften am Ort eher auf den berühmten anatolischen Bauern zurück als auf rückkehrende türkische Migranten, deren Ansprüche an soziale Leistungen, deren Problembewußtsein und deren höhere Lohnforderungen dort in Rechnung gestellt werden. Derartige „ökonomische Rationalität“ zeichnet nicht nur die westeuropäische Industrie, sondern auch die Arbeitnehmergesellschaften in der Türkei aus.

Als beobachtbare Folge ist auch hier zu konstatieren, daß diese Art der Förderung verpufft und die Rückkehrer *Ein-Personen-Betriebe* gründen. Die entsprechende englische Bezeichnung „self-employment“ – Selbstbeschäftigung – umreißt sehr genau den vorliegenden Sachverhalt. Eine der Studien, die im Augenblick mit Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk in Nordgriechenland durchgeführt werden, hat z. B. festgestellt, daß in Serres, einer 50 000-Einwohner-Stadt in Nordgriechenland, die Arbeitslosenquote unter den Rückkehrern bei ca. 12%, der Anteil unter

den Erwerbstätigen, die sich lediglich „selbst beschäftigen“ gar bei 35,9% liegt. Der Verfasser dieser Studie weist ganz entschieden darauf hin, daß es ein Mythos sei zu glauben, Südeuropäer hätten einen „Drang“, Ein-Mann-Betriebe zu gründen. Vielmehr sei die katastrophale Arbeitsmarktsituation dafür verantwortlich zu machen. Die abstrusen Vorstellungen über eine spezifisch mediterrane Mentalitätsorientierung scheinen jedoch in der öffentlichen Meinung noch immer zu überwiegen. So heißt es im Leitartikel der *Wirtschaftswoche* vom 11. 12. 1981: „Könnten Ausländer früher auf diese Mittel, also die eingezahlten Sozialversicherungsmittel, zurückgreifen, dann wäre das für viele Ausländer ein Anreiz, die Bundesrepublik zu verlassen; Versicherungsbeiträge und Ersparnisse ergeben allemal genug Kapital, um in Istanbul Taxiunternehmer zu werden“.

Verschiedene Fallstudien haben mittlerweile die zwei Hauptprobleme, die bei der Rückkehrförderung auftreten, klar herausgearbeitet. Zum einen wird von den Entsendeländern in der Regel nicht gezielt gefördert. Die aus den westeuropäischen Staaten kommende Förderung von regionalen Arbeitnehmergeellschaften, die Förderung von Betriebsgründungen in bestimmten Regionen wird nicht begleitet von regionsspezifischen Investitionen der Heimatländer, sondern dort wird vorwiegend nach dem Gießkannenprinzip verfahren. Andererseits ist durch die Untersuchungen klar geworden, daß die Einheimischen beim Zugriff auf Mittel, die eigentlich als Rückwanderungs- und Wiedereingliederungshilfen vorgesehen sind, den Re-Migranten überlegen sind, da diese nach 10–15-jähriger Abwesenheit nicht mehr zu den lokalen und regionalen Klientensystemen gehören.

Hauptprobleme der Re-Migration

Ein Hauptproblem der Re-Migration besteht darin, daß die Fachleute in den Entsendeländern die *Re-Integration* – bisher jedenfalls – als zweitrangiges bzw. drittrangiges Problem ansehen. Für sie steht die allgemeine bzw. regionale Entwicklung ihrer Länder im Vordergrund. Folglich sind sie eher am Geldtransfer der Migranten interessiert bzw. erwarten von den westeuropäischen Ländern Ausgleichszahlungen an die jeweiligen Entsendeländer. Diesen Forderungen liegt zumeist das Argument zugrunde, die ausländischen Arbeitnehmer hätten z. B. in der Bundesrepublik am Aufbau des Wirtschaftswunders entscheidenden Anteil gehabt und in den Volkswirtschaften ihrer Heimatländer eine Leerstelle hinterlassen.

Daraus ergibt sich dann auch das Folgeproblem, daß die politischen Institutionen der Herkunftsländer zwar an technischer Kooperation sehr interessiert sind, diese Zusammenarbeit jedoch nicht an gemeinsamer inhaltlicher Planung orientiert ist. Besonders drastisch erscheinen die gegensätzlichen Standpunkte, wenn über den Einsatz der Ausgleichszahlungen als indirekte Förderungsmaßnahme diskutiert wird. Während die Aufnahmeländer daran interessiert sind, die jeweiligen finanziellen Zuweisungen an bestimmte Projekte in bestimmten Regionen zu knüpfen, liegen die Bestrebungen der Entsendeländer in einer autonomen Verfügung über diese Mittel. Letzteres führt dann wieder zum „Gießkannenprinzip“, d. h. zufließende Gelder werden gleichmäßig verteilt, können deshalb aber an keiner Stelle einen Entwicklungsschub induzieren und kommen deshalb rückwandernden Arbeitsmigranten in den wenigsten Fällen zugute.

Für das Problem der Re-Migration bedeutet das: Die Strategien zur Förderung der regionalen Entwicklung der Entsendeländer scheinen in ähnlicher Weise zu scheitern wie die individuellen Förderungsmaßnahmen für Rückwanderer. Dies ist den beteiligten Menschen auch bewußt.

Stetige Rückmeldungen über persönliche Mißerfolge im Falle einer Re-Migration gelangen aus den Heimatländern in die westeuropäischen Aufnahmeländer. Jeder Ausländer, der in den Ferien in seine Heimat fährt, kann Einblick nehmen in die ganz individuellen Schicksale von Freunden, Verwandten oder Nachbarn, die zurückgewandert sind. Darüber hinaus existiert eine sehr ausführliche Berichterstattung unter den Migranten über das Scheitern der angesprochenen Strategien. Dies wiederum führt für die in Westeuropa lebenden Migranten zum „kalkulierten“ Verhalten der „dauerhaften Niederlassung“.

Die bereits angesprochene Fallstudie aus Nordgriechenland erhärtet die „Rationalität“ dieser Entwicklung. Wenn 91% der dort erfaßten Rückwanderer angeben, sie würden erneut emigrieren, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten, von ihnen 63% auf unbestimmte Zeit und 21% für immer, dann kann das Scheitern der Remigrationsstrategien nicht deutlicher dokumentiert werden. In diesem Fall sind auch die Verschlechterungen auf den westeuropäischen Arbeitsmärkten kaum ein Hindernis für eine solche neuerliche Entscheidung, denn die strukturellen Entwicklungsunterschiede zwischen den industriellen Zentren und den Peripherieregionen existieren nach wie vor.

Unser gemeinsames Ziel: Eine verbesserte Leistungsbilanz. Mit Strom – Gas – Fernwärme.

Es ist eine – teure – Tatsache, daß die Bundesrepublik zwei Drittel ihrer Energien importieren muß. Dadurch ist unsere Wirtschaft in starkem Maße vom Ausland abhängig. Dieses Problem wird verschärft durch Ökrisen und Schwankungen der Wechselkurse. Unsere ehemals günstige außenwirtschaftliche Position hat sich ins Gegenteil verkehrt, Leistungsbilanzdefizite und immer kleiner werdende Spielräume für Finanzierung und Wachstum zwingen uns, die Importabhängigkeit auf dem Energiesektor drastisch zu senken.

Die Einschränkung beim Ölverbrauch kann da nur ein erster Schritt sein. Hinzu kommen muß die rationelle Verwendung von Energie bei gleichzeitiger Steigerung des Anteils der leitungsgebundenen Energien.

Mit Strom, Gas und Fernwärme können wir Primärenergie sparen, nicht zuletzt durch die Nutzung sich erneuernder Energien – wie Umweltwärme – und Abwärme. Kurzum: unsere Situation erfordert den gebündelten Einsatz aller Energieträger.



Gerade auch solcher, die sich nur zur Stromerzeugung eignen, wie ballastreiche Kohle und Kernenergie.

Die Energieversorgungsunternehmen kennen ihre Verpflichtung. Sie wissen, nur mit einem Kurswechsel in der Energieversorgung sind die bestehenden, erkennbaren Schwierigkeiten zu meistern. Zwar steigt der Verbrauch langsamer an, dennoch müssen bei Zurückdrängung der Ölimporte alle anderen Energien an der Versorgung stärker beteiligt werden.

Die Zukunft verlangt Entscheidungen und weitsichtige Investitionen. So sichern wir uns dauerhafte und preisgünstige Energiequellen und erhalten darüber hinaus

- neue Arbeitsplätze durch Bau und Installation moderner Energieanlagen,

- eine verbesserte Außenhandelsposition durch verminderte Energieimporte und erhöhte Exportchancen für Energietechniken,

- eine verbesserte Umwelt, da umweltfreundliche, leitungsgebundene Energiesysteme umweltbelastende Einzelfeuerstätten ersetzen.

Der sparsame Umgang mit Energie bleibt nach wie vor das Gebot der Stunde. Wir sind bereits auf dem richtigen Weg. Setzen wir ihn gemeinsam fort – hin zu einer breiten Verteilung auf alle verfügbaren Energieträger. Zum Beispiel Strom, Gas und Fernwärme. Kohle und Kernenergie gehören dazu.

Wenn es um Energie geht, sitzen wir alle im gleichen Boot. Steuern wir den gleichen Kurs.

VEW

Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG

Re-Migrationshilfen

Dieser Punkt der Re-Migrationsdiskussion ist letztendlich nur im Gespräch mit den Entsendeländern aufzuarbeiten. Dabei bedarf es auf beiden Seiten der Grundeinsicht, daß die Entsendeländer mit Hilfe der Aufnahmeländer ihre gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zumindest in bezug auf das Faktum „Re-Migration“ verändern müssen. Dazu gehört auch, daß begriffen wird, daß es sich hier um ein hochrangiges gesellschaftliches Problem sowohl in seinen quantitativen Ausmaßen als auch in seinen Auswirkungen im sozialen Bereich handelt.

Hier müssen insbesondere eine Reihe von *Schulproblemen* angesprochen werden, die in der zurückliegenden Zeit von Vertretern der Entsendeländer häufig als nicht existent bezeichnet worden sind.

Mittlerweile weiß man jedoch, daß ausländische Kinder nicht nur in deutschen Schulen Probleme haben, sondern auch – im Falle einer Rückwanderung – im Schulsystem des Heimatlandes.

Der quantitative Aspekt bezieht sich u. a. auf die regionalen Ziele der Rückwanderer. In Griechenland wurde über einen längeren Zeitraum von den Außenstellen der bundesrepublikanischen Bundesanstalt für Arbeit vorwiegend in Nordgriechenland angeworben. Die griechischen Rückwanderer lassen sich nun auch folglich wieder in dieser Region nieder. Die frequentierteste *Rückwander-Region* ist das Gebiet zwischen Saloniki und der türkischen Grenze. Diese Region ist gleichzeitig eine der am schlechtesten entwickelten Regionen Griechenlands.

In solchen, aber auch anderen Fällen bedürfte es einer *gezielten* sektoralen und regionalen Wirtschaftsförderung. Unter diesem Gesichtspunkt wäre zum Beispiel an die Anlage von Industrieparks in schlechter entwickelten Ballungsrandzonen zu denken, die abseits aller hochgesteckten Erwartungen, die an ähnliche Projekte hier in der Bundesrepublik geknüpft wurden, zunächst einmal eine unter bestimmten Regelungen koordinierte *Ansammlung von Kapital* bedeuten, was ein gemeinsames „Über-die-Runden-kommen“ möglich machen könnte.

Eine wichtige Voraussetzung in den westeuropäischen Gastländern wäre die Einrichtung eines *Rückwanderungsinformationsdienstes*, ähnlich der Beratung für Deutsche, die auswandern wollen. Ein ausländischer Arbeiter, der nach Spanien, Jugoslawien oder Griechenland zurückkehren möchte, mittlerweile jedoch z. B. schon 15 Jahre in kontinuierlicher Abwesenheit von seinem Heimatland gelebt hat, braucht zwar nicht so viel Informationen wie ein Deutscher, der in ein fremdes Land auswandert. Aber er kehrt

in ein Land zurück, in dem vieles für ihn fremd geworden ist, sich vieles grundlegend geändert hat. Hierüber bedarf er der Aufklärung und Information, die im Heimatland nach der Rückkehr fortgesetzt werden müßte, wenn ein Scheitern der Rückkehr nicht von vorne herein programmiert sein soll.

Literaturhinweise:

In den von H. Körner, H. Korte und W. Weber im Hanstein-Verlag, Königstein/Ts., herausgegebenen „Materialien zur Arbeitsmigration und Ausländerbeschäftigung“ sind zu Rückwanderungsfragen bisher die folgenden Bände erschienen:

Band 2

Wilfried Künne, Die Außenwanderung jugoslawischer Arbeitskräfte. Ein Beitrag zur Analyse internationaler Arbeitskräftewanderungen, 1979.

Band 3

Hinrich-Matthias Geck, Die griechische Arbeitsmigration. Eine Analyse ihrer Ursachen und Wirkungen, 1979.

Band 7

Marion Bernitt, Die Rückwanderung spanischer Gastarbeiter. Der Fall Andalusien, 1981.

Band 8

Timm Voß, Die algerisch-französische Arbeitsmigration. Ein Beispiel einer organisierten Rückwanderung, 1981.

Patrik von zur Mühlen: Ausländerpolitik

Der Historiker Dr. Patrik von zur Mühlen, Jahrgang 1942, ist Mitarbeiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Veröffentlichungen: Rassenideologien, Geschichte und Hintergründe, 1976; „Schlagt Hitler an der Saar!“ Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933–1935, 1981.

Unter dem Druck einer wachsenden Fremdenfeindlichkeit gegenüber einer kontinuierlichen Einwanderung von Ausländern und vor dem Hintergrund wachsender Arbeitslosen- und Wirtschaftsprobleme ist bei uns eine Diskussion in Gang gesetzt worden, die schon vor mehr als zwei Jahrzehnten hätte geführt werden müssen. Die Frage, welche quantitativen und soziokulturellen Grenzen einer Integration von Millionen Ausländern gesetzt seien und was man überhaupt unter Integration zu verstehen habe, wurde nicht nur deswegen nicht gestellt, weil früher die Wirtschaftslage eine andere war. Vielmehr wurde sie schlichtweg verdrängt, weil man die Fragestellung selbst bereits für fremdenfeindlich hielt, durch deren öffentliche Erörterung Ressentiments geweckt werden könnten. Es soll hier nicht bestritten werden, daß Zweifel an der Integrierbarkeit von Ausländern vorgeschobene scheinrationale Argumente im Dienste einer verdeckten Fremdenfeindlichkeit sein können. Aber sie müssen es nicht sein. Man hat daher die Diskussion über diese hochsensible Thematik unterlassen und muß sie nun in einer aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Probleme gereizten Atmosphäre nachholen. Die Fragen, vor denen man die Augen verschloß, weil ihre Antworten nicht in das eigene soziale oder humanitäre Konzept paßten, stellen sich unter dem Druck einer vorhersehbaren, von den Politikern aber vernachlässigten Problematik neu.

Nicht jedes Unbehagen in der Bevölkerung über eine offensichtlich unkontrollierte Entwicklung drückt Fremdenfeindlichkeit aus, vor der Politiker in Sonntagsreden regelmäßig warnen. Ihre häufigen Appelle an die Integrationsbereitschaft der Deutschen wirkten deswegen leer und hohl, weil sie niemals Integration erläuterten, und dienten wohl mehr als Alibi für eine von ihnen verursachte oder zugelassene Problematik. Man hielt Integration weitgehend für ein sozialpolitisches Phänomen, das durch das Netz der sozialen Sicherheit, durch Schule und Wohnung gelöst werden könne, und ignorierte die

Frage, von welchen gesellschaftlichen, kulturellen und psychologischen Vorbedingungen sie abhängig sein könne. Man hielt Integration für beliebig machbar und überließ sie denjenigen Deutschen, die für eine derartige Aufgabe weder besonders geeignet noch vorbereitet waren, nämlich den sozial schwachen Schichten.

Was ist Integration?

Integration ist die Eingliederung einer Fremdgruppe in die Gesellschaft, so daß ihre Verschiedenartigkeit von beiden Seiten nicht als Hindernis für eine Gleichstellung in wichtigen sozialen Bereichen angesehen wird. Unter diesen Bereichen kann man zwei Schwerpunkte unterscheiden. Der eine bezieht sich auf mehr allgemeine, gesellschaftliche Beziehungen und umfaßt geschäftlichen Verkehr, Wohnviertel, Parteien, Vereine, Lokale, kulturelle und andere Institutionen. Der zweite Bereich betrifft die mehr privaten, familiären Beziehungen, insbesondere aber Eheschließungen. Die römische Rechtslehre nannte die Gleichstellung von verschiedenen Volksstämmen im ersten Falle *commercium*, im zweiten *connubium*. Wurden *commercium* oder *connubium* von einer oder von zwei Seiten verweigert, so blieben beide Bevölkerungsgruppen juristisch und gesellschaftlich einander fremd.

Für die Soziologie von Minderheiten in modernen Gesellschaften bedeutet dies, daß religiöse, sprachliche, kulturelle und andere ethnische oder soziale Unterschiede, die sich für eine oder für beide Seiten als Hindernisse für die Herstellung verwandtschaftlicher oder gesellschaftlicher Beziehungen erweisen, eine Integration in die Gesellschaft stark beeinträchtigen oder gar verhindern können. Wo bestimmte Bevölkerungsgruppen in eigenen Wohnvierteln leben, eigene Vereine, Parteien oder Institutionen pflegen und ein vollkommen eigenes Kulturleben führen, und wo unterschiedliche Traditionen, Werte und Normen Berührungspunkte mit anderen Gruppen auf ein Minimum einschränken, werden kaum *connubium* oder *commercium* Bindemittel zwischen Bevölkerungsgruppen.

Offene und parzellerte Gesellschaft

Im Laufe der letzten 200 Jahre haben die Gesellschaften der europäischen Länder eine Entwicklung durchlaufen, die mit dem Abbau ständischer Schranken begann und mit der Durchlöcherung fast aller innergesellschaftlichen Barrieren endete. Eheschließungen oder gesellschaftliche Kontakte zwischen Angehörigen verschiedener Berufsgruppen,

zwischen Bayern und Preußen, Protestanten und Katholiken, Christen und Konfessionslosen sind alltägliche Erscheinungen. Unsere Gesellschaft ist eine pluralistische, aber eine in ihrer Vielfalt relativ durchlässige Einheit. Diese innere Durchlässigkeit wurde stets als Fortschritt betrachtet, weil mit ihr ein Stück Gleichheit und Freiheit ansatzweise verwirklicht wird. Sie fordert aber auch ihren Preis. Stärker als ständisch gegliederte Gesellschaften zeichnet sie sich durch bestimmte gesamtgesellschaftliche Anpassungszwänge aus, die denjenigen, der sich ihnen nicht fügen will oder kann, ins soziale Abseits drängen: Außenseiter, Aussteiger, Randgruppen oder Minderheiten ganz allgemein. Sie haben sich durch eigene oder fremde Werte und Normen der Gesamtgesellschaft entzogen und sind dementsprechend nicht integriert.

Diese für die europäische Industriegesellschaft typische Struktur findet in der übrigen Welt nur noch wenige Parallelen. Vor allem in Asien und Afrika gliedern sich Gesellschaften in weitgehend abgeschlossene Klassen, Kasten, Stammes- und Religionsgemeinschaften, die untereinander nur wenige Berührungspunkte vorweisen. Ein Libanese beispielsweise ist nicht beliebiger Libanese, sondern Christ oder Moslem oder Druse und gehört als Christ einer von zehn Ostkirchen an oder ist als Moslem Sunnit, Schiit, Alauwit oder Ismaelit. Zu diesen religiösen und kulturellen Merkmalen kommen noch weitere Untergliederungen in Sippen, Stammesverbände und Dorfgemeinschaften hinzu. Man wird in sie hineingeboren und verläßt sie in der Regel sein Leben lang nicht. Eheschließungen und gesellschaftlicher Verkehr, also *connubium* und *commercium*, beschränken sich auf diese kleinen gesellschaftlichen Parzellen, deren Grenzen nur in seltenen, meist konfliktreichen Ausnahmefällen überschritten werden.

Diese uns befremdende Undurchlässigkeit hat gegenüber unserer Gesellschaft aber auch Vorteile. Um Konflikte möglichst auszuschalten, verzichtet sie weitgehend auf Assimilierungszwänge und duldet eine Vielzahl unterschiedlicher Kulturen. Diese multikulturelle Koexistenz kann sehr friedlich und tolerant sein, weil die einzelnen Kulturen ohne enge Berührung nebeneinander bestehen. Eine Minderheitenproblematik wie bei uns gibt es hier insofern nicht, als jedermann irgendeiner Minderheit angehört, wodurch sich auch die Frage der Integration anders stellt. Etwas überspitzt ausgedrückt: Integriert ist man dort, wenn man als Mitglied einer dieser Gemeinschaften anerkannt wird, bei uns dagegen, wenn man der Gesamtgesellschaft angehört.

Sind wir Einwanderungsland?

Als zu Beginn der 70er Jahre der Zuzug von Gastarbeiterfamilien in größerem Maße einsetzte, wurde vielfach erklärt, wir seien Einwanderungsland geworden. Ähnliche Thesen werden auch in der Gegenwart wiederholt. Wir seien Einwanderungsland geworden und sollten daraus die Konsequenzen ziehen. Ich halte eine solche Definition für nicht sehr hilfreich. Die Bundesrepublik wird kein Einwanderungsland dadurch, daß sie sich als solches definiert, und auch nicht dadurch, daß sich eine große Zahl von Ausländern hier niedergelassen hat. Typische Einwanderungsländer haben in der Regel große, dünn besiedelte Flächen, eine größtenteils junge, nicht historisch gewachsene, ethnisch heterogene Bevölkerung mit unfertigen, d. h. offenen Strukturen, die weniger geformt sind, als es in alten, sprachlich und kulturell homogenen Ländern der Fall ist. Insofern ist die Bundesrepublik kein Einwanderungsland.

Aber selbst wenn sie es wäre, würden die Probleme dadurch nicht geringer. Denn auch typische Einwanderungsländer, z. B. in Nord- und Südamerika, haben große, zum Teil recht konfliktreiche Minderheitenprobleme. Die nicht unter das Kürzel WASP (*white, anglo-saxon, protestant*) fallenden Einwanderer wie Süd- und Osteuropäer, Lateinamerikaner und vor allem Farbige sind in den USA eben nicht oder nur schwach integriert. Auch Lateinamerika, das in seinen Völkern so viele Rassen vereinigt, kennt Integrationsprobleme. Peru beispielsweise stoppte im vorigen Jahrhundert die zeitweilig starke Einwanderung von Chinesen wegen der schweren Konflikte mit der alteingesessenen Bevölkerung. Panama verhinderte nach Abschluß des Kanalbaus den weiteren Zustrom von englischsprachigen protestantischen Karibern, deren Nachkommen sich bis heute nicht integriert haben. Und in manchen Ländern bilden die irrtümlich „*turcos*“ genannten Nachfahren syrischer Einwanderer eine nicht wohl gelittene Außenseitergruppe. Integration ist nicht beliebig machbar, wie es die Minderheitenprobleme in der Karibik und in Ostafrika (Inder), in Südostasien und im Pazifik (Chinesen) zeigen. Es gibt Kulturen und Traditionen, die durch kaum überwindbare Grenzen voneinander getrennt sind. Was sich in ihrem Falle bestenfalls erreichen läßt, ist eine friedliche Koexistenz verschiedener Bevölkerungsgruppen (wie in Singapur), die aber keine Integration im oben angegebenen Sinne darstellt.

Wenn wir Minderheitenkonflikte in aller Welt vergleichen, wird deutlich, daß meistens mehrere integrationshemmende Faktoren zusammenwirken.

Sprache und religiöse Traditionen können dort teilweise überbrückt werden, wo Gemeinsamkeiten in anderen sozialen Bereichen bestehen. Die Kluft wird aber fast unüberbrückbar, wo sich die Zugehörigkeit zu bestimmten ethnischen Gruppen mit der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Schichten oder Berufen deckt. Wo Klassengegensätze sich durch ethnische Unterschiede potenzieren, ist Integration kaum durchzuführen. Gemessen an den Eigentümlichkeiten einer europäischen Gesellschaft, hängt sie im wesentlichen von folgenden Vorbedingungen ab:

- die sprachlichen und kulturellen Unterschiede dürfen beiderseits nicht als kontakthemmende Faktoren erlebt werden;
- die soziale Zugehörigkeit darf sich möglichst wenig mit der ethnischen Zugehörigkeit einer Minderheit decken;
- die zahlenmäßige Größe der Minderheit und ihre räumliche Verteilung muß so geartet sein, daß sich keine Ghettosituation bildet, welche Kontakte auch in anderen Bereichen beeinträchtigt.

Integration von Gastarbeitern

In der deutschen Sozialgeschichte gab es in vergleichbarer Form erst eine größere Welle von Arbeitsimmigranten, nämlich die Ende des vorigen Jahrhunderts einsetzende Niederlassung von Polen im Ruhrgebiet. Sie haben sich im oben definierten Sinne vollkommen integriert und ihre Nachkommen sind nur noch an ihren Familiennamen zu erkennen. Hier handelte es sich um die Angehörigen eines Nachbarvolkes, die sich eigentlich nur durch ihre Sprache und ein mit der Zeit sich abschwächendes Nationalbewußtsein von den Deutschen unterscheiden. In einer vergleichbaren Situation befinden sich bei uns heute die Südeuropäer, also Italiener, Spanier, Jugoslawen und Griechen. Ihre Integration und langfristige Assimilierung ist weitgehend eine Frage der Generation. Sie gehören dem gleichen oder einem verwandten Kulturkreis an; ihre Traditionen, Werte und Normen widersprechen nur selten grundsätzlich denen der Deutschen. Hemmschwellen auf beiden Seiten gegen ihre Eingliederung in die einheimische Bevölkerung werden zumindest immer wieder überwunden. Eheschließungen mit Deutschen und die starke Eindeutschung der Kinder durch die Schule bestätigen dies. Angesichts ihrer geringeren Zahl und ihrer stärkeren sozialen und geographischen Streuung relativieren sich auch die sprachlichen und kulturellen Unterschiede; sie haben sich im allgemeinen nicht als so gravierend erwiesen, als daß sie eine langfristige Integration ausschlossen.

Anders steht es mit den Türken, bei denen gleich mehrere integrationshemmende Faktoren, sich wechselseitig potenzierend, zusammentreffen. Die Kulturen beider Völker hatten niemals engen Kontakt miteinander. Durch die islamische Prägung der Türken sind diese und die Deutschen einander fremd geblieben. Die türkischen Arbeiter kamen zudem als letzte Gastarbeiterschicht zu uns und mußten vielfach Arbeiten annehmen, die auch andere Gastarbeiter nicht mehr annahmen, so daß sie eine Art Sub-Proletariat bildeten. Und sie kamen in einer zahlenmäßigen Konzentration, die in diesem Maße bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe ins Gewicht fällt. Sie bilden eine eigene Welt, die anderen Ausländern oder Deutschen weitgehend verschlossen ist. In etwas verallgemeinernder Formulierung: sie stellen eine ethnisch geschlossene Unterschicht dar.

Dennoch kann die Frage nach der Integrierbarkeit der Türken in die deutsche Gesellschaft nicht pauschal beantwortet werden. Wo ein städtischer Hintergrund und ein entsprechender Bildungsstand gegeben sind, wo also der Zugang zur deutschen Umwelt leichter ist, bietet sich die Anpassung an die Werte, Normen und Traditionen des Gastlandes als Voraussetzung für berufliches Fortkommen von selbst an. Nationale Traditionen und islamische Prägung beschränken sich bei ihnen immer stärker auf die Privatsphäre und schwächen sich langfristig ab. Wo es sich um soziale Aufsteiger handelt, ist auch in ihrem Falle die Integration nur eine Frage der Zeit.

Anders steht es mit den türkischen Arbeitern, bei denen die soziale und ethnische Außenseiterstellung sich decken und gegenseitig verstärken. Die Barrieren gegenüber der deutschen Umwelt sind um so größer, je weniger entwickelt das Herkunftsgebiet ist und je niedriger der Bildungsstand ist. Die sozial Benachteiligten sind auch in der Integration benachteiligt. Die zahlenmäßige Massierung der Türken vertieft die Isolierung und nimmt ihnen auch Gelegenheit und Motivation zur Anpassung an das Gastland, das ihnen fremd und abgeschlossen begegnet. Sie erwidern diese Abgeschlossenheit und wollen schließlich gar nicht integriert werden, zumal sie in ihrer heimatlichen Dorfgemeinschaft eine in sich durchlässige Gesamtgesellschaft niemals haben kennenlernen können. Was überdies für islamische Völkerschaften vom Libanon bis Malaysia gilt, nämlich daß sich noch nirgends Moslems und nicht-islamische Volksgruppen integrieren ließen, gilt auch für die Türken. Weder in Jugoslawien oder anderen Balkanländern noch auf Zypern haben sie zu den anderen sie umgebenden Völkern einen engeren Kontakt

gefunden. Es war dies wohl auch ein Grund dafür, daß Griechenland und die Türkei in den 20er Jahren ihre jeweiligen Minderheiten austauschten, um konfliktreiche Integrationsprobleme zu vermeiden.

Die Deutschen und die Integration

Das Integrationsproblem bei uns hat zwar auch einen spezifisch deutschen Aspekt. Ein Volk mit belasteter Vergangenheit und gebrochenem Selbstwertgefühl ist weniger fähig, Ausländern mit der Souveränität zu begegnen, zu der etwa Schweizer oder Schweden fähig sind. Wichtiger aber ist die für die meisten westeuropäischen Länder ähnliche Konfliktsituation, die solche Erscheinungen wie Fremdenfeindlichkeit gewissermaßen vorprogrammiert. Es wäre aus soziologischer Sicht verwunderlich, wenn es sie nicht gäbe, und nur eine ausschließlich moralisierende Betrachtungsweise übersieht, daß das, was der Soziologengargon die Akzeptanz der Bevölkerung nennt, in jeder Gesellschaft nur begrenzt belastbar ist. Die gesamte Einwanderung von Ausländern wurde von Arbeitsskändern und Unternehmern, Parteien und Gewerkschaften durchgeführt oder beschlossen, ohne daß sich jemand Gedanken darüber machte, was zu tun sei, wenn man sie bei verändertem Arbeitsmarkt einmal nicht mehr brauchen würde. Die deutsche Bevölkerung wurde hierbei nicht gefragt. Jede Kritik an dieser Entwicklung wurde früher mit dem Schuldvorwurf der Fremdenfeindlichkeit rasch zum Schweigen gebracht, so daß eine Diskussion über das Für und Wider nicht stattfand. Daß dieses verdrängte Unbehagen in Form von massiven Äußerungen von Ausländerfeindlichkeit jetzt erneut an die Oberfläche tritt, ist, so scharf man ihnen begegnen muß, psychologisch nicht unerklärlich.

Man hat durch jahrelangen, millionenfachen Menschen-Import unserer Gesellschaft ein Minderheitenproblem großen Ausmaßes aufgebürdet. Appelle zur Integration und gegen Fremdenfeindlichkeit klingen daher mehr nach einem Alibi, wenn sie von Personen oder Institutionen stammen, die Menschen beliebig verpflanzten, aus sozialen, kulturellen und familiären Bindungen herausrissen und entwurzelten. Schulprobleme und andere Anpassungsschwierigkeiten waren schon frühzeitig erkennbar. Trotzdem ließ man diese Entwicklung unkontrolliert treiben. Wenn in West-Berlin die Kriminalität bei jungen Ausländern fast viermal so hoch liegt wie bei deutschen Vergleichsgruppen, so begegnen uns hier die Opfer einer in jeder Beziehung verantwortungslosen Politik. Daß die Gastarbeiter in völliger Unkenntnis dieser Problematik und aufgrund materieller Not freiwillig

herkamen, entbindet nicht die Verantwortlichen in Deutschland der schweren Schuld, die sie auf sich geladen haben.

Wirtschaft, Parteien und Gewerkschaften sind aber auch gegenüber der deutschen Bevölkerung verantwortlich für eine Entwicklung, die sie seit mehr als einem Jahrzehnt bewirkt oder zumindest nicht verhindert haben. So wie die Ausländer aus ihrem sozialen Gefüge herausgerissen wurden, so veränderten sich auch bei uns ganze Stadtteile; gewachsene soziale Bindungen und nachbarschaftliche Beziehungen wurden durch das Auswechselln der Bewohner zerstört. Das mehr quantitative Verhältnis der Deutschen zu den Ausländern ist nach meinem Eindruck in den letzten Jahren in ein qualitatives umgeschlagen, dem gegenüber sich die Integrationsappelle der Politiker recht hilflos ausmachen.

Den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft sind vor allem deswegen Vorwürfe zu machen, weil in anderen Ländern Europas die bei uns begangenen Fehler schon viel früher Folgen zeigten, die auch bei uns zu erwarten waren. Diese Tatsache unterstreicht übrigens, daß Parallelen mit dem Antisemitismus der NS-Zeit nur mit großen Einschränkungen gezogen werden können. Die „Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat“ des schweizerischen Nationalrates James Schwarzenbach, eine seit vielen Jahren bedenklich aggressive Einstellung vieler Franzosen gegenüber ihren maghrebinischen oder schwarzafrikanischen Einwanderern, die schweren Krawalle in England, die sich seit den frühen 60er Jahren gegen Kariben, Inder und Pakistaner richteten, sind Beispiele hierfür. Die Niederländer entließen Surinam unter anderem deswegen rasch in die Unabhängigkeit, um den Zustrom seiner Bewohner zu bremsen und eine zweite Südmolukkerproblematik zu verhindern. Die skandinavischen Länder hielten die Zahl ihrer Ausländer seit jeher niedriger; nachdem sich in Schweden vor allem unter Jugendlichen zunehmend gewalttätige Aggressionen gegen die unsinnigerweise in den Norden verpflanzten syrischen Christen (sog. Assyrer) gehäuft hatten, ist man auch dort skeptischer geworden gegenüber der Annahme, eine Integration fremder Kulturen sei beliebig machbar.

Was tun?

Die Konzeptionslosigkeit unserer Politiker in der Ausländerfrage zeigt sich besonders deutlich an zwei Beispielen. Der Zuzug von Familienangehörigen der Gastarbeiter erfolgte mit der Absicht, ihnen damit die Integration zu erleichtern. Dieses Ziel wurde aber damit nur in Ausnahmefällen erreicht; vielmehr

entstanden dadurch erst die Ghettosiedlungen, die Integrationsmaßnahmen so erschweren. Ebenso unsinnig ist die auch noch in der Gegenwart proklamierte Integration der Ausländer bei gleichzeitiger Wahrung ihrer nationalen und kulturellen Eigenart. Entweder man integriert Ausländer (sofern sie selbst und die Deutschen dazu willens sind), was langfristig zu ihrer Assimilierung führt; die Polen im Ruhrgebiet geben hierfür ein Beispiel. Oder man bewahrt ihre nationalen Eigenarten und damit das Trennende und verhindert so die Integration. Eine Zwischenlösung gibt es nicht.

Recht abwegig sind auch Forderungen, uns als multikulturellen Staat zu begreifen, der dieser Tatsache mit getrennten Bildungseinrichtungen oder eigenen religiösen Institutionen Rechnung trüge. Damit würde man nicht nur Integration stark behindern, sondern eine bereits vorhandene soziale Ghetto-Situation zementieren. Diese Forderungen übersehen auch, daß unsere europäischen Gesellschaftsstrukturen seit etwa 200 Jahren sich am Ziel der Integration und innergesellschaftlichen Durchlässigkeit orientiert haben. Diesem Ziel wurden Gesetzgebung und Bildungspolitik, Arbeits- und Sozialrecht verpflichtet; wir können diesen Prozeß, den wir stets als Fortschritt interpretiert haben, durch die Schaffung einer neuen, gesetzlich und sozial verankerten Minderheitenproblematik nicht wieder in Frage stellen.

Den Anspruch, eine einzige, in sich möglichst durchlässige Gesellschaft zu sein, können und dürfen wir nicht aufgeben. Aber eben diese integrierte, durchlässige Gesellschaft zeichnet sich durch mehr innere Reibungsflächen und mögliche Konfliktzonen aus und hat damit auch ihre Schwierigkeiten mit nicht integrierten Minderheiten. Ein Beispiel soll hierfür genügen. Es werden bei uns Dinge geduldet, die jeden gläubigen Moslem aufs tiefste empören müssen, etwa Alkoholismus und Pornographie. Aber es gibt umgekehrt bei den Türken Traditionen, die mit unserer Gesellschaft unvereinbar sind, beispielsweise die Rolle der Frau. Wo ein Vater seine 15jährige Tochter nicht mehr zur Schule schickt, weil er wegen der dort praktizierten Koedukation der Geschlechter um ihre Jungfräulichkeit fürchtet, verstößt er nicht nur gegen die Schulpflicht, sondern verletzt die Prinzipien unserer an Gleichberechtigung der Geschlechter orientierten Gesellschaft. Soll man dann einen sozialen Bereich zulassen, in dem diese Prinzipien keine Geltung mehr haben?

Trotz allem sollten Bemühungen um Integration fortgesetzt werden; gleichzeitig muß Fremdenfeindlichkeit durch Aufklärung, rechtsradikalen Aktivität

ten mit Härte begegnet werden. Aber was tun, wenn eine Integration auf deutscher wie auf türkischer Seite auf Reserve stößt und andererseits ein Nebeneinander von abgeschlossenen Volksgruppen und Religionsgemeinschaften mit unserer sozialen Wirklichkeit nur schwer vereinbar ist? Wir hatten drei Hindernisse für Integration genannt: die sprachlich-kulturellen Unterschiede, die Deckungsgleichheit sozialer und nationaler Isolierung und die zahlenmäßige Größe der Fremdgruppe. Von diesen drei Faktoren ist der Kulturunterschied historisch vorgegeben und kurzfristig nicht zu ändern. Die Überwindung des zweiten Hindernisses kann nur Ergebnis einer generationenlangen Politik sein und ist kurzfristig ebenfalls nicht zu erreichen. Der einzige Faktor, auf den unsere Politiker Einfluß nehmen können, ist die Zahl der Ausländer. Über sie können Probleme, die uns ihre unbegreifliche Kurzsichtigkeit hinterlassen hat, nicht pauschal gelöst, wohl aber merklich entschärft werden.

Rückkehr der Gastarbeiter?

Jedes absolute Entweder-Oder in dieser Frage ist unrealistisch. Weder kann und darf man alle Ausländer zurückschicken, noch kann und darf man alle hier behalten. Hier ist sorgfältig zu differenzieren. Wofür ich aber plädiere, ist nicht nur die dringend gebotene Verhinderung jeder weiteren Einwanderung, sondern der langfristige und vorsichtige Abbau der hohen Ausländerzahl und die Rückführung wenigstens eines größeren Teiles in ihre Heimat. Das gilt für die Ausländer generell, hat aber gerade angesichts der 1,5 Millionen Türken eine besondere Dringlichkeit. Es ist sehr bedauerlich, daß hier eine besondere Volksgruppe angesprochen ist, was den Verdacht einer Diskriminierung nährt. Aber eine wachsende Zahl von Arbeitslosen, die aufgrund einer langfristigen Strukturkrise unserer Wirtschaft wohl eher ansteigen als abnehmen wird, kann Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern, vor allem Türken, vorprogrammieren, wie sie im letzten Jahr in England ihren zerstörerischen Ausbruch fanden. Das makabre Vorbild des „Paki-bushing“, des Verprügels von Pakistanern und anderen Asiaten durch Rockerbanden, ist auch unter deutschen Verhältnissen keine so abwegige Vorstellung. Die Bundesregierung sollte bei uns und im Ausland deutlich und offen aussprechen, daß unser Arbeitsmarkt keine weiteren Arbeitskräfte gebrauchen kann und langfristig wohl weiter schrumpfen wird, so daß Arbeitsverhältnisse, die stets als Provisorien angesehen wurden, nicht unbegrenzt fortgesetzt werden können. Sie

sollte vor allem im Ausland auf ihre Schwierigkeiten hinweisen und das in vielen Ländern erworbene Schlaraffenland-Image korrigieren. Ich halte hier eine offene Sprache gegenüber den Gastarbeitern selbst wie auch gegenüber ihren Heimatländern für ehrlicher als die meist leeren, zweckoptimistischen Integrationsappelle und trügerischen Hoffnungen auf eine Besserung der Lage.

Die Frage der Durchführung wirft zahllose Probleme auf, für die man leider nicht nach dem Verursacherprinzip die Verantwortlichen haftbar machen kann. Die Lasten des Problems werden wohl wir alle tragen müssen. Wir sind zudem durch ein dichtes Netz von rechtlichen, sozialen und moralischen Verpflichtungen gebunden. Und ohne die freiwillige Mitarbeit der Betroffenen und ihrer Heimatländer ließe sich dies wohl kaum durchführen. Ich halte daher eine Kontaktaufnahme der deutschen Seite mit den Organisationen der Gastarbeiter und ihren Heimatländern für eine Selbstverständlichkeit. Ein deutsch-türkisches Sozialwerk beispielsweise, das auf zwischenstaatlicher Ebene Versicherungsansprüche und andere Fragen abwickeln würde, wäre eine unabdingbare Einrichtung.

Inzwischen sind von kompetenter Seite Vorschläge zur Entschärfung des Problems unterbreitet worden. Ich halte das Angebot zur Abfindung von arbeitslosen Ausländern, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, für einen gangbaren Weg. Auf ähnliche Weise sollte Ausländern, die freiwillig einem Deutschen ihren Arbeitsplatz überlassen, eine entsprechende Abfindung angeboten werden. Mit diesem Geld, das nach Möglichkeit erst im Heimatland ausgezahlt werden sollte, und ihren hier angesammelten Ersparnissen und beweglichen Gütern können sie sich eine neue Existenz aufbauen. Natürlich müssen hierfür entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Ich halte indessen das Argument, man würde sich mit solchen Angeboten riesige Folgekosten auf, für vollkommen verfehlt angesichts der Folgen, die bei weiterer Untätigkeit eines Tages entstehen und vielleicht mehr als nur Geld kosten werden. Überdies sollte illegal sich hier aufhaltenden Ausländern eine verbilligte Möglichkeit zur legalen Rückkehr in ihre Heimat angeboten werden (s. a. zu dieser Problematik den Artikel von Hermann Korte in diesem Heft; Red.).

Viele Gastarbeiter leben in der subjektiven Erwartung ihrer baldigen Rückkehr, schieben den Entschluß jedoch immer wieder auf. Er sollte ihnen durch die vorgenannten Angebote erleichtert werden. Mit ihren hier erworbenen beweglichen Gütern,

ihren Ersparnissen und ihren Berufserfahrungen könnten Abfindungen für viele den Entschluß zur Rückkehr erleichtern. Hinzu kommt eine weitere Möglichkeit: es gibt inzwischen andere Länder mit großem Arbeitskräftebedarf – beispielsweise die Golfstaaten. Es sollte versucht werden, zwischen der Bundesrepublik, der Türkei und den Golfstaaten ein wirksames System der Arbeitsvermittlung aufzubauen. Schließlich sollte die Bereitschaft der Gastarbeiter gefördert werden, dort, wo es ohne Belastung möglich ist, ihre Familien zurückzuschicken. Daran müßte beispielsweise auch die Türkei ein Interesse haben. Gastarbeiter, die ihre Familien hier ernähren müssen, überweisen kaum noch Devisen in die Heimat, an denen es ihr so fehlt. Schließlich die Frage der Asylbewerber: man sollte versuchen, auf Europarats- oder auf EG-Ebene ihre räumliche Verteilung auch auf andere Länder auszuhandeln, wobei die reicheren Länder die Unterhaltskosten ganz oder teilweise übernehmen könnten.

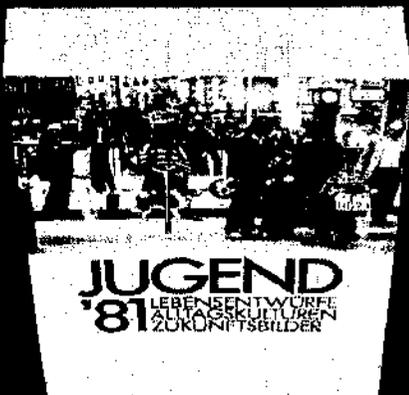
Es ist nicht abzusehen, wieviele Ausländer und insbesondere Türken die Angebote zu ihrer finanziell geförderten Rückkehr annehmen würden. Nur 6 Prozent von ihnen wollen deutsche Staatsbürger werden; es sollte ihnen nicht verwehrt werden. Sie haben sich für die Integration entschieden und werden sich langfristig wohl auch eingliedern lassen, wenn die Gesamtzahl ihrer Landsleute sich verringert hat. Diejenigen, die weder zurückkehren noch sich integrieren lassen wollen, sollten offen gefragt werden, wie sie sich ihre Zukunft und die ihrer Familien hier vorstellen: als Teil der Gesellschaft oder als soziokulturelle Außenseitergruppe. Aber es muß endlich gehandelt werden, wenn eine Entwicklung wie in England verhindert werden soll. Vor allem sollten die Parteien hier gemeinsam entscheiden, weil die Thematik für Parteiengizänk und Wahlkämpfe denkbar ungeeignet wäre. Die Bundesrepublik insgesamt aber sollte vor allem handeln, solange nicht noch höhere Arbeitslosenzahlen und möglicherweise akute Konflikte auf der Straße ihren Handlungsspielraum einengen. Nachdem die Verantwortlichen über Jahrzehnte eine schwere innenpolitische Hypothek haben entstehen lassen, liegt es jetzt an ihnen, eine Kurskorrektur vorzunehmen.

Moralische Grundsätze verlieren um so mehr an ethischer Substanz, je mehr sie zum Selbstzweck werden und damit den Realitätsbezug verlieren. Wer in den aufgeführten Vorschlägen eine Neuaufgabe des „gelben Sterns“ vermutet, wer mit dem Argument, man kapituliere hier vor Fremdenhaß und niederen Instinkten, die Korrektur einer verfehlten Politik aus

grundsätzlichen moralischen Gründen für verwerflich hält, der sollte bedenken, daß derartige Grundsätze in Verbindung mit Weltfremdheit mehr Unheil anrichten können als ein nüchterner Realismus, durch den Konflikte frühzeitig erkannt und vermieden werden. Es ist durchaus möglich, daß durch eine immer militantere Ausländerfeindlichkeit auch solche Gruppen von Türken und Südeuropäern wieder desintegriert werden, die längst in unserer Gesellschaft heimisch geworden waren. Auch in der türkischen Öffentlichkeit sollte unsere soziale und innenpolitische Interessenlage offen und ungeschminkt angesprochen werden. Es handelt sich eben nicht um eine antitürkische Politik, sondern um die Verhinderung eines beide Völker belastenden Konfliktstoffes. Die Türkei kennt selbst Minderheitenprobleme: Griechen, Armenier, Juden, christliche Araber, Kurden und türkische Schiiten. Sie sind größtenteils nicht integriert und gelegentlich Gegenstand gewalttätiger Auseinandersetzungen. Die türkische Gesellschaft sollte daher Verständnis für Schwierigkeiten aufbringen, die sie selbst auch nicht hat lösen können.

"Bischen Politik im Kopf ist schon gut, ich würde nicht die SPD wählen, ich würde nix wählen, weil mir alles nicht gefällt."
(aus einem Gespräch, Vorstudie)

Die Studie:



Die neue große Untersuchung:
„Jugend '81“. Neu im Ansatz:
Das Bild der Jugendlichen -- von
sich selbst, von ihrer Alltagskultur,
von ihren Perspektiven, von dieser
Gesellschaft.
Bestürzend im Ergebnis:
„No Future“ ist keine Minder-
heitenmeinung!
Lesen Sie!

Ungekürzte Ausgabe der Studie
„Jugend '81“ in einem Band.
1050 Seiten. Kart. 18,80 DM.

Leske

Walter Beer: Ausländer am Arbeitsplatz

Walter Beer, Jahrgang 1928, gelernter Dreher, war seit 1945 im Bergbau tätig. Seit 1959 war er Gewerkschaftssekretär, seit 1978 ist er Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der IG Bergbau und Energie.

Der Bergbau, allen Bergbauarten voran der Steinkohlenbergbau, verfügt wohl über die längste Erfahrung bei der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer. Diese Erfahrung teilt natürlich auch die Gewerkschaft der im Bergbau Beschäftigten, die IG Bergbau und Energie. Waren es vor und nach dem Ersten Weltkrieg hauptsächlich Polen, die nach Arbeit suchten, so wurden ab Mitte der fünfziger Jahre Arbeitskräfte im Ausland gesucht. Die erste Gruppe der angeworbenen Ausländer waren die Italiener. Es waren Menschen aus den Regionen Italiens, die traditionell zu wenige Arbeitsplätze in der Landwirtschaft bieten konnten und deshalb eine hohe Arbeitslosenquote hatten. Diese Gebiete lagen allesamt südlich von Rom einschließlich Siziliens. Es handelte sich also um den Mezzogiorno. Wer heute, in Anbetracht der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Weltlage und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit, vom Ausländerproblem spricht, der meint eigentlich ein Türkenproblem. Darauf komme ich weiter unten noch einmal zurück.

Die Probleme, sofern es sich überhaupt um ausländertypische handelt, hatten wir schon damals mit den Italienern. Sie galten als faul, liefen nach Feierabend in ihren neuen Arbeitsanzügen herum, hielten sich massenweise in den Bahnhöfen auf, prügelten sich überall und mit jedem und spannten den deutschen Jugendlichen die Mädchen aus. Mit Sicherheit sind das größtenteils keine ausländertypischen Verhaltensweisen. Viele dieser Merkmale sind bedingt durch die Einsamkeit der alleinstehenden Männer, die Heimweh hatten und ohne Frauen, Bräute und Freundinnen in einem Zwangszölibat leben mußten. Die Ausländer mußten auffallen, da sie nicht vereinzelt in den unterschiedlichsten Wohngebieten, sondern immer gleich zu Hunderten in den bestehenden Ledigenwohnheimen untergebracht wurden. Probleme traten also auf, die durch die Auffälligkeit der Masse und durch uralte Vorurteile bedingt waren.

Die Italiener sind aber schnell aus dem Bergbau abgewandert und wurden in anderen Industrien sowie im Dienstleistungsbereich aufgenommen.

Bergbau ohne Türken nicht mehr denkbar

Die nachfolgenden Spanier, unter ihnen befand sich eine große Anzahl hochqualifizierter Handwerker in den unterschiedlichsten Metallberufen, „zogen“ ohne große Probleme durch den Bergbau. Ohne Probleme deshalb, weil ihnen Vorurteile zugute kamen, die bei den Italienern nachteilig wirkten. Die Spanier galten als ausgesprochen höflich und stolz, ohne das dieser Stolz als Überheblichkeit angesehen wurde, und ihre Anzahl war nicht ganz so erheblich wie die der Italiener.

Es wurde eben schon damals der Unterschied zwischen „guten“ und „schlechten“ Gastarbeitern gemacht. Diese Unterscheidung hat sich bis heute erhalten.

Nach den Spaniern kamen Marokkaner, Tunesier, Algerier und Jugoslawen. Letztere bilden auch heute noch die zweitgrößte Gruppe der ausländischen Beschäftigten im Bergbau. Die Nordafrikaner, die Griechen, die Koreaner sowie die Niederländer, Belgier und Franzosen sind zahlenmäßig nie ins Gewicht gefallen und galten daher eigentlich als problemlos. Sie können deshalb bei den weiteren Betrachtungen außer Acht gelassen werden. Zu der Gruppe der Koreaner muß noch ein Wort gesagt werden, da sie sich eigentlich nicht mit den anderen Gruppen vergleichen lassen. Die Koreaner sind aufgrund zwischenstaatlicher Verträge für eine Zusatzausbildung nach Deutschland gekommen. Die Aufenthaltsdauer war für diese Zusatzausbildung auf drei Jahre begrenzt.

Aber nun zum eigentlichen „Problem“ in der Ausländerbeschäftigung, dem „Türkenproblem“: Als zu Beginn der sechziger Jahre mit den umfangreichen Zechenschließungen auch die deutsche Stammebelegschaft aus den Bergwerken in die Bau-, Auto- und Stahlindustrie abwanderte, benötigte der Bergbau dringend Arbeitskräfte. Da auf dem europäischen Arbeitsmarkt kaum noch jemand bereit war, in den „sterbenden“ Bergbau zu gehen, wurde die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer schwerpunktmäßig auf die Türkei verlagert. 1963 war das erste Jahr mit einem nennenswerten Zuzug von türkischen Arbeitnehmern. Heute werden in den Bergbaubetrieben (Stand 31. 3. 1982) 39 807 Ausländer, davon 28 759 Türken, beschäftigt. Aber sie werden nicht nur beschäftigt, sondern sie leisten auch vollwertige, hochqualifizierte bergmännische Arbeit. Diese Arbeit bezieht sich nicht nur auf die manuelle Tätigkeit im Untertagebetrieb. Mittlerweile arbeiten bereits über 120 Türken als Bergbautechniker und Bergingenieure. Einige sind nach Beendigung ihres Hochschulstudiums als Außertarifangestellte beschäftigt. Ein Berg-

bau ohne Türken wäre zur Zeit nicht mehr denkbar – und kaum lebensfähig.

Im Bereich der Arbeitswelt, das ist dem Autor bei vielen Betriebsbesuchen immer wieder bestätigt worden, gibt es kaum ernsthaftere Probleme zwischen Ausländern und Deutschen als zwischen den Arbeitnehmern in „rein deutsch“ belegten Betrieben. Probleme, die man als typische Ausländerprobleme bezeichnen kann, treten fast gar nicht auf. Man ist zwar durch die eingangs erwähnte schlechte wirtschaftliche Lage und die zunehmende, von neofaschistischen Kreisen geschürte Ausländerfeindlichkeit etwas empfindlicher geworden. Was bis vor etwa einem Jahr als gegenseitige kameradschaftliche Neckerei gemeint und auch aufgefaßt wurde, wird heute häufig als Grund zur Beschwerde bei Vorgesetzten und beim Betriebsrat angegeben. Dies geschieht von ausländischer wie von deutscher Seite. Wer sich im Bergbau auskennt, der weiß auch, daß man sich nach der Schicht duscht. Dies geschieht nackt. Als die ersten Türken kamen, galt es als „Problem“, daß sie sich nur in der Unterhose duschten, weil sie sich nach dem Koran nicht entblößt vor anderen zeigen sollen. Es hat eine geraume Zeit gedauert, bis sich fast alle – alle waren es nie – an die deutsche Sitte angepaßt hatten. Heute, als eine der durch die Ereignisse im Iran ausgelösten islamischen Erneuerungserscheinungen, nimmt dieses Duschen in Unterhosen wieder zu und wird als Hauptproblem betrachtet. Wer sich aber zu erinnern vermag, dem wird einfallen, daß sich auch die Italiener schwer taten, nackt zu duschen.

Außerordentlich hoher Organisationsgrad

Weiter oben erwähnte ich bereits den Betriebsrat. Bei der Bewältigung der Probleme, die tatsächlich auftreten, ist der Betriebsrat neben den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und den Ortsgruppenfunktionären der IG Bergbau und Energie das wichtigste Organ. Ihm wird ebenso wie den Gewerkschaftsfunktionären das meiste Vertrauen entgegengebracht.

Die IG Bergbau und Energie kann und darf, ja sie will auch gar nicht aus der Pflicht der Problembewältigung ausgeklammert werden. Dafür gibt es mehrere Gründe. Neben der sozial-, arbeitsrechts- und tarifpolitischen Aufgabenstellung ist sie natürlich auch aufgrund der Mitgliederstärke verpflichtet, inner- und außerbetriebliche Probleme aufzugreifen und bei deren Bewältigung maßgebliche Hilfe zu leisten.

Von allen beschäftigten Arbeitern, Angestellten und Außertarifangestellten im gesamten deutschen

Bergbau sind über 90 Prozent Mitglieder der IG Bergbau und Energie. Im Steinkohlenbergbau liegt der Organisationsgrad bei über 95 Prozent. Dieses Organisationsverhältnis wird aber noch von den organisierten Ausländern mit über 98 Prozent übertroffen. Die Türken stellen allein 72,3 Prozent aller Ausländer, die im Bergbau beschäftigt sind.

Die betrieblichen Probleme sind bei genauer Betrachtung eigentlich Probleme, die aus den Wohnbereichen in den Betrieb zurückwirken. Hier wird meistens das „andere Verhalten“ der Türken problematisiert. Beispielsweise die Anlage des Hausgartens, „die pflanzen ja bloß Stangenbohnen und Zwiebeln“, die gewürzreichere Koch- und Ernährungsweise, das andere Verhalten gegenüber den Kindern – hier schneiden meiner Meinung nach die Deutschen schlechter ab –, der zahlreiche Besuch, bei dem die Wohnungen überzuquellen scheinen, die andere zeitmäßige Einstellung bei Familienfeiern u.v.a.m. Der eine oder andere Punkt mag zugegebenermaßen zu Reibereien führen; aber sind das eigentlich unüberbrückbare Schwierigkeiten?

Die IG Bergbau und Energie ist da anderer Meinung und tritt deshalb allen „Miesmachern“ energisch entgegen. Dies geschieht eigentlich auch überall mit gutem Erfolg. Wir meinen, daß mit einem verstärkten „Miteinander“ auch das „Zueinander“ erleichtert wird. Dies Prinzip des Miteinander beruht natürlich auf Gegenseitigkeit. Wir erwarten von unseren Mitgliedern einfach mehr gegenseitiges Verständnis, auch für die andersartigen Lebensgewohnheiten beider Nationen. Die Erfolge geben uns recht. Denn dort, wo es im Privatbereich einigermaßen nachbarschaftlich-friedlich zugeht, dort überträgt sich dieses friedliche Miteinander auch auf den Arbeitsplatz. Das gilt aber nicht nur im Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern, sondern ebenso zwischen Deutschen.

Volle Integration in die gewerkschaftliche Arbeit

Arbeits- und Wohnwelt sind also kaum voneinander zu trennen. Deshalb hat die IG Bergbau und Energie schon von Anbeginn der Ausländerbeschäftigung großen Wert darauf gelegt, daß Ausländer in die gewerkschaftliche Arbeit einbezogen werden. Nach 1972, mit dem novellierten Betriebsverfassungsgesetz, galt das auch für die volle Integration aller Ausländer in der Betriebsarbeit.

Beteiligt und einbezogen in die gewerkschaftliche Arbeit heißt: Wahl in die Vertrauensleutkörper im Betrieb, Wahl in Funktionen in unseren Ortsgruppen, Wahl in die Betriebsräte. Verbunden mit diesen

Wahlen ist natürlich die Bereitschaft zur Mehrarbeit. Wir wollen und brauchen keine „Vorzeigausländer“! So wurden in fast allen Betriebsräten Ausländer in die Wohnungsausschüsse delegiert. Dies geschah auf Betreiben der IG Bergbau und Energie. Der Wohnungsausschuß ist nämlich das Gremium, in dem bei Wohnungsvergabe – Wohnungen sind bekanntermaßen äußerst knapp –, bei Wohnungstauschwünschen oder bei nachbarschaftlichem Ärger Entscheidungen gefällt bzw. Probleme gelöst werden müssen. Seitdem Ausländer an den Entscheidungen beteiligt sind, ist auch der Vorwurf der Begünstigung seltener geworden. Daß die geleistete Arbeit der Ausländer in den Betriebsräten von deutschen wie von ausländischen Wählern honoriert wird, zeigt die Wahl von Ausländern in die Betriebsräte:

	Mandate	Ausländer	Türken
1972	3737	48	33
1975	3451	95	77
1978	3174	112	86
1981	3141	124	94

Eine Reihe von ausländischen Kandidaten steht in der Reihenfolge des Wahlergebnisses ganz oben, weil sie viel mehr Stimmen erhalten haben, als Ausländer wahlberechtigt waren.

In diesem Zusammenhang darf keinesfalls die gute Zusammenarbeit mit den Trägern der freien und

kirchlichen Wohlfahrtshilfe und der Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung unerwähnt bleiben. Hierbei stellen unsere ausländischen und deutschen Gewerkschaftsfunktionäre häufig das vermittelnde Bindeglied zu den betreuenden Organisationen dar.

Auf Initiative der IG Bergbau und Energie wird zur Zeit unter der Leitung von Prof. Dr. Hermann Korte bei der Ruhrkohle AG eine wissenschaftliche Untersuchung über die Wohn- und Arbeitsverhältnisse der ausländischen Mitarbeiter durchgeführt.

Die IG Bergbau und Energie ist auch als Träger an dem 1981 in Bochum gegründeten Institut für Ausländerfragen beteiligt. Hier sollen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen, die bei der Begleitung von Ausbildungsgruppen ausländischer Jugendlicher in allen im Bergbau vorkommenden Berufen gewonnen werden, Berufsausbildungspläne erarbeitet und gleichzeitig Ausbilder auf die besonderen Erfordernisse bei der Ausbildung ausländischer Jugendlicher vorbereitet werden.

Die vorhandenen, nicht wegzuleugnenden Probleme zwischen Deutschen und Ausländern wachsen mit dem Abstand vom Arbeitsplatz. Im Bereich des Bergbaus konnten sie dank der integrierenden Arbeit der IG Bergbau und Energie relativ klein gehalten werden. Die erreichten Ergebnisse bestätigen uns eigentlich, daß wir mit unserer Ausländerpolitik auf dem richtigen Wege sind.

Klaus Rave: Deichbruch durch die Welle des Ausländerhasses

Der Jurist und ehemaliger Juso-Landesvorsitzender Klaus Rave, Jahrgang 1950, ist Geschäftsführer des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein.

Wenn auf Plakaten das Recht auf Heimat für jeden gefordert wird, dann hört und liest man das und erinnert sich vielleicht an die fünfziger Jahre. Sieht man dann genauer hin und erkennt, daß es heißt „jedem seine Heimat“ – wobei das Wort „seine“ andersfarbig gedruckt und unterstrichen ist – das

Ganze gehalten in schwarz-weiß-rot, da wird man schon stutzig.

Wenn im Land zwischen den Meeren in der Fördestadt Kiel auf Flugblättern und Handzetteln mit dem Symbol der Welle geworben wird, dann ist das mehr als der Bezug auf das nasse Element vor der Tür, sondern weist hin auf die Gefahren der See, gegen die es Deiche zu errichten gilt, will man nicht ertrinken. Wenn die Welle dann die „Ausländerflut“ versinnbildlichen soll, dann wird schon klarer, wo es längsgeht: Eine politische Gruppierung will auf einer Woge mitschwimmen, die aus einem braunen Gefühlsbrei von Ausländerhaß und Ausbildungsplatzangst genährt wird.

Die schleswig-holsteinische Kommunalwahl vom 7. 3. 1982 brachte für die Sozialdemokraten nicht nur

eine bittere Niederlage, sondern manifestierte bundesdeutsche Ausländerfeindlichkeit auch erstmals wahllos mit einem Ergebnis von 3,8 Prozent Stimmen für eine „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ (KLA). In allen 27 Kieler Wahlbezirken waren sie angetreten, Pensionäre und Hausfrauen, Rentner, Freiberufler, eine Studentin, die Jahrgänge 1900 bis 1962. Personen und Programme, Plakate und Parolen mit einer Botschaft: Deutsche wehrt Euch, Ausländer raus! In der Satzung – laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 25. 9. und 5. 11. 1981 – liest sich das dann so: § 1 – Ziel und Name

1. Die Wählergruppe Kieler Liste für Ausländerbegrenzung ist eine Schutzgemeinschaft der einheimischen deutschen Bürger Kiels.
2. Die Wählergruppe Kieler Liste für Ausländerbegrenzung will die Interessen der einheimischen deutschen Bürger Kiels in Zusammenhang mit dem „Ausländerproblem“ wahrnehmen.
3. Die Wählergruppe Kieler Liste für Ausländerbegrenzung will insbesondere zur Abwendung von Folgeproblemen, Folgebelastungen und Folgekosten für die einheimischen deutschen Bürger Kiels tätig werden.

Dann werden Mitglieder geworben:

„Sehr geehrter deutscher Bürger!

Meinungsforschungsinstitute stellen seit Jahren bis heute immer wieder fest, daß die Mehrzahl der Deutschen nicht hinter der herrschenden Ausländerpolitik steht. Die Politiker der drei Bundestagsparteien sind offenbar auch nicht bereit, über diese das Sein oder nicht Sein des Deutschen Volkes entscheidenden Schicksalsfrage ernsthaft zu sprechen, zu der das Ausländerproblem in der Bundesrepublik Deutschland geworden ist. . . Wir gehen davon aus, daß auch sie zu dem Kreis verantwortungsbewußter Deutscher zählen, die sich angesichts dieser verhängnisvollen Fehlentwicklung in Westdeutschland zu einem Vielvölkerstaat – trotz jüngster Äußerungen der Bundesregierung – aufgerufen fühlen und bereit sind, Mitglied der Kieler Liste für Ausländerbegrenzung zu werden. . .“

Und natürlich mußten Spenden her:

„Da wir davon ausgehen, daß auch Ihnen als alteingesessenes Kieler Unternehmen die Geschicke der Stadt Kiel am Herzen liegen, wenden wir uns heute an Sie. . .“

Schließlich gibt man sich ein Programm:

„In der Erkenntnis, daß seit Kriegsende der größte Teil unseres Volkes in der Bundesrepublik Deutschland zusammengedrängt ist und der Platz für die Aufnahme von Flüchtlingen anderer Kontinente fehlt, daß die Bundesrepublik mit einer Wohndichte von 247 Einwohnern

Je km² zu den dichtbesiedeltesten Gebieten der Erde gehört (. . .), daß unser gesamtes Staatswesen schon heute an den Folgen dieser Überbevölkerung und der damit verbundenen Überindustrialisierung sowie Landschaftszerstörung krankt, daß unsere heimische Landwirtschaft unser Volk schon jetzt nicht mehr in Krisenzeiten ernähren kann, daß ein immer höherer Einsatz von chemischen Mitteln zur Ertragssteigerung in der Landwirtschaft Raubbau am Erbe unserer Kinder und an ihrer Gesundheit bedeutet, daß unsere Umweltbelastung längst ihre Grenze überschritten hat, in dem Flüsse stinkende Abwässer geworden, Industriezentren vom Smog bedroht sind, der Grundwasserspiegel sinkt und chemische wie atomare Verseuchung ebenfalls nicht mehr auszuschließen ist, daß die Probleme des Massenverkehrs längst die Planungsbehörden überfordern und ein Ausgleich mit den Interessen der Landeskultur nicht mehr möglich erscheint, daß menschenfeindliche Betonhochhäuser und Trabantenstädte die neurotischen Massenkrankheiten, Drogensucht und die Neigung zu Gewalttaten sprunghaft vermehrt haben, daß die zunehmende Durchdringung unseres Volkes mit Zuwanderern aus aller Welt Rassenunruhen wie in Amerika, England und Holland heraufbeschwört, daß die Integration jedes einzelnen Ausländers DM 270 000 kosten würde, Bund, Länder und Gemeinden jedoch überschuldet sind und ihre Leistungsfähigkeit erschöpft ist, ebenso wie die jedes einzelnen, daß ein weiterer Zuzug von Menschen anderer Kontinente daher lebensbedrohend wäre und unserem gesamten Volk wie auch jedem einzelnen nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen würde, daß die drei Bundestagsparteien diesen Gefahren gegenüber versagt haben, hat sich die Wählergruppe Kieler Liste für Ausländerbegrenzung als eine Schutzgemeinschaft der einheimischen deutschen Bürger Kiels gebildet.“

Volk ohne Raum, Umweltschutz durch „Ausländerstop“.

Forderungen werden aufgestellt „im Gastarbeiterbereich“, im „Asylantenbereich“, „für beide Ausländergruppen“. Der Aufenthalt soll auf drei Jahre begrenzt werden, Familienzuzug kommt nicht in Frage, „da eine Einwanderung als unerwünscht gilt und dadurch unnötige Härten für die Kinder vermieden werden können“; getrennte Schulen oder Schulklassen sind für eine Übergangszeit einzurichten! Apartheit in Kiel. Sozialhilfe soll bei Asylanten nur noch an „nachweislich politisch Verfolgte“ gezahlt werden und ist auch bei entsprechender Anerkennung auf ein halbes Jahr zu beschränken. Die deutsche Volksgemeinschaft bleibt sozial-solidarisch unter sich. Und für alle Ausländer soll gelten „keine Gewährung von

bevölkerungspolitisch wirksamen Leistungen wie Kindergeld, Wohngeld und Ausbildungsbeihilfen...; sofortige Abschiebung jedes straffällig gewordenen Ausländers": Gleiches Recht für alle Deutschen.

Die industrielle Reservearmee soll arbeiten, wenn und solange sie gebraucht wird, mehr nicht. Daß der Umgang mit unseren ausländischen Kolleginnen und Kollegen mit der Frage des politischen Asyls in einen Topf geworfen wird, kann nicht verwundern. Schließlich haben sie alle eines gemein: Nicht deutsch zu sein, vielleicht gar eine dunkle Hautfarbe zu besitzen.

Denn daß man in „gute“ und „schlechte“ Ausländer differenziert, mußte zum Beispiel Klaus Matthiesen, Oppositionsführer im Kieler Landtag, erfahren, als er auf einer Informationsveranstaltung zum Thema „Asylanten – unsere lästigen Mitbürger“ massiv von Anhängern der KLA gestört wurde. Die Argumente waren unüberhörbar nationalistisch-rassistisch: Polen hätten wenigstens eine weiße Hautfarbe...

Erschreckend die große Zahl Jugendlicher, die sich um den Sprecher der KLA, Regierungsdirektor Friedhof Berg, scharte.

Zu weiteren Störungen auf Veranstaltungen der SPD durch Vertreter der KLA kam es nicht. Auch eigene Versammlungen wurden nicht durchgeführt. Die KLA beschränkte sich statt dessen auf eine flächendeckende Plakataktion – möglichst hoch an den Laternenpfahl gehängt, oft genug waren die „jedem seine Heimat-Parolen“ am nächsten Morgen verschwunden, nur um in der folgenden Nacht erneuert zu werden, ein heimlicher Kleinkrieg. Und vor allem wurde von Stimmbezirk zu Stimmbezirk nach und nach ganz Kiel mit den Faldblättern der KLA beliefert:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist Heimat und Wohnstatt der Deutschen wie die DDR, aber kein Einwanderungsland! Und wie steht die Praxis in Kiel aus?“
Fazit nach Zitat einiger Pressestimmen:

„Wie lange noch? So darf es nicht weitergehen! Und das will die KLA: Keine Ausländerfeindlichkeit, aber Ausländerbegrenzung. Die KLA lehnt jede Entwurzelung fremder Völkerschaften und den Versuch ihrer Germanisierung (= ‚Integration‘) ab.“

So ist das also. Doch, wer nun erwarten würde, daß eine kräftige polemische Keule gegen Ausländer geschwungen würde, der sieht sich getäuscht. Die Flugblatttexte der KLA sind geschickter: Einerseits wird der „Kostenfaktor Ausländer“ in den Vordergrund gestellt, andererseits auf die „Inhumanität der Integration“ hingewiesen, die doch den Türken

gleichsam mit Gewalt seiner nationalen Identität berauben wolle und schließlich und vor allem beherrscht man die Kunst des Zitierens. Von der „WELT“ bis zur „FAZ“ und den lokalen „Kieler Nachrichten“ werden Auszüge aus Berichten zum Thema Ausländer wiedergegeben. Und wo der passende Bericht fehlt, bezieht man sich auf einen geeigneten Leserbrief; den findet man immer: „Des Volkes Stimme“. So wird vermieden, eine eigene Stellungnahme abzugeben, mit der man sich politisch auseinandersetzen könnte, deren völkerverhetzender Gehalt auf die KLA zu beziehen und für die volle presserechtliche Verantwortung zu übernehmen wäre.

Und auch die NDR-Berichterstattung in „Binnenland und Waterkant“ ließ die KLA nicht aus. Ihr Sprecher Berg ließ sich die Chance nicht entgehen, für die Ziele der KLA im Rahmen eines Interviews zu werben, „... daß Schaden vom deutschen Volk ferngehalten wird, so wie es die oberste verfassungsrechtliche Pflicht aller regierenden Politiker in der Bundesrepublik ist.“ Und abschließend auf die Frage: „Ähnliche Argumente wurden auch schon ins Feld geführt, damals, als von Thadden die NPD gründete. Wollen sie sich so ein bißchen an die Tradition dort anschließen?“ Antwort Berg: „Wir haben weder mit der NPD, noch mit einer anderen Partei, noch politischen Gruppierungen etwas zu tun. Wir sind völlig eigenständig. Unser Mitgliederpotential und auch das zu erwartende Wählerreservoir liegen in allen Bevölkerungskreisen und bei allen politischen Orientierungen, insbesondere offenbar auch im Bereich der SPD.“

Tatsache ist, daß die NPD landesweit zur schleswig-holsteinischen Kommunalwahl nicht antrat (und daß die zur Hamburger Senatswahl kandidierende HLA zweifelsohne ein Stoßtrupp der NPD ist). Die SPD verfolgte gegenüber der KLA eine Doppelstrategie von Totschweigen und Draufhauen. Totschweigen, um den Bekanntheitsgrad dieser Liste nicht zu erhöhen; Draufhauen als Reaktion auf die Flugblattverteilung der KLA mit einem SPD-Blatt unter der Überschrift „Vorsicht Rattengift“: „Alte Nazis kommen wieder aus ihren Löchern, neue Nazis wittern Morgenluft. Sie haben ein neues Thema entdeckt: die Ausländer ... Mitbürgerinnen und Mitbürger! Macht Euch nicht zu Mittätern von Ausländerhaß! Vergeßt nicht die bitteren Lehren unserer deutschen Geschichte! Wählt demokratische Parteien!“

Beide Wege dieser Doppelstrategie waren darauf gerichtet, vor allem die Stammwähler der SPD nicht auf den Leim der KLA kriechen zu lassen. Dieses

Vorhaben schlug fehl. Wäre es allein auf die Stammwähler der SPD angekommen, wie sie auf dem Kieler Ostufer im Einzugsbereich der großen Werft massiert anzutreffen sind, der KLA wäre auf Anhieb der Einzug ins Rathaus gelungen. Runde 5,5 % der Stimmen erhielt diese Liste im Durchschnitt der 7 Ostufer-Arbeiter-Wahlkreise. In einigen Stimmbezirken lag ihr Anteil bei über 9 %. Insgesamt 4633 Kieler Wahlberechtigte stimmten in die rassistisch-nationalistischen Töne der KLA ein, wie sie so verräterisch eindeutig auf Plakaten und Flugblättern sichtbar geworden waren. Pro Wahlkreis waren dies im Schnitt 172 Bürger oder Bürgerinnen; in den 7 Ostufervahlbezirken ca. 260 Stimmberechtigte. Kennzeichen des Ostufers: hoher Anteil türkischer Arbeitnehmer, z. T. sanierungsbedürftige Wohnverhältnisse, schulische Probleme, drohende Massenentlassungen auf HDW: Die Proteststimme für die KLA. Selbst im roten Gaarden konnte die DKP z. B. auf nicht mehr als 1 % = 46 Stimmen in einem Wahlkreis kommen, sank z. T. bis auf 0,3 % (= 11 Stimmen) in die völlige Bedeutungslosigkeit ab. Auch der Anteil der „Grünen“ als der „eigentlichen neuen Protestpartei“, lag auf dem Ostufer um 1,5–2 % unter dem Stadtdurchschnitt. Wo der Anteil von KLA-Stimmen be-

sonders hoch war, war der Anteil der „Grünen“ besonders niedrig – und umgekehrt. Zusammen brachten es beide auf 6,7 bis zu 11,3 %: Die SPD in der Schere der Wählerbewegung, die das Bündnis für sozialen Konsens und Reformpolitik zerschneidet.

Auffällig noch, daß in Kiel-Friedrichsort, einem weiteren Stadtbezirk mit hohem Ausländeranteil, die KLA-Gewinne sich im Stadtdurchschnitt hielten. Als Gründe lassen sich vermuten: längerer Aufenthalt dieser ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik mit entsprechender Qualifikationsmöglichkeit zum Facharbeiter, bessere schulische und Wohnversorgung. Gründe also, die auch den Weg einer erfolgreichen Politik in diesem Bereich kennzeichnen.

Bleibt nachzutragen die Beurteilung der KLA durch den Kieler Innenminister Barschel, die mit Vorlage des Verfassungsschutzberichtes 1982 – bezeichnenderweise 4 Tage nach der Kommunalwahl – erfolgte: „Das Thema Ausländerüberflutung wird benutzt, um mit bekannten Rechtsextremisten, meinetwegen auch Neonazis, Tarnorganisationen zu bilden, die interessant sind für alle Teile der Bevölkerung.“ Wir müssen jetzt die Deiche bauen, die ein Überschwappen der braunen Welle verhindern.

Bodo Hager: Wirtschaftliche, politische und soziale Hintergründe des Flüchtlingsproblems in der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Bodo Hager, Jahrgang 1939, ist wissenschaftlicher Publizist und Hochschuldozent. Auf dem 2. Bildungsweg durchlief er eine Sozialarbeiterausbildung und studierte an der Universität Konstanz Pädagogik, Soziologie, Jura und Politik. Veröffentlichungen u. a.: Strukturelle Hindernisse bei der Demokratisierung von Zwangsinstitutionen (1975); Die Arbeitsform der Gemeinwesenarbeit als emanzipatorische Lernhilfe (1976); Sozialisation und Integration junger Migranten (1979); Probleme soziokultureller und gesellschaftlicher Integration junger Migranten (1980); zahlreiche Aufsätze in Fachzeitschriften (s. a. NG 4/80 und 8/81).

Die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Dritten Welt steht seit Monaten im Mittelpunkt einer öffent-

lichen Diskussion. Gleichzeitig führte unter dem Druck der in sehr starkem Maße anwachsenden Zahl der Flüchtlinge die Entwicklung zu Einschränkungen beim Aufnahmeverfahren, die nicht zuletzt auch eine Einschränkung des Asylrechts bedeuten.

Während 1970 weniger als zehntausend Personen sich bei den zuständigen Ausländerbehörden und später beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf bei Nürnberg als politisch Verfolgte und Flüchtlinge meldeten, kamen 1980 fast zehnmal so viel Ausländer in die Bundesrepublik.

Etwa 70 % aller Flüchtlinge kommen aus der Türkei, aus Pakistan, Indien, Afghanistan, Äthiopien und in jüngster Zeit aus Polen (Asylanten, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz, H. 1, 11. Jg., 1981). Der Anteil der türkischen Flüchtlinge ist allerdings in den letzten Monaten erheblich zurückgegangen, nachdem die Bundesregierung per Erlaß die Erteilung einer Arbeitserlaubnis für die ersten zwölf Monate nach der Einreise in die Bundesrepublik untersagt hat. Weitere Flüchtlinge kamen in den Jah-

ren 1979/80 auch aus Vietnam, Sri Lanka, Bangladesch, Ghana und aus Südamerika, insbesondere aus Argentinien. Die meisten von ihnen können bis zur endgültigen Entscheidung über ihren Asylantrag in der Bundesrepublik bleiben.

Das Asylanerkennungsverfahren dauert gegenwärtig etwa vier bis fünf Jahre. Gegen einen ablehnenden Bescheid kann Widerspruch eingebracht werden, und die meisten Betroffenen haben bislang diesen Rechtsweg auch in Anspruch genommen. Für dieses Jahr erwarten die Verwaltungsgerichte ca. 70 000 Verfahren. Bis 1979 war in der Bundesrepublik lediglich das Verwaltungsgericht Ansbach für Asylwiderspruchsklagen zuständig.

Schon heute ist jedes dritte neu eingeleitete Verfahren bei den Verwaltungsgerichten ein Asylverfahren. Diese Prozeßlawine wird sich in den nächsten Monaten mit Sicherheit noch erheblich vergrößern.

In letzter Zeit ist eine Zunahme öffentlicher Diskriminierungen der Asylanter in der Bundesrepublik zu beobachten. In Einzelfällen kam es zu Terroranschlägen wie beispielsweise auf das Hamburger Asylanterheim im September 1980. Dabei fanden die beiden Vietnamesen Anh Lan Do und Ngoc Chau Nguyen den Tod.

In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik mit steigender Arbeitslosigkeit und angespannter Haushaltslage ist jeder zusätzliche Flüchtling ein zusätzlicher potentieller Arbeitsloser. Deshalb wird jeder Asylantragsteller als eine soziale und wirtschaftliche Belastung angesehen. Aus dieser Denkweise ergibt sich folglich in der öffentlichen Diskussion der Vorwurf eines „Wirtschaftsflüchtlings“. Dabei wird allerdings übersehen, daß durch Kriege, Rassenhaß, Entwicklungsfehlplanungen etc. die Vernichtung wirtschaftlicher und sozialer Existenz nicht nur Asylgrund sein kann, sondern daß alle Asylantragsteller in der Bundesrepublik aus wirtschaftlicher Not und Hoffnungslosigkeit ihre Heimat verlassen haben.

Weltweiter Migrantenstrom

Die Migration der Flüchtlinge ist, allgemein gesehen, das Resultat der tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen, von denen spätestens seit Mitte des vorigen Jahrhunderts in allen Teilen der Welt Menschen in immer schnellerer Geschwindigkeit und größerem Umfang erfaßt werden.

Die Wanderungsbewegungen sind keineswegs nur auf die kapitalistisch orientierten Länder begrenzt. Die VR China z. B. bringt in den im August 1979

abgeschlossenen chinesisch-italienischen Wirtschaftsvertrag als Gegenleistung für italienische Investitionsgüter und -leistungen 400 000 chinesische Arbeiter ein. Diese werden bei den gemeinsamen italienisch-chinesischen Projekten in der Dritten Welt arbeiten (Exportant sa Main d'Oeuvre, La China va „louer“ au génie italien 400 000 travailleurs destinés au tiers-monde, in: Le Monde v. 8. 8. 1979). Allein in den arabischen Golfstaaten arbeiten 200 000 Pakistani, 300 000 Inder und 100 000 Bengali. Die Löhne der entsandten „Gastarbeiter“ sind für die Länder des indischen Subkontinents eine wesentliche Deviseneinnahme: 1978 waren es für Pakistan 1,2 Mrd. Dollar, für Indien 1,8 Mrd. Dollar, eine Summe, die gleichwertig ist mit der westlichen und japanischen Entwicklungshilfe zusammen (G. Viratelle, Un demi million de travailleurs dans les Pays du Golfe, in: Le Monde Diplomatique, August 1979).

Die staatliche Wirtschaftsplanung der indischen subkontinentalen Länder sieht in der Arbeit ihrer Bürger, die im Ausland arbeiten, einen wichtigen Wirtschaftsfaktor. Im Zweijahresplan für 1978 - 80 von Bangla Desh heißt es in aller Deutlichkeit: „Der einheimische Markt ist nicht in der Lage, die gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitskräfte aufzunehmen. Der Export menschlicher Fähigkeiten (manpower export) entlastet nicht nur den einheimischen Arbeitsmarkt, sondern bietet auch gute Aussichten für Deviseneinnahmen“ (Zeit der Völkerwanderung, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz, H. 1, 11. Jg., 1981). Dem entspricht auch, daß bereits vor 10 Jahren ein staatliches Amt eingerichtet wurde, welches planmäßig die Möglichkeiten für eine Expansion des Arbeitskräfteexportes untersuchen und erschließen soll.

Die Millionen von Arbeitsemigranten und politischen Flüchtlingen, die jährlich ihre Heimat verlassen und in einen fremden Kulturbereich und zum Teil in ein fremdes Gesellschaftssystem eintauchen sowie vielfach ihre familialen und sozialen Beziehungen abbrechen, leben in einem erheblichen polaren Spannungsverhältnis. Die mit der Migration verbundenen psychischen und physischen Belastungen können zu erheblichen Persönlichkeitskrisen und nicht selten zum Verlust der eigenen sozialen Identität führen.

Die sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Aspekte einer Migration wurden bislang in der Forschung wie auch bei der Möglichkeit einer praktischen Lebenshilfe im Alltag der Migranten kaum beachtet. Die Gefahr, daß alle jene Menschen, die ihre Heimat und ihren Kulturkreis verlassen und in

Athenäum · Hain · Hanstein

Ausländer – Möglichkeiten der Integration

Achim Schrader/Bruno W. Nikles/
Hartmut M. Griese

Die Zweite Generation

Sozialisation und Akkulturation ausländischer
Kinder in der Bundesrepublik

Athenäum TB Sozialwissenschaften AT 4108
236 Seiten, kt. DM 19,50
ISBN 3-7610-4108-X

Die Bundesrepublik ist de facto zu einem Einwanderungsland geworden. Kinder ausländischer Arbeiter wachsen in der BRD auf, gehen hier zur Schule und verbringen die entscheidenden Jahre der Erziehung und Ausbildung in unserer Gesellschaft. Die soziokulturellen Prozesse der Sozialisation, Akkulturation und Identitätsbildung dieser Kinder und deren Konsequenzen für die Zukunft dieser „Zweiten Generation“ stehen im Zentrum dieser Studie.

Czarina Wilpert

Die Zukunft der Zweiten Generation

Erwartung und Verhaltensmöglichkeiten
ausländischer Kinder

Schriften des Wissenschaftszentrums Berlin
228 Seiten, kt. DM 36,-
ISBN 3-445-02137-6

Diese Untersuchung versucht, die wichtigsten Faktoren zu identifizieren, welche die Anpassung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland beeinflussen. Sie stützt sich auf eine Befragung von türkischen und jugoslawischen Schulkindern in Berlin (West). Im Mittelpunkt stehen die Hoffnungen und Erwartungen, die ausländische Jugendliche an Ausbil-

dung und Beruf richten. Verdeutlicht werden die Zusammenhänge dieser Bestrebungen mit Einstellungen zur Arbeit, zum Lernen, zur Schule und zu allgemeinen Zukunftserwartungen.

Manfred Kremer/Helga Spangenberg

Assimilation ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland

Materialien zur Arbeitsmigration und Ausländerbeschäftigung Band 5

268 Seiten, kt. DM 54,-
ISBN 3-7756-6934-5

Mit diesem Forschungsbericht werden die wichtigsten Ergebnisse einer repräsentativen empirischen Untersuchung zur Frage der Assimilation der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt.

Eduard Gaugler/Wolfgang Weber u. a.

Ausländer in deutschen Industriebetrieben

Ergebnisse einer empirischen Untersuchung

Materialien zur Arbeitsemigration und Ausländerbeschäftigung Band 1

208 Seiten, kt. DM 56,-
ISBN 3-7756-6930-2

Die kommentierten Daten dieser Erhebung über Strukturen der Ausländerbeschäftigung in deutschen Betrieben sowie betriebliche Integrationspraktiken liefern die notwendigen Informationen für neue oder weitergehende Bemühungen deutscher Betriebe und für staatliche Maßnahmen zur Integration ausländischer Arbeitnehmer.

einer ihnen fremden Lebensumwelt, in der sie keine menschliche Hilfe erfahren, in eine soziokulturelle und gesellschaftliche Randgruppe abgleiten, ist sehr wahrscheinlich.

Rechtslage verschiedener Flüchtlingsgruppen in der BRD

Während sich politische Parteien und Wohlfahrtsorganisationen teilweise in vorbildlicher Weise für die Betreuung der Flüchtlinge aus Vietnam und die Dissidenten aus Osteuropa einsetzen, wird es Flüchtlingen aus anderen Ländern in rechtlicher und sozialer Hinsicht immer schwerer gemacht, in der Bundesrepublik eine Existenz aufzubauen.

Das Bundesverwaltungsgericht und die anderen Verwaltungsgerichte geben zwar vor, sie würden jedem politischen Flüchtling unabhängig von seiner politischen Gesinnung in der Bundesrepublik Asyl gewähren, jedoch in der Praxis unterscheiden sie sehr wohl zwischen erwünschten und unerwünschten Flüchtlingen.

Auch im Hinblick auf die soziale und menschliche Betreuung der Flüchtlinge wird öffentlich mit zweierlei Maß gemessen. Im Bundesland Hessen z. B., wo ein entsprechendes Einweisungsgesetz fehlt, müssen im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Gemeinden die Kosten für die von ihnen aufgenommenen Asylanten tragen. Eine hessische Gemeinde z. B. war zur Aufnahme eines Argentiniers bereit, konnte aber die sozialen Folgekosten nicht übernehmen. Das Land Hessen, von amnesty international gebeten, die notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen, lehnte ab. Nur kurze Zeit später bot das gleiche Bundesland allen Gemeinden, die Vietnamesen aufnehmen wollten, die Übernahme aller anfallenden Sozialkosten an (Erklärung der bundesdeutschen Sektion von amnesty international v. August 1979).

In bezug auf ein zu gewährendes Asylrecht ist gegenwärtig eine eindeutige Tendenz zu beobachten: bestimmte politisch ausgewählte Flüchtlingsgruppen genießen einen rechtlichen und praktischen Sonderstatus mit eindeutigen Bevorzugungen, die zunehmend deutlicher werden.

▷ Bevorzugt sind – aus unausgesprochenen klar politischen Gründen – zunächst alle Ostblockflüchtlinge. Neben einer größeren Chance der Anerkennung haben alle endgültig abgelehnten Antragsteller im Gegensatz zu allen anderen Flüchtlingen die Möglichkeit, mit einer sogenannten „Duldung“ weiterhin im Bundesgebiet zu bleiben.

▷ Seit einiger Zeit erhalten Personen aus Afghanistan und dem Iran, die keinen Asylantrag stellen, in

einigen Bundesländern (z. B. in Hamburg und Nordrhein-Westfalen) von den Ausländerbehörden eine zeitlich begrenzte Aufenthaltserlaubnis, wenn sie geltend machen, politische Schwierigkeiten in ihren Heimatländern zu haben. Begründet wird diese Sonderbehandlung mit den inneren Unruhen und kriegerischen Ereignissen, die dann folglich aus humanitären Gründen zu einer Aufenthaltserlaubnis in der Bundesrepublik führen.

▷ Ohne Asylverfahren werden schließlich sogenannte „Kontingentflüchtlinge“ aufgenommen, z. B. die Vietnamesen. Unter dem wachsenden internationalen Druck hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, ein Kontingent von 20 000 vietnamesischen Flüchtlingen aufzunehmen. Würden diese Flüchtlinge ein normales Asylverfahren durchlaufen, so dürfte ein Teil von ihnen unter Zugrundelegung der bisherigen Maßstäbe mit der Ablehnung ihres Asylantrages rechnen.

Entwicklungen und Veränderungen des Asylverfahrens

Bundesweit waren es bei allen 17 Verwaltungsgerichten, die seit Beginn des Jahres 1980 das bis dahin allein zuständige Verwaltungsgericht Ansbach entlasten, annähernd 70 000 Ausländer, die sich auf den lapidaren Satz in Art. 16, Abs. 2 unseres Grundgesetzes beriefen: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Unter den bisherigen Klägern ist bislang kaum einer der ca. 100 000 Asylbewerber, die erst 1980 in die Bundesrepublik gekommen sind.

Bereits seit 1977 gab es zahlreiche Versuche, das derzeitige Asylverfahren zu verringern. Die Bemühungen von Politikern, Gesetzgebung und Verwaltung laufen darauf hinaus, das Aufenthaltsrecht zu beschneiden, zu erschweren und teilweise zu unterlaufen. Gesetzgeberisch sind bisher zwei sogenannte „Beschleunigungsnovellen“ von Bedeutung. Die erste brachte u. a. eine Dezentralisierung der gerichtlichen Zuständigkeit, so daß nun mehrere Gerichte über Klagen in Asylangelegenheiten zu entscheiden haben.

Verschlechterungen gegenüber der bisherigen Praxis im Asylverfahren gab es mit der zweiten Novelle, da sie es dem Gericht ermöglichte, eine Berufung durch Beschluß auszuschließen. Gleichzeitig können dem Antragsteller im Asylverfahren vor dem Bundesamt in Zirndorf – also im Verwaltungsverfahren, das dem gerichtlichen vorausgeht – sogenannte „Verfahrenslasten“ (Erklärungen zu bestimmten Punkten, Vorlegung von Urkunden innerhalb bestimmter Fristen, keine persönliche Anhörung des Asylsuchenden) auferlegt werden. Damit ist eindeu-

tig die Stellung der Asylsuchenden im Verwaltungs- und Gerichtsverfahren verschlechtert worden.

Verschiedene Verwaltungsbehörden (Ausländerbehörden) haben darüber hinaus versucht, viele Asylanträge überhaupt nicht zu beachten, und in Einzelfällen (Bayern) wurden politische Flüchtlinge einfach wieder über die Grenze abgeschoben. Die Behörden unterstellen dem Asylsuchenden bei seiner Abschiebung, er wolle in Wahrheit gar kein Asyl beantragen, sondern nur unter dem Vorwand des gewährten Asyls in der Bundesrepublik arbeiten. Dies ist zumindest juristisch eine äußerst umstrittene Argumentation.

Noch weit schwerwiegender wirkt sich die Einführung des Visumzwanges für diejenigen Länder aus, aus denen zur Zeit die meisten Antragsteller kommen. Aus juristischer Sicht besteht zwar zwischen dem Besitz eines Einreisevisums und der Berechtigung eines Asylsuchenden zur Einreise in das Bundesgebiet kein Zusammenhang, denn jeder Asylsuchende muß auch ohne Visum an der Grenze zur Bundesrepublik eingelassen werden. Aber es ist kein Zufall, sondern von der Bundesregierung öffentlich bestätigt, daß für alle diejenigen Länder, aus denen zur Zeit die meisten Asylantragsteller kommen, ein Visumzwang besteht. Kommt also ein Flüchtling aus diesen Ländern ohne Visum an die deutsche Grenze, ohne Dolmetscher, ohne Rechtsanwalt, tritt der Bundesgrenzschutz in Aktion: der Asylsuchende muß, da er nur als Asylantragsteller ein Einreiserecht hat, darlegen und praktisch beweisen, daß der Zweck seiner Einreise in seiner Flucht begründet liegt – andernfalls wird er abgewiesen. Die Absicht, einer zunehmenden Zahl von Asylantragstellern bereits die Einreise in die Bundesrepublik zu erschweren und praktisch unmöglich zu machen, ist unverkennbar.

Gekoppelt mit der Einführung des Visumzwanges war die Anweisung an die Fluggesellschaften – bei Androhung des Entzuges der Landrechte in der Bundesrepublik –, Passagiere ohne Visum nicht zu befördern. Diese Praxis führt de facto zur Verweigerung des Rechts auf Asyl für politisch Verfolgte aus Staaten, für die Visumzwang besteht.

Neben dieser Entwicklung wird gleichzeitig versucht, den sozialen Status der Asylsuchenden während des langwierigen Verfahrens unattraktiv zu machen, die Asylsuchenden unter eine soziale Sondergesetzgebung und eine Sonderverwaltungspraxis zu stellen und sie rechtlich zu Ausländern zweiter Klasse zu machen, um gegenüber potentiellen Antragstellern einen sozialen Abschreckungseffekt zu erzie-

len. So wird Asylantragstellern neuerdings die Arbeitsaufnahme verboten, in Baden-Württemberg sogar für das gesamte Asylverfahren. Damit sind sie auf den Bezug von Sozialhilfe angewiesen.

Zusammenfassend geht es bei den derzeitigen Veränderungen im Asylrecht und Asylverfahren nicht nur um eine – durchaus zu begrüßende – Beschleunigung des Verfahrens. Die Rechte und die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in der Bundesrepublik werden vielmehr verschlechtert und bei den vielfältigen Versuchen, die Asylsuchenden erst gar nicht in die Bundesrepublik einreisen zu lassen, werden die Grenzen des rechtlich Erlaubten überschritten.

Politische Perspektiven und Möglichkeiten der Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge in der BRD

Sicherlich sind die Integrationsleistungen der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg anzuerkennen, als Millionen von Heimatvertriebenen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern aus Ost- und Südosteuropa und dem Gebiet der heutigen DDR in der Bundesrepublik eine neue wirtschaftliche und soziale Existenz gefunden haben, aber diese Leistungen entbinden die Bundesregierung nicht von der Verpflichtung, zur Überwindung des massiven Flüchtlingselds der Gegenwart beizutragen. Die Bundesrepublik ist heute eines der reichsten Länder der Welt. Ihr zunehmendes internationales Engagement verpflichtet sie, an der Lösung des weltweiten Flüchtlingselds mitzuarbeiten. Ein fortschreitender Rückzug vom sogenannten subjektiven Asylrecht würde jedoch der notwendigen Mitverantwortung und Hilfeleistung nicht gerecht werden.

Verglichen mit anderen Ländern in Europa ist das Asylrecht in der Bundesrepublik zweifellos immer noch liberal. Dies hat seine Gründe im wesentlichen in den leidvollen Erfahrungen unzähliger Menschen, die unter der Naziherrschaft gelitten haben oder aufgrund eines unzureichenden Asylrechts unserer Nachbarstaaten den Konzentrationslagern zum Opfer fielen. Nicht zuletzt aus z. T. eigener leidvoller Erfahrung als Flüchtlinge und politisch Verfolgte haben die Väter des Grundgesetzes das Recht auf Asyl zu den unumstößlichen Grundpfeilern der Bundesrepublik gemacht. Diese nicht zu vergessenden Erfahrungen früherer deutscher Geschichte sind ein Vermächtnis der heutigen und nachfolgenden Generationen.

Asylbewerber sind keine Menschen zweiter Kategorie, auch wenn sie nicht vor politischer Verfolgung, sondern „bloß“ vor Armut, Not, Bürgerkrieg oder aus

anderen asylrechtlich irrelevanten Motiven geflohen sind.

Wie schlecht es um die abgelehnten Asylbewerber bestellt ist und wie unbeachtet deren Schicksal von unserer Gesellschaft und nicht zuletzt den in der Wohlfahrtspflege tätigen Organisationen bleibt, zeigt schon der gerade unglaubliche Informationsmangel. Hinzu kommt, daß bei der Massierung psychischer, physischer und ökonomischer Schicksalsschläge im Kreis der Asylanter, sich in der letzten Zeit die Angaben bei den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege mehren, daß Härtefälle in der Familienzusammenführung nicht zuletzt auch durch die abwartende Haltung der Bundesregierung nur noch schleppend bearbeitet werden (Erste Ergebnisse einer Untersuchung über Integration der Flüchtlinge aus Südostasien in der Bundesrepublik Deutschland, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Infratest Sozialforschung, November 1980).

Bleibt auch die Notwendigkeit von Visa, Arbeitserlaubnissen und Asylverfahren auf längere Sicht unbestritten, so müssen doch alle Regelungen orientiert bleiben an dem einzelnen Menschen und frei werden von unterschwelligen nationalistischen Gefühlen, politischen Meinungsbildern und wirtschaftlichen Interessen. Des weiteren müssen diese Regelungen durchschaubar werden für alle Beteiligten.

Dieses Ziel kann erreicht werden zum einen durch eine entsprechende politische Arbeit in den Parteien und Gremien und zum anderen aber auch durch das bewußte Zusammenleben mit anderen Nationalitäten am gleichen Ort. Nicht zuletzt müssen die Bemühungen in den Heimatländern der Flüchtlinge unterstützt werden, die wirtschaftliche und soziale Lebenssituation dort zu verbessern und die Gründe für eine Migration zu vermindern.



Heinrich Michael Broder: Programm zur Beschäftigung von 1 Million Arbeitnehmern und zur Entlastung der Staatshaushalte

Heinrich Michael Broder, Jahrgang 1942, ist Wirtschaftsjournalist in Bonn. Veröffentlichungen: zahlreiche Zeitschriftenaufsätze, u. a. NG 12/78, 7/79, 3, 4 u. 9/80 und 2/81.

I.

Die Bundesrepublik Deutschland erwirtschaftet heute das viergrößte Bruttosozialprodukt sowie mit den USA die größten Exporte der Welt – und hat noch Arbeitskräfte übrig. Anstatt nun die Arbeit besser zu verteilen und die überschüssige Arbeitszeit zu nutzen oder in mehr Freizeit einzutauschen, verwaltet der Staat dirigistisch und mit enormen Kosten eine Krise des Arbeitsmarktes. „Das einzig wirklich dauerhafte Mittel zur Verbesserung der Haushaltelage ist also eine neue aktive und kreative Arbeitsmarktpolitik“, folgert Dieter Mertens vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg. Hier setzt der folgende Vorschlag eines durchgerechneten „Programms zur Beschäftigung von 1 Million Arbeitnehmern und zur Entlastung der Staatshaushalte“ an.

II.

In der tagespolitischen Auseinandersetzung um die zurückliegenden und zukünftigen „Beschäftigungsprogramme“ haben Befürworter wie Gegner gleich Unrecht. Denn es handelt sich zum Teil um Potemkinsche Programme, und die positiven, negativen und Null-Wirkungen einzelner Maßnahmen werden gar nicht mehr wahrgenommen. „Niemand von uns versteht wirklich, was alles diese Zahlen sollen“, hat Budget-Direktor David Stockman eine ähnliche Verwirrung in Washington enthüllt.

Beim Bonner Pro und Contra um die Steuer- und Ausgabenprogramme „mit einem Volumen von rund 100 Milliarden Mark“ seit 1974 wird bewußt oder unbewußt übersehen, daß zum Beispiel die Steuereinnahmen – trotz der etwa „60 Milliarden Steuer-

senkungen" – in diesem Zeitraum um 130 Milliarden Mark gestiegen, beziehungsweise im Verhältnis zum Sozialprodukt konstant bei 24 Prozent geblieben sind.

„Staatliche Investitionsprogramme in Milliardenhöhe“ verdrängen, daß die unstätige Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden beispielsweise in der Bauwirtschaft in den letzten zehn Jahren nun schon zum zweiten Mal zur Zerstörung von Kapazitäten beiträgt, die mittelfristig benötigt werden. Das ist Ökonomie paradox. Wieweit die wirtschaftspolitische Diskussion durch Unverständnis, Ideologie und Ängste verwirrt ist, soll mit den folgenden Thesen verdeutlicht werden.

III.

In unserem Lande werden die weltwirtschaftlichen Größenordnungen zu wenig berücksichtigt. Die meisten Staaten können von Wirtschaftsverhältnissen wie in der Bundesrepublik Deutschland oder der Schweiz nur träumen. – Inseln im Meer der Armut.

Während hier die Preise um 6 Prozent im Jahr steigen, erreichen die Preissteigerungsraten in den USA 10 Prozent, in Großbritannien 12 Prozent, in Frankreich 13 Prozent und in Italien 19 Prozent. Unsere Arbeitslosigkeit liegt unter dem internationalen Durchschnitt.

Während hierzulande „Währungsreform und Staatsbankrott“ herbeigeredet und dementiert werden, müßten dies die meisten Volkswirtschaften schon hinter sich haben. Denn der Schuldenstand des Staates im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt ist unter 15 vergleichbaren Industrieländern in zwölf bis zu dreimal so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland. Der Schuldenstand je Einwohner ist in neun Ländern bis zu doppelt so hoch. Und die Zunahme der Verschuldung seit 1974 ist in neun Ländern bis zu viermal so hoch wie in der Bundesrepublik.

Der Sachverständigenrats-Vorsitzende Olaf Sievert gibt zu: „Daß irrationale Angst vor dem Staatsbankrott das einzige Vehikel sein soll, eine vernünftige Beschränkung der Staatsausgaben zu erreichen, ist zwar ein Befund, der einen verzweifeln lassen möchte. Aber wer wüßte eine Alternative, die auch nur ein bißchen Erfahrung für sich hätte.“ – Kirchtumspolitik mit der Angst.

IV.

Wie an weltweiter Sicht fehlt es auch an historischem Bewußtsein. Der schwedische Ökonom Gunnar Adler-Karlsson fragt: „Sollte man nicht mit gu-

tem Grund behaupten können, daß eine vertiefte Diskussion darüber, wie man unsere Freizeit gestalten könnte, verdrängt und verkrüppelt worden ist bei unserer totalen Konzentration auf die Erhöhung der Einkommen, damit der Überflußverbrauch erhöht werden kann, um die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, wenn die Technik ihre Produktivität der Überflußproduktion erhöht? Sitzen wir hier nicht in einem geistigen Zirkel fest, der uns daran hindert, einige der tiefsten Fragen des Lebens zu diskutieren?“

Unser Familienalbum mit Bildern der Großeltern, Bildern der Nachkriegszeit dokumentiert, daß wir heute einen nie gekannten Reichtum erleben. Allein von 1970 bis 1980 wuchs das reale Bruttosozialprodukt um 32 Prozent. Aber ein „Null-Wachstum“ im Jahre 1981 gilt als Krise.

Die realen Nettoverdienste der Arbeitnehmer – also Preissteigerungen sowie Steuern und Sozialbeiträge abgerechnet – erhöhten sich von 1970 bis 1980 um 23 Prozent und nahmen 1981 um 1 Prozent ab. Aber Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände veranstalten „groteske Rituale um zwei Zehntel Prozent mehr oder weniger im Tarifabschluß“ (Edzard Reuter, Daimler-Benz AG). Wissen sie, was sie tun?

V.

Eine Voraussetzung für wirtschaftspolitische Fortschritte ist die mittelfristige Analyse. In die heute vorherrschenden jährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen passen nicht Entwicklungen der Bevölkerung, des Arbeitsmarktes und seiner Problemgruppen oder Strukturveränderungen der Wirtschaft wie die Ölpreiskrise und die Revolution der Mikroelektronik.

Führende Forschungsinstitute (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung [DIW], Berlin, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung [IAB] der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Prognos AG, Basel, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung [RWI], Essen, u. a.) rechnen bei arbeitsmarktpolitischen Status-quo-Bedingungen unter anderem wegen der geburtenstarken Jahrgänge für 1985 mit bis zu 3 1/2 Millionen Erwerbslosen, das heißt mit registrierten Arbeitslosen sowie „stillen“ Erwerbslosen, die sich entweder nicht als arbeitslos registrieren lassen wollen oder können. Diese Massenarbeitslosigkeit ist die „bestprognostizierte Krise des Jahrhunderts“ (Dieter Mertens vom IAB).

Kommentar des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: Von Institutionen, die die DIW-Position kritisieren, ohne eigene quantitative Vorstel-

lungen für die 80er Jahre vorzulegen, müsse gefordert werden, daß sie alternative Rechnungen präsentieren, deren Implikationen empirisch überprüfbar sind. Nur so sei eine sachgerechte Diskussion möglich. Oder, um es einmal polemisch zu wenden: Wo wir heute Raumschiffe mit enormem Einsatz von Menschen und Maschinen über Jahrzehnte entwickeln, fahren wir in der Wirtschaftspolitik oft noch mit dem Handkarren.

VI.

Um aus der verwirrten Diskussion herauszukommen, muß die mehr oder weniger verpackte Ideologie herausgearbeitet werden. Unternehmensvertreter streichen in den USA Sozialprogramme zusammen, selbst wenn dort der Anteil der staatlichen Sozialausgaben am Sozialprodukt mit 12 Prozent nicht einmal halb so groß ist wie in europäischen Ländern (Italien 19 Prozent, Bundesrepublik Deutschland 23 Prozent, Frankreich 25 Prozent sowie Niederlande 29 Prozent).

Die deutschen Gewerkschaften lassen selbst im öffentlichen Dienst kein „Sonderopfer“ zu, obwohl sich die Staatsdiener ohne Arbeitsmarktrisiko überdurchschnittlicher Löhne und mehr als doppelt so hoher Sozialleistungen wie ihre Kollegen in der privaten Wirtschaft erfreuen. „Wir müssen mehr investieren, mehr sparen und weniger verbrauchen – eine Einsicht, die, für sich genommen, die tarifpolitischen Mechanismen an die Grenze ihrer Belastbarkeit bringen kann. Dennoch, nein gerade deswegen sind groteske Rituale um zwei Zehntel Prozent mehr oder weniger im Tarifabschluß haargenau die Flucht in lähmende Lebenslügen.“ (Edzard Reuter)

Und: „Viel wäre gewonnen, wenn zweierlei anerkannt würde: von den Gewerkschaften, daß die Personalkostenbelastung der Unternehmungen tendenziell nur in Verbindung mit Produktivitätsfortschritten angehoben werden kann, von den Unternehmensverbänden, daß die Behauptung, Arbeitslosigkeit könne in dieser Zeit noch immer ganz wesentlich über Lohnpolitik abgebaut werden, nicht nur wie Hohn klingt, sondern auch verantwortungslos ist. Wir wissen doch inzwischen alle, daß es einer neuen Prioritätsverteilung von Arbeitszeit-, Einkommens- und Vermögenspolitik im Rahmen der Tarifverhandlungen bedarf – kein Königsweg, aber allemal besser als die Konstellation, die sich gegenwärtig abzeichnet.“

VII.

Der seit Jahren mit Fleiß gepflegte Theorienstreit sollte zu gemischten Strategien weiterentwickelt wer-

den. Hans-Jürgen Krupp vom DIW hat diesen Streit überwunden: „Weder ein einfacher Keynesianismus, der sich darauf reduziert, private Nachfrageausfälle durch zusätzliche staatliche Nachfrage zu ersetzen, noch ein Monetarismus, der sich auf die Steuerung der Geldmenge beschränkt, noch eine Angebotspolitik, die meint, sich mit der Gestaltung angebotspolitischer Rahmenbedingungen begnügen zu können, sind Rezepte, mit deren Hilfe man die Schwierigkeiten bewältigen kann“ (s. a. NG 2/82). Eine extrem monetaristische Politik oder Angebotspolitik ist so dirigistisch und schädlich wie eine extrem keynesianische.

Hans-Hagen Härtel, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg: „Die Debatte muß unfruchtbar bleiben, wenn sie, wie das häufig geschieht, in Form eines Glaubenskampfes ausgetragen wird. Durch populäre Etikettierungen von Standpunkten oder von wirtschaftspolitischen Konzeptionen werden vielfach die Unterschiede zu anderen Standpunkten oder Konzeptionen überzeichnet und Gemeinsamkeiten übersehen. Dies gilt um so mehr, als diejenigen, die sich nicht allein auf die akademische Diskussion beschränken, sondern auch konkrete Konzeptionen für die aktuelle Wirtschaftspolitik vorschlagen, selten die reine Lehre vertreten.“

VIII.

In den ideologischen Entweder-oder-Positionen werden die Realitäten unserer gemischten Wirtschaftsordnung übersehen. Die OPEC ist das mächtigste Kartell der jüngeren Wirtschaftsgeschichte. Die Revolution der Mikroelektronik kommt aus dem militär-industrial complex der USA und aus der „Japan AG“.

Das größte „private“ Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, der VEBA-Konzern, an dem der Bund zu 44 Prozent beteiligt ist und dessen Umsatz das Bruttosozialprodukt von Portugal erreicht, und unser Staat, dessen Ausgaben rund 48 Prozent des Bruttosozialproduktes ausmachen, sind Realitäten einer modernen Industriegesellschaft. Es geht um „soviel Markt wie möglich, soviel Planung wie nötig“ (Karl Schiller), es geht um die optimale Kombination des privaten und des öffentlichen Sektors.

Staatliche Verbrauchsausgaben für Lehrer sind so produktiv wie staatliche Investitionsausgaben für Schulen oder private Investitionen für die Ausbildung. Die Privilegien der privaten Bauern sind so unproduktiv wie die Privilegien der öffentlich Bediensteten. Allein der Beamtenbonus summiert sich

auf über 30 Milliarden Mark im Jahr. Je mehr wir hier jäten, desto mehr können wir säen.

Der Unternehmensberater Jürgen Schierz, A.T. Kearney-Gruppe, Chicago, warnt: „Regierung, Gewerkschaften und Unternehmer arbeiten (in der Bundesrepublik Deutschland) zuviel gegeneinander, zu wenig zusammen; ihr Entscheidungshorizont ist zu kurz und zu partikularisch.“

IX.

11 650 Konkurse und Vergleiche wurden 1981 gemeldet. Die volkswirtschaftlichen Verluste der Erwerbslosigkeit von rund zwei Millionen summieren sich nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, in diesem Jahr auf etwa 110 Milliarden Mark, das sind rund sieben Prozent des Sozialproduktes.

Das IAB faßt zusammen: „Unterbeschäftigung bedeutet entgangene Einnahmen bei den Beiträgen zur Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung sowie bei den direkten und indirekten Steuern, bedeutet einen Verzicht auf Produktion und Nachfrage, bringt Einbußen an persönlichen Einkommen und adäquaten Beschäftigungsmöglichkeiten, bedeutet einen Verlust an sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit und bringt eine Gefährdung des gesamten Systems der sozialen Sicherung mit sich.“

Allein die direkt zurechenbaren Kosten bei Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen betragen rund 48 Milliarden Mark. Gut ein Drittel dieser Summe sind entgangene Steuereinnahmen, knapp 20 Prozent gehen der Kranken- und Rentenversicherung an Einnahmen verloren, über 40 Prozent muß die Bundesanstalt für Arbeit aufwenden.

„Hinzu treten andere Kostenarten, die noch gar nicht ins öffentliche Blickfeld gerückt worden sind: Arbeitslosigkeit stellt für viele eine psycho-soziale Belastung dar, macht häufig auch krank, physisch wie psychisch, und Krankheit ist teuer, nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für die Solidargemeinschaft der Versicherten. Arbeitslosigkeit kann auch die Motivation zur Arbeit und zu gesellschaftlichem Engagement zerstören – und auch dies ist teuer, langfristig noch mehr als auf kurze Sicht.“

Gesamtwirtschaftlich ist Arbeitslosigkeit wesentlich teurer als die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze oder die Verkürzung der Arbeitszeit.

X.

Das „Programm zur Beschäftigung von 1 Million Arbeitnehmern und zur Entlastung der Staatshaus-

halte“ ist im Rahmen einer mittelfristigen, an den Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft orientierten Politik für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität zu sehen. Das Programm betrifft insbesondere die Bereiche Finanz-, Arbeitsmarkt-, Tarif- und Energiepolitik. Es ergänzt und konkretisiert entsprechende quantifizierte Alternativ-Strategien für die 80er Jahre, so vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, von der Prognos AG, Basel, oder vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen.

Globale modellartige Strategien, oberflächliches Milliarden-Mark- und Prozent-Denken tragen jedoch nicht automatisch zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei, wie einzelne Erfolgskontrollen der Steuer- und Ausgabenpakete seit 1974 nachweisen. Globalsteuerung ist nur der Rahmen für die harte Arbeit an konkreten Programmen, also für das Bohren dicker Bretter.

Auswahl der Maßnahmen, Dimensionen, Beschäftigungs- und Kostenrechnungen des folgenden Programms basieren auf empirisch überprüften Arbeiten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute. Zur Übersicht sind die folgenden Daten stark vereinfacht. Es werden insbesondere die Kosten und Einsparungen des Staates aufgezeigt, weil sie in der öffentlichen Diskussion die entscheidende Rolle spielen. Die zusätzlichen Maßnahmen (gegenüber Status-quo-Projektionen) im einzelnen:

Wie in den Alternativ-Strategien von DIW, Prognos und RWI spielt eine stetige mittelfristige Investitionspolitik die Schrittmacherrolle in diesem Programm, und zwar insbesondere im Energiesparbereich. Bei zusätzlichen staatlichen Kosten von 10 Milliarden Mark werden nach vorsichtigen Annahmen Beschäftigungswirkungen von 250 000 ermittelt (bei den registrierten Arbeitslosen sowie bei der stillen Reserve), wodurch sich die registrierte Arbeitslosigkeit um etwa 165 000 vermindert.

Selbst die zu den genannten Alternativ-Strategien kritische Analyse des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, ergibt, daß zum Beispiel staatlich geförderte private Investitionen zum Wirtschaftswachstum beitragen, die Arbeitslosigkeit verringern sowie per Saldo durch zusätzliche Einnahmen und Entlastungen im Steuer- und Sozialbereich die Finanzposition des Staates nicht zusätzlich belasten.

In diesen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind noch nicht die enormen Einsparmöglichkeiten im Energiebereich berücksichtigt. Nach dem Harvard Energie Report, der Bonner Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ u. a. ist Energiespa-

Programm zur Beschäftigung von 1 Million Arbeitnehmern und zur Entlastung der Staatshaushalte
Zusätzliche Maßnahmen (gegenüber Status-quo-Projektionen)

	Inanspruchnahme	Beschäftigungswirkungen	Wirkungen auf die registrierte Arbeitslosigkeit	Kosten des Staates pro Kopf u. Jahr*) DM	Einsparungen des Staates pro Kopf u. Jahr*) DM	Nettoeinsparungen des Staates pro Kopf u. Jahr DM	Kosten des Staates pro Jahr Mio DM	Einsparungen des Staates pro Jahr Mio DM	Nettoeinsparungen des Staates pro Jahr Mio DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
- Staatlich geförderte private und staatliche Investitionen		250	165				10 000	10 000	0
- Fortbildung und Umschulung	100	100	65	25 000	18 000	- 7 000	2 500	1 800	- 700
- Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	85	100	95	25 500	27 700	+ 2 200	2 168	2 770	+ 602
- Teilzeitarbeit	800	800	535		9 000	+ 9 000		7 200	+ 7 200
- Kurzarbeit	575	150	100	18 400	18 000	- 400	2 760	2 700	- 60
		1 400	960				17 428	24 470	+ 7 042

Quellen: im Text. *) Stand: 1978.

ren die wichtigste, billigste und risikoloseste Energiequelle des Jahrhunderts. Zum Beispiel bei Energieeinsparungen in öffentlichen Gebäuden kommen zu den Beschäftigungs-, Kosten- und Einsparwirkungen noch Kürzungen der Ölrechnung hinzu. Ergebnis: Die Staatsfinanzen werden nicht belastet, sondern entlastet. Angesichts einer Ölrechnung von rund 65,5 Milliarden Mark im Jahre 1981 steht unsere Volkswirtschaft vor der Alternative, einen Teil ihres Reichtums an die Ölländer abzugeben oder massiv in Energieeinsparungen zu investieren.

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Programms ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik, zum Beispiel mit zusätzlicher Fortbildung und Umschulung: Bei 100 000 Teilnehmern wird mit entsprechenden Beschäftigungswirkungen sowie einem Abbau der Zahl der registrierten Arbeitslosen um 65 000 gerechnet. Die Kosten des Staates pro Person und Jahr machen 25 000 Mark aus, die Einnahmen und Entlastungen im Steuer- und Sozialbereich 18 000 Mark, so daß unter dem Strich Nettokosten von 7 000 Mark bleiben. Im Programmrahmen summieren sich die Ko-

sten auf 2,5 Milliarden Mark, die Einsparungen auf 1,8 Milliarden Mark sowie die Nettokosten auf 0,7 Milliarden Mark. Diesen Kosten stehen weitere volkswirtschaftliche Gewinne der Fortbildung und Umschulung im Zuge der Modernisierung unserer Wirtschaft gegenüber.

Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM): 85 000 Teilnehmer haben Beschäftigungswirkungen von 100 000 sowie eine Verringerung der registrierten Arbeitslosigkeit um 95 000 zur Folge. ABM lassen sich auf die Problemgruppen des Arbeitsmarktes konzentrieren, von schwer vermittelbaren Jugendlichen bis zu älteren Arbeitslosen. Bei Kosten von 25 500 Mark pro Person und Jahr und entsprechenden Einsparungen von 27 700 Mark gewinnt der Staat netto 2 200 Mark. Im Programmrahmen ergeben sich Kosten von 2,2 Milliarden Mark, Einsparungen von 2,8 Milliarden Mark sowie Nettoeinsparungen von 0,6 Milliarden Mark.

Als weitere Maßnahme des Programms wird zusätzliche Teilzeitarbeit mit Beschäftigungswirkungen von 800 000 vorgeschlagen: Ein verstärkter Einsatz

des Staates für diese Arbeitsform kann zu ihrer größeren Verbreitung in der privaten Wirtschaft beitragen. Beim Splitten von Arbeitsplätzen entstehen grundsätzlich keine zusätzlichen Kosten, wogegen Einsparungen des Staates von etwa 7,2 Milliarden Mark anfallen, wenn man die Einsparungen vereinfachend halb so groß wie die Einsparungen bei Vollzeitarbeit ansetzt.

Die häufigsten Formen sind Halbtagsarbeit und 25 bis 30 Wochenstunden, verteilt auf alle Arbeitstage. Die Teilzeitarbeit ermöglicht es Frauen und Männern, sich mehr ihren Familien zu widmen. Sie eignet sich auch für leistungsschwache und ältere Arbeitnehmer. So würden etwa die Hälfte der derzeit vollbeschäftigten Frauen und etwa 20 Prozent der vollzeitbeschäftigten Männer lieber teilzeitig arbeiten.

Nachteile sind geringere Einkommen und Aufstiegschancen, größeres Arbeitsmarktrisiko und

schlechtere soziale Absicherung. Dazu hat Andreas Hoff vom Internationalen Institut für Management und Verwaltung/Arbeitsmarktpolitik des Wissenschaftszentrums Berlin Möglichkeiten und Notwendigkeiten der tarifvertraglichen Regelung flexibler Arbeitszeit beschrieben. Auch hier könnte der Staat Schrittmacher sein. Ein vorsichtiger Vorstoß ist die Regelung des „gleitenden Ruhestandes“ in der Zigarettenindustrie.

Schließlich wird das Programm mit zusätzlicher Kurzarbeit abgerundet; Beschäftigungswirkungen 150 000, Nettokosten des Staates: 60 Millionen Mark.

Insgesamt kommen Beschäftigungswirkungen von 1 400 000 heraus, wodurch sich die registrierte Arbeitslosigkeit um 960 000 vermindert. Bei Kosten von 17,4 Milliarden Mark und Einsparungen von 24,5 Milliarden Mark wird der Staat um 7 Milliarden Mark entlastet.

Nikolaus Piper: Arbeitsmarktpolitik in der Wachstumskrise

Der Dipl.-Volkswirt Nikolaus Piper, Jahrgang 1952, ist Wirtschaftsredakteur beim „Vorwärts“.

Wenn ein Journalist in diesen Wochen einen berufenen Politiker in Bonn nach Auswegen aus der Arbeitslosigkeit fragt, dann ist die Antwort meist eine Gegenfrage: „Wissen Sie vielleicht ein Rezept?“ Und wenn der Journalist dann hartnäckig bleibt und meint, man könne ja vielleicht ein Beschäftigungsprogramm auflegen, dann wird er sich höchstwahrscheinlich den Zorn des Berufenen zuziehen: „Das kann ich auch, Forderungen stellen und die Finanzierung dann den Machern überlassen.“

Dieser Dialog ist nicht erfunden. Und er charakterisiert trefflich die Stimmung der deutschen Wirtschaftspolitik angesichts der höchsten Arbeitslosenzahlen seit 26 Jahren: Unsicherheit, Ratlosigkeit, wenn nicht gar Angst. Schließlich begann das Ende der ersten deutschen Republik, als die Arbeitslosenzahlen über die Drei-Millionen-Grenze stiegen. Und so weit sind wir von dieser Grenze gar nicht mehr entfernt. Wenn dieses Heft erscheint, werden 1,9

Millionen Arbeitnehmer ohne Beschäftigung sein.

Die Verzagtetheit der deutschen Wirtschaftsdenker steht in eigentümlichem Gegensatz zu dem, was in den Bürostuben von Big Business und Big Government jenseits des Atlantiks zu beobachten ist: Jener Glaube an die heilende Kraft des freien Marktes, der, einer Erweckungsbewegung gleich, durch die USA schwappt und dessen Ausläufer auch in den Wirtschaftsredaktionen von „Welt“, „FAZ“ und „Handelsblatt“ zu beobachten sind. Zwar ist das Scheitern von Reaganomics schon mit Händen zu greifen, aber warum sollten wir es bei uns nicht auch probieren, und wenn es sein muß aus atlantischer Solidarität? Schon Keynes meinte, Nationalökonomien wählen ihre Doktrinen nicht deshalb, weil sie wahr sind, sondern weil sie einfach sind.

Man sollte in diesem Zusammenhang übrigens Graf Lambsdorff nicht Unrecht tun. Er präsentierte den Bundesbürgern seine Marktphilosophie noch nie im Stile von Reaganomics als Heilmittel gegen alle wirtschaftliche Unbill. Lambsdorff bezeichnete die Verbesserung der Rahmenbedingungen, den Abbau von sogenannten Leistungshemmnissen und die Bescheidenheit bei Lohnforderungen immer als notwendigen Rahmen für einen Wirtschaftsaufschwung, nie als dessen Motor. Und in diesem Sinne kann man ihm nicht einmal widersprechen.

Daß es Sozialdemokraten so schwer fällt, in dieser Krise ein Konzept zu entwickeln, daß sie, wie das Kaninchen auf die Schlange, abwechselnd auf Graf Lambsdorff, Josef Stingl und den DGB starren, hat wohl damit zu tun, daß zwei originäre Bestandteile sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik nicht mehr funktionieren: die Sozialpolitik und die keynesianische Konjunkturpolitik.

Man spürte in den vergangenen zwei Jahren, wie sehr die traditionelle Sozialpolitik ihr Fundament in hohen Wachstumsraten hatte – bestes Beispiel dafür ist die bruttolohnbezogene Rente. Und zur gleichen Zeit fielen zwei wichtige Voraussetzungen für klassische, kreditfinanzierte Konjunkturprogramme weg: Die Kapitalmärkte sind nicht mehr „ergiebig“. Es ist ertragreicher, sein Geld zu hohen Zinsen im Ausland anzulegen, als damit deutsche Aktien oder Bundesanleihen zu kaufen. Will der Bund vom Kapitalmarkt wesentlich mehr Geld als jetzt, dann muß er notgedrungen mit amerikanischen Zinsen mithalten, mithin als Zinstreiber auftreten. Das Problem wird noch verschärft durch die amerikanische Wirtschaftspolitik. Getreu den Lehren des Arthur Laffer senkte Reagan die Steuern, in der Hoffnung, dadurch die Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Wie zu erwarten funktionierte dies nicht, und die Steuersenkungen bescheren den USA ein riesiges Haushaltsdefizit, das wiederum inflationär wirkt. Die so erzeugte Inflation bekämpft die Federal Reserve, die amerikanische Notenbank, mit streng monetaristischer Geldpolitik: Die Zinsen bleiben hoch und bleiben auch im Rest der Welt nicht ohne Wirkung. Man rechnet sogar für den kommenden Herbst in den USA mit erneuten Zinssteigerungen. Der Teufelskreis schließt sich.

Dazu kommt etwas noch Wichtigeres: Keynesianische Konjunkturprogramme bauen darauf, daß der Motor Wachstum den Aufschwung herbeiführt und die Arbeitslosen von der Straße bringt, wenn er vom Staat einmal angeworfen wurde. Aber die Grenzen des Wachstums scheinen nun tatsächlich erreicht.

Ökonomisch: Derzeit wird eine neue Technologie eingeführt, die unser tägliches Leben in kaum vorstellbarer Weise verändern wird: die Mikroelektronik. Aber diese Technik führt vor allem zu Prozeßinnovationen, nicht zu Produktinnovationen. Sie macht die Herstellung bestehender Produkte und Dienstleistungen billiger, aber sie schafft kaum neue, die materieller Inhalt eines neuen Aufschwungs sein könnten, wie es die Dampfmaschine oder das Auto waren. Mit Killerspielen auf Videokassetten läßt sich nicht viel Staat machen.

Ökologisch: Seit 1973 spürt jedermann, daß Ressourcen nicht beliebig vermehrbar sind, daß man Öl, Kohle und Uran nur einmal verbrennen kann, daß Kupfer, Nickel und Chrom zur Neige gehen und zwar um so schneller, je höher das Wachstum ist. Der saudische Ölminister Jamani sagte mit erfrischender Offenheit, daß die Ölpreise steigen würden, wenn die Wirtschaft wieder prosperiert. Nebenbei zeigte sich auch, daß wir mit zunehmendem Wachstum der Dritten Welt Ressourcen wegnehmen, daß es also ein Mythos ist, wenn man glaubt, man könne Wirtschaftswachstum „exportieren“. Und es wurde auch bewußt, daß je schneller (herkömmliches) Wachstum geht, desto bedrohlicher auch die Umweltprobleme werden.

Sozial: Seit die Bundesrepublik ihre eigene „Angst“ zum nationalen Thema erkor, merkte man auch, daß die Menschen nicht beliebig der eisernen Disziplin zu unterwerfen sind, die eine effektive und wachsende Wirtschaft nun einmal erfordert.

Konservative haben nun gut spotten: Seht Ihr, das, was der Eppler immer wollte, Nullwachstum, das habt Ihr nun. Und was habt Ihr davon? 2 Millionen Arbeitslose.

Aber sollte die SPD nun ob solchen Spotts zerknirscht in sich gehen, sollte sie die Alternative Wachstum oder Arbeitslosigkeit, Kernkraftwerke oder Arbeitslosigkeit, Luftverschmutzung oder Arbeitslosigkeit akzeptieren? Wohl kaum. Zumal ja keiner der Wachstumspropheten versprechen kann, mit der Wundermaschine Wachstum die Arbeitslosigkeit zu beheben. Ein großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ist durch die demographische Entwicklung bedingt, die bis zum Ende der 80er Jahre ganz unabhängig von der Konjunktur zu einem Ansteigen der Zahl der Arbeitssuchenden führt. Sollte der Arbeitsmarkt die alle schlucken, dann wäre ein Wirtschaftswachstum von sechs Prozent nötig. Niemand hält so etwas auf absehbare Zeit für möglich.

Also bedarf es einer Beschäftigungspolitik für die Grenzen des Wachstums. Diese hat zwar noch niemand ausformuliert, sie kann auch nicht plötzlich in Form eines Patentrezeptes erscheinen, aber Konturen sind erkennbar, Einzelvorschläge gibt es bereits. Sie tragen zwar allesamt den Makel des Behelfsmäßigen, sie sind im Gegensatz zu Reaganomics nicht von einer einzigen, „einleuchtenden“ Idee getragen, aber sie zeichnen sich dafür durch eine größere Wirklichkeitsnähe aus.

Kurzfristig unabdingbar ist eine Senkung der Zinsen. Denn die bundesdeutschen Rekordzinsen ver-

**Das ist
ein Haus, das die
Neue Heimat
saniert.**



Die Fakten:

Dieses Haus steht im förmlich festgelegten „Sanierungsgebiet Klausenerplatz“ in der Danckelmannstraße 17 in Berlin. Die Neue Heimat hat es 1977 in unbewohnbarem Zustand (s. Abbildung) auf Anweisung der öffentlichen Hand von einem Privateigentümer gekauft. In Abstimmung mit allen demokratischen Gremien, den betroffenen Mietern und den Mieterbeiräten wird das Haus zur Zeit instandgesetzt und modernisiert. Die Arbeiten haben im Jahr 1981 begonnen, die Übergabe erfolgt am 1.5.1982. Dabei haben die bisherigen Bewohner ein Mietvorrecht. So, wie zur Zeit dieses Haus, hat die Neue Heimat in Berlin bisher 180 Häuser mit ca. 3.000 Wohnungen instandgesetzt und modernisiert.

Diese Zahlen sprechen für sich:

Vor der Sanierung		Nachher
Anzahl der Wohnungen	4 x 2 Zi.-Wohnungen 4 x 3 Zi.-Wohnungen 4 x 3 1/2 Zi.-Wohnungen	4 x 1 Zi.-Wohnungen 4 x 3 1/2 Zi.-Wohnungen 4 x 4 Zi.-Wohnungen
Bäder	4 x mit Kohleofen restliche Wohnungen ohne Bad	alle Wohnungen mit Bad
Heizung	Ofenheizung	Zentralheizung mit Warmwasserversorgung
Isolierung/Fenster	einfach	Doppelverglasung
Heizkosten/m ²	ca. 1,50 DM	2,65 DM
Miete (kalt)	2,20-2,60 DM/m ²	4,20 DM/m ²

Gibt es einen Grund, unsere Arbeit nicht fortzusetzen?

Neue Heimat

Lübecker Straße 1 · 2000 Hamburg 76

hindern Investitionen ohne Ansehen von Sinn, Rentabilität und Wünschbarkeit. Sie verhindern neue Wohnungen wie Investitionen in Solartechnik und Umweltschutz. Wenn jetzt die Bundesbank die Zinsen deutlich senkt, dann wird dies wahrscheinlich zu Devisenabfluß und zu Kursverlusten der D-Mark führen. Aber wozu sind die Devisenreserven der Bundesbank da, wenn nicht für solche Krisensituationen? Immerhin haben im vergangenen Jahr trotz Dollarhaussa diese Devisenreserven kaum abgenommen. Zudem ist zu erwarten, daß eine wieder wachsende soziale Stabilität auch eine höhere Zinsdifferenz zwischen der Bundesrepublik und den USA rechtfertigt, daß dadurch außerdem Aufwertungserwartungen in die Mark geweckt werden können.

Erforderlich ist darüber hinaus ein Beschäftigungsprogramm, das auch über Steuererhöhungen finanziert sein könnte, notfalls auch über eine geringfügige Ausweitung der Nettokreditaufnahme. Bedarf an öffentlichen Investitionen gibt es genügend.

Wichtiger als diese kurzfristigen sind die mittelfristigen Aspekte einer solchen Arbeitsmarktpolitik bei geringen Wachstumsraten. Wenn die Arbeitslosigkeit mit Wachstum nicht zu beseitigen ist, dann kann dies nur heißen, daß die vorhandene Arbeit gleichmäßiger verteilt wird. Dies bedeutet Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich. Denn Wachstumsraten können auch durch Lohnerhöhungen nicht herbeigezaubert werden.

Wenn man darüber hinaus glaubt, daß künftig mehr Geld in Umweltschutz und Energieeinsparung investiert werden soll, so bedeutet dies Kapitalbildung, mithin ebenfalls weniger Spielraum für Lohnerhöhungen. Dies jetzt zu sagen, grenzt zwar fast an Zynismus, denn 1981 mußten die Arbeitnehmer Reallohnsenkungen hinnehmen, für 1982 ist das gleiche zu erwarten. Gleichwohl kann nur wenig Zweifel daran bestehen, daß solche Verluste nur schwer wieder aufzuholen sind.

Steigen aber in Zukunft die Löhne nicht mehr, dann entfällt auch das Wachstum als Verteilungsmaschine. Sollen nicht alle sozialen Fortschritte der Arbeiterbewegung wieder zum alten Eisen gelegt werden, dann muß die Lohndifferenzierung geringer

werden. Einer Verkäuferin mit 900 Mark netto kann man füglich nicht mit den Grenzen des Wachstums kommen.

Soll aber die Lohnnivellierung nicht zu noch mehr Arbeitslosigkeit führen, dann muß sie real fundiert werden – durch Qualifizierung. Die Qualifizierungsoffensive, wie sie Wolfgang Roth vorschlägt, kann tatsächlich dazu dienen, gleichere Löhne zu realisieren. Dahrendorfs fast vergessenes „Bürgerrecht auf Bildung“ bekommt dadurch einen ganz neuen Klang. Aber die Qualifizierung der Arbeitskräfte hat noch eine andere Bedeutung: Es ist jetzt schon absehbar, daß in den 90er Jahren ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften bestehen wird. Die wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik hängt davon ab, daß sie die Arbeitskräfte hat, die in der Lage sind, jene Produkte herzustellen, die der veränderten Umwelt entsprechen. Wenn der Sonntagsgredensatz stimmt, daß „unser wichtigster Rohstoff die Menschen sind“, dann bedeutet jeder Jugendliche, der keine Lehrstelle findet, jeder Arbeitslose, dessen Qualifikation beim Warten auf einen neuen Job verkümmert, nicht nur eine persönliche Katastrophe, sondern auch eine Sünde wider die Zukunft der Volkswirtschaft.

Daher war es ein entscheidender Fehler der Sparoperation 82, daß ausgerechnet bei den Fortbildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit gekürzt wurde. Ganz abgesehen davon, daß diese Kürzungen sich auch fiskalisch als relativ wirkungslos erweisen werden, denn wer an Umschulungsmaßnahmen nicht mehr teilnimmt, der ist eben ganz normal arbeitslos. Der Unterschied für die Staatskasse ist minimal.

Björn Engholm trat in seiner kurzen Ministerzeit zweimal hervor: einmal als er mit großem Aufwand die Kürzung des Schüler-Bafög verhinderte, das zweite Mal, als er zum Jahreswechsel in einem dramatischen Appell die Unternehmen zur Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen aufrief. Er hat damit vielleicht einen der wichtigsten wirtschaftspolitischen Beiträge der SPD aus der jüngsten Zeit geleistet. Denn, so formulierte es der Nürnberger Arbeitsmarktforscher Dieter Mertens: „Arbeitskräfte kann man nicht unbegrenzt in den Kühlschrank legen und bei Bedarf wieder herausholen.“

Jiří Kosta: Debatten über ein alternatives Wirtschaftssystem in Osteuropa

Der Dipl.-Volkswirt Dr. Jiří Kosta, geb. 1921 in Prag, ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere sozialistische Wirtschaftssysteme, an der Universität Frankfurt a. M.

Die Debatten in Osteuropa über eine Alternative zum etablierten zentralistischen Planungssystem sowjetischer Prägung kehren seit 2 1/2 Jahrzehnten – wie das jüngste Beispiel Polens zeigt – immer wieder zu dem Konzept eines gemischten ökonomischen Lenkungssystems zurück, in dem *Plan und Markt* gleichermaßen Regulierungsfunktionen ausüben sollen. War diese Tendenz bereits 1956 ansatzweise in den ungarischen und, theoretisch ausgefeilter, in den polnischen Reformdiskussionen zu erkennen, so formulierten die Protagonisten des Prager Frühlings von 1968 ein umfassendes demokratisch-sozialistisches Plan-Markt-Modell, dessen Realisierung allerdings durch den sowjetischen Einmarsch einige Monate später verhindert wurde. Nur Teile eines ähnlich konzipierten Reformsystems wurden fast zur gleichen Zeit in Ungarn eingeführt, wo eingebaute Marktmechanismen die planwirtschaftliche Ordnung ergänzen sollten, ohne daß jedoch hier, im Unterschied zur ČSSR, eine Demokratisierung der Entscheidungen Reformbestandteil wurde.

Vor dem Hintergrund der Prager Reformideen sollen im folgenden einige Probleme, die mit einer Synthese verschiedener Planungs- und Lenkungsformen verbunden sind, diskutiert werden. Dabei geht es insbesondere um folgende Fragestellungen:

- Welche Vorstellungen über Planung beinhaltet das tschechoslowakische Reformmodell?
- Welche Probleme wirft die Anwendung von Marktmechanismen in einer sozialistischen Planwirtschaft auf?
- Sind mit den Kategorien „Plan und Markt“ alle anwendbaren ökonomischen Regulierungsformen ausgeschöpft?

Die Bedeutung der Planung

Wenn im Zuge der osteuropäischen Reformdebatten häufig der Eindruck entsteht, „alles Übel käme vom Plan“, dann ist dies auf negative Erfahrungen zurückzuführen, die in allen Ländern des „Realsozia-

lismus“ mit der zentral-direktiven Planung sowjetischen Typs gemacht wurden. Dieses zentralistische Planungsmodell, das den Unternehmungen keine Freiräume für unabhängige Entscheidungen gewährt, führt zu Funktionsschwächen wie etwa zur Verschwendung von produktiven Ressourcen und zur permanenten Wiederkehr der verschiedensten Versorgungslücken.

Die tschechoslowakische Wirtschaftsreform, deren Grundelemente der Planung und Lenkung bereits in den Jahren 1964 bis 1965 konzipiert wurden, lief auf alternative Methoden der Planung hinaus. Nach Auffassung der Reformer sollte der Wirtschaftsplan auf detaillierte vollzugsverbindliche Kennziffern (Produktionsmengen, Arbeitskräftebestände, Rohstoffeinsatz, Investitionsmittel etc.) verzichten und lediglich globale, rahmenartige Entwicklungsziele festlegen. Vorrang vor kurzfristigen Planungszeiträumen wurde langfristigen Planungshorizonten von fünf und mehr Jahren eingeräumt, ein Umstand, der sich wesentlich von der früheren Praxis der (immer wieder korrigierten) Jahrespläne abhob. Eine derartige Verschiebung der Akzente von kurzen zu langen Planungsperioden war und ist aus heutiger Sicht berechtigter denn je zuvor. Die Prager Reformer nahmen hier neuere Überlegungen vorweg, denzufolge die ökonomischen, verkehrs-, energie- und bildungspolitischen Konsequenzen ökonomischer Entscheidungen in der hochindustrialisierten Welt frühzeitig bedacht werden müssen, wenn ihre ansonsten enthumanisierenden Wirkungen aufgefangen werden sollen.

Die Realisierung der volkswirtschaftlichen Pläne war dem Reformkonzept entsprechend durch „ökonomische Regulatoren“, d. h. durch wirtschaftspolitische Instrumente, sicherzustellen. Es ging hier um eine Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung mit Hilfe der Investitions- und Kreditpolitik, von Entlohnungs- und Einkommensregeln, der Preis- und Steuerpolitik u. a. m. Derartige Formen einer indirekten ökonomischen Lenkung sollten nur in Ausnahmefällen durch *Weisung zentraler Institutionen* ergänzt werden, wobei die entsprechenden Entscheidungsträger demokratisch legitimiert und kontrolliert worden wären. Über diese wirtschaftspolitische Funktion hinaus hätte der Plan die Funktion eines allseitigen *Informators* zu übernehmen gehabt, der auf der Grundlage vielfältiger Daten den Wirtschaftssubjekten – Unternehmungen, Regionalinstitutionen sowie den einzelnen Bürgern – Orientierungshilfen liefern sollte.

Eines der grundlegenden Ziele, das durch eine Kombination von (vorwiegend indirekten) Planungs-

instrumenten mit Elementen des Marktmechanismus bezweckt worden war, bestand in dem Bemühen, Widersprüche zwischen allgemeinen, gruppenbezogenen und individuellen Interessen zu überwinden. Derartige *Interessengegensätze* bleiben auch nach der Enteignung von Privatkapitalisten – so die von der leninistisch-stalinistischen Ideologie abweichende These der Reformen – fortbestehen. Es geht vor allem um den Antagonismus zwischen den Produzenten- und Konsumenteninteressen, den es zu berücksichtigen gilt. Die Regeln der Einkommensverteilung zwischen dem Staat, den Unternehmungen und den einzelnen Bürgern in Form von Steuern, Abgaben und schließlich in der Gestalt der einkommens- und lohnpolitischen Regeln auf Unternehmensebene (vgl. weiter unten) stellen somit den Kern der indirekten ökonomischen Regulierung dar.

Das Prinzip der planmäßigen Lenkung implizierte mithin:

1. im Zuge der Planaufstellung eine Grundorientierung für alle Wirtschaftssubjekte – für die Konsumenten, die Arbeiter und Angestellten, die Entscheidungsträger in den Unternehmungen und andere Organisationen sowie für die Planer in übergeordneten Instanzen;
2. eine indirekte Regulierung mit Hilfe von wirtschaftspolitischen Instrumenten; und
3. zentrale Weisungen, diesmal im Gegensatz zu früher allerdings auf der Grundlage demokratischer Legitimation und Kontrolle.

Einige Probleme eingebauter Marktmechanismen

Die Ablehnung von Marktmechanismen hat in der Arbeiterbewegung eine lange Tradition. Im Frühkapitalismus stützte sich die ablehnende Haltung gegenüber dem Laissez-faire-System auf die bitteren Erfahrungen der Arbeiterschaft, deren Schicksal zunehmend durch Not und Elend gekennzeichnet war. Viele heutige Kritiker der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnungen des Westens verlangen nach wie vor nach einer totalen Abschaffung des Marktsystems, das sie für Massenarbeitslosigkeit und zügellose Inflation verantwortlich machen. In der Linken besteht somit gegenwärtig wie früher ein erhebliches Mißtrauen gegenüber der Anwendung von marktwirtschaftlichen Lenkungselementen in einer sozialistischen Wirtschaft. Wenn wir jedoch die Erfahrungen der Länder Osteuropas mit berücksichtigen, dann wird wohl deutlich, daß ein totaler Verzicht auf jegliche marktmäßige Lenkung (der übrigens nie voll gelang) keineswegs zu den erwünschten Ergebnissen geführt hat.

Die reformorientierten Ökonomen in der Tschechoslowakei sowie in anderen osteuropäischen Ländern sehen heute deutlicher als je zuvor, daß der Marktmechanismus – neben zweifellos negativen Begleiterscheinungen – folgende Vorzüge hat:

1. Das Anwachsen von bürokratischen Apparaten kann in Grenzen gehalten werden und zieht folglich vergleichsweise geringe Kosten nach sich.
2. Die Anpassungsflexibilität auf der Produktionsseite gegenüber den Konsumentenbedürfnissen ist infolge horizontaler Direktbeziehungen zwischen „Anbietern“ und „Nachfragern“ im Vergleich zur vertikalen Plankoordinierung erheblich größer.
3. Die Bereitschaft, im Interesse der Konsumenten Neuerungen einzuführen, wird durch Marktbeziehungen eher gefördert als durch Planungshierarchien.

Bedeutet dies nun, daß man den marktwirtschaftlichen Kräften ungezügelter Lauf lassen sollte? Sicher nicht. Auch im Westen wirkt der Markt in unterschiedlicher Intensität. Bereits ein oberflächlicher Blick auf die Wirtschaftsordnungen in verschiedenen westlichen Ländern – man vergleiche etwa die Systeme in Schweden, Großbritannien, den Vereinigten Staaten oder Saudi-Arabien – verdeutlicht dies. Der Wirkungsgrad der marktwirtschaftlichen Kräfte tritt besonders deutlich hervor, wenn wir das Gesamtsystem in seine Einzelelemente aufgliedern. Zu den konstitutiven Elementen einer marktwirtschaftlichen Ordnung zählen:

- ▷ Die freie Wahl des einzelnen auf dem Gebiet des individuellen Verbrauchs sowie der Beschäftigung,
- ▷ das unabhängige Treffen von Entscheidungen in der Unternehmung in bezug auf das Produktionsprogramm und auf den Einsatz der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital etc.),
- ▷ die Bewertung der Produktionsfaktoren und der Fertigprodukte sowie Dienstleistungen mit Hilfe von Marktpreisen („Gleichgewichtspreisen“),
- ▷ materielle Leistungsanreize in bezug auf die Entlohnung der Arbeiter und Angestellten und hinsichtlich des Profits für Unternehmer,
- ▷ Konkurrenzbeziehungen zwischen den Unternehmungen.

Die Frage, ob bzw. inwieweit die genannten Elemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung in einem sozialistischen Wirtschaftssystem anzuwenden wären, läßt sich erst dann beantworten, wenn wir die entsprechenden Mechanismen zu den Grundwerten einer sozialistischen Gesellschaft in Beziehung setzen. Es geht mit anderen Worten darum zu überprüfen, ob bzw. in welchem Maß die entsprechenden

marktwirtschaftlichen Mechanismen die elementaren Prinzipien, mit denen das Sozialismusbild traditionellerweise verknüpft wird – Freiheit, Gleichheit, Solidarität –, respektieren. Dieser These liegt die Auffassung zugrunde, daß die Wirtschaft nicht Selbstzweck werden darf, sondern immer nur Mittel zum Zweck, Instrument zur Erlangung allgemeinerer Ziele des demokratischen Sozialismus, derjenigen Ziele, die wir unter den Begriff der *Emanzipation* subsumieren können. Inwieweit das Prager Reformmodell diesen hohen Ansprüchen genügt, soll an den fünf genannten marktwirtschaftlichen Elementen demonstriert werden.

Es besteht kein Grund, daß in einer Gesellschaft, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (so Marx/Engels im Kommunistischen Manifest), das Recht des Bürgers auf *freie Konsum- und Berufswahl* eingeschränkt werden sollte. Sinngemäß wären im Vergleich zu den real existierenden Systemen in Ost und West diese Rechte auszuweiten. Dieser Aspekt eines weder durch Bürokraten noch durch Kapitalisten manipulierten Marktmechanismus war den osteuropäischen Reformern stärker bewußt, als dies in Kreisen der westlichen Linken der Fall ist.

Zentral-direktive Planungsformen engen eine unabhängige Entscheidungsfindung der Unternehmen ein, sie produzieren bürokratische Subordinationsbeziehungen, vertiefen dadurch Entfremdungsempfindungen der Menschen und führen zuletzt zu den erwähnten Störungen des wirtschaftlichen Ablaufs. Die Funktionsschwächen selbst sind durch ungenügende Verarbeitungskapazität der Informationen auf zentraler Ebene sowie infolge fehlender Arbeitsmotivationen der arbeitenden Menschen bedingt. Um dieser Probleme Herr zu werden, wurde eine Dezentralisierung der Entscheidungen vorgeschlagen, die eine *autonome Verfügung über produktive Ressourcen und über das Produktionsprogramm auf Unternehmensebene* impliziert.

Der Vorrang von naturalwirtschaftlichen Plankennziffern (Stückzahl, Tonnen, Meter etc.) vor *Geldgrößen* (Preise, Kosten, Gewinne) im alten Planungssystem führte zu einer einseitigen Orientierung auf *Quantitäten zu Lasten der Wirtschaftlichkeit, der Qualität und der Sortimentanpassung*. Als Rechen- und Tauschmittel wurde das Geld von den Reformern insofern als ein geeigneteres Instrument betrachtet als die naturalen Größen. Diese Position sollte keineswegs bedeuten, daß die „Geld- und Warenwelt“ über die menschlichen und geistigen Werte dominieren müßte.

Der an der Einzelleistung des Arbeiters gemessene Lohn und die daraus entstehende Differenzierung der Löhne stellten ein Prinzip dar, das – soweit die Ungleichheiten nicht allzuweit reichen – in den Reihen der sozialistischen Bewegung (nicht zuletzt angesichts der Erfahrungen Chinas und Kubas) heute akzeptiert wird. Zu kritisieren ist allerdings (und diese Stimmen waren in den Reformdiskussionen der Tschechoslowakei, ähnlich wie heute in Polen, nicht zu überhören) das Bemessen der Entlohnung aufgrund der Stellung in der Entscheidungshierarchie, also die für den sowjetischen Machtbereich typische materielle Privilegierung der obersten Funktionärschicht.

Die *Konkurrenzbeziehungen zwischen den Unternehmen* haben insbesondere unter Marxisten einen üblen Ruf. Mit der Konkurrenz wird die Vorstellung von Entsolidarisierung, Egoismus, vom Kampf aller gegen alle etc. verbunden. Dessen ungeachtet zeigen die osteuropäischen Erfahrungen, daß das organisatorische Gegenstück des Wettbewerbs – nämlich das totale Monopol – zu ähnlich negativen Konsequenzen führt, wie wir dies im Westen unter den Bedingungen privatkapitalistischer Eigentumsverhältnisse kennen. So führten administrative Branchenmonopole zur Mißachtung der Konsumentenbedürfnisse, zur Vernachlässigung der Güterqualität und zur Verschwendung von Ressourcen. Daraus resultierten die Überlegungen, aufgrund von Entflechtungen der staatlichen Branchenkonzerne wettbewerbsähnliche Bedingungen zu schaffen, die den Wünschen und Interessen der Bürger als Konsumenten und der Unternehmen als Abnehmer von Produktionsmitteln besser Rechnung tragen würden, als dies im alten System der Fall war.

Insofern waren von der Nutzung bestimmter Elemente eines marktwirtschaftlichen Systems *positive Effekte* zu erwarten. Dies bedeutete jedoch keineswegs, daß sich die Reformen nicht der gravierenden Mängel eines frei wirkenden Marktmechanismus bewußt gewesen wären.

Grenzen der Anwendung von Marktmechanismen

Die Grenzen der Nutzung von Marktmechanismen sollen vor allem im Zusammenhang mit der Kategorie des *Gewinns* erörtert werden. In der Tradition der Arbeiterbewegung wird der Gewinn („Profit“) als Kernmerkmal des Kapitalismus abgelehnt und als unvereinbar mit dem Sozialismus betrachtet. Die folgenden Überlegungen zeigen, daß diese vereinfachte Auffassung jedoch nicht voll aufrechtzuerhalten ist.

In einem marktwirtschaftlichen System erfüllt der

Gewinn drei Funktionen: Er gilt erstens als Erfolgsmaßstab der Unternehmungsaktivitäten, zum zweiten als Akkumulationsquelle auf mikroökonomischer Ebene (Investitionsfinanzierung) und zum dritten als Motivationsinstrument des Unternehmers. Selbst wenn diese drei Funktionen in kapitalistischen Marktwirtschaften in wechselseitigen Beziehungen zueinander stehen, wirken sie andererseits relativ selbständig. Daß dem so ist, kann nicht nur theoretisch nachgewiesen werden (was hier nicht geschehen soll), sondern ist auch empirisch zu untermauern. Ist nicht etwa in verschiedenen Wirtschaftsbereichen die Intensität der Wirkungsweise des Gewinns in bezug auf seine Funktion als Erfolgsmaßstab, als Akkumulationsmittel und als Motivationsinstrument unterschiedlich? Man denke etwa an den Konsumgüterbereich, den Investitionsgütersektor, das Gebiet der Forschung und Entwicklung, das Bildungswesen etc. Wie sollte der Geltungsbereich des Gewinns nun im Reformmodell einer sozialistischen Wirtschaft eingegrenzt werden?

Betrachtet man den Gewinn als *Erfolgsmaßstab*, dann geht man von der Überlegung aus, daß die Differenz zwischen den Erlösen für verkaufte Erzeugnisse bzw. Dienstleistungen auf der einen Seite und den angefallenen Kosten auf der anderen Seite tatsächlich eine objektive Elle für die Beurteilung der Aktivitäten einer Unternehmung bildet, sofern freilich die Preise für Fertigprodukte und Produktionsfaktoren „begründete Bewertungen“ beinhalten (es würde zu weit führen, wollte man hier weiter diskutieren, was dies konkret bedeutet). Für die Reformier bestand kein Zweifel, daß der Gewinn (bzw. das „Einkommen“ des Unternehmens) als betrieblicher Erfolgsmaßstab gelten sollte.

Als *Mittel der Akkumulation* wird der Gewinn in Marktsystemen vor allem zur Finanzierung von betrieblichen sowie außerbetrieblichen (sektoralen, regionalen und volkswirtschaftlichen) Investitionen und u. U. auch zur Finanzierung des öffentlichen Verbrauchs verwendet. Insofern bildet er eine wichtige Allokationsgröße der mikro- und makroökonomischen Plankalkulation, auf die unter sozialistischen Bedingungen keineswegs verzichtet werden kann.

Anders stellt sich die Frage des Gewinns als Instrument der *unternehmerischen Motivation*. War im Kapitalismus der Profit letztendlich der Beweggrund aller Entscheidungen des Kapitalisten, bedeutet eine Übertragung dieses Prinzips auf sozialistische Eigentumsverhältnisse die Aneignung des Gewinns seitens der Unternehmensbelegschaft. Dies entspricht dem in Jugoslawien – zumindest bis zur Mitte der 70er

Jahre – praktizierten Prinzip der Einkommensverteilung.

Verfügt die Betriebsbelegschaft über die akkumulierten Mittel (im jugoslawischen Fall geht es um das „Einkommen“ des Unternehmens, das durch Abzug der Sachkosten von den Erlösen berechnet wird), dann ergeben sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zwangsläufig große Unterschiede in bezug auf Unternehmensgewinne, die nach Abzweigung der investiven Mittel unter die Mitglieder des Arbeiterkollektivs zu verteilen sind. Kein Wunder, daß die persönlichen Einkommen in Jugoslawien je nach Marktergebnis des jeweiligen Betriebs erheblich voneinander abweichen. Die Motivation des Arbeiterkollektivs entspricht unter diesen Bedingungen der Gewinnmotivation eines „Kollektivkapitalisten“ und ist mit sozialistischen Grundwerten unvereinbar.

Die tschechoslowakischen Reformer, die das jugoslawische Prinzip der Einkommensverteilung ablehnten, schlugen folgende Lösung vor: Die persönliche Entlohnung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben sollte zu etwa 85 % bis 90 % durch einheitliche Lohnsätze bestimmt sein (Grundlohn), die von beruflichen Qualifikations- und Leistungsmerkmalen auszugehen hätten. Die restlichen 10 % bis 15 % hätten von den am „Markt“ erzielten wirtschaftlichen Resultaten der Unternehmenstätigkeit abzuhängen und wären als differenzierte Prämien den Mitgliedern der Betriebskollektive ausbezahlt.

Der Grundlohn ähnelte zwar auf den ersten Blick dem bisherigen tariflichen Entlohnungssystem; der Hauptunterschied bestünde allerdings darin, daß der Prager Frühling nach unabhängigen Gewerkschaften verlangte, die nun als gleichberechtigte Partner gegenüber der Planungsbürokratie beim Aushandeln von Tarifen dieser gegenüberstehen sollten. Was die Anteilprämie (10 % bis 15 % des Lohns) anbelangt, so stützte sich die Begründung auf das Argument, daß der Einfluß auf den Betriebsgewinn im Vergleich zu früher nun sehr viel größer sei, da ja die Direktoren vom Werktätigenrat, dem Vertreterorgan der Belegschaft, zu benennen wären und insofern auch die Qualität des Managements beeinflußt werden könnte.

Neben dieser wichtigen Begrenzung der marktmäßigen Einkommensverteilung aufgrund des Gewinns gab es eine Reihe weiterer Einschränkungen gegenüber einem ungezügelt wirkenden Marktmechanismus. In erster Linie gilt dies für die gesamte *Wirtschafts- und Sozialpolitik*, deren vielfältiges Instrumentarium so angelegt werden sollte, daß die betrieblichen Teilinteressen mit den im Plan festge-

legten Interessen der gesamten Gesellschaft möglichst in Einklang zu bringen wären. Darüber hinaus war eine unterschiedliche Wirkungsintensität marktwirtschaftlicher Kräfte, je nach *Wirtschaftsbereich und Branche*, erwogen worden. So war etwa auf dem Gebiet der Produktion und Verteilung von Konsumgütern eine intensivere Anwendung von marktwirtschaftlichen Lenkungsformen vorgesehen als auf dem Gebiet der Grundstoffe und Investitionsgüter. Aber auch innerhalb dieser Branchen sollten unterschiedliche Akzente gesetzt werden: Die Preise für Waren des Alltagsgebrauchs wären unter sozialen Aspekten u. U. niedriger anzusetzen, als für „Luxusgüter“. Einzelanschaffungen von Investitionsgütern geringerer Größenordnung würden marktwirtschaftlichen Lenkungsformen stärker unterliegen als die Projektion und Herstellung von Großanlagen etc. Infolge der erheblichen Knappheit von importierten Rohstoffen war nur ein schrittweiser Übergang zur Nutzung von Marktmechanismen in diesem Sektor erwogen worden. Eine weitgehende Einschränkung der Wirkung von Marktkräften sollte für weite Bereiche der Infrastruktur – so etwa für das Gesundheits- und Bildungswesen – gelten, wo zwar die Kostenfrage stärker ins Gewicht hätte fallen müssen, jedoch eine Orientierung nach Rentabilitätsprinzipien nicht in Frage kam.

Die Vieltätigkeit der planmäßigen Lenkung von Wirtschaftszweigen *)

Die Verbindung von *Plan* und *Markt* als einzigen Lenkungsformen der Wirtschaft bedeutet keineswegs, daß nicht weitere Arten von Regulierung und Koordination ökonomischer Prozesse bestünden, die man unter dem Begriff der *planmäßigen Steuerung* subsumieren kann. Eine nähere Untersuchung der Kategorie des „*Planer*“ einerseits, die in der Vergangenheit meist auf die zentraldirektive Planung sowjetischen Typs reduziert worden ist, und des Begriffs „*Markt*“, der dann als totales Gegenstück – gekennzeichnet durch dezentrale Entscheidungsprozesse autonomer Wirtschaftssubjekte aufgrund von Geldgrößen (Preise, Gewinn, Kosten etc.) und Einkommensmotivation – betrachtet wurde, zeigt, daß es hier um zwei ungenau und unvollkommen definierte Alternativen geht. Bereits aus den vorgehenden Ausführungen geht hervor, daß das tschechoslowakische Reformmodell die Kategorie der Planung und Lenkung um zwei weitere Steuerungsformen erweiterte, und zwar

um die wirtschaftspolitische Regulierung durch den Staat mit Hilfe von verschiedenartigen Instrumenten und Anreizen sowie um die zentrale Erfassung, Verarbeitung und öffentliche Weitergabe von Informationen, die als Planungs- und Lenkungsdaten orientierend wirkten.

Während die drei genannten Arten der planmäßigen Lenkung – der *zentrale, vollzugsverbindliche Plan*, die *staatliche Wirtschaftspolitik* und die *Gesamtheit der Informationsdaten* – eher mittel- und langfristige Entwicklung unter makroökonomischen Aspekten in den Vordergrund rückt, erfüllt der Marktmechanismus als weitere Lenkungsform die Aufgabe eines beschränkt spontan wirkenden, kurzfristig notwendigen Anpassungsmechanismus in der mikroökonomischen Sphäre.

Indes, selbst diese vier Formen einer Lenkung, die den Intentionen einer Rahmenplanung untergeordnet sind, schöpfen die vielfältigen Möglichkeiten einer planmäßigen Regulierung von Wirtschaftsabläufen noch nicht aus. Als bedeutsame Ergänzung sind zwei weitere Lenkungs- und Entscheidungsformen zu nennen. Zum einen geht es um *Verhandlungen und Absprachen*, und zwar unabhängig davon, ob sie etwa in Form von Verträgen oder mit Hilfe von Schlichtungsregelungen institutionalisiert sind, oder ob es um informelle Einigungsgespräche geht; zum zweiten ist als Sonderform des Entscheidungsprozesses, der ebenfalls Lenkungsaspekte impliziert, das Prinzip der demokratisch verankerten (Mehrheits-) *Abstimmung* zu nennen. Freilich bringen die beiden letztgenannten Lenkungsformen z. T. völlig neue und andersartige Aspekte in den Katalog der planmäßigen Steuerung ein. Wenn sie dennoch als weitere Regulierungsarten aufgeführt werden, dann geschieht dies aus zwei Gründen: Absprachen und Abstimmungsprozesse sind zum einen reale Formen, die Lenkungswirkungen aufweisen und durch die vier anderen Begriffe nicht abgedeckt sind; zum anderen – und das ist für eine demokratisch-sozialistische Alternative von besonderer Bedeutung – haben wir es hier mit Institutionen zu tun, die die *Partizipation* der Bürger an Entscheidungsprozessen in den Vordergrund rücken.

Aus den bisherigen Überlegungen ergibt sich folgender Katalog von Planungs- und Lenkungsformen:

1. Die zentral-direktive Planung
2. Die wirtschaftspolitische Regulierung
3. Das System planungsrelevanter Informationen
4. Der Marktmechanismus
5. Verhandlungen und Absprachen
6. Demokratische Abstimmungsprozesse

*) Die hier vom Autor entwickelte Systematik geht über den Stand der osteuropäischen Reformdebatten hinaus.

Alle diese Formen der planmäßigen Lenkung sind im Sinne des Reformkonzeptes als Instrumente der Realisierung von Zielen zu verstehen, die die Gesellschaft im Verlauf eines demokratischen Diskurses festgelegt hat. Sie sollen an Einzelbeispielen der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform erklärt werden.

Ohne zentral festgelegte und für alle niederen Ebenen des Wirtschaftssystems verbindliche Weisungen wäre in einigen Bereichen nicht auszukommen. Dies gilt insbesondere für die soziale und kulturelle Infrastruktur sowie für die Bereiche der Sicherheit und Verteidigung. Derartige zentrale Direktiven müßten jeweils der demokratischen Partizipation und Kontrolle unterworfen sein.

Wirtschaftspolitische Regulative sollten, wie bereits gesagt, das wichtigste Realisierungsinstrument der Planziele darstellen. So war beispielsweise die Kreditpolitik aufgerufen, ihre Maßnahmen zentralen Investitionsplänen unterzuordnen. Ein weiteres Beispiel: die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Beziehungen wäre keineswegs dem völlig freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen, sondern es müßten (neben ausnahmsweise bzw. vorübergehend wirkenden Formen der Devisenbewirtschaftung) Instrumente der Währungspolitik eingesetzt werden.

Es ist einzuräumen, daß es in Osteuropa ein weit ausgefächertes System von Plandaten bereits gibt. Es war beabsichtigt, auch in Zukunft vieles davon zu übernehmen. Der Intention der Reformer entsprechend, waren einmal die vielfach nur auf Quantität und Wachstum ausgerichteten Planindikatoren zu reformieren, um qualitative und kostenbezogene Aspekte stärker in den Vordergrund zu rücken; zum anderen wäre eine radikale Durchforstung der überflüssigen Geheimhaltungsvorschriften vonnöten gewesen.

Neben den bereits ausführlich diskutierten Aspek-

ten des *Marktmechanismus* ist auf die (seinerzeit allerdings nicht realisierte) Forderung der Reformbefürworter hinzuweisen, die nach einer Entflechtung bzw. Auflösung der administrativ entstandenen staatlichen Monopole und Großkonzerne riefen. Ihre Begründung: Erst eine Wettbewerbssituation unter den „Anbietern“ werde endlich die Versorgungsnot der Konsumenten verhindern können.

Die Wirtschaftsverträge zwischen Zuliefer- und Abnehmerbetrieben, die im sowjetischen System praktiziert werden, sollten nunmehr stärker auf die Bedürfnisse der Verbraucher ausgerichtet sein. Eine andere Form von *Absprachen* war im Zusammenhang mit der Realisierung weitergehender Planziele erwogen worden: z. B. schlugen Reformökonomien antiinflationäre Lösungen vor, denenzufolge zentrale Preis- bzw. Planungsinstanzen mit den betrieblichen Selbstverwaltungsorganen Abkommen über die künftige Entwicklung durchschnittlicher Branchenpreise abschließen sollten (die Einzelpreise könnten durchaus je nach Knappheitsverhältnissen nach oben bzw. unten abweichen, sofern der vereinbarte Branchenpreisindex eingehalten worden wäre). Ferner hätte die Logik der Reformkonzeption dazu geführt, daß die Lohntarife – wie oben angedeutet – über Verhandlungs- und Abspracheformen zwischen den unabhängigen Gewerkschaften und der Planungsbürokratie festgelegt worden wären.

Der bedeutsamste Schritt der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform, der sich allerdings erst im Frühjahr 1968 abzeichnete, war die *Demokratisierung der Entscheidungen* in der Gestalt der betrieblichen Selbstverwaltung. Die freien Wahlen der Vertreter in die Werkstättenräte stellten einen Einbruch in die autoritäre Leitungs- und Entscheidungsstruktur dar, die durch die führende Position der Partei- und Staatsbürokratie gekennzeichnet war.



Vera Rüdiger: Das Verhältnis von Bund und Ländern in der praktischen Arbeit des Bundesrates

Dr. Vera Rüdiger, Jahrgang 1936, ist Hessische Ministerin für Bundesangelegenheiten und Landtagsabgeordnete. Sie gehört außerdem dem Landesvorstand der hessischen SPD an.

Das Verhältnis von Bund und Ländern ist – abgesehen von der Weiterentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung durch die Einführung von Formen der Mischfinanzierung und Mischverwaltung sowie einer Verlagerung von Zuständigkeiten von den Landtagen auf den Bundesgesetzgeber – um eine zusätzliche Dimension gewachsen: die Überlagerung bundesstaatlicher Elemente im Bundesrat durch Tendenzen parteienstaatlicher Polarisierung. Eine über längere Zeit hinweg nach parteitaktischem Kalkül geführte Meinungsbildung im Bundesrat wirft Probleme für die gesamte bundesstaatliche Ordnung auf.

Unbestreitbar sind der Verfassungskonvent in Herrenchiemsee und der Parlamentarische Rat bei den Beratungen des Grundgesetzes davon ausgegangen, daß Parteipolitik aus dem Bundesrat weitgehend fernzuhalten sei, er seine Funktion geradezu als Widertager zur Parteipolitik finde. Maßgeblichen Anteil an der Institutionalisierung des Bundesratsprinzips hatte als Mitglied des Parlamentarischen Rates ein Mann, der in diesem Zusammenhang sicher ein – auch in den Augen der Unionsparteien – unverdächtigster Zeuge ist, der langjährige CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Hans Ehard. Als zweiter Präsident des Bundesrates erklärte er im Jahre 1950: „Nichts könnte für das Ansehen und für eine gute Meinung über föderalistische Regierungsweisen abträglicher sein, als wenn sich mit dem Bundesrat die Vorstellung eines den gesunden Fluß der Bundesgeschäfte hemmenden und unnütz erscheidenden Elements verbinden würde.“

„Teilnehmendes Interesse“, so Hans Ehard weiter,

sei seine eigentliche bundespolitische Aufgabe. An anderer Stelle – nämlich in einer Rede am 15. Dezember 1961 vor dem Bundesrat – bemerkte er, der Bundesrat entfremde sich seiner eigentlichen Struktur, wenn sich in ihm eine „Parteienbundesstaatlichkeit“ herausbilden sollte. Ganz auf dieser Linie liegt es, wenn im Jahre 1953 Georg August Zinn vor dem Bundesratsplenium darauf hinwies, daß sich Meinungsverschiedenheiten im Bundesrat in der Regel nicht mit den parteipolitischen Fronten im Bundestag deckten, sondern ihre Ursachen in den verschiedenartigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Bundesländer fänden. Georg August Zinn sprach diese Worte als sozialdemokratischer Regierungschef Hessens in einer Zeit, in der sich die SPD bundespolitisch in der Opposition befand, die Unionsparteien dagegen in der Regierungsverantwortung standen; in einer Situation, die den heutigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag gerade entgegengesetzt war.

Leider hat der Bonner Wechsel im politischen Rollenspiel jedoch eine drastische Veränderung des Föderalismusverständnisses bei denjenigen ausgelöst, die nunmehr die ungeliebte Rolle der Opposition im Bundestag übernehmen mußten. Eine Veränderung, die mehr über das staatspolitische Verantwortungsbewußtsein der Handelnden aussagt als Deklarationen über Staatsverständnis und Politikerethos.

War der Bundesrat bislang „Bindeglied im förderativen System“, „wirkungsvolle Klammer, die gerade dann in Wirksamkeit treten sollte, wenn die Leidenchaften den Sinn für das Ganze zu gefährden drohen“ – so der CDU-Politiker Karl Arnold als erster Bundesratspräsident –, so erklangen bald ganz andere Töne: Kurt Georg Kiesinger erklärte im Jahre 1971: „Ich sehe im Bundesrat während dieser Legislaturperiode“ – er glaubte offensichtlich an nur eine Legislaturperiode der sozialliberalen Koalition – „ein wichtiges Instrument der Opposition. Wir haben dort eine Mehrheit. Und wir werden diese Mehrheit selbstverständlich nutzen.“ Und weiter in einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk am 20. Juni 1971 über den Bundesrat und seine Aufgaben: „Die Regierung wird es sehr schwer haben, vor allem, wenn es jetzt an das herangeht, was man Reformgesetze nennen kann. Denn diese Gesetze sind zum großen Teil Zustimmungsgesetze. Die Koalition muß damit rechnen, daß sie in diesen wichtigen Fragen nur mit der Zustimmung der CDU weiterkommt.“

Diese Aussagen sind an Deutlichkeit nicht zu überbieten. Nicht mehr „Bindeglied“, „unentbehrlich“

cher Makler“ oder „wirkungsvolle Klammer“ sollte der Bundesrat nunmehr sein, sondern „Instrument der Opposition“.

Diese Ankündigung Kiesingers war auch nicht etwa nur ein verbaler Ausrutscher. Äußerungen solcher Art haben sich dann regelmäßig wiederholt. Kurt Biedenkopf erklärte im April 1976: „Die Mehrheit im Bundestag ist zur Kontrolle der Regierung nicht mehr wirksam. Deshalb ist die Kontrollfunktion, die dem Parlament obliegt, auf den Bundesrat übergegangen.“ Im November 1980 schließlich ließ Ministerpräsident Strauß die Bildung einer besonderen Koordinierungsstelle bekanntgeben, in der die Arbeit der Opposition im Bundestag und die Abstimmung der unionsregierten Länder im Bundesrat noch wirksamer miteinander verzahnt werden sollte.

Vergleicht man mit derlei Äußerungen die Positionen, wie sie Hans Ehard, Georg August Zinn und Karl Arnold vertreten haben, so kann man sich vorstellen wie auf einer „Suche nach der verlorenen Zeit“. Eine zukünftige Machtstrategie, wie sie an der Isar und anderswo betrieben wird, belächelt solche Auffassungen allenfalls als Beispiel einer geradezu muscalen Rechtschaffenheit.

Um nicht mißverstanden zu werden: Vom Bundesrat kann, ja darf politische Askese nicht verlangt werden. Er ist nach Zusammensetzung und Funktion ein *politisches* Organ. Er besteht aus Mitgliedern der Landesregierungen, die sich auf partei-politische Mehrheiten in den Landtagen stützen. Die Mitglieder können ihre politische Überzeugung auch nicht, wie einmal gesagt wurde, an der Garderobe des Bundeshauses abgeben.

Was allerdings von einem verfassungspolitisch verantwortungsbewußt handelnden Bundesrat erwartet werden darf, ist eine – seiner vom Verfassungsgeber vorgegebenen Mittlerfunktion entsprechende – Mäßigung. Mäßigung eben nicht nur im rhetorischen Temperament seiner Sitzungen. Da geht es allemal mehr als gedämpft zu. Mäßigung muß von ihm noch viel mehr erwartet werden beim Einsatz seiner Machtmittel. Der Bundesrat ist nun einmal von seinem verfassungsmäßigen Konzept her nicht als zweites Forum parteipolitischer Auseinandersetzung neben dem Bundestag geschaffen worden, sondern als föderales Mitwirkungs- und Integrationsorgan zur Lösung bundesstaatlicher Konflikte.

Daß Anlaß besteht, darauf mit Nachdruck zu verweisen und vor Fehlentwicklungen zu warnen, beweist ein Blick auf die Entscheidungsbildung im Bundesrat in den vergangenen zehn Jahren. Erhel-

lend ist insbesondere ein Blick auf die Arbeit des Vermittlungsausschusses: Seine Tätigkeit hat nicht von ungefähr gerade in jüngster Zeit eine heftig geführte Diskussion unter Parlamentariern aller Fraktionen, unter Wissenschaftlern und in der interessierten Öffentlichkeit ausgelöst. Mancher Kritiker empfindet ihn heute schon als „Überparlament“. Statistisch stellt sich die Arbeit des Vermittlungsausschusses so dar: Wurde er in der vierten und fünften Legislaturperiode (1961-1969) bei 9 bzw. 8 % der verabschiedeten Gesetze eingeschaltet, so waren es in der siebten Legislaturperiode (1972-1976) 20 %, in der achten (1976-1980) sogar 21 %.

Dieser Unterschied ist nun in der Tat signifikant, auch wenn man die Fälle berücksichtigt, bei denen parteitaktische Gründe keine Rolle bei der Anrufung des Vermittlungsausschusses spielten. Jedoch: Praktisch alle Gesetze von wesentlichem politischen Gehalt, die zwischen den Bundestagsfraktionen streitig waren, haben indessen Anrufungsbeschlüsse der unionsregierten Länder und in der Folge teilweise gravierende Änderungen der vorherigen Gesetzesbeschlüsse des Bundestages ausgelöst. Es waren keine Länderinteressen, die hier eine Rolle spielten, sondern Änderungswünsche, die vielfach geradezu aus den Anträgen der Opposition im Bundestag herauskopiert worden waren. Eine reibungslos arbeitende Fernsteuerung, die den Bundesrat in die Nähe einer gut funktionierenden Parteiagentur rückte.

In nicht zu überbietender Offenheit machte dies bei der Beratung des Hochschulrahmengesetzes am 12. Dezember 1974 der CDU-Abgeordnete Pfeiffer im Deutschen Bundestag deutlich, als er ausführte: „Sie mögen heute mit Ihrer Mehrheit [der sozial-liberalen Koalition] beschließen, was Sie für richtig halten. Bei Philippi sehen wir uns auch in dieser Frage wieder, und Philippi schreibe ich in diesem Zusammenhang mit „V“ wie Vermittlungsausschuß.“ Das Protokoll des Bundestages vermerkte an dieser Stelle: „Heiterkeit bei der CDU.“ Und in der Tat: Die unionsregierten Länder verhielten sich auch in diesem Fall, wie vom Abgeordneten Pfeiffer angekündigt. Man sah sich im Vermittlungsausschuß wieder.

Eine politische Zangenstrategie zwischen Bundestagsopposition und Bundesratsmehrheit, wie sie hier geradezu lehrbuchhaft deutlich wird, prägt seit nunmehr zehn Jahren die Arbeit des Bundesrates. Von der Reform des Ehescheidungsrechts bis zum Umweltschutz, von der Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge bis zum Bodenrecht, von der Krankenhausgesetzgebung bis zu dem vor einiger Zeit verabschiedeten Sparpaket der Bundesregierung:

überall ist der Vermittlungsausschuß durch die unionsregierten Länder eingeschaltet worden, um – gegebenenfalls mit dem Druckmittel der Zustimmungsversagung – parteipolitisch begründete Änderungsversuche gegen das Parlament durchzusetzen. Novellierungen des Strafrechts und des Justizvollzugs, Sozialgesetzgebung und Steuerrecht: kein Gebiet, das ihn nicht beschäftigt hätte, bei dem es ohne ihn gegangen wäre. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die rigorose parteipolitische Mobilisierung des Bundesrates durch die CDU/CSU zu einer erheblichen Einengung der Entscheidungshoheit der gewählten Volksvertretung Bundestag geführt hat.

Im Bereich der zustimmungsbedürftigen Gesetze, die rund 50 Prozent aller Vorlagen ausmachen, ist das Parlament durch den jederzeit mobilisierbaren Oppositionshebel Bundesrat wesentlich in seiner politischen Souveränität beschränkt. Eine politisch klar konturierte, auch für den Bürger in ihrer Zuordnung eindeutig erkennbare Gesetzgebung ist hierdurch verwischt worden.

Neuerdings wird übrigens von den Unionsländern der Versuch unternommen, das Mittel der Zustimmungsversagung auch über den Kreis der eigentlich zustimmungsbedürftigen Gesetze hinaus zur Wirkung zu bringen. Dies geschieht in der Weise, daß Zustimmung bei dem zustimmungsbedürftigen Gesetz A nur für den Fall in Aussicht gestellt wird, daß Änderungen auch bei dem nicht zustimmungsbedürftigen Gesetz B konzediert werden. Bewiesen werden kann dies anhand des folgenden Zitats im Zusammenhang mit dem im Dezember 1981 verabschiedeten Sparpaket. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, erklärte dazu in der Bundesratssitzung vom 17. November 1981 in aller Offenheit: „Nach meiner Einschätzung wird im Vermittlungsausschuß auch über bestimmte nicht zustimmungspflichtige Teile Einvernehmen erzielt werden müssen, bevor wir die zustimmungspflichtigen Elemente – etwa des Haushaltsstrukturgesetzes – abschließend bewerten können.“

Das ist eine ganz neue Art von Zustimmungspflichtigkeit, die da in unsere Verfassungspraxis eingeführt wurde: eine Zustimmungspflichtigkeit nicht von Verfassungen wegen, sondern, man muß schon sagen: kraft politischer Willkür. Denn nichts anderes als schlichte Willkür ist es, wenn einseitig ein derartiges Junktim zwischen Gesetzen verschiedener Verfassungsqualität hergestellt, politisch also Konsensbedürftigkeit mit dem Bundesrat manipuliert wird, wo sie verfassungsrechtlich nicht gegeben ist. Diese Bedenkenlosigkeit, mit der hier mit der vom Grundge-

setz vorgezeichneten Machtverteilung zwischen Bund und Ländern umgegangen wird, ist politisch entlarvend, verfassungspolitisch in höchstem Maße bedenklich und in ihren Auswirkungen – der fehlenden Transparenz politischer Entscheidungsvorgänge und nicht mehr erkennbarer politischen Verantwortlichkeiten – zerstörerisch!

Die hier dargelegten nachprüfbaren Fakten stehen im Widerspruch zu dem, was üblicherweise in Festtagsreden beschworen wird. Sie kennzeichnen ein politisches Handeln, das auch in der ganz aktuellen Diskussion weiterverfolgt wird. Das Machtmittel Bundesrat sollte offensichtlich auch zur Verhinderung der am 3. Februar 1982 von der Bundesregierung beschlossenen „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ aktiviert werden. Schon am Tag nach diesem Kabinettschluß rief der Oppositionsführer im Deutschen Bundestag und Parteivorsitzende der Union die Ministerpräsidenten der unionsregierten Länder in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung zusammen, um das Vorgehen der Union in Bundestag und Bundesrat festzulegen und zu koordinieren. In der „Welt“ vom 5. Februar 1982 stellte der Kommentator unter der Überschrift „Union macht Front“ den Zweck der Aktion klar: Die Gemeinschaftsinitiative solle blockiert, der Bundeskanzler als ineffektiv hingestellt werden.

Anders ausgedrückt: Während es der sozialliberalen Koalition darum geht, die Arbeitslosigkeit mit all ihren bedrückenden materiellen und psychischen Folgen für die Betroffenen zu bekämpfen – ein Vorhaben, das zweifellos viele Unwägbarkeiten, Risiken und Schwierigkeiten mit sich bringt –, war das Ziel der Union viel schlichter: Verhinderung dieses Programms über den Bundesrat und Desavouierung des Kanzlers und seiner Regierung. Und nur auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen und tatsächlichen Entwicklungen wird das übergroße Interesse verständlich, das in Publizistik und Bevölkerung der Frage gilt, ob durch einen Regierungswechsel in Hamburg oder Hessen, durch das Erreichen der Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat, der durch die Bundestagswahl 1980 legitimierten Bundesregierung das Licht ausgeblasen, der politische Handlungsspielraum genommen werde, ob es, wie der Vorsitzende der CDU sich ausdrückt, zur „Wende in Bonn“ komme.

Bislang verfügen die unionsregierten Länder im Bundesrat bei materiellen Abstimmungen über 26 der vorhandenen 41 Stimmen. Dabei wird Berlin bekanntlich nicht mitgezählt. Die sozialdemokratisch

bzw. sozialliberal regierten Länder haben demgegenüber 15 Stimmen. Diese Mehrheitsverhältnisse genügen für die unionsregierten Länder zur Errichtung einer unüberwindbaren Barriere bei den zustimmungsbedürftigen Gesetzen. Nicht dagegen bei den Einspruchsgesetzen. Hier kann der Widerstand des Bundesrates nach erfolglosem Vermittlungsverfahren bislang von den Koalitionsparteien im Bundestag mit der Kanzlermehrheit überwunden, der politische Handlungsspielraum also gewahrt werden. Würde sich die Zahl der unionsregierten Länder im Bundesrat indessen vergrößern, etwa durch eine CDU-Regierung in Hessen, so würden CDU/CSU über 30 Stimmen verfügen, das sind mehr als zwei Drittel des Gesamtpotentials. Das Saarland ist dabei mitgerechnet. Denn auch dort stellt ja die CDU den Ministerpräsidenten als Chef der Landesregierung. Für die sozialliberale Koalition im Bundestag hätte dies schwerwiegende Folgen. Wird nämlich ein Einspruch vom Bundesrat mit einer Zweidrittel-Mehrheit eingelegt, so bedarf die Zurückweisung durch den Bundestag nach Art. 77 Abs. 4 GG einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmenden, mindestens aber der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages. Es muß also sowohl die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Bundestages als auch die Zweidrittel-Mehrheit der Abstimmenden erreicht werden. Diese könnte nicht mehr erzielt werden.

Die Regierungskoalition wäre also nicht nur, wie bisher schon, bei den zustimmungspflichtigen Gesetzen auf die Verständigung mit der CDU/CSU und ihren Landesregierungen angewiesen, sondern auch bei dem verbleibenden Rest der Einspruchsgesetze. Die „Hürde Bundesrat“ wäre für die sozialliberale Koalition aus eigener Kraft nicht mehr zu überwinden. Kein Gesetz, auch kein Haushaltsgesetz, wäre mehr gegen ihn zu verabschieden.

Zuweilen wird dieser Feststellung von Unionspolitikern im Vorfeld der Hessischen Landtagswahl mit der Behauptung begegnet, auch eine Unionsregierung in Hessen schaffe in Wahrheit keine Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat. Denn eigentlich sei ja das Saarland den unionsregierten Ländern nicht so

recht zuzurechnen, weil dort die FDP mitregiere. Auch mit einer unionsgeführten Hessischen Landesregierung ergäbe sich mithin im Bundesrat nur eine Mehrheit von 27 Stimmen, die unterhalb der Zweidrittel-Schwelle bleibe.

Welche Bescheidenheit! Noch in der Bundestagsdebatte am 5. Februar hat der Oppositionsführer im Bundestag mit Selbstbewußtsein darauf hingewiesen, daß im Saarland jetzt wie früher eine CDU-geführte Regierung amtiert. War das etwa falsch? Wenn das Saarland nicht so recht zu den Unionsländern zu zählen ist, wieso war dann der Saarländische Ministerpräsident Zeyer am 4. Februar bei der Koordinationsriege zur Verhinderung der Gemeinschaftsinitiative? Oder um ein weiteres, sehr aussagekräftiges Beispiel zu nennen: Bei dem im Dezember verabschiedeten Sparpaket hat das Saarland generell mit den unionsregierten Ländern für die Anrufung des Vermittlungsausschusses gestimmt. Einzige Ausnahme: die Mineralölsteuererhöhung. Also sowohl beim Haushaltsstrukturgesetz, der Änderung des Bundeskindergeldgesetzes, der Steueranhebung bei Tabak und Alkohol, dem Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz, dem Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz und dem Krankenhaus-Kostendämpfungs-gesetz hat es die politische Haltung der anderen Unionsländer im Plenum geteilt. Das Abstimmungsverhalten beim Sparpaket entspricht der allgemeinen politischen Linie des Saarlandes im Bundesrat; Überwiegend pflegt es im Plenum die Linie der unionsregierten Länder zu vertreten, nur in einer Minderzahl von Fällen die der sozialliberalen Koalition.

Das Argument „Saarland“ zieht also nicht. Im übrigen hat auch der Bundesvorsitzende der CDU auf dem Partsitag der hessischen CDU erklärt, eine CDU-Regierung in Hessen bringe auch die Wende in Bonn. In der Tat; Diese Wende wäre zu schaffen mit einem Bundesrat, der nach einem Wahlsieg der CDU in Hessen seine Beschlüsse vollends nach parteitaktischen Überlegungen ausrichten würde. Eine solche Politik hätte dann mit den dem Bundesrat von den Verfassern des Grundgesetzes zugewiesenen Aufgaben nichts mehr gemein.



Geschichte der Arbeiter- bewegung

Peter von Oertzen: Geschichte und politisches Bewußtsein

Im November vergangenen Jahres hat der SPD-Parteivorstand eine zwölköpfige Historische Kommission unter Leitung von Dr. Susanne Miller eingesetzt, die dazu beitragen soll, geschichtliche Erfahrungen und Erkenntnisse stärker als bisher in die politische Alltagsarbeit einzubringen. In einer Eröffnungsansprache auf ihrer konstituierenden Sitzung am 5. Februar 1982 hatte Willy Brandt die Kommissionsmitglieder dazu aufgerufen, „kritisch und wachsam das Verhältnis von SPD und Geschichte, Geschichtsforschung und -pflege“ zu betrachten. Diesem Thema widmeten sich auch die hier dokumentierten Grundsatzreferate von Prof. Dr. Peter von Oertzen (Hannover) und Prof. Dr. Hans Mommsen (Bochum) auf der zweiten Sitzung der Kommission am 26. Mai.

Das Thema „Sozialdemokratie und Geschichte“ verlangt gleich zu Anfang eine Klarstellung, was damit unter gar keinen Umständen gemeint sein kann. Es kann meiner Meinung nach nicht heißen, daß die Sozialdemokratische Partei in irgendeiner Art und Weise ein exklusives Verhältnis zur Geschichte für sich in Anspruch nimmt oder daß sich ihr Interesse für Geschichte auf bestimmte engere Bereiche, z. B. auf ihre eigene Geschichte oder auf die Geschichte der Arbeiterbewegung, beziehen sollte. Ich bin der Überzeugung, daß geschichtliches Bewußtsein und seine verschiedenen Formen – etwa die Geschichtswissenschaft, der Geschichtsunterricht an unseren Bildungsanstalten oder, ganz allgemein, der politische Bildungsstand eines Volkes – allgemeine Bestandteile des politischen Bewußtseins sind. Daran hat die Sozialdemokratie ihren spezifischen Anteil, aber es gibt kein spezifisch sozialdemokratisches Problem von Geschichte und Politik, sondern ein allgemeines Problem in unserer Demokratie, in unserer Situation. Auch das sozialdemokratische Interesse bezieht sich auf die Geschichte als Ganzes, auf den historischen Bestandteil unseres gesellschaftlichen Bewußtseins, d. h. auf die Geschichte allgemein, und nicht etwa nur – wie manchmal gemeint wird oder

aus pragmatischen Gründen auch naheliegt – auf die Geschichte der Arbeiterbewegung im engeren Sinne.

Ich will jetzt einige mehr oder weniger zusammenhanglos aneinandergereihte Thesen zur Rolle der Geschichte im politischen Bewußtsein überhaupt anschließen und danach in skizzenhafter Erörterung einiger typischer historisch-politischer Streitpunkte, die in der Tat uns Sozialdemokraten besonders angehen, deutlich machen, daß sich meine Thesen auch empirisch begründen lassen, wenn man sich sehr viel ausführlicher mit dem historischen Stoff und dem Gegenstand der politischen Auseinandersetzungen beschäftigt.

Als Einleitung in diese grundsätzlichen Feststellungen eine, wenn ich so sagen darf, anthropologische Feststellung, die etwas zur Rolle der Geschichte im politisch-gesellschaftlichen Bewußtsein der Menschen überhaupt aussagt: Der Mensch als eine historische Gestalt des Lebens auf dieser Erde lebt in der Zeit; er ist ein geschichtliches Wesen und existiert prinzipiell im Medium der Veränderung seiner selbst und seiner Lebensumstände. Ferner: er ist ein denkendes, sprechendes, seiner selbst bewußtes Wesen, und das impliziert im Zusammenhang auch mit der vorangestellten Bemerkung über den geschichtlichen Charakter seiner Existenz sowohl die Antizipation, d. h. die Vorwegnahme künftiger Ereignisse, als auch die Erinnerung, d. h. die Vergegenwärtigung vergangener Ereignisse. Dies sind wesensmäßige Bestandteile der menschlichen Existenz als eines denkenden Wesens. Als ein bewußtes Wesen ist der Mensch frei zu entscheiden zwar *unter gegebenen Bedingungen*; aber die Realität seiner Existenz ist die eines sich nach Wertmaßstäben und Antizipationen möglicher Entwicklungen unter gegebenen Umständen frei entscheidenden Wesens. (Ich habe, wegen seiner offensichtlichen und vollständigen Unsinnigkeit, nicht die Absicht, den geschichtlichen Determinismus als philosophische These hier zu diskutieren.) Schließlich ist der Mensch ein *gesellschaftliches Wesen*; er lebt nicht nur zufällig, sondern wesensmäßig nur in und durch die Gesellschaft. Der Robinson, der gewissermaßen als isoliertes Individuum eine Zivilisation entwickelt, ist eine logische Absurdität. Einer meiner akademischen Lehrer hat einmal gesagt: „Robinson ist zwar als ein Individuum gestrandet, aber das gesamte England des 17. Jahrhunderts ist in seinem Kopf mit ihm zusammen gestrandet.“ Das ist die Realität seiner Existenz. Oder wie Marx es einmal ausgedrückt hat: „Der Mensch ist das Wesen, das nur in Gesellschaft sich vereinzeln kann.“

Eine weitere These lautet: Es gibt für das Wesen

Mensch keine natürliche „Mitte“ oder Identität, auch kein naturgegebenes stabiles Verhältnis von natürlicher und gesellschaftlicher Umwelt. Identität und Verhältnis zu seiner Lebenswelt muß der Mensch im *Prozeß* immer erneut herstellen. Das heißt, die Orientierung in der Zeit, an den Zielen der Zukunft, aber auch an seinem Herkommen aus der Vergangenheit gehört zu seinem Wesen. Besonders deutlich wird dieser Umstand in den Gestalten des gesellschaftlichen, ganz besonders deutlich in denen des politischen Lebens. Auch die gesellschaftliche Organisation des menschlichen Lebens – und sie ist von Anfang an, von den primitivsten Frühformen der menschlichen Existenz an und mit dieser untrennbar verbunden – ist nichts Naturwüchsiges, so wesentlich – siehe Instinkttheorien der verschiedensten Art – ihre biologisch-natürlichen Grundlagen auch sein mögen, sondern zumindest teilweise ein willentlich und bewußt hergestellter, erhaltener und veränderter Zusammenhang. Gesellschaft ist immer ein Produkt menschlichen Denkens, Planens und Handelns, wenn auch auf vielen Umwegen und häufig, geschichtsphilosophisch formuliert, in seinen Ergebnissen sich hinter dem Rücken der denkenden und handelnden Menschen herstellend, so doch ein Produkt menschlichen Handelns.

Dieser gesellschaftliche Zusammenhang bedarf in seiner tiefsten Grundlage dessen, was wir *Identität* nennen, d. h. der einzelne muß sich selbst in einer Gruppe, einem Stamm, einem Volk, einer Nation, einer Kultur wiedererkennen können, sich als einen Teil dieses Zusammenhangs und in diesem Zusammenhang sehen. Diese Identität ist die tiefere Grundlage des von der politischen Wissenschaft, von der Sozialphilosophie immer wieder mit Recht beschworenen notwendigen sozialen Konsenses als Grundlage jedes gesellschaftlichen Zusammenhangs. Die Bildung und die Legitimation von Konsens ist im übrigen ja eines der Grundprobleme aller neueren philosophischen und politischen Vertragstheorien, die alle mit dem theoretischen Modell der vertraglichen Herstellung gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge nach einem ursprünglichen Naturzustand versucht haben, sowohl die Frage nach der Identität der Menschen in der Gruppe als auch die nach der Legitimation für den notwendigen Konsens im gesellschaftlichen Verband zu beantworten; mit welchen unzulänglichen Ergebnissen sehen wir etwa in der Differenz zwischen dem Rousseauschen Allgemeinwillen und dem Willen aller, die ja nicht miteinander identisch sind.

Der Mensch in diesem notwendigen Bedürfnis

nach Identität erkennt sich wieder in den gesellschaftlichen Organisationsformen, denen er zugehört, in der gemeinsamen *Zukunft*, in dem gemeinsamen auf die Zukunft gerichteten Handeln. Eine der klassischen Definitionen der modernen Nation stammt von dem französischen Kulturphilosophen Ernest Renan mit dem sinngemäß übersetzten Satz, die Nation sei „ein dauerndes Plebiszit“, was nichts anderes meint, als daß die Nation kein naturgebener Zusammenhang ist, sondern ein sich in dem alltäglichen und historischen Handeln immer wieder herstellender politischer Zusammenhang, der entsteht und der sich auch auflösen kann, wie uns die Geschichte der Nationen beweist. Aber gleichzeitig heißt es auch Wiedererkennen in einer als die eigene empfundenen *Vergangenheit*.

Dieser Prozeß der bewußten Konstitution der gesellschaftlichen Zusammenhänge hat nun in modernen, mobilen, sich in ihren Entwicklungen immer mehr beschleunigenden, verwissenschaftlichten, technisierten Zivilisationen eine besondere Bedeutung gewonnen. Die naturwüchsigen und über lange historische Zeiträume sich nur unwesentlich verändernden Bedingungen gesellschaftlichen Zusammenlebens sind an Bedeutung zurückgetreten. Und jetzt kommt eine Aussage über Besonderheiten unserer spezifischen politischen Tradition: Ich bin der Überzeugung, daß die Sozialdemokratie als eine Form der sozialistischen Bewegung mit dem gesamten Sozialismus den Anspruch gemeinsam hat, ein besonders klares Bewußtsein von der Gestaltbarkeit, aber auch der Gestaltungsnotwendigkeit des gesellschaftlichen Zusammenhangs zu haben. Wir sehen ein stärkeres Bedürfnis nach bewußter, planmäßiger, gemeinsamer Gestaltung unserer gesellschaftlichen Lebensverhältnisse, und wir sehen auch die Möglichkeit dazu. Den Nachweis dieser Möglichkeit in einer bestimmten historischen Stunde der menschlichen Entwicklung versucht zu haben, ist im übrigen die Pointe des theoretischen Werkes von Karl Marx.

Wenn wir dies einmal zugrunde legen, dann ist Trennung und Entgegensetzung von politischem Handeln und geschichtlicher Entwicklung, von Aktualität und antiquarischem Interesse, von sittlicher Freiheit und historischer Notwendigkeit ein – wenn auch sehr häufig praktizierter – prinzipieller methodologischer Irrtum. Die Geschichte von heute ist die Politik von gestern, und die Politik von heute ist die Geschichte von morgen; dessen muß man sich sowohl in der Politik wie in der Beschäftigung mit der Geschichte bewußt sein. Die geschichtliche Vergangenheit muß aus der Perspektive der damals

Handelnden, für die das Politik war, und die gegenwärtige Geschichte auch aus der Perspektive der zukünftigen Generationen, für die unser Handeln Geschichte sein wird, d. h. als geschehende Geschichte begriffen werden. Es gibt dazu ein etwas altertümliches, aber sehr schönes Zitat aus Johan Huizingas „Wege der Kulturgeschichte“: „Geschichte ist die geistige Form, in der sich eine Kultur über ihre Vergangenheit Rechenschaft gibt.“ Und ein paar Zeilen später fügt er hinzu: „Die Historie selbst und das historische Bewußtsein werden ein integrierender Bestandteil der Kultur. Subjekt und Objekt sind in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit anerkannt.“ Das heißt, die Menschen erkennen sich sowohl in der politischen Wissenschaft als auch in der Geschichtswissenschaft als Gegenstand ihres Interesses und als die Handelnden der Prozesse, mit denen sie sich als ihren Objekten befassen, wieder.

Im Zentrum der Geschichte und der Politik, so sagte ich, stehe der handelnde Mensch als Individuum und im Kollektiv, – frei, aber unter bestimmten gesellschaftlichen und geschichtlichen Bedingungen – ökonomischen, sozialen, politischen, rechtlichen, kulturellen, ideellen – sich betätigend. Das führt zu bestimmten methodischen Schlußfolgerungen für Geschichtswissenschaft und Geschichtsbewußtsein. Geschichtliche Situationen müssen als zur Zukunft hin offene Entscheidungssituation verstanden werden, was nicht heißt, daß damit „Entscheidung“ im dramatischen Sinne gemeint ist, aber immer als Entwicklung, die niemals nur in einer bestimmten Richtung festgelegt ist, sondern die immer auch anders hätte verlaufen können. Die geschichtliche Entwicklung muß demgemäß verstanden werden als das Ergebnis freien, wenn auch nur unter bestimmten Bedingungen freien menschlichen Handelns und nicht als eine naturgesetzliche Notwendigkeit. Dabei ist die Dialektik des Handelns der Einzelpersonlichkeiten mit dem Zusammenhang der Kollektiva, in denen er steht, zu berücksichtigen.

Schließlich muß gesehen werden, daß der Mensch ein einheitlicher ist, unbeschadet der Tatsache, in wieviel verschiedenen Lebenssphären er sich bewegt, und daß sowohl die Sozialwissenschaft als auch die Geschichtswissenschaft diesen Gesamtzusammenhang aller Lebenssphären berücksichtigen müssen, sei es auch nur jeweils als Datenkranz eines bestimmten, speziellen Ansatzes. Es gibt von daher keinen prinzipiellen Vorrang etwa von sozialer oder politischer Geschichte, von Ideen- oder Personengeschichte, und meiner Meinung nach auch keine Maßstäbe, nach denen man beantworten könnte, welche

der verschiedenen Spezialisierungen und Ausdifferenzierungen der Geschichte, der Geschichtswissenschaft und des geschichtlichen Bewußtseins unter sozialdemokratischen Verständnissen und Interessen Vorrang verdienen. Daß für uns als eine politische Partei die politischen Implikationen natürlich von besonderem Interesse sind, versteht sich von selbst. Aber Politik kann von dem Gesamtzusammenhang der menschlichen Lebensverhältnisse nicht abgelöst werden. Grob gesprochen: eine politische Geschichte, die soziale, ökonomische, kulturgeschichtliche Zusammenhänge nicht berücksichtigt, die aber auch den Handlungsspielraum, der dem unverwechselbaren Individuum gesetzt ist, nicht berücksichtigen würde, wäre eben einfach eine verengte und damit sachlich wenig aussagekräftige und unzulängliche Form des historischen Bewußtseins. Daher ist es kein Wunder, das ist eine weitere These, daß, wie man in der Geschichte der politischen Kontroversen und Konflikte empirisch feststellen kann, die Interpretation der Geschichte ein wesentlicher Bestandteil des gegenwärtigen politischen Bewußtseins und das gegenwärtige politische Bewußtsein seinerseits wieder ein wesentlicher Maßstab für die Interpretation der Geschichte ist. Objektives Geschichtsbewußtsein im Sinne einer allumfassenden und von allen Interessen und Bindungen desjenigen, der dieses historische Bewußtsein hat, entwickelt, trägt, – abgelöstes Geschichtsbewußtsein kann es meiner Meinung nach nicht geben.

Der Kampf um die Interpretationsmacht im geschichtlichen Bewußtsein, d. h. um die Prägung des geschichtlichen Bewußtseins ist immer auch gleichzeitig ein Kampf um gegenwärtige politische Positionen. Wenn wir die großen Kontroversen der Geschichtswissenschaft einmal unter diesem Gesichtspunkt aufsuchen, dann werden wir dies bestätigt finden. In der großen Kontroverse über die Interpretation der mittelalterlichen Reichsgeschichte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts z. B. finden wir ganz deutlich die großen Parteien der Kleindeutschen und der Großdeutschen wieder. In der Interpretation des Kampfes zwischen Heinrich dem Löwen und Friedrich Barbarossa finden wir unterschiedliche Interpretationen der gegenwärtigen politischen Situation. Und einige andere, uns näherstehende Beispiele als diese werde ich nachher noch in einer kurzen Reihe aufzuzählen haben. Das heißt, ebenso wie die Politik ist auch das historische Bewußtsein notwendigerweise parteilich – das ist keine moralische, sondern eine Tatsachenfeststellung.

Was nicht heißt – dies ist die nächste These –, daß ge-

schichtliches Bewußtsein und zumal seine wissenschaftliche Form, eben auch seine pädagogisch verantwortliche Form, der geschichtliche Unterricht, die Entwicklung geschichtlicher Bildung nun in Apologetik oder Klitterung, in die Verfälschung der Tatsachen, in das Zurechtbiegen der geschichtlichen Umstände im Interesse eines eigenen gegenwärtigen politischen Standpunktes verfallen dürften. Der Satz gilt, daß nicht wahr ist, was der eigenen Sache nützt, sondern der eigenen Sache nützt nur, was wahr ist. Was nichts daran ändert, daß die Wahrheit immer nur von dem Standpunkt aus wahrgenommen werden kann, auf dem man sich gerade befindet. Aber dessen wiederum muß man sich bewußt sein. Das hat im übrigen auch etwas zu tun mit der prinzipiellen Differenz zwischen Denken und Handeln. Natürlich besteht schon zwischen dem Forscher und dem Akteur eine existenzielle, qualitative Differenz, um es einmal auf neuhochdeutsch zu sagen, d. h. zwischen den menschlichen Lebensformen des Handelnden und des kritisch Nachdenkenden gibt es Unterschiede in den Verhaltensweisen. Aber im Ansatz kann der eine sich von der Bindung an die objektiven Gegebenheiten nicht ablösen: ein Politiker, der die Realität nicht zur Kenntnis nimmt, wie sie ist, wird scheitern. Und auf der anderen Seite kann sich der andere von der Gebundenheit des eigenen Standpunktes nicht ablösen. Was im übrigen das Nicht-zur-Kennntnis-nehmen von Realität anbetrifft, so möchte ich zur anekdotischen Auflockerung einen herrlichen Satz von Abraham Lincoln einfügen, den man unter Politikern gar nicht häufig genug zitieren kann: „You can fool some people all the time, and you can fool all the people some time, but you cannot fool all the people all the time.“ Das heißt: man kann ein paar Leute unbegrenzte Zeit bescheißen (man muß das wohl so übersetzen), und man kann alle Leute begrenzte Zeit bescheißen, aber man kann nicht alle Leute unbegrenzte Zeit bescheißen. Dies halte ich für evident, und das zeigt die Realitätsbezogenheit des politischen Handelns. Auf die Daper gegen die Realität anhandeln zu wollen, führt zu schrecklichen Niederlagen. Die Sozialdemokratische Partei hat einige Beispiele davon in ihrer eigenen Geschichte.

Geschichte, geschichtliches Bewußtsein und seine wissenschaftliche Entwicklung und Diskussion wirken also insofern konfliktlösend oder integrierend, wie man will, als sie gegenwärtige Konflikte auf dem Umweg über die Geschichte mit aufklären helfen. Sie ist also als geschichtliche Aufklärung ein Element zur Lösung gegenwärtiger Probleme, nicht die

Lösung selbst, und die platte Frage, ob man „aus der Geschichte lernen“ könne, darf nur in der Vermittlung dieser Denkfigur ernstlich gestellt und beantwortet werden. Die Geschichte ist keine Sammlung von Exempeln, aus der man Rezepte für das politische Handeln ableiten könnte. Aber ohne die Kenntnis der Geschichte und ohne ihre angemessene kritische, vorurteillose, wenn auch nicht unparteiliche Interpretation wird man sich im politischen Handeln auch wieder verlaufen, weil man wesentliche Bestandteile der gegenwärtigen Situation, nämlich ihre geschichtlichen Bestandteile, verkennt.

Nun einige konkrete Beispiele, die teils allgemein sind, teils speziell sich auf die Geschichte der Arbeiterbewegung beziehen und die ich hier wirklich nur andeute, also als Skizze hinwerfe, – als These, ohne die an sich erforderliche historisch-empirische Begründung. Ich will nur die Argumentationsstruktur und den Bedeutungsgehalt von historischen Beispielen sichtbar machen.

Es gibt zum Beispiel in kritischen, aber auch weniger kritischen Theorien unserer Verfassung eine weitverbreitete Auffassung, die Existenz faktisch oder juristisch einklagbarer, am einzelnen Subjekt haftender öffentlicher Rechte, die Existenz des Rechtsstaats, von Institutionen der Gewaltenteilung, von Vertretungskörperschaften bis hin zum modernen Parlamentarismus als ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft im klassischen Sinne, so wie die bürgerliche Gesellschaft sich vom Ende des 16. Jahrhunderts an und im 17. und 18. Jahrhundert entwickelt hat, zu betrachten. Diese Betrachtungsweise hat mancherlei politische Implikationen, auf die ich jetzt hier nicht eingehen will. Sie ist schlicht und einfach ein historischer Irrtum, weil die Existenz politische Gewalten relativierender, den einzelnen Gesellschaftsgliedern zukommender subjektiver Rechte, weil die Existenz von Institutionen der Gewaltenteilung, die Vorstellung von der rechtlichen Bindung der politischen Gewalt und vor allem natürlich die Existenz von – wenn auch sehr andersartigen – Vertretungskörperschaften des gesellschaftlichen Ganzen gegenüber oder neben den Inhabern der aktuellen, wir würden heute sagen: exekutiven politischen Gewalt Ausdruck einer Entwicklung ist, die zum Teil aus den Frühzeiten der germanischen Geschichte, mindestens aus dem frühen Mittelalter her datiert. In einigen Randzonen Europas haben wir eine uralte Tradition solcher rechtlicher und politischer Organisationen: in Skandinavien, besonders extrem in Island. Aber auch das britische Parlament datiert immerhin aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, und die

Magna Charta ist ein ebenso modernes wie typisch hochmittelalterliches Rechtsinstitut gewesen.

Der Absolutismus ist historisch viel jünger als der Rechtsstaat in Europa. Im übrigen hat es ihn in Rechtsform kaum je gegeben. Ich glaube, es gibt in der Geschichte nur ein einziges Beispiel, daß ein Staat freiwillig und auf verfassungsmäßige Weise sich aller seiner mittelalterlichen Untertanen- und Ständerechte begeben und sich in eine absolute Monarchie verwandelt hat; das war, wenn ich mich nicht täusche, Dänemark in der Mitte des 18. Jahrhunderts. Nicht einmal unter dem französischen Absolutismus sind von Rechts wegen die Rechte der États Généraux (Generalstände) zwischen 1614 und 1788 aufgehoben gewesen. Auch die Rechte der Parlamente waren faktisch nie ganz aufgehoben – Parlamente nicht im Sinne von Vertretungskörperschaften, sondern im Sinne der französischen ständischen Gerichtshöfe.

Es gibt daneben eine These, die den modernen Staat ableitet aus der Entwicklung der modernen kapitalistischen Ökonomie; wir kennen deren Vertreter in der marxistischen Theoriediskussion als die sogenannte Ableiter-Fraktion, die den Staat und die staatlichen Institutionen und die Trennung von Staat und Gesellschaft aus dem Produktions- und Verwertungsprozeß des Kapitals ableitet. Dies ist empirisch falsch. Die wesentlichsten Elemente des modernen Staats sind historisch viele Jahrhunderte älter als die kapitalistische Wirtschaft, und daher ist die Behauptung erlaubt, daß etwas, was älter ist als kapitalistische Ökonomie und bürgerliche Gesellschaft, natürlich auch länger dauern kann als diese, so daß auch nach der Abschaffung des Kapitalismus es voraussichtlich noch Staat geben wird (was vielen Marxisten eine schreckliche Vorstellung ist, mit der sie sich nur unter Gewissensqualen auseinandersetzen können) und natürlich auch so etwas wie Rechtsstaat, subjektive Rechte und Gesetzlichkeit auch nach dem denkbaren, antizipierten Verschwinden der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Gesellschaft noch weiterdauern kann. Es lassen sich also eminent politische Konsequenzen aus diesen simplen empirischen historischen Feststellungen ziehen.

Ein weiterer Punkt, mehr ein Einzelfall, ist das Defizit der historischen Aufarbeitung der Rolle der bewaffneten Macht in der europäischen Geschichte. Es gibt zwar eine Militärgeschichte und es gibt eine politische Geschichte, aber dort wird eigentlich mit dem Phänomen der unterschiedlichen Strukturen der bewaffneten Macht sehr naiv umge-

gangen. Sie wird als gewissermaßen „natürlicher“ Bestandteil eines jeden Staates betrachtet oder als der Gottseibeius und der Todfeind einer jeden zivilisierten Gesellschaft, aber der realistische Zusammenhang zwischen Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und einer komplizierten gesellschaftlichen Organisation und der Existenz von organisierten Repressionsmitteln, also sprich: bewaffneten Exekutivorganen, vor allem in ihrer historischen Entwicklung, das scheint mir ein – wie man in der Wissenschaft sagt – Desiderat der Forschung zu sein, d. h. ein Wunsch nach Forschungsergebnissen, die es noch nicht gibt.

Einer der wenigen, die darüber systematisch, wenn auch nur sehr knapp, gehandelt haben, war Arthur Rosenberg in seinem großen Buch „Demokratie und Sozialismus“, wo er unter anderem am Leitfaden der bewaffneten Macht fragt: Welche Demokratien Westeuropas sind gescheitert und welche haben sich behauptet? Und die These, daß Stärke und Schwäche eines stehenden Heeres damit etwas zu tun haben, scheint mir höchst diskutabel zu sein.

Die Nicht-Diskussion dieses historischen Entwicklungsstranges in der europäischen Geschichte, nämlich der Rolle der bewaffneten Macht bei der Entstehung der verfassungsstaatlichen Demokratien oder der Verhinderung oder der Verzögerung oder der Ableitung der Entwicklung zur verfassungsstaatlichen Demokratie, führt zu zwei entgegengesetzten politischen Konsequenzen, nämlich einmal zu einer pauschalen Verkettung jeder bewaffneten Macht, ganz gleich, welche Form sie hat, welche Struktur und welche Verbindung mit der Gesellschaft, und andererseits zu einer ebenso pauschalen Idealisierung oder Formalisierung. Danach ist eben jede Armee verfassungstreu, oder jede Armee ist eben im Grunde ein prinzipieller Feind der Freiheit.

Das führt dann im Ergebnis dazu, daß historische bedeutsame Ereignisse völlig verdrängt werden. Die Tatsache, daß vor unseren Augen, vor jetzt ziemlich genau 24 Jahren die Verfassung eines der ältesten und traditionsreichsten Verfassungsstaaten Europas und eines unserer engsten Verbündeten auf unserem Kontinent und unseres nächsten und historisch wichtigsten Nachbarn durch einen Militärputsch gestürzt wurde, nämlich die Verfassung der Vierten Französischen Republik durch den Putsch der französischen Fallschirmjäger im Mai 1958, ist absolut und vollständig aus dem politisch-historischen Bewußtsein Westeuropas verdrängt worden. Daß die zivilisierte Armee eines zivilisierten Staates im Herzen Europas im Jahre 1958, und nicht einmal auf dem

Höhepunkt einer schweren Wirtschaftskrise, sondern nur auf dem einer außenpolitischen, einer Kolonialkrise, nämlich des Algerienkrieges, einen Putsch machte, geleitet von Offizieren, die alle eine humanistische Ausbildung oder was dem gleichkommt hinter sich hatten, ist vollkommen verdrängt. Deswegen gibt es bei uns auch keine Frage nach der realen Rolle der bewaffneten Macht in der demokratischen Verfassung. Und zwischen purer Anklage und blinder Vertrauensseligkeit gibt es keine kritische mittlere Position. Und wer den Mund darüber aufmacht, der läuft Gefahr, in die schlimmsten politischen Kontroversen hineinzugeraten.

In diesem Zusammenhang steht auch, daß wir uns mit der Wehrtradition unserer eigenen Partei nie gründlich beschäftigt haben. Es gibt auch hier genau diese schlechte Alternative zwischen blinder Bejahung der je bestehenden Macht und moralistischer oder sozialpolitischer Rumkrittelei an zweit- oder dritrangigen äußeren Erscheinungsformen, aber eine wirkliche konsequente Militärpolitik hat es niemals gegeben. Auch die Beschlüsse des Magdeburger Parteitages waren natürlich gegenüber der Realität der Reichswehr nur Papier und blieben Papier. Und zu diesem Zwecke müssen natürlich dann bestimmte Elemente der Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei ausgeblendet werden. Daß im Erfurter Programm der Satz steht: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“, das war doch nicht nur ein militaristisch-chauvinistischer Ausrutscher des alten Bebel oder des alten Liebknecht, die halbe oder ganze Achtundvierziger waren, aus einer Zeit, wo man noch mit der Waffe in der Hand für die Revolution gekämpft hatte, sondern das war das Ergebnis einer nüchternen Einsicht in die gegebenen historisch-sozialen und politischen Verhältnisse der deutschen Geschichte. Davon ist nichts verarbeitet worden. Es gibt keine wirkliche kritische Forschung über die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie, der Arbeiterbewegung überhaupt, mit der Frage der bewaffneten Macht, und ein Buch wie das von Jean Jaurès über die moderne Armee im demokratischen Staat unter sozialistischen Gesichtspunkten ist in der deutschen politischen Theorie überhaupt nicht rezipiert worden.

Die historische Kritik an den immer weitergetragenen Geschichtslegenden über den wirklichen inneren Zustand der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 hat etwas mit den gegenwärtigen politischen Fronten zu tun. Die Teilung, die heute noch von der DKP-nahen Geschichtsschreibung immer wieder, aus nahe-

liegenden Gründen, gepflegt wird, nämlich die Trennung der Tradition in einen radikalen, prinzipientreuen Flügel, der an den ursprünglichen Verheißungen des Sozialismus und den wissenschaftlichen Erkenntnissen des Marxismus festgehalten habe, und eine reformistisch-revisionistische Verräterströmung (wobei dann die Erben der ersten die DKPisten oder andere kommunistische Sekten und die Erben der zweiten die arbeiterverräterische Sozialdemokratie ist) ist mittlerweile durch eine etwas differenziertere Betrachtung überwunden worden, die mindestens drei Strömungen annimmt: die radikale, die zentristische und die reformistische. Unterdessen hat ein jüngerer Historiker in einer jüngst erschienenen, wie ich finde, sehr kritischen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vorgeschlagen, man solle doch fünf oder sechs Strömungen der deutschen Vorkriegs-Sozialdemokratie annehmen, und bei näherem Zusehen finde ich, daß er recht hat; ich meine „Die deutsche Arbeiterbewegung“ (1980) von Arno Klöpper. Das hat wieder etwas damit zu tun, daß natürlich diese groben Einteilungen sich perfekt als Rechtfertigung für den gegenwärtigen, in der gegenwärtigen Auseinandersetzung innegehaltenen Parteistandpunkt einsetzen lassen. Das gilt natürlich auch für die von vielen, auch von mir, betriebene Wiederentdeckung der wirklichen Rätebewegung der Jahre 1917 bis 1920, die in dem historischen Bewußtsein in die falsche Alternative: „Hier Sozialdemokratie, hier Bolschewismus“ hineingefallen und damit aus dem historischen Bewußtsein verschwunden war und deren Aufdeckung natürlich auch heißt, daß man damit die Möglichkeit von Wegen zwischen den Alternativen traditioneller Sozialdemokratismus und Marxismus-Leninismus in der Gegenwart wieder aufgreift.

Ebenso harrt die Geschichte, außer in spezialistischen Fachschriften als Bestandteil des historischen Bewußtseins der im weiteren Sinne demokratisch-linken Strömung, ob es nun die wirkliche USPD-Tradition der Jahre 1917-1922 ist, aber auch die des Syndikalismus oder anti-staatssozialistischer Strömungen, noch ihrer Aufarbeitung. Tendenzen, die dann unbewußt und unreflektiert in der politischen Wirklichkeit in Erscheinung getreten sind, z. B. in der Protestbewegung nach 1967 – Elemente davon sind spürbar in der Bewegung, die man im weitesten Sinne als Sponti-Bewegung bezeichnen kann, aber auch in neu auftauchender Kritik an gewissen staatssozialistischen Traditionen der sozialdemokratischen Politik, etwa in der Sozialpolitik. Das ist alles uralt, das hat es alles schon mal gegeben, die Argumente sind fast wortgleich, 1891 und 1925, und in anderen Län-

dem hat es das ohnedies gegeben. Alles dieses ist im historischen Bewußtsein der Bundesrepublik und der Sozialdemokratischen Partei entweder überhaupt nicht oder nur bruchstückhaft oder nur in gewissen isolierten Enklaven oder Exklaven gegenwärtig.

Im übrigen eine Bemerkung: Ich weiß nicht, wer die – ja ein historisches Dokument darstellende – kommentierte Bibliographie der Literatur der Arbeiterbewegung kennt, die Rudi Dutschke im Sommer 1966 angefertigt hat. Das ist ein faszinierendes Dokument, in dem alle die Autoren und Strömungen versammelt sind, die im historischen Bewußtsein des Traditionskommunisten und des Traditionssozialdemokraten nicht vorkommen. Von daher wirklich eine faszinierende Lektüre. Und daß das nicht ein unbewußter, spontan handelnder Demagoge gewesen ist, sondern ein Mann, der – wenn auch in begrenzter Art und Weise – historische Tradition aufgenommen, verarbeitet und in politisches Handeln umgesetzt hat, das wird einem daraus deutlich. Rudi Dutschke war eben kein Zufall, sondern ein ganz, ganz dünner, schmaler Strang einer geschichtlichen Entwicklung, die einmal sehr viel breiter war.

Auf die verschiedenen umlaufenden Legenden über die Ursachen des Untergangs der Weimarer Republik, die auch der Aufklärung harren, will ich hier nur kurz verweisen. Es wäre außerordentlich wertvoll, einmal wirklich die faktische Bedeutung des Fehlens oder Vorhandenseins von Ministerpräsidentenbeschlüssen für den Untergang der Weimarer Republik kritisch und nicht nur polemisch zu diskutieren. Da ist ein bißchen was dran, aber ganz so wie es heute in der Apologetik behandelt wird, ist es sicher nicht.

Zwei letzte Bemerkungen: Die Aufdeckung der wirklichen Geschichte der kommunistischen Weltbewegung könnte meiner Meinung nach Klarheit über den gegenwärtigen Charakter des sowjetischen Systems und seiner politischen Möglichkeiten in der Zukunft geben. Wer rein nur quantitativ die Zahl der von der Sowjetunion im Großmachtinteresse des kommunistischen Großstaates Rußland verratenen und zertrampelten revolutionären Bewegungen aufzählt, kann meiner Meinung nach an der Vorstellung von einer weltrevolutionären Berufung der Sowjetunion im Ernst nicht mehr länger festhalten. Und

wer eine wirklich kritische Geschichte des Kolonialismus und des Imperialismus schreibt, bis hin zur Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten in den letzten Jahrzehnten, dem müssen an der zivilisatorischen Wirkung der verfassungstaatlichen Demokratie, sowie sie die Grenzen von Westeuropa und Nordamerika überschreitet, erhebliche Zweifel kommen – bloß aufgrund der Kenntnisnahme der historischen Fakten.

Ich glaube, daß ich damit mindestens die These vom Zusammenhang geschichtlichen Bewußtseins mit Politik und natürlich von geschichtlichem Zusammenhang und sozialdemokratischer oder demokratisch-sozialistischer Politik ein bißchen einsichtig habe machen können. Ich habe keinerlei didaktische Ratschläge, die ich daraus ableiten könnte; ich bin kein Pädagoge oder Didaktiker der Erwachsenenbildung, ich habe auch kein Programm, was man unter pragmatischen Gesichtspunkten aufgrund solcher Erkenntnisse, wenn man sie sich zu eigen macht, tun sollte. Aber an einem würde ich festhalten: daß geschichtliches Bewußtsein ein notwendiger Bestandteil aufgeklärten und realitätsnahen politischen Bewußtseins und daß sie parteilich ist in einem ganz spezifischen Sinne, nämlich als historisch-politische Parteilnahme für die Leidenden, kämpfenden, sich immer wieder erfolglos, gelegentlich auch erfolgreich befreienden Menschen, deren Schicksal wir eben nur in der Geschichte auffinden können. Und ein anderes Experimentierfeld für Politik und menschliches Verhalten als die Geschichte steht uns nicht zur Verfügung.

Ich halte allerdings mit Hegel und auch mit Marx fest, daß nach meinem Verständnis von Politik und Geschichte und dem sie verbindenden wissenschaftlich geklärten Bewußtsein, die sinnvolle Geschichte der Fortschritt der Menschheit im Bewußtsein der Freiheit ist. Das ist allerdings ein Punkt, an dem die Überparteilichkeit und die Objektivität aufhören: Hier kann es für mich nur noch Partei geben. Im übrigen gibt es ein schönes Lied Georg Herweghs aus der revolutionären Tradition der deutschen Demokratie, das da beginnt mit den Zeilen:

„Partei, Partei, wer wollte sie nicht nehmen,
die stets die Mutter aller Siege war.“

In einem Parteihaus vielleicht ein angemessener Text.

Hans Mommsen: Sozialdemokratie und Geschichte

Die breit gefächerten und ermutigenden Versuche dieses Kreises, die Beschäftigung der Sozialdemokraten mit der Geschichte der Partei wie der deutschen Demokratie zu beleben, erfolgen in einer politischen Gesamtsituation, die durch eine schleichende Legitimitätskrise des politischen Systems der Bundesrepublik gekennzeichnet ist. Es wäre zu einfach, deren Ursachen in der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise aufzusuchen. Sie liegen tiefer, und die gesamtwirtschaftliche Situation hat einen wachsenden Vertrauensverlust in die demokratisch-parlamentarischen Institutionen, die Parteien und Verbände nur stärker hervortreten lassen. Der gesellschaftliche Tabuisierungsdruck gegenüber nationalistischen, neo- und postfaschistischen Bestrebungen sinkt deutlich ab. Die Integrationskraft des politischen Systems geht zurück; wie in der zweiten Hälfte der 20er Jahre zeichnet sich eine zunehmende Fremdheit der jüngeren Generation gegenüber dem institutionellen Gefüge und den Mechanismen der politischen Willensbildung ab, die sich nicht nur in den alternativen Bewegungen dokumentiert, sondern auch in dem wachsenden Nichtengagement vieler Jugendlicher.

Die relative Geschichtslosigkeit der Bundesrepublik tritt im gleichen Zusammenhang zurück. Es ist nicht allein ein zunehmendes Interesse an geschichtlichen Fragen zu konstatieren; vielmehr gewinnen historische Bezüge deutlich größeres Gewicht in der Selbstdarstellung politischer Gruppen und für die politische Legitimierung konkurrierender politischer Interessen. Es ist daher nicht nur legitim, sondern bitter notwendig, daß die SPD sich vermehrt über ihren historisch-politischen Standort Rechenschaft zu geben bemüht ist und der Bedeutung des historischen Bewußtseins für die politische Willensbildung größeres Gewicht beimißt, als dies in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war. Die veränderte welt- und innenpolitische Situation verändert den Stellenwert gewohnter und beliebter historischer Paradigmen, wie zum Beispiel die Bewertung des Bruchs der Großen Koalition im März 1930 oder der Ursachen des Durchbruchs der NSDAP als Massenbewegung im Frühjahr 1929.

Geschichtliche Reflexion kann schwerlich politische Handlungsanweisungen für die unmittelbare Gegenwart bereitstellen. Sie ist kein Mittel, taktische oder grundsätzliche Divergenzen, die zum Wesen politischer Verbände gehören, zu überbrücken. Sie ist kein Opium, um die Adressaten durch die Beschwö-

rung einer besseren oder schlechteren Vergangenheit über eine graue Gegenwart hinwegzutösten. Wohl aber hilft sie, Abstand von unmittelbaren Konflikten und Problembeständen zu gewinnen, diese in eine langfristige Perspektive zu rücken und Mäherin zu sein, sich nicht in kurzfristigen und kurzfristigen Aushilfsstrategien zu erschöpfen. Die SPD, die aus dem hervorging, was Karl Marx „die Bewegung im großen historischen Sinne“ nannte, bedarf zu ihrer kritischen Orientierung der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit ebenso wie dies für jedes Individuum gilt.

Kurzfristige Nutzenwendungen freilich sind rar. Gerade weil geschichtliche Erkenntnis nicht in politisches Handeln direkt umsetzbar ist, besitzt sie jedoch eine unentbehrliche konsensstiftende Funktion. Jede Beschäftigung mit zurückliegender gemeinsamer geschichtlicher Erfahrung konstituiert eine Bewußtseins-ebene, die noch so kontroverse Interessen und Einstellungen in den gemeinsamen Bezugsrahmen ihres Gewordenseins hineinzwängt. Nationale Identität beispielsweise entsteht nur auf der Folie gemeinsamer geschichtlicher Erfahrung – gelegentlich vorgestellter Erfahrung –, und das gilt in abgewandeltem Sinne für politisch-soziale Bewegungen. Wenn auf dem letzten SPD-Parteitag das allseitige Bedürfnis artikuliert worden ist, bei allen Kontroversen „aufeinander zuzukommen“, so ist die Bewußtmachung der geschichtlichen Grundlagen und Entwicklungsstufen der organisierten Arbeiterbewegung ein unerläßliches Hilfsmittel dazu. Das – wie ich ausdrücklich sagen möchte – vorzügliche Diskussionspapier der Grundwertekommission vom Februar 1982 über „Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens“ ist ein gutes Beispiel dafür, daß die Rückbesinnung auf die historischen Grundlagen mit der Bereitschaft, sich neuen Herausforderungen zu stellen, untrennbar verknüpft ist. Es kann sich freilich nicht darum handeln, die Programmdiskussion auf die Folie eines harmonischen, kontroverse Tatbestände ausklammernden Geschichtsbilds zu stellen. Nur eine kritische, divergierende Interpretationen bewußt einbeziehende Sicht der Geschichte, die sich zugleich von einseitiger Stoffselektion freihält, kann die konsensfördernde und Engagement auslösende Wirkung geschichtlicher Reflexion erzeugen.

Geschichtliche Probleme und Gegenstände sind in der Regel das Medium, in dem politische Legitimationskonflikte ausgetragen werden. Grundsätzliche gesellschaftspolitische Kontroversen werden in aller Regel nicht ohne die Hilfstruppen historischer Ana-

logien ausgefochten, und die Fachwissenschaft, so sehr sie sich unmittelbarer Nutzenanwendung zu entziehen sucht, kann sich daraus keineswegs ausklammern, und dort, wo sie explizit wertende Betrachtung leugnet, steht sie häufig in einem indirekten politischen Kontext. Gewiß hat die deutsche Geschichtswissenschaft gut daran getan, daß Geschäft der politischen Beratung in den zurückliegenden Jahrzehnten weitgehend an die Sozialwissenschaft und die Politologie abzutreten, und die Erfahrungen einer einseitig politisierten Geschichtswissenschaft im wilhelminischen Kaiserreich und in der Weimarer Republik bieten hinreichenden Anlaß für solche Zurückhaltung. Andererseits zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, daß weniger der professionalisierten Geschichtswissenschaft selbst als den geschichtlichen Bewußtsein vermittelnden Multiplikatoren ein wachsendes Gewicht im Prozeß kontinuierlicher gesellschaftlicher Bewußtseinsbildung zukommt.

Die Frage, was die SPD und was deren Historische Kommission in diesem Zusammenhang tun können, verlangt Antworten, die auf sehr verschiedenen Ebenen liegen. Es ist nicht Sache einer politischen Partei oder Bewegung, der offiziellen Geschichtswissenschaft und ihren Multiplikatoren im öffentlichen Bildungswesen eine eigene Akademie, schlimmstenfalls eine Gegenakademie gegenüberzustellen. Die Arbeiterbewegung war in der Phase des Bismarckreichs dazu gezwungen, außerhalb des amtlichen Kulturbetriebs eigene Bildungsinstitutionen zu errichten und ein Gegengeschichtsbild zu formulieren. Daß die Tendenz, sich vom Bildungswesen zu isolieren – etwa mit der Errichtung der Akademie der Arbeit – in der Weimarer Zeit eine gewissen Fortsetzung fand, erscheint aus Retrospektive als problematisch, obwohl hier eine eindeutige Beurteilung nicht möglich ist.

In der Gesellschaft der Bundesrepublik hat dies sich grundlegend verändert. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist nicht länger Forschungsgegenstand von Außenseitern; sie ist ein fest etablierter Zweig der modernen Geschichtsschreibung, und sie hat in den zurückliegenden Jahren breites Interesse bei Fachhistorikern und Studierenden gewonnen – ein Prozeß, der freilich jetzt rückläufig erscheint. Äußerer Anstoß für die Aufnahme der Arbeiterbewegungsgeschichtsschreibung in den Kreis ernstzunehmender Disziplinen durch die „Zunft“ war ohne Zweifel die ideologische Konkurrenz zur marxistisch-leninistischen Forschung der DDR, deren fachliche Qualität in der Bundesrepublik immer noch gern unterschätzt wird. Aber die Organisationen der

Arbeiterbewegung selbst haben wichtige Anstöße gegeben; das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung ist hier in erster Linie zu nennen, aber danach rangieren wichtige Initiativen, die gutenteils vom DGB und von Einzelgewerkschaften ausgingen. Hier sei an die Anstöße Heinz Oskar Vettors zur Belebung der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung, die in den letzten anderthalb Jahrzehnten einen signifikanten Aufstieg genommen hat, erinnert. Wichtig an dieser Entwicklung war, daß die konkrete Zusammenarbeit mit der Fachwissenschaft gesucht wurde. Das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, beispielsweise, gehört zu den fachwissenschaftlich voll anerkannten Forschungsinstitutionen der Bundesrepublik, und das ist gut so.

Andererseits kann nicht verschwiegen werden, daß in zahlreichen Institutionen der gewerkschaftlichen und wohl auch der sozialdemokratischen Bildungsarbeit Tendenzen nicht ganz verschwunden sind, sich von der zu Recht oder zu Unrecht als „bürgerlich“ denunzierten Fachwissenschaft zu isolieren und gleichsam ein introvertiertes Subgeschichtsbild zu pflegen, das nun freilich auf die jeweiligen Bezugsgruppen beschränkt und insoweit gesamtgesellschaftlich irrelevant bleibt. Der schleichende und zum Teil offene Antiintellektualismus der westdeutschen politischen Kultur macht vor der organisierten Arbeiterbewegung nicht halt, zumal er hier ursprünglich berechnete historische Antriebe besaß. Schließlich ist der Einfluß sozialdemokratischer Positionen in der westdeutschen Geschichtswissenschaft, die bis in die frühen 60er Jahre durch und durch von bürgerlich-konservativen Standpunkten beherrscht wurde, nur durch die Expansion der Hochschulen in den späten 60er und frühen 70er Jahren möglich gewesen, von einigen ganz wenigen Ausnahmen, etwa der Position Wolfgang Abendroths in Marburg abgesehen. Nur die Expansion erlaubte, daß akademische Außenseiter in diesem politischen Sinne zentrale Positionen im Universitätswesen einnahmen. Es spricht vieles dafür, daß diese Entwicklung rückläufig ist, daß sich das Spektrum in der historischen Fachwissenschaft zugunsten der Rechten und der rechten Mitte, die natürlich eine ganze Reihe von Mitgliedern der SPD einschließt, verengt. Wenn die gegenwärtigen Sparmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen, das den Personalbestand im Fach Geschichte um 30% zu kürzen bestrebt ist, durchgeführt würden, wäre eine der Folgen, daß zahlreiche jüngere Historiker – und unter diesen hat eine stärkere Orientierung nach links und zur SPD am meisten Platz gegriffen – ihre Karrierechancen einbüßen und der Bestand überwiegend

konservativen Personals weiter versäult wird; daß die konservative Gegenbewegung im Fach sich auf intern höchst wirksame Verbandseinflüsse abstützen kann, dürfte niemand, der die Hochschulszene einigermaßen überblickt, verborgen geblieben sein.

Es wäre bedenklich, wenn sich die Partei und die ihr nahestehenden Institutionen darauf beschränken würden, durch Aktivitäten diesen Tendenzen nur substitutiv entgegenzuwirken und auf der Basis des eigenen Bildungs- und Informationswesens zu korrigieren. Das heißt nicht, daß Initiativen dieser Art, wie sie in diesem Kreise vorgeschlagen worden sind, nicht ihre Rechtfertigung in sich tragen, und ich möchte ausdrücklich sagen, daß sie wärmstens zu begrüßen sind. Aber sie sollten nicht die Zielsetzung aus den Augen verlieren lassen, daß es auch darum gehen muß, die Möglichkeiten energischer als bisher wahrzunehmen, die offizielle Geschichtswissenschaft, ihre Institutionen und ihre Publikationsorgane nicht dem dominierenden Einfluß spezifisch konservativer Strömungen zu überlassen. Wobei der Begriff „konservativ“ vielleicht zu plakativ ist und in der Diskussion einer näheren Ausfüllung bedarf. Dies ist gewiß nicht Aufgabe der Partei selbst, wohl aber der sozialdemokratischen Einflußnahme auf die Wissenschaftspolitik in Bund und Ländern. Es ist richtig, daß die Partei hier nicht immer eine glückliche Hand gehabt hat, und das spricht in mancher Hinsicht für sie. Auch kann es keineswegs darum gehen, einer einseitigen Personalpolitik das Wort zu reden und Gesichtspunkte der fachlichen Qualifikation auf eine zweite Stelle zu rücken. Aber es wäre bereits viel erreicht, wenn Gutachtergremien, deren Auswahl den Wissenschaftsministern obliegt, ausgewogener besetzt wären, als das häufig der Fall ist. Es muß überraschen, daß die nordrhein-westfälische Landesregierung die fachliche Vorbereitung der inzwischen abgeblasenen Landesaussstellung ausschließlich der CDU angehörenden oder nahestehenden Fachvertretern anvertraut hat. Es ist bezeichnend, daß der nordrhein-westfälische Vertreter im Kuratorium des Instituts für Zeitgeschichte sich seinerzeit gegen die Veröffentlichung einer kritischen Studie über die Rassenschandeverfahren in Hamburg, wohl aber für die Publikation einer eindeutig rechtslastigen Studie zur deutschen Justiz unter dem Nationalsozialismus ausgesprochen hat. Nicht weniger symptomatisch erscheint mir, daß die Erstellung der Richtlinien für den Geschichtsunterricht in der Oberstufe an Gymnasien in Nordrhein-Westfalen, trotz einer vorausliegenden Resolution der Landtagsfraktion zu den Grundlagen des Geschichtsunterrichts, weitgehend

Vertretern der Opposition überlassen und eine Berücksichtigung sozialdemokratisch beeinflusster Positionen nur begrenzt erreicht wurde. CDU- und CSU-Kabinette sind in dieser Beziehung weniger zimperlich.

Der tiefere Grund für derlei Versäumnisse liegt vor allem wohl darin, daß innerhalb der SPD ein hinreichender Konsensus über historiographische Grundorientierungen nicht besteht, zum anderen in einer begrifflichen Scheu, politische Auseinandersetzungen über derartige Fragen zu führen und sich dem Vorwurf der Inobjektivität auszusetzen. Nur wird man sich dann nicht wundern dürfen, daß die historisch-politische Diskussion überwiegend von Positionen bestimmt wird, die – um es milde auszudrücken – in einer Spannung zu sozialdemokratischen Grundsätzen stehen. Die extreme Sensibilisierung gerade der Sozialdemokratie gegenüber linksradikalen Standpunkten ist dabei ungleich höher als diejenige gegenüber neokonservativ geprägten ordnungspolitischen Denkmustern, mit denen eine Auseinandersetzung dringend geboten ist. Ich habe in anderem Zusammenhang einmal darauf hingewiesen, daß alles Attackieren der kleinen neofaschistischen Minderheiten gar keinen Sinn hat, wenn man nicht den Mut hat, das neokonservative Umfeld politisch anzugreifen. Das letzte Papier der Partei hat aus diesem Gedankengang einen Halbsatz gemacht. Der tiefere Grund für diese Zurückhaltung ist vielleicht auch darin zu suchen, daß zu wenig Kontakte im Rahmen der Parteigremien zwischen denen, die die sozialwissenschaftliche und historische Fachrichtung an den Universitäten vertreten, und den anderen Bildungsinstitutionen und Entscheidungsträgern bestehen.

Es spricht vieles dafür, daß die Beschäftigung mit der Geschichte der eigenen Bewegung von selten der Kommission nachdrücklich gefördert wird, wie dies in zahlreichen Vorschlägen und Programmen, die teilweise bereits konkretisiert sind, zum Ausdruck kommt. Indessen – dies ist bloß eine Warnung – sollte nicht auf die überwundene Ebene bloßer Arbeiterorganisationsgeschichte zurückgegangen werden. Die Impulse der sozialgeschichtlichen Forschung, die sich bemüht, die organisierte Arbeiterbewegung mit der realen Lage der Arbeiterschaft und den allgemeinen sozio-ökonomischen Bedingungen in Beziehung zu setzen, sind gerade für lokalgeschichtliche Studien nützlich und anregend. Auf dieser Ebene der Weckung des Interesses und Engagements für Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung bleibt freilich ein zentrales Desiderat auf der

Strecke: die Behandlung der Geschichte der Arbeiterbewegung in anderen europäischen Ländern – abgesehen von der kommunistischen. Dies ist jedoch unter dem Gesichtspunkt, daß im Zusammenhang mit dem Fortschreiten der europäischen Integration eine genauere Kenntnis der Entwicklungsbedingungen der Arbeiterbewegung der europäischen Länder die Voraussetzung für konkrete Kooperation vor allem in sozialpolitischen Fragen – wie der Erweiterung und Variierung von Mitbestimmung – wichtig ist, unerlässlich. Es wäre wünschenswert, wenn Forschungen auf diesem Gebiet durch Initiativen von sozialdemokratischer Seite intensiviert werden. Wenn gar nichts hilft, könnte man immerhin noch an die Ausschreibung von Preisen denken. Initiativen, etwa im Bereich des Aufbaus bestimmter Institute, haben bisher keine besonders nachdrückliche Förderung erfahren.

Unter dem Gesichtspunkt der politischen Bildung wie stärkerer Heranziehung von kritischem Sachverstand scheint es wünschenswert, sozialgeschichtliche Probleme – wie Rationalisierung, Arbeitszeitverkürzung, Entwicklung der industriellen Arbeitsbeziehungen – in den Kanon der bevorzugten historischen Themenbereiche aufzunehmen. Dabei könnte auf die einschlägigen Erfahrungen der Betriebsräteseminare zurückgegriffen werden, die seit über zehn Jahren von der Abteilung Geschichtswissenschaft der Ruhruniversität in Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Institutionen durchgeführt werden. Die genauere Kenntnis der sozialpolitischen Entwicklung namentlich der Weimarer Zeit würde sicherlich hilfreich sein, um die Auseinandersetzungen über die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Systems der sozialen Sicherheit aus einer breiteren Perspektive heraus zu führen.

Ich stimme mit Peter von Oertzen nicht überein, daß Sozialgeschichte, Personengeschichte und Kulturgeschichte in unserer Situation gleichsam austauschbar sind, auch wenn es methodologisch unabweislich richtig ist, daß jeder Ansatz der Geschichtsschreibung sein eigenes Recht in sich hat. Aber wenn etwa der damalige Bundespräsident Scheel in einem Gespräch, das ich nicht vergesse, die Meinung vertreten hat, daß die Entstehung des Terrorismus letzten Endes eine Folge der Mode der Sozialgeschichtsschreibung in der Bundesrepublik gewesen sei und man diese dringend abbauen müsse; und wenn in unserer Gesellschaft Vorurteile gegen Sozialgeschichte in so breitem Umfang vorhanden sind, wie das sich allenthalben nachweisen läßt, wird man den Akzent auf die Sozialgeschichte stärker setzen

müssen und in diesem Falle auch parteilich sein. Tatsächlich ist die deutsche Geschichtsschreibung trotz erheblicher Fortschritte in dieser Beziehung immer noch hinter der Geschichtsschreibung westlicher Länder einschließlich der Vereinigten Staaten zurück. Die Frage wäre unwichtig, wenn nicht im Fach eine sehr deutliche Gegenbewegung gegen die Sozialgeschichtsschreibung erfolgte, so daß bestimmte linksstehende Repräsentanten derselben bereits mit einer relativen Isolierung rechnen können.

Im ganzen sollte man sich bemühen, bei der Empfehlung von Unterrichts- und Bildungsmaterialien auf die Hilfe der Fachwissenschaft in stärkerem Maße zurückzugreifen. Was die Behandlung des Nationalsozialismus anbetrifft, sollte vermieden werden, dessen Entwicklung aus der Geschichte des Weimarer politischen Systems herauszulösen und statt mit politisch-analytischen Kategorien mit moralischen Argumentationen zu arbeiten. Es kann nicht allein darum gehen, eine Immunisierung gegenüber nationalistischen und antisemitischen Ideologien zu erreichen; vielmehr muß die Politische Bildung auch und vor allem die politischen Mechanismen, die zur Errichtung und Radikalisierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems geführt haben, analysieren und sich von der traditionalistischen Sehweise freizuhalten, daß die Machtergreifung in erster Linie das Resultat der nationalsozialistischen Wahlwerbung oder doch der direkten Identifikation großer Teile der Wähler mit dem nationalsozialistischen Programm gewesen ist.

Ähnlich gilt dies für die Auseinandersetzung mit dem Neo- und Post-Faschismus. Es ist wenig damit getan, wenn dieser isoliert behandelt und vorwiegend unter ideologiekritischem Vorzeichen – mit dem Metekel der nationalsozialistischen Diktatur im Hintergrund – abgelehnt wird. Solange nicht das gesellschaftliche Umfeld mit zur Erörterung gelangt – dazu gehört die sich ausbreitende neokonservative Tendenz, die gutenteils zur Enttabuisierung faschistischer Verhaltens- und Denkweisen beiträgt –, ist eine adäquate Auseinandersetzung mit diesen an sich marginalen Strömungen schwerlich denkbar. Zugleich müssen die sozialen Veränderungen und Verhaltensweisen in der Bundesrepublik in den Blick kommen. Nicht zuletzt ist das Studium und die kritische Analyse des auch für die Nachkriegsepoche typischen intergenerativen Konflikts unerlässlich.

Alles in allem wird eine stärkere kritische Auseinandersetzung mit der geschichtlichen Überlieferung und indirekt mit tradierten Einstellungen in der Bundesrepublik den Weg zu einer stärkeren Identifi-

kation mit der gegenwärtigen Gesellschaft freimachen, ohne darum zu einer bloß affirmativen Einstellung zu führen. Ein solcher Weg ist ohne historische Selbstkritik und historische Relativierung nicht gangbar. Gerade diese öffnen den Blick zugunsten einer emanzipatorischen Perspektive, ohne sich in bloß spekulativen Erwägungen, die die Widerständigkeit politischen und sozialen Handelns aus den Augen verlieren, zu erschöpfen. Sie begründet nicht neue Werthaltungen, fordert indessen dazu heraus, für politische Grundwerte und Ziele zu optieren und zugleich deren Interdependenz zu begreifen. Parteikri-

Susanne Miller: Leonard Nelson — ein revolutionärer Revisionist

Dr. Susanne Miller, Jahrgang 1915, ist Vorsitzende der Historischen Kommission und Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Partei Vorstand. Bis 1945 gehörte sie dem aus dem sog. Nelsonbund hervorgegangenen „Internationalen Sozialistischen Kampfbund“ (ISK) an. Veröffentlichungen u. a.: Das Problem der Freiheit im Sozialismus, 1964 (5. Aufl., Dietz-Verlag, 1977); Bürgerfrieden und Klassenkampf, 1974; Die SPD vor und nach Godesberg (= Kleine Geschichte der SPD, Verlag Neue Gesellschaft, 4. Aufl., 1981); zahlreiche Zeitschriftenaufsätze (s. a. NG 1/73, 4/74, 2/75, 7/79, 2/80 und 9/81).

„Ketzerien eines revolutionären Revisionisten“ lautete der Untertitel der 1927 erschienenen Schrift Leonard Nelsons „Die bessere Sicherheit“, in der er seine Kritik an der marxistischen Begründung des Sozialismus zusammengefaßt hat. Sie schließt mit der Feststellung: „Der Klassenkampf ist gerechtfertigt als der Kampf ums Recht, und die Notwendigkeit des Klassenkampfes ist begründet durch die praktische Notwendigkeit des Rechts.“ Wesentliches der philosophischen, politischen und pädagogischen Lebensarbeit Nelsons ist in dieser Aussage enthalten. Den Klassenkampf hielt er, wie die meisten Sozialisten seiner Zeit, für geboten, um soziale Gerechtigkeit, freie Entfaltungsmöglichkeit für alle Menschen und Frieden zwischen den Völkern zu erreichen. Weil Nelson die Gesellschaft in ihren Strukturen von Grund auf verändern wollte, zählte er sich zu den

sen wird man durch eine solche langfristig angelegte Tätigkeit nicht abfangen können. Wohl aber wird man erreichen, die auf breiter Front in Gang kommende Legitimitätsdebatte mit längerem Atem und aktiver und selbstbewußter zu führen, als das bisher der Fall ist. Und vielleicht gelingt es, in diesem sensiblen Bereich des geschichtlichen Bewußtseins aus der bloß defensiven Attitüde herauszukommen, die viele Vertreter der Sozialdemokratie an den Tag legen, wenn sie mit überwiegend konservativ-ordnungspolitisch geprägten historischen Positionen konfrontiert werden.

Revolutionären. Den entscheidenden Anstoß für diese Änderung sah er im Willen von Menschen zum Recht und zur Freiheit sowie in ihrer Bereitschaft, sich für eine Gesellschaft einzusetzen, in der diese Werte gewährleistet sind. So waren für ihn sowohl die Ziele des Sozialismus als auch der Kampf für diese Ziele Forderungen der praktischen Vernunft, also einer auf Handeln gerichteten Ethik. Die Theorie, die nachzuweisen versuchte, daß der Klassenkampf durch die der kapitalistischen Gesellschaft innewohnenden Gesetze notwendigerweise erzeugt und daß der Sozialismus ein Resultat des Geschichtsprozesses sein werde, lehnte er ab. Darum trat er — darin Eduard Bernstein ähnlich — als „Revisionist“ gegenüber der Geschichtsphilosophie des Marxismus auf.

Herkommen und Einflüsse

Nelsons Wirken innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung war nicht durch das soziale Milieu, in dem er aufgewachsen war, vorgezeichnet gewesen. Am 11. Juli 1872 in Berlin geboren, entstammte er dem gebildeten, wohlhabenden Bürgertum des wilhelminischen Deutschland. Sein Vater, Heinrich Nelson, war ein angesehener Rechtsanwalt jüdischer Herkunft mit literarischen und musikalischen Interessen, seine Mutter war eine begabte Malerin, eine Enkelin des berühmten Mathematikers Lejeune Dirichlet und verwandt mit den Gelehrten- und Künstlerfamilien Hensel und Mendelssohn-Bartholdy. Heinrich Nelson begleitete den wissenschaftlichen und politischen Lebensweg seines Sohnes mit außerordentlichem Verständnis, stets bereit, seine Bemühungen zu unterstützen.

Überschattet war Leonard Nelsons Jugend in diesem geistig und musisch so anregenden Elternhaus

durch seine deprimierenden Erfahrungen in der Schule. Für den Gymnasiasten ist eine Episode kennzeichnend: Das Thema des Klassenaufsatzes „Was denke ich mir beim Anblick der Siegestsäule“ (in Berlin) tat er mit dem Satz ab: „Beim Anblick der Siegestsäule denke ich mir gar nichts.“ Nelsons radikaler Rat an den sozialdemokratischen Kultusminister nach der Revolution von 1918, er solle zunächst alle Schulen schließen lassen, war von dem Eindruck beeinflusst, daß er selber in seiner Schulzeit mit „mechanischem und totem Lehrstoff“ abgespeist worden war, wie er später seinen Eltern schrieb.

Sehr früh und durch einen Zufall war Leonard Nelsons Denken in eine Richtung gewiesen worden, die er nie mehr verlassen hat. Der Vierzehnjährige erhielt als ein Konfirmationsgeschenk eine „Kulturgeschichte“, in der die Philosophie von Immanuel Kant und dessen Schüler Jakob Friedrich Fries behandelt wurde. Die Übernahme der Methode dieser Philosophie und der eigenständige Ausbau ihrer Inhalte bildeten das philosophische Lebenswerk Nelsons.

Nach dem Studium in Heidelberg, Berlin und Göttingen promovierte Nelson 1904 mit einer Dissertation über Fries und habilitierte sich fünf Jahre später an der naturwissenschaftlichen Abteilung der philosophischen Fakultät der Universität Göttingen. Den engsten wissenschaftlichen Kontakt hatte er dort zu dem Mathematiker David Hilbert. 1919 wurde Nelson in Göttingen zum außerordentlichen Professor ernannt – Ordinarius wurde er nie.

Politisches Engagement

Seine intensive Arbeit als Forscher und Hochschullehrer sah Nelson niemals losgelöst von gesellschaftspolitischen Fragen. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg war er in der Freideutschen Jugend und in liberalen Kreisen tätig. Einer politischen Partei hat er sich damals nicht angeschlossen, auch den Liberalen stand er offenbar mit Vorbehalten gegenüber. In einem Brief an seine Eltern aus dem Jahre 1907 begrüßte er die Wahl Friedrich Naumanns in den Reichstag (für die Freisinnige Vereinigung) und meinte, Naumann scheine „gegenwärtig der einzige Politiker in Deutschland zu sein, von dem man sich etwas versprechen kann, wenn man auch nicht mit dem Einzelnen seiner Ansichten einverstanden zu sein braucht“. Vermutlich bezog sich diese Einschränkung der Hochschätzung Naumanns auf dessen Nationalismus, eine Haltung, der Nelson auch in seiner Lehrtätigkeit entgegenzuwirken bestrebt war. So berichtete er einige Jahre später seinen Eltern,

daß seine Übungen mit Studenten „eine Art pazifistischen Seminars“ geworden seien.

Am Tag vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges hielt Nelson eine staatsphilosophische Vorlesung über den „Staatenbund“, deren Text er im November 1918 veröffentlichte, um – wie er in einer Vorbemerkung schrieb – der Welt zu zeigen, daß es in Deutschland schon vor dem Kriege Menschen gab, die der Völkerbundsidee aus voller Überzeugung zustimmten. Nach Kriegsausbruch hoffte Nelson auf einen schnellen und überlegenen Sieg Deutschlands, der zur Errichtung eines europäischen Staatenbundes, vielleicht sogar eines Weltstaatenbundes, genutzt werden sollte, wie er in einer Denkschrift vom September 1914 forderte.

Sehr bald geriet Nelson in einen scharfen Gegensatz zu der Kriegsstimmung seines akademischen Wirkungskreises. Da er wegen seiner labilen Gesundheit nicht zum Kriegsdienst eingezogen wurde, konnte er seine wissenschaftliche Arbeit und seine Lehrtätigkeit fortsetzen. Aber weniger denn je, beschränkte er sich auf sie.

Der Internationale Jugendbund (IJB)

Unter dem Eindruck des furchtbaren Völkermordes, des sich steigernden Nationalismus und des Fehlens von Vorbereitungen für eine vernünftige Friedensordnung entschloß sich Nelson zu einem Schritt von weittragender Konsequenz für sein Lebenswerk und dessen Bedeutung. Mit Unterstützung von Minna Specht, einer begnadeten Pädagogin, gründete er 1917 den Internationalen Jugendbund (IJB) mit dem Zweck, in dieser Gesinnungs- und Erziehungsgemeinschaft Menschen zum zielbewußten Wirken im öffentlichen Leben heranzubilden. Der IJB schloß sich keiner politischen Partei an, er verpflichtete jedoch in den folgenden Jahren seine Mitglieder zum Eintritt und zur aktiven Mitarbeit in einer der Arbeiterparteien. Nelson selber wurde Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD). Nach der Vereinigung der USPD mit der SPD (1922) waren alle IJB-Mitglieder, die meisten proletarischer oder kleinbürgerlicher Herkunft und ohne akademische Ausbildung, in der SPD tätig.

Mit der Gründung des IJB hatte Nelson die Konsequenz aus seiner vor allem während des Krieges gewonnenen Einsicht gezogen, daß die sogenannten Gebildeten vor der Aufgabe, die Gesellschaft nach Kriterien der Vernunft zu gestalten, versagt hatten. Nun setzte er die Hoffnung auf die Arbeiterbewegung. Mit dem Kerngehalt seiner Ethik wollte er ihr eine wissenschaftlich und praktisch haltbare theoreti-

sche Grundlage geben. Die Ausbildung kritikfähiger, idealistischer junger Menschen hielt er für eine unerläßliche Bedingung im Kampf für die Sache der Gerechtigkeit. Nelson verstand seine wissenschaftliche Arbeit, die von einer philosophisch-politischen Akademie unterstützt wurde, und das von ihm gegründete, von Minna Specht geleitete Landerziehungsheim „Walkemühle“ mit einer Abteilung für Kinder und mehrjährigen Kursen für Erwachsene als einen Dienst an den Zielen, die von der Arbeiterbewegung erstrebt wurden. Mit Menschen, denen „nur an theoretischer Unterhaltung gelegen [ist] und nicht an der Erreichung praktischer Zwecke“, hat er während des Krieges endgültig gebrochen.

Der Weg zum Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK)

Innerhalb der Sozialistischen Arbeiterjugend, bei den Jungsozialisten, im Freidenkerverband, im Arbeiter-Abstinenzbund und in anderen Organisationen der Arbeiterbewegung fand die Arbeit der „Nelsonianer“ Resonanz. Ihre Erfolge und Nelsons Kritik am Marxismus und an der Demokratie, dazu die Radikalität seiner Forderungen, weckten aber auch Mißtrauen in der SPD. Es wurde verschärft, als der IJB gegen die Parole der SPD aufbegehrte, in der Reichspräsidentenwahl von 1925 für den Zentrumsabgeordneten Wilhelm Marx zu stimmen. Nach einem mißglückten Versuch, in einer Aussprache zwischen dem SPD-Vorstand und Nelson die gegen ihn und seine Anhänger erhobenen Vorwürfe zu klären, wurden die Mitglieder des IJB aus der SPD ausgeschlossen. Jahrzehnte nach diesen Ereignissen äußerte Friedrich Stampfer, ein seinerzeit prominentes Mitglied des SPD-Vorstandes, zu Willi Eichler, er habe jenen Beschluß bedauert, aber, so fügte er hinzu, Nelson paßte so gar nicht in die Landschaft. Das war zweifellos richtig.

Nach dem Verlust seiner Wirkungsmöglichkeiten in der SPD konstituierte sich der IJB 1926 unter dem Namen „Internationaler Sozialistischer Kampfbund“ (ISK) als selbständige politische Organisation. Am 29. Oktober 1927 ist Leonard Nelson gestorben. Die Leitung des ISK übernahm Willi Eichler, Nelsons engster politischer Mitarbeiter.

Es stand im Einklang mit Nelsons Philosophie und mit den Maximen, die sein eigenes Leben bestimmt hatten, daß sich die kleine, von den Massenpartei der Arbeiterbewegung isolierte Schar des ISK zunehmend auf die politische Arbeit konzentrierte. Die Theorie blieb richtungweisend, die Beschäftigung mit ihr trat aber zurück. In den letzten Jahren der Wei-

marer Republik bot der ISK alle seine Kräfte zur Abwehr des Nationalsozialismus auf. Im Widerstand und im Exil setzten seine Mitglieder diesen Kampf fort. Mitarbeiter und Schüler Leonard Nelsons übernahmen nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortungsvolle Aufgaben im öffentlichen Leben, nicht nur in Deutschland. Die moralischen und geistigen Impulse, die von der Persönlichkeit und dem Werk Leonard Nelsons ausgegangen waren, wirkten weiter

Quellen und Literatur

- Leonard Nelson: Gesammelte Schriften in neun Bänden, Hamburg 1970 ff.
- Leonard Nelson: Vom Selbstvertrauen der Vernunft. Schriften zur kritischen Philosophie und ihrer Ethik. Hrsg. von Grete Henry-Hermann, Hamburg 1975
- Leonard Nelson: Ausgewählte Schriften. Studienausgabe. Hrsg. u. eingeleitet von Heinz-Joachim Heydorn, Frankfurt/M.-Köln 1974
- Willi Eichler und Martin Hart: Leonard Nelson. Ein Bild seines Lebens und Wirkens. Aus seinen Werken zusammengefügt und erläutert, Paris 1938
- Minna Specht und Willi Eichler (Hrsg.): Leonard Nelson zum Gedächtnis, Frankfurt/M.-Göttingen 1953
- Erna Blencke: Leonard Nelsons Leben und Wirken im Spiegel der Briefe an seine Eltern, 1891-1915. Material für einen Biographen, in: Erziehung und Politik. Minna Specht zu ihrem 80. Geburtstag, Frankfurt/M. 1960
- Willi Eichler: Sozialisten. Biographische Aufsätze, Bonn-Bad Godesberg 1973
- Werner Link: Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964

Thomas Meyer: Die Aktualität Leonard Nelsons Zum 100. Geburtstag des Philosophen und Sozialisten

Dr. Thomas Meyer, Jahrgang 1943, ist Dozent an der Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg und Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand. Veröffentlichungen u. a.: Der Zwiespalt in der Marx'schen Emanzipationstheorie (1973); Sozialismus und Grundgesetz (1974); Bernsteins konstruktiver Sozialismus (1977); Grundwerte und Wissenschaft im demokratischen Sozialismus (1978); Beiträge in NG 12/75, 10 u. 12/77 und 9/81.

Eine Philosophie für die Praxis

Größe und Grenze des Nelsonschen Lebenswerkes sind daran zu ermessen, daß hier nichts Geringeres erstrebt wurde als die kompromißlose Übersetzung eines in sich geschlossenen wissenschaftlichen Werkes in die politische Praxis. Wo immer sonst ein solcher Versuch gewagt wurde, gelang es nur um den Preis der Vulgarisierung der wissenschaftlichen Lehre. Wäre nicht Nelsons gesamtes Denken von einem ungeheuren rationalistischen Optimismus beherrscht gewesen, er hätte diesen Versuch kaum wagen können. Nelsons wissenschaftliche Ethik und Pädagogik und seine aus beiden abgeleitete ethische Theorie eines freiheitlichen Sozialismus haben in der sozialistischen Arbeiterbewegung niemals Masseneinfluß gewinnen können. Der Ausschluß seiner Anhänger aus der SPD 1925 schien vielmehr ihre politische Einflußlosigkeit zu besiegeln. Über seine Schüler – allen voran Willi Eichler, Gerhard Weisser und Grete Henry – gewannen einige seiner grundlegenden Ideen schließlich jedoch prägenden Einfluß auf das Godesberger Programm von 1959. In einem bestimmten Sinne ist Nelsons Lehre damit zu einer Hintergrundtheorie des geltenden sozialdemokratischen Grundsatzprogrammes geworden.

Sein Hauptwerk – die drei Bände zur „Kritik der praktischen Vernunft“, „Ethik und Pädagogik“ und „Philosophische Rechtslehre und Politik“ – stellen ein abgestimmtes Konzept der wissenschaftlichen Begründung eines Sittengesetzes und seiner politischen und pädagogischen Umsetzung dar. Nelson hat diese gewaltige theoretische Anstrengung allein um der Praxis willen unternommen. Praxis, die nicht beliebige Tun und Treiben, sondern zielgerichtetes Handeln ist, bedarf geklärter Prinzipien. Dies war der Sinn von Nelsons umfassender Theoriearbeit.

Die Idee der Gerechtigkeit

Das Hauptbemühen des Philosophen Nelson galt der inhaltlichen Bestimmung und der wissenschaftlichen Begründung eines universellen Sittengesetzes, das als Idee der Gerechtigkeit die Beziehung der Menschen untereinander verbindlich regeln soll. Dem lag die Vorstellung zugrunde, daß das Wesen des Menschen in seiner Würde besteht; die Würde des Menschen liegt in seiner Befähigung zur vernünftigen Selbstbestimmung. Diese Fähigkeit zur vernünftigen Selbstbestimmung bedingt die Unverfügbarkeit der Person und ihrer Interessen für andere Personen. Damit ist das Problem gestellt, wie die Beziehung einer Vielzahl von Menschen untereinander geregelt sein muß, damit die Würde keines von ihnen verletzt wird. Als Lösung dieses Problems bietet Nelson die Regel an: „Handle nie so, daß du nicht auch in deine Handlungsweise einwilligen könntest, wenn die Interessen der von ihr Betroffenen auch deine eigenen wären.“

Dieser Grundsatz der persönlichen Gleichheit verbindet die Freiheitsansprüche aller widerspruchlos miteinander. Er ist Nelson zufolge die einzige widerspruchslose Durchführung der Idee der Freiheit als allgemeiner Idee und liefert deshalb den Inhalt der Idee der Gerechtigkeit. Das Sittengesetz wird allein aus der vernünftigen Freiheit heraus begründet. Es ist zwar – genau wie Kants kategorischer Imperativ, als dessen Weiterführung es sich versteht – formal, darin besteht Nelson zufolge aber gerade sein Vorzug, denn es gestattet, daß jeder einzelne in der Entfaltung und Befriedigung seiner Interessen frei ist, soweit er nicht in die gleichberechtigten Interessen anderer eingreift. Für den Kollisionsfall von Interessen stellt das Gesetz der persönlichen Gleichheit eine Abwägungsregel bereit. Wir sollen dasjenige Interesse vorziehen, das wir vorziehen würden, wenn aller Beteiligten Interessen in unserer eigenen Person vereinigt wären.

Nelson hielt seiner Formulierung des Sittengesetzes besonders zugute, daß sie einen abstrakten Moralismus vermeiden kann, denn das Sittengesetz verlangt die Abwägung aller tatsächlich vorhandenen Einzelinteressen. Insofern bietet dieses Sittengesetz Raum für die konkrete Fülle des jeweils historisch gelebten Lebens. Es bringt diese konkrete Fülle kraft seiner Abwägungsregel nur in Einklang mit den gleichberechtigten Ansprüchen aller einzelnen. Es will keinen Moralismus, sondern gleichen Raum für die Freiheit aller.

Aus diesem Sittengesetz leitet Nelson seine Norm für die äußeren Verhältnisse einer gerechten Gesell-

schaft ab. Sie besteht in der Ermöglichung gleicher Würde für jedermann. Und er leitet daraus seine Norm für die Erziehung der Nachwachsenden ab: sie besteht in der Herrschaft der vernünftigen Selbstbestimmung über das Leben.

Überblickt man die neueren Versuche zur Entwicklung einer normativen Ethik im Bereich der praktischen Philosophie, so darf man sagen, daß die inhaltliche Bestimmung der Grundnormen von Ethik und Recht über das von Nelson Geleistete nicht entscheidend hinausgekommen sind. Unterschiede bestehen letztlich allein in der Charakterisierung des Geltungsgrundes und in einigen Konsequenzen der praktischen Umsetzung. Während Nelson die Abwägung dem je einzelnen zur Pflicht macht, suchen moderne Theorien der normativen Ethik in einer gemeinsamen praktischen Beratung der Betroffenen die Lösung.

Dialog als Methode

Nelsons Kritik der Erkenntnistheorie war radikal. Er hielt Erkenntnistheorie für unmöglich, da sie stets auf den Widerspruch hinauslaufe, die Möglichkeit von Erkenntnis durch etwas zu begründen, was doch immer selbst auch schon Erkenntnis sein muß. Sie behält insofern ihre Gültigkeit, als sich tatsächlich kein archimedischer Punkt für die Geltung menschlicher Erkenntnis hat finden lassen.

Er selbst erhob den Anspruch, die Existenz nichtanschaulicher unmittelbarer Erkenntnisse als Grundlage aller gültigen menschlichen Erkenntnis empirisch zu beweisen. Diese Lösung des Erkenntnisproblems schien ihm allein noch möglich, nachdem alle anderen als widerspruchsvoll ausgeschieden waren. Auch sie ist bei näherer Betrachtung nicht schlüssig.

Knüpft man dagegen an Nelsons Verständnis der sokratischen Methode als eines Weges gemeinsamer Wahrheitssuche im kritischen Gespräch an, so bietet sich der herrschaftsfreie Dialog als Weg zum Auffinden inhaltlicher Erkenntnisse und als Methode ihrer Begründung an. Damit hat Nelson den modernen Dialogtheorien recht weitgehend vorgegriffen. Seine Formel vom „Selbstvertrauen der Vernunft“ läßt sich also auch im moderneren Sinne als Vertrauen auf das Finden von Wahrheit durch gemeinsamen Vernunftgebrauch lesen.

Erziehung zur Vernunft

Nelson hat als eine der Hauptkonsequenzen für die Praxis aus seiner Formulierung des Sittengesetzes eine pädagogische Theorie abgeleitet. Er hatte

zwar nicht die Illusion, daß durch pädagogische Bemühungen allein eine gerechte Gesellschaft entstehen könnte. Auch darin war er Realist. Er wußte aber, daß nicht nur die Erziehung zur Pflicht und Vernunft, sondern auch das Engagement der einzelnen für eine gerechte Gesellschaft ohne geeignete pädagogische Theorie und Praxis nicht möglich wäre. Für Nelson war eine Erziehung zur Freiheit, die mit dem gleichen Anspruch aller anderen Menschen auf Würde und Freiheit zusammen bestehen kann, in erster Linie Erziehung zur Pflicht, nämlich zur eigenverantwortlichen und aus eigener Einsicht vollzogenen Bereitschaft, die gleichberechtigte Würde des anderen jederzeit verbindlich zu respektieren.

Ich halte dieses pädagogische Ideal für humaner als jene moderne Strömung, die in der ungehemmten Entbindung subjektiver Empfindungen und Empfindlichkeiten ihr höchstes Ziel sieht. Denn human, das war Nelsons Einsicht, ist ja nicht das Maximum an Gefühlsausdruck und Interessenbefriedigung des einzelnen, sondern derjenige Freiheitsgebrauch, der mit dem Anspruch auf Würde aller anderen zusammen bestehen kann. Es kennzeichnet Nelsons Denken und den innersten Kern seiner Philosophie, daß er als einzigen Weg der Verwirklichung, der seinem pädagogischen Ziel nicht widerstreitet, eine Erziehung ansah, die autoritäres, mit Zwang und Strafe vorgehendes Handeln, ebenso ausschließen sollte wie die Beliebigkeit des Subjektivismus und Libertinismus. Am Anfang aller Erziehung sollte die Möglichkeit für den einzelnen stehen, seine Rechte und seine Würde selbst erfahren zu können, um dann Verständnis für den Anspruch anderer auf ihr Recht und ihre Würde zu entfalten. Anstelle dogmatischer Ergebnisvermittlung sollten Einsichtsfähigkeit und Fähigkeit zur Kritik gefördert werden, damit der einzelne durch eigene Einsicht zur Wahrheit finden sollte.

Idealismus und politischer Realismus

Nelsons „ethischer Rigorismus“ will kein weltfremdes Schwärmertum. Ausdrücklich lehnt er den Gedanken ab, es könne unsere Pflicht sein, uns zum Instrument der Interessen anderer zu machen. Das eigene Interesse – das freilich der Bildung bedarf – ist der Hauptantrieb unseres Handelns. Es geht um uns selbst. Freilich nicht um uns allein.

Gerade die Klärung des Verhältnisses von ethischem Rigorismus und Realismus ist eine der wesentlichen fortgeltenden Leistungen Nelsons. Er wußte, daß der Idealismus der Moral nur die eine Voraussetzung für die Verwirklichung von Moral und

Recht in der Gesellschaft ist. Die andere, gleich wichtige, ist die Fähigkeit zum Realismus. Erst die Einsicht in die tatsächlichen Gegebenheiten bietet den Ansatzpunkt, Recht und Moral Wirklichkeit werden zu lassen. Für die Erziehung heißt das, daß sie nicht dem Selbstlauf überlassen werden kann. Für die Politik heißt das, daß erst die Aufbietung einer ausreichenden Macht für das Recht dem Recht seine Chance sichert.

Mit fortwirkender Gültigkeit hat Nelson das Verhältnis von Norm und Realität geklärt. Idealismus und richtig verstandener Realismus gehören untrennbar zusammen. Nur diese Klärung ist geeignet, Utopismus und Doktrinarismus ebenso zu überwinden wie den Opportunismus. Diese Einsicht führte Nelson sowohl zur Verbindung seines Programms einer Verwirklichung der Gesellschaft der Gerechtigkeit mit der Arbeiterbewegung wie zu einer politischen Philosophie des Kompromisses, die überzeugend und klar ist. Nelson wußte, „daß die Verwirklichung des Ideals allein davon abhängt, welche Kräfte dafür eingesetzt werden“.

Wenn das Maß der Verwirklichung von Recht und Moral allein davon abhängt, welche Kräfte dafür ins Feld geführt werden können, so ist der Kompromiß geradezu die Realisierungsform des Ideals: „Die Verwerfung der Kompromisse kann zwei Gründe haben: Sie kann einmal darauf beruhen, daß man mehr, ein andermal weniger will, als das, was man durch Kompromisse erreichen kann. Wo mehr erreichbar ist, da wäre das Eingehen auf Kompromisse verwerflich, wo nicht mehr erreichbar ist, wäre die Ablehnung der Kompromisse eine Preisgabe des Ideals.“ Ein Stück politischer Philosophie, das der Sozialdemokratie wie ins Stammbuch geschrieben klingt.

Freiheitlicher Sozialismus

In dieser Erkenntnis besteht auch Nelsons fortgeltender Beitrag zur theoretischen Fundierung eines zugleich prinzipientreuen und realistischen Sozialismus. Er sieht die Aufgabe des Sozialismus darin, das vom Liberalismus überlieferte Ideal der persönlichen Selbstbestimmung mit den Anforderungen der persönlichen Gleichheit von jedermann in Einklang zu bringen, „und wehe einem Sozialismus, der meint, dieses Ideal zum alten Plunder werfen zu können“. In diesem Sinne spricht Nelson vom „liberalen Sozialismus“.

Die Prinzipien, die der Sozialismus in der Gesellschaft zur Geltung bringen muß, sind Freiheit und Gleichheit. Sozialismus ist für Nelson nichts anderes als die gesellschaftliche Verwirklichung der Idee des

Rechts. Er muß für die Verwirklichung des Ideals der Freiheit alle materielle Not und künstliche Bevormundung beseitigen, die den einzelnen hindern, durch Selbstbetätigung zur Bildung zu gelangen. Und er muß zur Verwirklichung des Ideals der Gleichheit für eine gerechte Verteilung der Mittel sorgen, die zur Befriedigung der Interessen des einzelnen nötig sind.

Entsprechend seinem ethischen Realismus weiß Nelson, daß diese Prinzipien nur regulative Ideen für die praktische Politik sein können. Die Wege, auf denen diese regulativen Ideen jeweils verwirklicht werden können, können nur durch fortschreitende Erfahrung gefunden werden. Für die Realisierung eines als regulative Idee verstandenen Sozialismus kommt alles darauf an, daß Mittel und Wege gefunden werden, die gleichzeitig in der Richtung der Idee weiterführen, praktisch realisierbar sind und für die sich ausreichende Kräfte mobilisieren lassen. Ähnlich wie Bernstein versteht Nelson Sozialismus als Prinzip einer Gesellschaftsordnung.

Sein politischer Realismus kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß nie allein das Prinzip als Richter über praktische Maßnahmen fungieren kann, sondern vielmehr der Grundsatz: Wir müssen, „um über den Wert einer vorgeschlagenen sozialpolitischen Methode zu urteilen, diese erst gegen die übrigen infrage kommenden Methoden abwägen, daraufhin welche von ihnen uns dem Ideal insgesamt näher bringt“. Dies könnte man das Prinzip des Realismus in der Politik nennen.

Nelsons Schluß, daß eine generelle Abschaffung des Eigentums diesem Ziel ebenso wenig dient, wie etwa uneingeschränktes Privateigentum, ist heute Grundlage des Demokratischen Sozialismus.

Es kommt darauf an, den Privatbesitz auf die Bedingung der Gleichheit des Wohlstandes einzuschränken. Die Palette vielfältiger praktischer Maßnahmen, die Nelson unter der bescheidenen Rubrik „Beispiele“ nennt, weist in ihrer Kombination von arbeitsrechtlichen, genossenschaftlichen, steuerpolitischen und Sozialisierungsmaßnahmen in die Richtung vor, die die Programmentwicklung des Demokratischen Sozialismus dann tatsächlich eingeschlagen hat.

Demokratiekritik

Nelsons Bewußtsein, das Sittengesetz gültig anerkannt und begründet zu haben, hatte in seinem eigenen Werk und in seiner politischen Praxis zweischneidige Folgen. Einerseits vertraute er darauf, daß die anderen Menschen als vernünftige Wesen dieser

Erkenntnis aus eigenen freien Stücken teilhaftig werden können. Andererseits wollte er diese Erkenntnis nicht wieder zur freien Disposition zufälliger Meinungen stellen. Er lehnte das Demokratieprinzip ab und wollte das Führerschaftsprinzip an seine Stelle setzen.

Nelson hat sich durch seine Erfahrungen mit einem bodenlosen Pluralismus verleiten lassen, Demokratie, Toleranz und Pluralismus zu verachten, weil er um der Verwirklichung des Rechts willen an der unbedingten Geltung von Recht und Sittengesetz festhalten wollte. Philosophie und Politik in den Jahrzehnten danach sind in den anderen Fehler verfallen, um eines falsch verstandenen Pluralismus willen jeden Begründungsanspruch zurückzuweisen. Ein solcher Pluralismus führt in die Sinnlosigkeit. Heute kommt es darauf an, an Begründungen und Programmen im Bewußtsein ihrer Gültigkeit zu arbeiten und doch die Alternativen zu dulden, solange zwanglose Konvergenz sich nicht einstellt. Es kommt darauf an, von seinen ethischen Grundlagen her diese falschen Konsequenzen in Nelsons Werk zu überwinden. Seine Schüler haben das längst getan.

Aktualität und Wirkungsgeschichte

Deutlicher als je in der Geschichte des letzten Jahrhunderts wird uns heute angesichts der sich ausbreitenden Sinnkrise und der Umweltkrise wieder bewußt, daß wir ohne tragfähige moralische Orientierungen im Verhältnis der Menschen untereinander und im Verhältnis der Menschen zur Natur weder ein sinnerfülltes Leben gewinnen noch die Zukunft der Menschen sichern können. Geradezu überraschend wird vielen heutigen Lesern anmuten, wie aktuell auch in dieser Hinsicht manche der inhaltlichen Einzelantworten Nelsons in diesen Bereichen sind. Kerngedanken der heutigen Diskussion in der praktischen Philosophie sind in seinem Werk – oft recht weitgehend – vorgedacht. Dazu gehört seine Theorie vom „gerechten Lohn“ und seine Auffassung von den Grenzen gesellschaftlicher Einkommensungleichheit ebenso wie sein Verständnis menschlicher Pflichten gegenüber der Natur. Eine zukunftsorientierte Sozialphilosophie findet in Nelsons Werk viele Anregungen.

Ihre größte wirkungsgeschichtliche Bedeutung hat Nelsons Lehre paradoxerweise gerade dadurch gewonnen, daß einige seiner Schüler – Willi Eichler vor allem – um der Durchsetzung ihrer Substanz willen auf die hartnäckig sektenhafte Verfechtung ihrer Spezialideen verzichteten. Nelson selbst hätte für die Umsetzung der eigenen Lehre vermutlich bei weitem nicht leisten können, was ihnen in veränderter Zeit mit neuen Erfahrungen gelang. Es war vor allem Eichlers Verdienst, daß ein auf die Idee der gleichen Freiheit bezogenes Sozialismusverständnis, wie Nelson es entworfen hatte, 1959 mit der Verabschiedung des Godesberger Programms zum offiziellen Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie wurde. Dieser Erfolg war nur möglich, weil es gelang, überlebte marxistische Traditionsbestände so zu überwinden, daß ihr wahrer Prinzipienkern Anerkennung behielt und die Abdankung des Marxismus als offizieller Parteidoctrin nicht als triumphaler Sieg einer rivalisierenden Lehre empfunden werden konnte.

Nicht allein die tatsächlich vorhandenen Divergenzen in der Frage ihrer Begründung veranlaßten Eichler trotz seiner eigenen Überzeugung von der Begründbarkeit der Grundwerte die Schumachersche Pluralismusformel zu übernehmen, sondern mehr noch die Erkenntnis, daß wegen eines Streits in der Begründungsfrage die Erreichung des gemeinsam erstrebten politischen Ziels keinesfalls gefährdet werden dürfe. Die Erkenntnis, daß solche Übereinstimmung im Prinzipgehalt tatsächlich besteht und daher den Beteiligten auch zu Bewußtsein gebracht werden kann, war Eichlers „ethische Revolution“. Wegen dieser Beschränkung auf eine über die Schulgrenzen hinweg akzeptable minimale Programmlogik bot Eichler einen Rahmen für die Kritik an logisch nicht haltbaren älteren Erkenntnisansprüchen und eine Plattform für die Integration der unterschiedlichen wissenschaftlichen Strömungen in der SPD. Nur durch diese Selbstbeschränkung ist es möglich geworden, daß die Substanz der Nelsonschen Ethik Einfluß auf das Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie gewinnen konnte.



Europäische Gemeinschaft: Letztes Wort beim Eigentum

Nach zehn Jahren des Tauziehens hat der Vorschlag für eine EG-Richtlinie zur Harmonisierung der Strukturen der Aktiengesellschaften in den EG-Mitgliedstaaten (sog. 5. Richtlinie) die Etappe der parlamentarischen Stellungnahme hinter sich. Die Drittelparität in den Aufsichtsratsgremien blieb dabei auf der Strecke.

„Vetter hätte zustimmen sollen“, so war am Rande der Plenartagung des Europäischen Parlaments am 11. März in Straßburg in Beobachternkreisen zu vernehmen. Neben dem Unverständnis für die Berechtigung gewerkschaftlicher Forderungen in einer Zeit, in der Arbeitnehmerrechte und gesellschaftspolitische Forderungen allzu häufig als „Anspruchsdenken“ abgetan werden, mag in dieser Randbemerkung vielleicht auch etwas Bedauern darüber mitgeschwungen haben, daß es nun möglicherweise eine EG-Richtlinie zur Struktur der Aktiengesellschaften geben wird, in der die Form der Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nicht die Zustimmung der europäischen Gewerkschaften findet. Dies wäre der Fall, wenn der Rat der EG die Richtlinie in der Form verabschiedete, wie sie von einer parlamentarischen Mehrheit von 158 zu 109 Stimmen bei 7 Enthaltungen am 11. Mai im Europäischen Parlament in Straßburg gegen die Stimmen der Linken befürwortet wurde.

Worum es dabei ging, wurde von Heinz Oskar Vetter als dem Wortführer der Sozialistischen Fraktion in seiner Abstimmungserklärung deutlich gemacht: Es ging um das Gewicht, das den Arbeitnehmern und ihren Vertretern in den Gesellschaften eingeräumt werden soll. Es ging pro und kontra paritätische Mitbestimmung. So konnte er sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsrats in Unternehmen mit mindestens 1000 Beschäftigten zwar grundsätzlich festgelegt werden sollte, aber bei der Ausgestaltung dieses Prinzips das Übergewicht der Kapitaleseite über die Arbeitnehmervertretung festgeschrieben wird. Artikel 4 der

Richtlinie legt gemäß der vom EP gebilligten Fassung fest, daß die Mitglieder des Aufsichtsorgans höchstens zu zwei Dritteln von der Hauptversammlung, *mindestens zu einem Drittel, jedoch höchstens zur Hälfte von den Arbeitnehmern des Unternehmens gewählt* werden. Demgegenüber erweise sich sogar der nicht gerade mitbestimmungsfreundliche ursprüngliche Vorschlag der EG-Kommission im nachhinein als relativ offen, wurde von Gewerkschaftsseite angemerkt. Denn er schloß eine paritätische Zusammensetzung des Aufsichtsorgans nicht von vornherein aus. Dieser Vorschlag sah eine Vertretung von mindestens einem Drittel für die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat vor, enthielt aber keine Beschränkung nach oben. Schon in der Phase der Vorberatung im Rechtsausschuß aber wurde die Formel auf Antrag des CDU-MdEP und Vorsitzenden der CDU-Wirtschaftsvereinigung Philipp von Bismarck in der Form erweitert, wie sie dann im Plenum des EP angenommen wurde: *„Mindestens ein Drittel bis höchstens zur Hälfte“* an Sitzen im Aufsichtsrat sollte den Arbeitnehmervertretern zustehen, wenn *„auf funktionelle Art das Entscheidungsrecht gewährleistet wird, das in letzter Instanz den Aktionären zukommt“*.

Von „Parität“ ist in dieser Regelung im zweiten Satz dann zwar auch die Rede. Dort heißt es, daß *„nach einem vom Rat der EG festzulegenden Übergangszeitraum das Aufsichtsorgan paritätisch gebildet werden muß, so daß eine gleichwertige Vertretung der Aktionärsversammlung und der Arbeitnehmervertretung gewährleistet ist“* – dies aber nur, wenn Ausgleichsmaßnahmen das letztinstanzliche Entscheidungsrecht der Kapitaleigner gewährleisten.

Für die Sozialisten im EP war dies ein Versuch, Unvereinbares miteinander zu versöhnen. Vetter: *„Wer von Parität spricht und gleichzeitig das letzte Wort beim Eigentum beläßt, der verschleiert, daß er in Wirklichkeit den Anspruch der Arbeitnehmer auf gleichberechtigte Mitbestimmung ablehnt.“* Auf die Entschlußfreudigkeit und -fähigkeit des Rats der EG könnten sich die Arbeitnehmer nicht verlassen, zumal eine Übergangszeit ohne jegliche Einschränkung vorgesehen werden soll.

Betrieb der DGB-Vorsitzende Vetter in Straßburg eine Politik des „Alles oder Nichts“, wie ihm CDU-MdEP Elmar Brok unterstellte? Hat er „die Lupenreinheit seiner Ideologie den praktischen Fortschritten für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vorgezogen“, statt dem letztlich vom EP angenommenen christlich-demokratischen Antrag zu folgen, wonach, so Brok, für die Zukunft ein paritätisches Mitbestimmungsmodell mit den in der deutschen Mitbestim-

mungsgesetzgebung vorgesehenen Mechanismen der Konfliktlösung in Aussicht gestellt werde? Dem wurde entgegengehalten: Was heute „Ideologie“ oder „Politik des Alles oder Nichts“ genannt werde, sei schon 1979 im damaligen Europäischen Parlament (kurz vor seiner Direktwahl) Realität gewesen. Es war Grundlage eines Kompromisses, der von den beiden größten Fraktionen, Christdemokraten und Sozialisten, getragen wurde. Dieser Kompromiß sah eine klare Drittel-Parität vor: ein Drittel Aktionärsvertreter, ein Drittel Arbeitnehmervertreter und ein von beiden Seiten hinzugewähltes Drittel, wobei auch hier ein Patt dadurch ausgeschlossen blieb, daß die Gesamtzahl des Aufsichtsrates durch drei teilbar bleiben sollte. Dieser Bericht, der das Ergebnis eines langjährigen Tauziehens in den europäischen Instanzen war – der Vorschlag für die 5. Richtlinie zum Gesellschaftsrecht liegt seit 1972 auf dem Tisch –

war damals kurz vor der Direktwahl des EP vom Plenum angenommen worden. Allerdings lag damals die Zahl der an der Abstimmung beteiligten EP-Abgeordneten unter der nach der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Mindestzahl, und somit war das Abstimmungsergebnis ungültig.

Heute, drei Jahre danach, hat es die Mehrheit des EP für richtig befunden, „den Arbeitnehmern die Tür vor der Nase zuzuschlagen“, befand der DGB-Vorsitzende. Verhängnisvoll und unklug, weil dies keinen Schritt hin zu einem Europa mit mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit bedeute. Eine europäische Mitbestimmungsregelung, die diesen Namen verdiente, wäre nur möglich gewesen, wenn gemeinsam eine Formel erarbeitet worden wäre, die wenigstens die Aussicht auf eine gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer enthalten hätte.

Effi Schöner (Luxemburg)

Belgien: Prognose mit Pferdefuß

Die fünfte Regierung des christdemokratischen Premiers Winfried Martens gibt sich zuversichtlich: Ein gutes halbes Jahr im Amt, hat sie ihr drastisches Sparprogramm auf den Weg gebracht und verzeichnet gewisse außenpolitische Erfolge. Im Inneren jedoch gärt es weiter.

Unter belgischer Präsidentschaft ist der Hauskrach in der Europäischen Gemeinschaft zumindest vorläufig beigelegt worden, und Belgien nahm erstmals am Weltwirtschaftsgipfel der sieben führenden westlichen Industriestaaten teil. Aber wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisch zeichnen sich neue Krisen ab; auch die Auseinandersetzung zwischen flämischer und wallonischer Volksgruppe kann jederzeit wieder offen ausbrechen.

Inzwischen ist man in Belgien so bescheiden geworden, daß man die keineswegs positive Diagnose der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das Jahr 1982 über die wirtschaftliche Situation des Landes fast als Erfolg feiert, nur weil die für das laufende Jahr prognostizierten Ergebnisse nicht ganz so katastrophal aussehen wie die des Vorjahres. So gehen die OECD-Experten davon aus, daß das wirtschaftliche Wachstum in diesem Jahr bei 0,75 % (gegenüber 0,9 % im Vor-

jahr) liegen wird – vorausgesetzt allerdings, die mit der Februar-Abwertung erleichterten Exporte erreichen eine Steigerungsrate von 5 %, vorausgesetzt auch, der drastische Sparkurs wird konsequent durchgehalten. Für die belgischen Verbraucher bedeutet dies Verzicht. Das durchschnittliche Realeinkommen dürfte um 3 % zurückgehen, während die Inflationsrate, die im letzten Jahr fast 10 % erreichte, sich bei 8 % einpendeln dürfte.

Mögen diese Prognosen noch halbwegs beruhigend wirken, wenn auch hoffentlich nicht einschläfernd, so sind die Feststellungen über den Zustand der belgischen Wirtschaft um so beunruhigender. Mehr als alle anderen OECD-Länder befindet sich Belgien in der Zwickmühle zwischen dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, unzureichendem Wachstum, Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Ausweitung der Haushaltsdefizite. Deshalb die Aufforderung an die Regierung, öffentliche Ausgaben zu bescheiden – vor allem im sozialen Bereich und bei den Subventionen für nicht rentable Betriebe. Hinsichtlich der Industrie wird ein geradezu vernichtendes Urteil ausgesprochen. Der Produktionsapparat entspreche nicht den Erfordernissen der Nachfrage, und seine Veralterung werde noch beschleunigt durch den Rückzug ausländischer Investoren.

Fast parallel zum OECD-Bericht wurde die traditionelle Frühjahrsprognose der belgischen Planungsbehörde veröffentlicht. Auch hier übt man sich in

bescheidener Zurückhaltung, hat dazu auch allen Grund, denn die tatsächlich eingetretenen Entwicklungen haben bewiesen, daß frühere Vorhersagen von übermäßigem Optimismus getragen waren. Naturgemäß beschäftigt sich die Behörde vorrangig mit dem öffentlichen Finanzbedarf. Er soll sich bis 1986 auf 10 % des Bruttonationalprodukts verringern gegenüber 12,4 % 1981. Hinsichtlich der Entwicklung des Außenhandels haben sich die amtlichen Planer allerdings erneut von Hoffnungen tragen lassen. Sie veranschlagen einen Export-Anstieg von 6,3 %, billigen der Import-Entwicklung jedoch nur eine Steigerungsrate von 4 % zu. Konsequenz: die Zahlungsbilanz dürfte sich verbessern.

Pferdefuß dieser Wirtschaftsprognose: die Arbeitslosigkeit in Belgien, bereits jetzt mit 12 % in europäischer Spitzenposition (bereinigte Zahlen gehen sogar von 18 % aus), würde sich innerhalb von vier Jahren sogar um 50 % erhöhen. Zu den derzeit 436 000 amtlich eingestanden Arbeitslosen kämen weitere 200 000 hinzu. Hinter dieser ohnehin schon erschreckenden Zahl verbirgt sich ein sozialpolitisches Drama; denn der weitaus größere Teil dieser „potenziellen“ Arbeitslosen werden junge Menschen sein, Schulabgänger, die weder Ausbildung noch Beschäftigung finden. Angesichts dieser Perspektive beschränkt sich die Forderung nach Neuverteilung der vorhandenen Arbeit, nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht mehr auf die oppositionellen Sozialisten, sondern wird auch in Kreisen der regierenden Christdemokraten diskutiert.

Doch auch ohne diese vitalste Bedrohung des sozialen Friedens in Belgien können sich die auf Konti-

nuität und anhaltendem Restriktiv-Kurs basierenden Prognosen schon sehr bald als Milchmädchenrechnungen herausstellen. Mindestens zwei politische Hürden sind schon in diesem Jahr zu überwinden. Für Oktober sind Kommunalwahlen angesetzt, und diese sind bereits jetzt gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen um die offenbar mißglückte Regionalisierung von 1980, um die zunehmende Finanznot der Gemeinden, um das wirtschaftliche Gefälle zwischen Flandern und Wallonien, aber auch um die immer noch ausstehende Lösung für die umstrittene Region Brüssel.

Noch vor diesem Termin möchte die Regierung Martens den Haushalt für 1983 durch das Parlament bringen, einen Haushalt, der erneut gekennzeichnet sein dürfte durch drastische Einsparungen im sozialen Bereich, durch Abbau der öffentlichen Leistungen und der Arbeitsplätze bei Bahn und Post sowie durch weitere Steuergeschenke an die Unternehmer.

Doch selbst wenn die Regierung versuchen sollte, ihr Budget in der den Belgiern geheiligten Sommerpause durchzupeitschen – mit weiterem Stillhalten der Gewerkschaften ist nicht zu rechnen, vor allem nicht im wallonischen Landesteil, wo zu den Krisenauswirkungen im Stahl- und Textilbereich noch das Gefühl hinzukommt, von der flämischen Mehrheit majorisiert und benachteiligt zu werden. Solange dieses Gefühl vorherrscht, solange es kein belgisches Gemeinschaftsgefühl gibt, ist jeder Versuch, aus der wirtschaftlichen Talsohle herauszukommen, von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Wolf-Dietrich Stahnke (Brüssel)

Dänemark: Von Anfang an abgeraten

Die unterschiedliche soziale Orientierung der kleineren Parteien, auf deren Unterstützung sie angewiesen ist, macht der sozialdemokratischen Minderheitsregierung das Leben schwer. Die Finanzierung ihrer Reformpakete ist wieder in Frage gestellt.

Die Wirtschaftskrise in den Industrieländern der westlichen Welt hat auch in Dänemark den verfügbaren Ressourcen für die Verbesserung von Löhnen, Sozialleistungen, Gesundheitswesen usw. Grenzen gesetzt, so daß es für viele Gruppen zum Hauptziel

geworden ist, den gegenwärtigen Standard zu erhalten und direkte Einbußen zu vermeiden. In einer solchen Situation ist es für Interessengruppen wichtig, politische Partner zu haben, die wenigstens ansatzweise zur Abwehr fähig sind. Traditionellerweise repräsentieren die Parteien des politischen Spektrums unterschiedliche soziale Interessen. Dieses Bild ist in Dänemark noch deutlicher ausgeprägt, da es dort eine ganze Reihe kleinerer und größerer Parteien gibt, die sehr vielfältige Interessen vertreten.

Eine jüngst vorgenommene Gallup-Umfrage in Dänemark weist jedoch nach, daß das alte Grundmuster geblieben ist: daß in den Augen vieler Bürger die

Sozialdemokraten noch immer die Arbeiterklasse, die Rentner, die Behinderten usw. repräsentieren, während die konservative Partei von einer deutlichen Mehrheit als Repräsentantin des Unternehmertums und der freien Berufe betrachtet wird.

Ebenso klar repräsentieren die Sozialdemokraten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Aus alledem erklärt sich, warum die Sozialdemokraten mehr als doppelt so stark wie jede andere Partei sind. Die Gallup-Umfrage zeigt aber auch, daß die Regierungspartei unter jungen Leuten, besonders unter solchen mit höherer Schulbildung, an Boden verliert. Diese Gruppen tendieren bei Wahlen eher nach links.

In den „alten Tagen“ gab es im Hinblick auf die Interessenorientierung vier traditionelle Parteien im politischen Spektrum: Die Sozialdemokraten (als Vertreter der Arbeiterklasse), die Radikale Partei (Kleinbauern, Intelligenz), die Liberale Partei (Bauern) und die Konservative Partei (Großgrundbesitzer, Freiberufler, Fabrikbesitzer usw.). Im heutigen Dänemark ist keine Partei in der Lage, in irgendeiner dieser Gruppen eine Mehrheit zu erlangen, denn die Grenzen zwischen den Klassen sowie zwischen Stadt und Land verschwimmen immer mehr. Neue soziale Schichten und neue Parteien, die z. B. die Interessen der Autobesitzer oder der Hausbesitzer aufgegriffen haben, sind entstanden.

Zwei Gruppen haben unter der gegenwärtigen Krise am schlimmsten zu leiden: die (ungelehrten) Arbeiter und – in unterschiedlichem Maße – die Bauern. Diese Situation ähnelt in gewisser Weise der in den 30er Jahren, als die Liberalen und die Sozialdemokraten – zum gegenseitigen Nutzen, wie sich herausstellte – ein Bündnis eingingen. Zwar möchte mancher dieses Bündnis neu auflegen, aber die Ausgangslage heute ist, wie gesagt, viel verwickelter. Erstens hat die Liberale Partei nicht in dem gleichen Ausmaß wie die Sozialdemokraten eine Stammhängerschaft erringen können. Infolge des Automatisierungsprozesses auf dem Agrarsektor leben heute nur noch 8-10 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Seither erhält die Liberale Partei kaum mehr als 10 Prozent der Stimmen. Gleiches trifft um so mehr auf die Radikale Partei zu, die nur noch auf ungefähr 5 Prozent kommt. Aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Regierung haben die Radikalen jedoch in letzter Zeit etwas an Einfluß gewonnen. Der Schwund der Stammwählerschaft hängt aber bis zu einem gewissen Grade auch von widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen innerhalb der Bauernorganisation zusammen, – eine Situation, die eine neue politische

Konstellation herbeiführen könnte. Auf Seiten der Arbeiter ist diese Entwicklung weit weniger deutlich ausgeprägt, aber das Absinken des Lebensstandards hat zwischen den Führern der Partei und den Gewerkschaften zu Spannungen, z. B. über die Frage der Durchführung der Einkommenspolitik, geführt.

Als Minderheitsregierung ohne feste parlamentarische Absicherung steht die sozialdemokratisch geführte Regierung auf tönernen Füßen. Von Anfang an hatte Premierminister Anker Jørgensen von der Bildung dieser Regierung abgeraten, um die bürgerlichen Parteien, die sich dann in der Tat in einer ähnlich hoffnungslosen Lage befunden hätten, herauszufordern. Nach einer Periode relativer Ruhe von den Dezember-Wahlen bis Mitte Mai hat die Regierung erklärt, daß die wirtschaftliche Lage, namentlich auf dem Gebiet der Beschäftigung und der Landwirtschaft, nach Veränderung rufe. Daß Reformen nötig sind, wird zwar von niemandem in Abrede gestellt, aber die Crux besteht in der Finanzierung des ganzen Projekts. Die Regierung hat die Absicht, die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten, Radikalen und der Volkssozialistischen Partei fortzusetzen. Im März legte die Regierung ein Reformpaket vor, über dessen Finanzierung immer noch diskutiert wird. Es sieht die Schaffung neuer Arbeitsplätze und bildungspolitische Maßnahmen, insbesondere für Jugendliche, vor, stärkere Hilfen für die Landwirtschaft, günstigere Finanzierungsbedingungen für die Bauwirtschaft, Steuerkürzungen für produzierende Industrie und die Anhebung der Ausbildungsbeihilfen. Die Zunahme der öffentlichen Aktivitäten beläuft sich auf ein Defizit im Staatshaushalt in Höhe von 10 Prozent des Nationalprodukts.

Einzelne Punkte scheinen eine Mehrheit im Folketing finden zu können, aber die Frage ist, ob das ganze Paket verwirklicht werden kann. Sowohl die Radikalen als auch die Volkssozialisten (SF) haben Bedenken, die Radikalen möchten eine strenge Einkommenspolitik (für die SF ein Tabu), während die SF das Paket durch Steuererhöhungen für Großverdiener finanzieren will.

Die Sozialdemokratische Partei ist bereit, die Regierung aufs Spiel zu setzen, aber dies soll, so kurz nach den Dezember-Wahlen, nicht schon wieder zu Neuwahlen führen. Sollte es sich als unmöglich erweisen, so oder so eine Mehrheit zu bilden, so ist es an den anderen Parteien, ihrerseits ihr „Glück“ im Regieren zu suchen. Ein weiterer Grund, Neuwahlen zu vermeiden zu versuchen, ist noch immer die Position der SF links von der Sozialdemokratischen Partei. Bislang hat es die SF geschafft, politi-

schen Kompromissen aus dem Wege zu gehen, die zu einer Gefahr für ihre gegenwärtige, hauptsächlich auf Kosten der Sozialdemokraten erlangten Stärke werden könnte. Eine Periode konstruktiver Opposi-

tion könnte der Sozialdemokratischen Partei sowohl auf der Linken wie auch auf der Rechten vielleicht neuen Auftrieb geben.

Bent Christensen (Kopenhagen)

Frankreich: Aufstand der Privilegierten

Frankreichs konservative Opposition, die ihre Niederlage von 1981 eigentlich für ein Mißverständnis hält, hat wieder Morgenluft gewittert. Der Chef der gaullistischen Parlamentsfraktion, Claude Labbé, hat es für richtig befunden, die „Legitimität“ des sozialistischen Staatsoberhauptes in Frage zu stellen und ihm recht ungeniert aufzufordern, über seinen Rücktritt nachzudenken.

Die Begründung für diese merkwürdige Aufforderung: Da die Sozialistische Partei, das heißt die Organisation, deren erster Sekretär Mitterrand vor seinem Einzug in den Elysée-Palast war, bei Kantonalwahlen

geringe Verluste erlitten hatte, sei der Staatsoberhaupt nicht mehr der „legitime“ Vertreter der französischen Bevölkerung. Andere „Argumente“ des gleichen Kalibers werden nachgeschoben: so etwa, daß verschiedene Schichten der Bevölkerung in radikaler Opposition zu dem Gesetzeswerk der Regierung Mauroy stünden. Gedacht wird dabei an die Hausbesitzer, die sich dagegen sträuben, daß den Mietern größere Rechte eingeräumt werden; daran, daß die Gewerkschaften bedeutendere Vollmachten in den Betrieben erhalten; daß die Ärzte gezwungen werden, sich an die Bestimmungen der Sozialversicherung zu halten; daß die „cadres“, d. h. die Angehörigen des Führungspersonals, etwas mehr Steuern zahlen sollen; daß die Unternehmer, wie in einem Gesetz festgelegt, die Hygienevorschriften in den Betrieben sorg-

Das Bild der Bundesrepublik aus der Sicht ausländischer Korrespondenten.

Jaura, Fürböck, Pond, Grigoriantz (Hrsg.)

Der gefesselte Riese

Die Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht ausländischer Korrespondenten.

304 Seiten, gebunden, 38 DM

Dreißig in Bonn akkreditierte Journalisten aus zwanzig Ländern schildern die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Sicht. Das Werk zeigt, wie vielfältig und facettenreich das Bild der Bundesrepublik im Ausland geprägt und gesehen wird. Erstmals in dieser Form erhält der deutsche Leser die Möglichkeit nachzuvollziehen, was Zeitungsleser in zwanzig Ländern über die Bundesrepublik erfahren. Gerade die Vielfalt und auch die Gegensätzlichkeit der Darstellungen ist besonders aufschlußreich – hierin liegen die Einmaligkeit und der besondere Reiz dieses Buches.

ECON

Postfach 9229
4000 Düsseldorf

In jeder Buchhandlung

fällig beachten sollen; daß die wohlhabenderen Landwirte stärker zur Kasse gebeten werden sollen.

Um es in einem Satz zu sagen: Das Reformwerk wird in Frage gestellt; die „ganze Richtung“ paßt all jenen nicht, die nun aufgefördert werden, etwas zu jener „Solidarität“ beizutragen, auf die sie früher selbst gelegentlich hingewiesen hatten, ohne allerdings den Begriff sehr wörtlich zu nehmen.

Als Mitte Mai im Parlament über den Gesetzentwurf beraten wurde, der die Rechte der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften in den Betrieben stärker untermauern soll als es bisher der Fall war, ertönten auf den konservativen Bänken Rufe wie „Kollektivismus!“ und sogar „Bolschewismus!“ Der Abgeordnete Lionel Jospin, erster Sekretär der Sozialistischen Partei, mußte in einer Rede Auszüge aus der bundesdeutschen und skandinavischen Sozialgesetzgebung vorlesen, um jenen Abgeordneten, die so ungeniert den Standpunkt der stockreaktionärsten Unternehmer vertraten, klarzumachen, daß Frankreich auf diesem Gebiet gegenüber anderen westlichen Ländern noch einen großen Nachholbedarf habe.

Aber eben davon will die konservative Opposition nichts wissen, und es stimmt, daß ihre Demagogie nicht ungehört verhallt. Da veranstalten jene Landwirte, denen es nicht eben am schlechtesten geht, Straßendemonstrationen, um sich über die „Unverschämtheit“ einer Regierung zu beklagen, die einige ungerechtfertigte Subventionen verringern will; da streiken Gefängnisbeamte, denen das „Recht“ verwehrt werden soll, mit den Gefangenen so „energisch“ umzugehen, wie es ihnen beliebt; da protestieren Justizbeamte gegen eine Reform der Strafgesetzgebung, die ihnen allzu „liberal“ erscheint.

Kurz: man wohnt einem Phänomen bei, das eine französische Linkszeitung als einen „Aufstand der kooperativen Interessen“ bezeichnet hat. Der Appell an die „Solidarität“, den die Regierung unaufhörlich erläßt, wird bei jenen, die er in erster Linie betreffen sollte, als eine Art von Provokation betrachtet.

Jene Wähler, die Mitterrand und die Sozialistische Partei zur Regierungsmacht verhalfen, sehen ihrerseits zwar die „Provokation“ von den konservativen Reihen ausgehen, aber der erwartete Gegenstoß ist bisher ausgeblieben. Sie verhalten sich eher passiv, was der Regierung ihre Tätigkeit nicht eben erleichtert. Eine ganze Reihe von Gründen trägt zu dieser Haltung bei. Der wichtigste, wie es scheint: eine Anzahl von Reformen, die die Regierung bisher durchgeführt oder in die Wege geleitet hat, sind bisher in ihren Konsequenzen noch nicht sichtbar geworden; so wird erst in einigen Jahren erkennbar

sein, welche praktische Auswirkung auf das tägliche Leben das große Werk der Dezentralisierung des Landes haben wird, – dann nämlich, wenn die Bürger in der Praxis sehen werden, daß nicht mehr alles von Paris ausgeht, sondern daß die Gemeinde- und Regionalvertretungen „lebensnahe“ Beschlüsse fassen können; dann auch, wenn dank der vorgenommenen Verstaatlichungen, die nun möglichen gelenkten Investitionen einen belebenden Einfluß auf den privaten Sektor der Wirtschaft haben werden.

Gleiches gilt von dem gewaltigen Reformbündel, das die Regierung vorgelegt hat: Erst in absehbarer Zeit wird das Land wirklich umgestaltet werden können; jede Reform, auf welchem Gebiet auch immer, bedarf der Kontinuität, der Einbindung in eine komplexe Praxis. Und hier eben macht die von den Sozialisten geführte Regierung die bittere Erfahrung, daß die Ungeduld mitunter stärker ist als eine noch so sorgfältig vorbereitete Aufklärungskampagne. Wie auch soll man dem angelernten Arbeiter in den Citroën-Automobilwerken klarmachen, daß die wirtschaftlichen Zwänge, denen das Land ausgesetzt ist, eine erhebliche Erhöhung der Löhne vorerst unmöglich machen? Wie soll überzeugend dargelegt werden, daß die gleichen Zwänge es eben gestatten, zwar die Mindestlöhne zu erhöhen, nicht aber die Löhne und Gehälter jener, die über ein „annehmbares“ Einkommen verfügen?

Der sozialistische Alltag ist schwer, und die konservative Opposition stößt in die Bewußtseinslücken vor. Plötzlich tauchen wieder jene auf, die man längst vergessen wähnte: Giscard d'Estaing, Jacques Chirac, Raymond Barre – alle die Männer, die eine traurige Erbschaft hinterlassen hatten und die nun wieder ihre alten „Rezepte“ an den Mann bringen wollen: die „freie“ Wirtschaft, den „Liberalismus“: so als wäre vorher nichts geschehen, so als hätten nicht sie die Inflation auf zweistellige Ziffern gebracht, so als wäre nicht unter ihrer Herrschaft die Zahl der Arbeitslosen ins Millionenfache gestiegen...

Linksregierungen haben es in Frankreich immer schwer gehabt: als der Sozialist Léon Blum die 40-Stunden-Woche und den bezahlten Urlaub sowie ein großes Sozialwerk einführte, wurde er des „Bolschewismus“ geziehen. Nicht besser erging es Mendès-Franco, als er der Kolonialherrschaft in Tunesien und Marokko ein Ende setzen wollte. François Mitterrand und Pierre Mauroy werden jetzt von den ewig reaktionär-konservativen Elementen nicht besser behandelt. Wie ihre berühmten Vorgänger setzen sie Reformen ins Werk – und müssen sich auch auf Kompromisse einlassen.

Gustave Stern (Paris)

Griechenland: Positionen verdeutlicht

Acht Monate nach den Wahlen hat sich der griechische Premierminister, Andreas Papandreou, als realistischer Politiker erwiesen, dessen Politik Wagemut wie Augenmaß, Prinzipienfestigkeit wie Anpassungsfähigkeit zeigt.

Seine Regierung glaubt an einen „Dritten Weg“ des Sozialismus in Griechenland, der die besonderen griechischen Probleme lösen müsse, und versucht diesen Weg einzuschlagen. Im Zentrum dieses dritten Weges steht das Konzept der Dezentralisierung und der Übertragung wichtiger Entscheidungskompetenzen an die lokalen Gewalten sowie die größtmögliche Beteiligung der Bürger an diesen Entscheidungen. Weitere Ziele sind die Neuordnung der Landwirtschaft durch Stärkung landwirtschaftlicher Kooperativen, die Einführung von Aufsichtsräten mit Beteiligung der Arbeiter in großen Unternehmen und die Nationalisierung der – ohnehin schon fast vollständig nationalisierten – griechischen (nicht der ausländischen) Banken, um das griechische Bankensystem zu modernisieren und kleinen und mittleren Unternehmen mehr Kredite zufließen zu lassen, die für die Beschäftigungslage so wichtig sind.

Auf die Ostblockländer eingehend, bezeichnete es Papandreou als deren Hauptproblem, daß die Priorität für Rüstung und Investitionsgüter dort zu niedriger Konsumtion führe, wodurch sie im Vergleich zu dem Standard westlicher Länder, der auch ihnen sehr wohl bekannt sei, schlecht abschnitten; ferner ihre hohe Verschuldung gegenüber den westlichen Ländern und ihre übermäßig zentralisierten Regierungen. Eine solche Überzentralisierung und Bürokratisierung des Staates ist aber nach Marx ein Indiz für existierende Probleme und soziale Gegensätze, was denn auch auf die Länder des Ostblocks zutrifft. Papandreou betrachtet sich selbst als Marxist in dem Sinne, daß er die Marxsche Methode des Denkens und der Analyse übernimmt, nicht jedoch in dem Sinne, irgendeins bestimmte Politik zu verfolgen, weil es eine solche Politik nicht gibt: „Marxismus ist für mich eine Methode der Erkenntnis und der Prognose, nicht eine Methode, Politik zu betreiben“, betonte er.

Eines der Hauptprobleme der griechischen Außenpolitik sind die Beziehungen zur NATO, die mit den Beziehungen zur Türkei eng verbunden sind. Einmal mehr stellte Papandreou die griechische Position dazu klar. Griechenland sieht sich einer Bedrohung aus

dem Osten, von der Türkei, ausgesetzt, die akuter sei als jegliche Bedrohung aus dem Norden. Die Mitgliedschaft in der NATO gibt keine Garantie gegen die Bedrohung aus dem Osten. Sie verpflichtet Griechenland, den Hauptteil seiner Streitkräfte an der Nordgrenze einzusetzen und den Landstreitkräften mehr Gewicht beizulegen. Aber die bedrohte Ostgrenze erfordere eine Verlagerung von Streitkräften in den Osten, d. h. auf die griechischen Inseln und nach Thrakien, und eine Priorität der Luftstreitkräfte gegenüber den Landstreitkräften. Wird Griechenland als Mitglied der NATO künftig für sein gesamtes Gebiet, einschließlich seiner östlichen Inseln, verantwortlich sein? Dies ist keineswegs sicher, denn der „Rodgers-Plan“ sieht die Möglichkeit vor, die Verteidigungslinie nach Westen zu verlagern, wobei die Verantwortung für die Verteidigung der griechischen Inseln der Türkei zufiele. Das gleiche Problem wird mit der Stationierung der 7. Aerial Tactical Air Force in Larissa aufgeworfen, die für den Luftraum über der Ägäis verantwortlich sein soll. Dies kann Griechenland nur akzeptieren, wenn die Luftverteidigungslinie seinen Ostgrenzen entspricht.

Einen einzelnen militärischen Angriff seitens seiner nördlichen Nachbarn fürchtet Griechenland nicht: Ein solcher Angriff ist nur im Kontext eines Weltkrieges möglich. Natürlich bietet die NATO in diesem Falle Schutz, aber in einem Weltkrieg kann niemand des Ausgangs sicher sein, so daß dies eine theoretische Frage ist, während die Bedrohung durch die Türkei real und praktisch ist.

Als Realist geht Papandreou nicht davon aus, daß die NATO oder der Warschauer Pakt aufgelöst werden könnten. Er denkt weiterhin, daß Europa unabhängig von den beiden Supermächten sein und jede mögliche Initiative zur Sicherung des Friedens ergreifen müsse. Auf diesem Hintergrund versucht er, eine Initiative zu einem Nicht-Angriffs-Pakt mit neutralen Ländern zu starten und Atomwaffen so weit wie irgend möglich vom Balkan fernzuhalten.

Andererseits erkennt Papandreou die Tatsache an, daß es eine Verhärtung in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA gibt, die die Führer der europäischen Länder, wie etwa Kanzler Schmidt (den er tief bewundert, wie er hinzufügte), mit Sorge erfüllt. Er glaubt, daß die auf den Doppelbeschluß gestützte Initiative von Helmut Schmidt, Abrüstungsverhandlungen aufzunehmen, eine Parallele in seinen eigenen Bemühungen auf dem Balkan findet und von allen Europäern unterstützt werden müsse.

Artemis Kyriazis (Athen)

Großbritannien: Unpatriotische Ausgewogenheit

Während des Falkland-Konflikts führte die britische Presse ihren eigenen Privatkrieg. Die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme wurden völlig in den Hintergrund gedrängt.

Der Krieg zieht, wie es scheint, das politische Erinnerungsvermögen stark in Mitleidenschaft. Wer hätte noch vor einem Monat, als die Konservativen nicht nur in den Meinungsumfragen hoffnungslos abgeschlagen waren, sondern auch die Demütigung der argentinischen Invasion hinnehmen mußten, geglaubt, daß die Regierung bei den bevorstehenden Lokalwahlen besser abschneiden würde als jede andere Regierung in der Mitte ihrer Amtszeit seit dem Kriege. Ihr erstaunlicher Erfolg – rund 40 % der Stimmen – ist weitgehend dem „Falkland-Faktor“ zugeschrieben worden.

Wie aber läßt sich der „Falkland-Faktor“ beziffern? Wie angemessen ist er als Erklärung für den Erfolg der Regierung? Und welchen Aufschluß geben uns die Wahlen und andere Meinungsumfragen über die Haltung der Briten zu diesem Krieg?

Kommentatoren sehen in der Krise einen willkommenen Wahlbonus für Mrs. Thatcher. Natürlich teilen auch die unterlegenen Parteien diesen Standpunkt gerne: Obwohl die Labour-Party einige lokale Erfolge erringen konnte, verlor sie unter dem Strich Mandate – ein völlig niederschmetterndes Ergebnis, wenn man es etwa mit den beträchtlichen Verlusten vergleicht, die seinerzeit, auf dem Höhepunkt der Unpopularität der Regierung Callaghan, eingesteckt werden mußten, Verluste, die leicht wieder hätten wettgemacht werden müssen. Die Allianz (vor allem die Liberale Partei) gewann Mandate, aber nur einen Bruchteil dessen, was sie sich erhofft hatte. Der Sieg der Konservativen war weitgehend die Niederlage der Allianz.

Man kann jedoch davon ausgehen, daß der Meinungstrend bereits vorher in diese Richtung zeigte und daß Mrs. Thatchers Erfolg nicht bloß Glück war, sondern dem Vertrauen zu der Art und Weise, wie sie die Schwierigkeiten anpackte, zuzuschreiben ist. Dagegen haben, wie vorauszusehen war, Michael Foot und seine Kollegen, seit die Kampfhandlungen begannen, an Boden verloren. Der Umstand, daß Labour in dieser Frage immer weniger mit einer Stimme redet, mag wohl das Wähler-Vorurteil von einer gespaltenen Partei zusätzlich bestärkt haben.

Die Umfragen zeigen eine bemerkenswert deutli-

che und große Unterstützung für die Krisenpolitik der Regierung: über 70 % und nur geringfügige Einbußen nach dem Verlust der beiden Schiffe „General Belgrano“ und „Sheffield“. Obwohl zuvor 60 % der Befragten erklärt hatten, sie seien nicht bereit, das Leben auch nur eines Soldaten zu opfern, um die Inseln zurückzugewinnen, zeigten die Wahlergebnisse (nach der Versenkung der Sheffield), daß die Leute bei der Stange bleiben, als die Schwierigkeiten sich vergrößerten. Der Schock der ersten Verluste der Argentinier wie der Briten ließ die Zahl der Befürworter einer Feuereinstellung (51 %) gegenüber denen, die weiter kämpfen wollten (41 %) ansteigen; seither hatten sich die Haltungen wieder augenscheinlich verfestigt: Nach einer Umfrage vom 9. Mai plädierten 70 % für die Besetzung der Inseln.

Heiß debattiert wird gegenwärtig, wie weit die Öffentlichkeit durch die Medien beeinflusst wird und ob die Medien sachlich Bericht erstatten oder die Regierung blind unterstützen sollen. Die „denkende“ Tages- und Wochenpresse ist bestürzt über den rohen und geschmacklosen – „hysterisch-blutlüsternden“, um Michael Foot zu zitieren – Jingoismus der meisten Massenblätter, die ihren eigenen Auflagenkrieg kämpfen. Diese Blätter führen die Kampagne, um die Diskussion über jegliches Vorgehen, das sich von dem der Regierung unterscheidet, von vorne herein als unpatriotisch und sogar verräterisch anzugreifen. Mrs. Thatcher hat sogar das British Broadcasting Corporation (BBC) kritisiert, über die Propaganda beider Seiten „zu ausgewogen“ zu berichten.

Als weiterer Hebel wirkte die Auslandmeinung – sowohl auf das Kriegskabinett als auch auf die Haltung der Öffentlichkeit. Sprecher der Regierung redeten nicht mehr von einem Veto der Falkländer gegen eine diplomatische Lösung, und seit der UNO-Overtüre wurde es als am wichtigsten betrachtet, unsere Verbündeten bei der Stange zu halten. Die Rundfunknachrichten wurden völlig von den Feindseligkeiten beherrscht; genauestens wurde verfolgt, wer sich auf wessen Seite stellte, und welcher Seite man vertrauen könnte. Sehr feinfühlig wurde auch das Abbröckeln der Unterstützung durch die EG-Mitgliedsländer registriert.

Wenn schon hier in Großbritannien die Falkland-Affäre alle anderen Ereignisse überschattete, um wieviel mehr mußte dies für die Berichterstattung im Ausland gelten: Auf wirtschaftlichem Gebiet zeigen alle Schlüssel-Indikatoren mit Ausnahme der Arbeitslosigkeit nach oben, was weitgehend die wachsende Unterstützung für die Regierung schon vor Falkland erklärt. *Elizabeth Hartley-Brewer (London)*

Irland: Elementares Interesse

Bei der Auseinandersetzung um die Anhebung der EG-Agrarpreise ging es für die Irländer um lebenswichtige Interessen. Sie ließen es sogar auf einen schweren Konflikt mit Großbritannien ankommen.

Auf den ersten Blick mögen die relativ kleinen Bauernhöfe im Westen Irlands und die ausgedehnten Schafsfarmen der Falkland-Inseln wenig gemein haben. Die jüngsten Entwicklungen sowohl im Südatlantik als auch innerhalb der EG haben jedoch eine reale Verbindung entstehen lassen, die von weitreichender politischer Bedeutung ist. Die irische Regierung hat sehr ernste Vorbehalte gegen die Aufrechterhaltung der Solidarität der Gemeinschaft mit dem Vereinigten Königreich zum Ausdruck gebracht, nicht allein wegen der Eskalation der Feindseligkeiten, sondern auch wegen der britischen Unbeugsamkeit gegenüber der Neufestsetzung der Agrarpreise.

Einige Basisdaten über die irische Landwirtschaft unterstreichen deutlich ihre Bedeutung im nationalen Rahmen. Etwa 220 000 Personen bzw. 19 Prozent der gesamten Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig (EG: ca. 7 Prozent). 1980 belief sich der Wert der erzeugten landwirtschaftlichen Produkte auf 1,666 Mrd. £ – rund 13 Prozent des Brutto-Sozialproduktes, wiederum mehr als der Durchschnitt der EG. Die Exporte von landwirtschaftlichen Produkten und verarbeiteten Lebensmitteln stiegen auf über eine Mrd. £, und dies entsprach fast einem Drittel des gesamten nationalen Exports.

Der Landwirtschaftssektor hinwiederum versorgt eine Lebensmittelindustrie mit über 300 Unternehmen, einem Umsatz von 2,3 Milliarden £ (46 Prozent des Umsatzes der gesamten irischen Industrie) und 55 000 Beschäftigten (26 Prozent der Industriearbeiterschaft).

Durch die stimulierende Wirkung der höheren Preise und den freien Zugang zum größeren Markt hat sich die irische Landwirtschaft in den siebziger Jahren schnell entwickelt. Umfangreiche Investitionen sind in moderne Ausrüstungen, Maschinen und Gebäude geflossen und haben die Übernahme von Anbaumethoden und -techniken auf neuestem Stand gefördert. Bei alledem waren die direkten finanziellen Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik von vitaler Bedeutung: 1. Die Preise für alle irischen Agrarprodukte sind im Zuge der Anpassung an das EG-Niveau stark gestiegen. 2. Durch den europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für die Land-

wirtschaft (EAGFL) wurden die Preise der irischen Agrarexporte gestützt, und die mit dem Interventionssystem verbundenen Aufwendungen kamen einigen Bereichen der Landwirtschaft zugute. 3. Der Ausgleichsfonds der EAGFL hat zugunsten der Verbesserung der Situation benachteiligter Regionen des Landes interveniert.

Der Preiseffekt hat jedoch keine Entsprechung in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivität gefunden. Merklich gestiegen sind die Einkommen eher durch eine Kombination von Preiserhöhungen und ständigen Abwertungen des „Grünen Pfund“ als durch Verbesserungen des Outputs und der Qualität. Gerade dieser Aspekt des gesamten Themas hat zu erheblichen Kontroversen geführt: Die Labour-Party stellte in einer Situation, in der die Einkommen ohne jegliche erkennbare Verbesserung der Produktivität anstiegen, die niedrigen Steuersätze für Bauern in Frage. Zahlreiche Gewerkschaftsführer üben offen Kritik an den Bauern-Organisationen. Im Verlauf der letzten Jahre sind die von den Bauern anfänglich errungenen Vorteile durch die niedrige Produktivitätsentwicklung sowie die außerordentlich hohe Inflationsrate wieder zunichte gemacht worden. Die irischen Bauernführer sind von der ständigen Beschwörung der Vorteile der EG-Mitgliedschaft und des Gemeinsamen Agrarmarktes im besonderen abgegangen und fordern mit zunehmender Lautstärke höhere Preise, Sonderhilfen, gleichgültig woher, und direkte Interventionen der irischen Regierung.

Das Marathon-Gerangel der EG-Landwirtschaftsminister Ende Mai um die Anpassung der Agrarpreise ist in erster Linie der unnachgiebigen Haltung der britischen Regierung zuzuschreiben, die einmal mehr weitreichende Konzessionen in der Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt erzwingen wollte. Diese Position ist von vielen irischen Kommentatoren als schwerwiegender Bruch der Solidarität der Gemeinschaft charakterisiert worden. Bei diesem Problem wie auch in der Falkland-Krise setzte die britische Regierung eine Menge Sympathien und Verständnis aufs Spiel, von der Bereitschaft zu aktiver Unterstützung gar nicht zu reden. Vom irischen Standpunkt aus war die Aufrechterhaltung des britischen Vetos gegen die Agrarpreiserhöhung eine eklatante Verletzung eines in jederlei Hinsicht elementaren nationalen Interesses. Seit langen Jahren bemüht sich Irland ohne viel Aufhebens um Mäßigung und um Kompromisse innerhalb des Systems der Gemeinschaft und hat es an Geduld und gutem Willen nicht fehlen lassen. Doch diesmal ist der Bogen überspannt worden.

Tony Brown (Dublin)

Italien: Teilweise handgreiflich

Trotz weitreichender innerer Konflikte und Differenzen hat sich die Regierung Spadolini, seit einem Jahr im Amt, als erstaunlich stabil erwiesen. Die vier kleineren Regierungsparteien sind entschlossen, an der gegenwärtigen Koalition festzuhalten.

Kein Neuling, aber doch ein Newcomer: So läßt sich der neue Spitzenmann der Democrazia Cristiana beschreiben, der auf dem Parteitag der DC um die Monatswende April/Mai in Rom gewählt wurde: Ciriaco de Mita, Süditaliener aus dem neapolitanischen Hinterland und ein ganz besonderer ausgefuchster Vertreter jener Klasse von Politikern, die schon immer von sich behauptet hat, ein Land wie Italien regieren zu können, ohne jemals ernsthaft in Frage gestellt zu werden. Von einer Erneuerung an Haupt und Gliedern, von der der frühere Generalsekretär und jetzige Parteipräsident, Flaminio Piccoli, während seiner Amtszeit so häufig gesprochen hat, ohne indessen damit zu Rande zu kommen, ist allerdings noch nicht viel zu sehen. Immerhin bleibt zu verzeichnen, daß dieser Kongreß der Democrazia Cristiana eine offene Spaltung wie im Jahre 1980 vermied, als sich die Delegierten – teilweise handgreiflich – über die Frage des Verhältnisses zu den Kommunisten nach dem abrupten Ende der Koalition der „nationalen Einheit“ entzweit hatten. Mit äußerst knapper Mehrheit hatte sich damals die Linie durchgesetzt, daß in der Einleitung zum Leit Antrag der Parteiführung, dem mittlerweile berichtigten „preambolo“, der Pausus aufgenommen wurde, daß an eine formelle Beteiligung der Kommunisten an der Regierung in Rom nicht zu denken sei.

Das „preambolo“ haben mittlerweile viele namhafte DC-Politiker vergessen machen wollen, aber so abgestanden es inhaltlich schon zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung war, ist es mittlerweile auch durch die Fakten überholt; die Stichworte lauten, soweit es die Kommunisten betrifft: Afghanistan und Polen. Dies hat freilich nichts daran geändert, daß den Kommunisten der Weg zu Ministersesseln weiterhin versperrt ist. Auch die Sozialisten sehen sich zur Zeit nicht in der Lage, ernsthaft auf die „linke Alternative“ hinzuwirken, die einen lupenreinen Machtwechsel überhaupt erst ermöglichen würde. Sie und die kleineren Parteien des Mitte-Links-Bereichs – Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale – sehen ihr Heil zumindest gegenwärtig in der Fünf-Parteien-Koalition unter dem republikanischen Ministerpräsidenten Giovanni Spadolini, der sich

anschickt, den italienischen Nachkriegsrekord zu brechen, was die Lebensdauer eines demokratisch gebildeten Kabinetts anbetrifft.

Aber zugleich entsteht die paradoxe Situation, daß die Regierung Spadolini mehr durch äußere Umstände denn durch politische und programmatische Gemeinsamkeiten zusammengehalten wird. Da Spadolini aus naheliegenden Gründen nicht bereit ist, der Democrazia Cristiana, die sich selbst unverfroren als „geborene“ Regierungspartei interpretiert, das Feld zu räumen, bleibt neben der zur Zeit aussichtslosen „linken Alternative“ nur eine Konstellation, die den Sozialistenführer Bettino Craxi den Weg in den Palazzo Chigi ebnet. Ein Gedanke, der für die Christdemokraten womöglich noch schwerer zu verdauen ist als die Tatsache, daß sie seit Juli vergangenen Jahres den gewichtigen Chef einer gewichtigen, aber kleinen Partei als Regierungschef akzeptieren müssen.

Im Vollzug der eigenen Politik sieht sich die Fünfer-Koalition indessen derzeit an mehreren Fronten auf eine harte Probe gestellt. Innenpolitisch muß sie eine nun schon seit Wochen dauernde zermürbende Kraftprobe mit den Unternehmern einerseits, mit den Gewerkschaften andererseits wegen der Frage der Lohnkosten – im wesentlichen die als „scala mobile“ bekannte vierteljährliche Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflationsrate – durchstehen. Dahinter verbirgt sich letztlich die Frage, ob und wenn ja, inwieweit italienische Produkte mit diesem eingebauten Preisschub auf ausländischen Märkten noch konkurrenzfähig sind.

Fairerweise soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß es auch innerhalb der Fünfer-Koalition Kräfte gibt, die eher zentripetal als zentrifugal wirken. Dazu gehören einmal der seit fast zwei Jahren bestehende Konsultationspakt zwischen Sozialisten und Sozialdemokraten, der von Bettino Craxi ebenso gelobt wird wie von Pietro Longo, zum anderen die recht intensive Annäherung zwischen Republikanern und Liberalen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre. Als drittes verbindendes Element kommt hinzu, daß die kleineren Parteien ein Interesse daran haben müssen, nicht ohne Not in den zwar abgeschwächten, aber natürlich immer noch vorhandenen Sog der DC zu geraten. PSDI-Chef Pietro Longo brachte dies kürzlich vor deutschen Journalisten in Rom auf die ebenso simple, wie seherische Formel: „Wer auf den offenen Krach hinaus will, tut nur den Christdemokraten einen Gefallen.“ Eine Weisheit, zu der sich Italiens Sozialdemokraten erst nach langjährigen schmerzlichen Erfahrungen haben durchringen können.

Holger Quiring (Rom)

Luxemburg: Kulturkampf

Das politische Klima in Luxemburg hat sich zusehends verschärft: Im Parlament, in öffentlichen Stellungnahmen und in Pressepolemiken fallen die Parteien übereinander her, als befände sich das Land in der Endphase eines besonders erbitterten Wahlkampfes. Dabei stehen die nächsten Parlamentswahlen erst im Juni 1984 an.

Schuld an der Verrohung der politischen Sitten trägt vor allem die Regierung, welche das Jahr 1982 zum „nützlichen Jahr“ erklärt hat, was heißen soll, daß in diesem Jahr vornehmlich bittere Pillen verteilt werden. Der bittere Nachgeschmack, so das Kalld der christlich-sozialen und der liberalen Regierungspartner, soll vor den Wahlen durch einige Zuckerplätzchen verdrängt werden.

Eine besonders bittere Pille stellt das Anfang April vom Parlament verabschiedete sogenannte Spezialmaßnahmengesetz dar, mittels dessen die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Teuerung drastisch eingeschränkt wird. Man rechnet damit, daß die Realeinkommen der Arbeitnehmer dieses Jahr um circa 8 Prozent fallen werden. Es gab gegen dieses Gesetz einen wahren Volksaufstand, doch ließ die Regierung sich weder durch die imposanteste Demonstration, die Luxemburg je kannte, noch durch einen Generalstreik, an dem sich die Hälfte der Arbeitnehmer des Landes beteiligte, erschüttern.

Der nächste Streich stellt die Subsidierung der Privatschulen dar. Neben den öffentlichen Schulen gibt es in Luxemburg eine Reihe Privatschulen, die katholischen Orden gehören und die vornehmlich von Mädchen aus sogenannten besseren katholischen Kreisen besucht werden. Die christlich-soziale Volkspartei fordert seit langen Jahren eine Übernahme der Kosten dieser Schulen durch den Staat, wogegen sich alle anderen Parteien beharrlich sträubten, und dies unter der Devise, daß öffentliche Gelder nur für öffentliche Schulen gewährt werden könnten und Privatschulen eine Privatangelegenheit der betreffenden Bürger seien.

Der derzeitige Koalitionspartner der Christlich-Sozialen, die Demokratische Partei, früher der eifrigste Verfechter der öffentlichen Schule, ließ sich durch das heiligste Prinzip aller Liberalen, nämlich das Geldverdienen, umstimmen. In einem koalitionsinternen Handel stimmten die Liberalen einer Subsidierung der Privatschulen durch den Staat zu, wofür sich die Christlichen mit einer Reform der Mietgesetzgebung im Sinne der Hausbesitzer, einer treuen

liberalen Wählerklientel, revanchieren werden.

In einer Nacht- und Nebelaktion wurde das Privatschulgesetz in einem Rekordtempo durch das Parlament gejagt, obwohl sich nicht nur linke Organisationen, sondern auch praktisch alle Professorenkonferenzen und Elternvereinigungen der verschiedenen öffentlichen Schulen gegen das Regierungsvorhaben aussprachen. Es ist nämlich unausweichlich, daß zu einem Zeitpunkt, wo öffentliche Finanzen an Schwindsucht leiden, eine Subsidierung der Privatschulen nur auf Kosten der öffentlichen erfolgen kann.

Die staatliche Geldspitze erlaubt es den konfessionellen Privatschulen zudem, sich noch attraktiver zu gestalten, und da die Privatschulen nur die Schüler nehmen, die ihnen genehm sind, bleiben der öffentlichen Schule die Problemfälle sowie die Kinder von Gastarbeitern. (In manchen Teilen des Landes, so z. B. in der Hauptstadt, stellen ausländische Kinder jetzt schon über die Hälfte der Schüler der öffentlichen Schule.) Die Christlich-Sozialen ließen sich durch solche Argumente nicht erschüttern und dachten nur an ihre treue Nonnen-Kundschaft, während die Liberalen, Augen und Ohren geschlossen und die Hand fest am Geldbeutel, zum Koalitionshandel standen. Das Resultat ist ein Schulkrieg, der noch lange die politische Atmosphäre vergiften wird.

Für Konfliktstoff sorgen weiter die Satellitenpläne von RTL. Die Regierung ist gewillt, die dem Land von der Genfer Funkverwaltungskonferenz zuerkannten Fernsehkanäle zu nutzen. Auch die sozialistische Opposition ist der Ansicht, daß Luxemburg versuchen sollte, seine Chancen auf diesem technologisch vielversprechenden Gebiet zu wahren.

Doch stehen sowohl die Bundesregierung wie auch die französische Regierung den entsprechenden Plänen der kommerziellen luxemburgischen Radio- und Fernsehgesellschaft RTL negativ gegenüber, und vor allem die französische Regierung hat den Einstieg von RTL in das Satellitengeschäft immer wieder auf die lange Bank geschoben. Da in der Zwischenzeit noch andere, u. a. eine amerikanische und eine anglo-amerikanische Gruppe, Interesse an den luxemburgischen Satellitenplänen bekundet haben, hat die Regierung RTL ultimativ aufgefordert, sich definitiv über ihre Satellitenpläne auszusprechen; andernfalls könne Luxemburg die Sendekonzession an einen anderen Interessenten vergeben. Das könnte jedoch den Kulturkampf mit Frankreich bedeuten, das auf keinen Fall zulassen will, daß ein amerikanisches „network“ von Luxemburg aus den europäischen Fernsehmarkt erschließt.

Robert Goebbels (Luxemburg)

Niederlande: Historische Krise

Der Rückzug der Sozialisten aus der Regierung hat ihre Ausgangssituation für die bevorstehenden Neuwahlen eher verschlechtert als verbessert.

Seit Mitte Mai ist es soweit: Nachdem ein letzter Versuch, die Differenzen über das Sparprogramm 1982/83 sowie über das dazu (angeblich) parallel laufende Beschäftigungsprogramm beizulegen, fehlgeschlagen war, hatten die sechs sozialistischen Minister ihre Entlassung eingereicht. Eine Interimsregierung von Christdemokraten und Linksliberalen wird jetzt provisorisch weiterregieren und Neuwahlen vorbereiten. Dabei läßt sich gegenwärtig noch nicht absehen, wie stark diese Regierung wird auftreten können und wann es Neuwahlen geben wird. Beide Fragen sind politisch nicht ohne Gewicht. Wird die Regierung z. B. den Haushalt 1983 nur „technisch“ vorbereiten, oder wird sie dabei die Mehrheitsmeinung innerhalb der gerade geplatzen Regierung (die ja für die Sozialisten Anlaß zum Ausscheiden war) durchzusetzen versuchen, – so als ob sie über eine parlamentarische Mehrheit verfügte? Mit Hilfe der rechten Opposition wäre dieser Haushalt vermutlich durchsetzbar und die Wirtschafts- und Finanzpolitik auf längere Zeit in diesem Sinne festgelegt.

Die PvdA befindet sich denn auch in einer wenig beneidenswerten Situation. Zwar empfinden viele Mitglieder und Funktionäre eher Erleichterung über den Rücktritt der eigenen Minister – die Regierungsbeteiligung wurde nämlich zunehmend peinlicher –, aber auf ein gutes Wahlergebnis zu hoffen, gibt es kaum Anlaß. Erstens lehrt die geschichtliche Erfahrung, daß diejenigen, die in der Politik „Krach schlagen“, dafür am Ende auch meist die Rechnung begleichen müssen. Und zweitens haben die Sozialisten ihren Wählern auch vieles zu erklären, und ob ihnen dies gelingen wird, bleibt die große Frage.

Denn die sozialistische Alternative zur Politik der amtierenden Regierung, eine Zwei-Wege-Politik von Sparmaßnahmen und Lohnmäßigung, verbunden mit aktiven Beschäftigungsmaßnahmen, hinterläßt bei manchem große Zweifel. Sparmaßnahmen und Lohnmäßigung sind ja viel unmittelbarer spürbar, als Erfolge auf dem anderen Weg sichtbar werden. Vorherhand wird also Skepsis und Ungläubigkeit überwiegen. Zugleich wird sich die Partei des Vorwurfs erwehren müssen, ihr Beharren auf einer aktiven Beschäftigungspolitik sei lediglich ein Alibi für ihre Nichtbereitschaft, Mitverantwortung für Sparmaß-

nahmen zu übernehmen.

Daneben gibt es auch Probleme parteitaktischer und -strategischer Art. Solange die Partei die Zusammenarbeit mit der rechtsliberalen VVD in einer Regierung so gut wie prinzipiell ausschließt und solange eine linke Mehrheit im Parlament ein wenn auch schöner, so doch unrealistischer Traum bleibt, wird die Partei wohl ob mit oder ohne die Linksliberalen zur Koalition mit den Christdemokraten verurteilt sein. In dem Maße, wie sich das Verhältnis zur CDA aufgrund von Problemen in der jüngeren Geschichte immer gespannter und belasteter darstellt, wirkt die PvdA als potentielle Regierungspartei in den Augen vieler Wähler immer weniger glaubwürdig. Denn die Aussicht, einmal mehr eine Regierung von mit einander kämpfenden Christdemokraten und Sozialisten zu bekommen, ist doch für manchen wenig verlockend. Die Stimmen werden wohl nach rechts und links wegfließen, und zwar eher nach rechts, denn dort gibt es wenigstens eine Regierungsalternative.

In diesem Zusammenhang ist es eine durchaus ernstzunehmende Frage, ob Joop den Uyl noch Spitzenkandidat und Parteileiter bleiben muß. Die Wahlchancen der Partei stehen auf dem Spiel; zugleich ist Den Uyl eigentlich unersetzbar. An intellektueller Kraft und politischem Weitblick ist er in der Partei und eigentlich auch in der ganzen holländischen Politik unübertroffen und unter Stammwählern und Funktionären der Partei noch immer sehr beliebt.

Mögliche Nachfolger sind denn auch schwer auszumachen. André van der Louw, ehemaliger Kultusminister und Oberbürgermeister von Rotterdam, dürfte wohl der wahrscheinlichste Kandidat sein, aber gegen ihn regen sich innerhalb wie außerhalb der Partei viele Widerstände. Ein guter Kandidat wäre Wim Kok, gegenwärtig Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes FNV, doch der ist in der Partei bislang nicht hochgekommen. Weitere mögliche Kandidaten könnten Ed van Thijn, bis vor kurzem Innenminister, und der ebenfalls zurückgetretene Wohnungsbauminister, Marcel van Dam, sein.

Was sich gegenwärtig in den Niederlanden vollzieht, könnte eine historische Regierungskrise werden. Denn es ist das erste Mal in ihrer Geschichte, daß die Linksliberalen von D'66 sich von den Sozialisten getrennt haben. In einer Zeit einer Wirtschaftskrise haben sie sich eher liberal als links profiliert – genauso wie ihre Vorväter, die Freidemokraten, es in den 30er Jahren taten. Es mag ein Trost für die Sozialisten sein, daß solcher „Verrat“ erfahrungsgemäß meist mit hohen Stimmenverlusten bezahlt werden muß.

Marnix Krop (Amsterdam)



LESERBRIEF

Inflation eines Begriffes oder: Was ist „Geostrategie“?

In mehreren Artikeln der Neuen Gesellschaft – aber nicht nur da – findet man in letzter Zeit gehäuft die Begriffe „Geostrategie“ und „Geopolitik“, auch in abgewandelter Form, in Zusammenhang mit außen- und sicherheitspolitischen Themen (so Horst Ehmke: Sozialdemokratische Außenpolitik, NG 3/82, S. 208; Hans Apel: Die Bedrohung Westeuropas durch das militärische Potential der Warschauer Pakt-Staaten, NG 4/82, S. 316 und Christian Krause: Was ist militärische Bedrohung?, NG 4/82, S. 323, 325 und 326). Aber auch im Friedenspapier des Zentralkomitees der deutschen Katholiken „Zur aktuellen Friedensdiskussion“ wird mit geopolitischen Notwendigkeiten argumentiert. Bei allen Unterschieden thematischer und inhaltlicher Art ist allen Autoren gemein, daß sie den Begriff „Geostrategie“ mehr unbewußt und ohne klare inhaltliche Fixierung benutzen.

Dabei handelt es sich nicht nur um einen Streit um Worte, sondern auch um einen Streit um Inhalte und Analysen der Friedens- und Abrüstungsdiskussion. Sicherheitspolitik und eine vermeintliche militärische Bedrohung werden dabei nicht so sehr von Geofaktoren und naturbedingten Sachzwängen – Hans Apel: „geostrategische Rahmenbedingungen“ – geprägt als vielmehr von den Interessengegensätzen zweier Supermächte und deren „Bruderstaaten“ in Ost und West. Dieser Interessengegensatz rührt aber von der Konkurrenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme her, d. h. unterschiedlicher politisch-ökonomischer Ziele, und nicht von „geopolitischen“ und „geostrategischen“ Divergenzen, was auch immer darunter zu verstehen ist.

Geostrategie und Geopolitik

In der Literatur ist eine eindeutige Definition von „Geostrategie“ nicht vorhanden, so daß der Verdacht aufkommt, daß es sich hier um einen Teilaspekt der übergeordneten Geopolitiklehre handelt, und zwar um die militärische Begründung strategischen Handelns aufgrund natürlicher Notwendigkeiten. Geopo-

litik als Begriff wie als Pseudowissenschaft ist in Deutschland wegen ihrer engen Verbindung zur nationalsozialistischen Lebensraumideologie nach 1945 nicht mehr in der Diskussion gewesen. Die gehäufte erneute Verwendung von „Geopolitik“, „Geostrategie“ u. ä. in politischen wie wissenschaftlichen Veröffentlichungen macht auf eine um sich greifende Tendenz aufmerksam, nämlich politische Entscheidungen – wie z. B. den NATO-Doppelbeschluß – als Entscheidungen aufgrund angeblich „naturgesetzlicher Notwendigkeiten“ erscheinen zu lassen. Diese vorgegaukelte „Naturbedingtheit“ politischer und militärischer Maßnahmen bezweckt aber nichts anderes als das Fernhalten jeglicher Kritik. Man versteckt sich hinter „Sachzwängen“ und ist nicht bereit, die volle Verantwortung für die eigene Politik zu übernehmen. Dabei bedient man sich eines geographischen Determinismus, den man als Geofaktorenlehre aus der Militärgeographie (siehe: E. Lutz: Lexikon zur Sicherheitspolitik, München 1980, S. 102–103) zur Verfügung gestellt bekommt. Allerdings sind weder die Begriffe eindeutig bestimmt worden, noch ist man sich des historischen Erbes bewußt, das diese Begriffe verkörpern. Denn diese „Geopolitik- und Geostrategie“-Lehre standen eindeutig im Dienst der nationalsozialistischen Ideologie als Legitimationsbasis der faschistischen Imperialismusziele. Deshalb kann man auch im „Staatslexikon“ von 1959 lesen: „Der Begriff Geopolitik ist so vorbelastet und abgestempelt, daß er sich in Zukunft ebenso wenig frei verwenden läßt wie etwa das Wort ‚Nationalsozialismus‘ für gegenwärtige Formen eines nationalen Sozialismus“ (P. Schöller: Geopolitik, in: Staatslexikon. Recht. Wirtschaft. Gesellschaft, Bd. 3, Freiburg 1959, Sp. 779). Geofaktorenlehre und Geostrategie sind sehr eng verwandt mit der Geopolitiklehre. Deshalb sollte gerade bei Sozialdemokraten ein unreflektierter Gebrauch solcher vorbelasteten Termini nicht vorkommen.

Auswirkungen

Statt dieses vermeintlichen Naturdeterminismus einer ungezügelten Rüstungsdynamik werden wesentliche Gesichtspunkte und Fragen in den oben genannten Aufsätzen zur Sicherheitspolitik unberücksichtigt gelassen, die tiefgründige Einblicke in gesellschaftliche und soziale Ursachen des Sicherheitsproblems erlauben würden. Eine implizierte natürliche Bedingtheit der sicherheitspolitischen Entscheidungen – etwa aufgrund unterschiedlicher Lageverhältnisse oder Rohstoffpotentiale – würde sich dann als Versuch herausstellen, von den tatsächlichen Ursachen

und Verantwortlichen eines ungebremsen Rüstungswettlaufs abzulenken. Ich denke da z. B. an folgende unbeantwortete Fragenkomplexe:

a) Abgesehen von der eher vernebelnden als aufklärenden Zahlenjongliererei von Hans Apel – Christian Krause: „der militärische Kräftevergleich stimuliert Ängste und reizt zu Mehrausgaben an“ (NG 4/82, S. 323) –, muß man die Frage stellen, warum Apel nicht auf die Forderungen der USA eingeht, die nämlich von der Bundesrepublik Deutschland Militärsaktivitäten *außerhalb* des NATO-Gebietes fordern. So erklärte der Botschafter der USA in der Bundesrepublik Deutschland, Arthur F. Burns, am 5. April 1982 vor dem Unterausschuß für Europa und den Nahen Osten des Außenpolitischen Ausschusses, des Repräsentantenhauses: „Wir sind auch etwas beunruhigt über die Zurückhaltung der Bundesrepublik, sich in einigen Problemen außerhalb der NATO-Grenzen, vor allem im Gebiet des Persischen Golfes zu engagieren.“ (Amerika-Dienst vom 14. 4. 82, S. 6) Hier fordert die USA als stärkste Macht innerhalb der NATO die Bundesrepublik zu einer Verletzung des Nordatlantikvertrages auf, der die räumliche Zuständigkeit der NATO eindeutig definiert (Artikel VI). Liegt nicht hierin eine wesentliche Ursache der sicherheitspolitischen Probleme, nämlich daß die Interessen der USA in weiten Teilen andere sind als die der europäischen Verbündeten? Dazu äußert sich Hans Apel aber nicht!

b) Burns begründet diese Forderung mit der Feststellung: „In der geopolitischen Rolle der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik gibt es wichtige Unterschiede. ... Es wäre klug, wenn die Deutschen sorgfältiger überlegen würden, vor wie komplexen Problemen die Vereinigten Staaten oft stehen, wenn sie im Bündnis Führung ausüben und Maßnahmen in anderen Gebieten der Welt [Herv. K. K.] treffen.“ Damit wird das globale militärische Engagement – ich nenne es Imperialismus – mit der spezifischen geopolitischen Rolle der USA begründet. Worin besteht nun der Unterschied zwischen „Geopolitik“ und „Geostrategie“? Begibt man sich nicht in eine gefährliche Nachbarschaft zu geodeterministischen Auffassungen, die in Deutschland entwickelt und auch hier in der Lebensraumideologie der Nationalsozialisten ihre Anwendung fanden? Damit will ich sicherlich keinem diese Lebensraumideologie unterstellen – erst recht keinem Sozialdemokraten. Aber solange keine begriffliche Klärung und Abgrenzung

erfolgt, muß auf diese terminologische und inhaltliche Parallele hingewiesen werden.

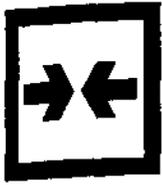
c) Zum Schluß muß die Frage erlaubt sein, ob hinter dieser geostrategischen Begründung eines rapide zunehmenden Rüstungswettlaufs nicht vielmehr die Konkurrenz der Supermächte um die Kontrolle und Verfügbarkeit der Ressourcen steht. Burns spricht in diesem Fall von „Wirtschaftskrieg“. Dies bedeutet dann letztlich eine Neuauflage von „Lebensrauminteressen“, die nun nicht mehr regional (Besetzung von Gebieten u. ä.), sondern sektoral (Verfügbarkeit von Rohstoffen u. ä.) zu sehen sind. Dann jedoch sollte man sich vor unklaren und geodeterministischen Begriffen hüten, besonders wenn sie – wie im Falle der Geopolitik – aus der Zeit des Nationalsozialismus eindeutig vorbelastet sind.

Vielmehr muß man Peter von Oertzen Recht geben, daß die Grundlage der amerikanischen Forderung nach noch mehr Rüstung und noch höheren Militäretats in den ökonomischen und sozialen Verhältnissen der USA begründet ist: „Die lückenlose Vorherrschaft des privaten Eigentums und des privaten Interesses in der Wirtschaft, die blinde Anbetung des individualistischen Konkurrenz-, Leistungs- und Erfolgsstrebens; die mangelhafte Beteiligung der ärmeren Gesellschaftsklassen ... am kulturellen, sozialen und politischen Leben der Nation, die Schwäche der Arbeiterbewegung“ (NG 4/82, S. 333) bewirken ein weiteres Anheizen des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West. Diese Überlegungen hat Hans Apel nicht in seinen Ausführungen berücksichtigt; statt dessen zeichnet er ein Bild von der Sowjetunion, die mit Waffengewalt die Weltrevolution „exportieren“ wolle. Christian Krause hat dies zu Recht als reines Phantasieprodukt entlarvt.

Fazit

Die sicherheitspolitische Diskussion in der SPD sollte zukünftig auch historische und ökonomische Analysen miteinschließen, um von den wenig sinnvollen, da kaum überprüfbar reinen Zahlenvergleichen der militärischen Potentiale in Ost und West wegzukommen. Damit verbunden muß auch eine saubere Begrifflichkeit sein, die – wie am Beispiel des Begriffs „Geostrategie“ zu sehen – noch sehr zu wünschen übrig läßt.

Klaus Kos
5300 Bonn 1



Bücher: Sozialreportagen aus dem deutschen Alltag

„Eroberung der Wirklichkeit“ – diese Forderung hat die Literatur der Sozialdemokratie ebenso inspiriert wie ihre Beschäftigung mit der eigenen Geschichte, die hoffnungsvolle literarische Zukunftserwartungen, die „Dichtung in ein neues Dasein“, oftmals zuschanden machte. Was aber ist „Wirklichkeit“? Eine Frage der Lebensverhältnisse, des Einkommens, der Arbeits- und Wohnsituation, oder auch eine Frage der Befindlichkeit, der Identität, der Lebensgeschichte und der kollektiven Hoffnungen und Ängste? Wie aber will man diese Befindlichkeiten darstellen, einer nachgeborenen Generation vermitteln, die Geschichte, und zumal die Parteigeschichte, häufig instrumentalisiert, zum Vehikel innerparteilicher Auseinandersetzungen, ja zur Legitimationwissenschaft macht.

Einen unverfälschten, wenn gleich sehr subjektiven Zugang zur Geschichte der leidenden, wenn gleich nicht mehr – wie noch im 18. und frühen 19. Jahrhundert – stummen Bevölkerung bieten Lebenserinnerungen, bieten authentische, zeitnahe Schilderungen. Sie sind zwar oftmals dem kleinen Kosmos verhaftet, der die Welt bedeutet: der unmittelbaren Nachbarschaft, der Schule, dem Betrieb, der Straße oder der Stadt. Sie spie-

geln häufig keine „objektive Wirklichkeit“, irren im Großen, nicht aber – und dies ist wichtig – im Kleinen. Lebensschilderungen und auch Reportagen engagierter Journalisten liegt ein anderer Wahrheitsbegriff zugrunde als der wissenschaftlichen Forschung, eine Wahrheit, die subjektiv empfunden wird, die vor allem in den Köpfen existiert. Wie aber daran kommen, wie also das kollektive Empfinden und Leiden, wie also die individuelle Lebensbewältigung schildern?

Im Dietz-Verlag sind in den vergangenen Jahren mehrere Versuche unternommen worden, Befindlichkeiten von bis dahin als stumm geltenden Bevölkerungsteilen zu erfassen und den Reflex von Wirklichkeit in der literarischen und zugleich für den täglichen Gebrauch bestimmten Reportage aufzuspüren. Drei dieser Bände fußen auf der reichhaltigen Sammlung von Friedrich G. Kürbisch, der als Herausgeber zeichnet.

Friedrich G. Kürbisch, Hrsg., Wir lebten nie wie Kinder. Ein Lesebuch, Verlag J.H.W. Dietz, Berlin und Bonn 1979, 151 S., DM 18,—

Kindheiten sind in der Regel nur von Prominenten überliefert und sind in ihrer Besonderheit kaum zu verallgemeinern. Kindheiten waren überdies in der Regel eine Lebensphase des Kindes aus der bürgerlichen Familie, über die wir denn auch sehr gut informiert sind. Das Jahr des Kindes erschloß uns viele Sammel- und Bildbände, wie überhaupt zu diesem Jahr der großen Appelle viele kurzlebige Publikationen erschienen sind, die vor allem das öffentliche Interesse befriedigen wollten und zugleich davon zu profitieren gedachten. Reprä-

sentative Bildbände, gediegen aufgemachte Anthologien können jedoch nicht den Eindruck hervorrufen, den ein schmales und preiswertes Bändchen mit dem Titel „Wir lebten nie wie Kinder“ hinterläßt. Friedrich G. Kürbisch, ein leidenschaftlicher Sammler und Herausgeber von Arbeiterdichtung, hat Ausschnitte aus seltenen, verstreuten und schwer zugänglichen Erinnerungsbüchern zu einem beeindruckenden und bewegenden Lesebuch einer Zeit- und Sozialgeschichte von Kindheiten der Ärmsten, der Proletarier, der Fabrik- und Landarbeiter sowie der kleinen Handwerker, zusammengetragen.

Es ist immer wieder von Sozialdemokraten, zumal den Älteren, betont worden, daß die „gute alte Zeit“ nicht einmal ein Märchen war, sondern daß es sie nicht gab. In den vorliegenden vierundvierzig Berichten aus dem Leben dreier Generationen zwischen 1850 und 1914 wird noch mehr deutlich: Die gute alte Zeit bedeutete für die Unterschicht „Not, Willkür, Ungerechtigkeit, Rechtlosigkeit und Gewalt“, kurz: ein geringes Lebensrecht und oftmals eine noch schmalere Überlebenschance. Der kleine Max Brockelmann etwa, ein Kanalarbeiter, dessen Lebensdaten sich verlieren, erlebt den Tod seiner Mutter Seite an Seite im gleichen Bett. Nach Jahren wird ihm die Todesursache bewußt. „Sie ist verhungert.“ Kein Mensch hatte ihr Nahrung angeboten, und das wenige, was vorhanden war, hatte sie ihren Kindern überlassen, über eine Woche lang. So erfahren wir etwas über die „Kinderhölle“ einer Aufpasserin, aus dem Leben des späteren aufrechten Sozialdemokraten Holec,

der nicht weiß, ob er zur Schule gehen oder als Ziegelstreicher arbeiten soll, aber auch von der Rohheit der Erwachsenen, die ihre Kinder prügeln, Lehrlinge quälen, sich von den vielen hungrigen Mäulern, die sie wider Willen in die Welt setzen, einfach überfordert fühlen.

Die sozialdemokratische Aufklärung bedeutete hier vielfach Bildung zur angemessenen Erziehung und brachte damit im Schicksal der Kinder häufig die Wende. Zwar verbesserten sich durch die bloße Parteimitgliedschaft kaum schlagartig die drückenden Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Wohl aber änderte sich die Sicht der Welt und damit das Verhalten gegenüber Kollegen, zu Nachbarn und zu den Familienmitgliedern, damit aber auch zu den Kindern.

Vor allem aber wurden diese häufig selbst von sozialdemokratischen Zukunftsperspektiven ergriffen, glaubten an die konkrete Utopie des Zukunftsstaates und vermochten so in eine bessere Zukunft zu schauen. Selbst kindliches Spiel- und Leseverhalten wurde durch sozialdemokratische Weltaneignung geprägt. Der kleine Zigarrenmacher Bruns aus Bremen bricht in seiner Kindheit bereits mit „Ungeheuern“ und „Riesen“, mit „Indianern“ und „anderen Feinden“. Er träumte vielmehr davon, Reichstagsabgeordneter der SPD und damit „Führer des Volkes“ zu werden. Als Dreißigjähriger hatte er sein Ziel erreicht. Viele Lebensberichte von „Verwandten“ illustrieren, daß die Entscheidung für die Sozialdemokratie bereits in den Kindheitsjahren fiel, gefühlsmäßig, ohne Berechnung, und deshalb vielleicht besonders dauerhaft.

Kindheitsgeschichte ist nicht

nur Sozialgeschichte, sondern auch Parteilgeschichte – nicht nur im Sinne eines August Bebel, sondern im Sinne der Zahllosen, die mit den „Arbeitschulen“ ihrer Eltern auch deren politische Überzeugung übernahmen, ja sogar ihre Eltern aus traditionellen politischen Banden lösten. Geschichte der Kindheit ist Geschichte der Familie und damit Geschichte der Gesellschaft. Im Leben der Kleinsten spiegeln sich die Ungerechtigkeiten der Welt.

Jahr des Kindes scheint zuerst auf unsere eigenen Kinder zu zielen, nicht auf die Kinder der Welt, die zum größten Teil in jenen Verhältnissen leben, die Kürbisch als unsere eigene Vorgeschichte deutlich werden läßt. Wer ein eindringliches, über Tag und Jahr hinausgehendes Buch über Kindheiten lesen möchte, der greife zu einer der bedeutendsten Publikationen zum Jahr des Kindes. Er wird viel darüber erfahren, was kindliche Existenz bedeutete, wie sozialdemokratische Zugehörigkeiten wuchsen, wie schließlich auch durch Aufklärung und Bildung das Verhältnis zum Kind sich mit einem kindgemäßeren Verständnis der Kindheit wandelte.

Diese Entwicklung verhalf den Kindern allmählich zu ihrem Recht, veränderte die Bedingungen kindlicher Existenz und gliederte die Heranwachsenden aus dem schädigenden Arbeitsprozeß aus. Das Verständnis für die Besonderheiten der Kindheit wandelte sich mit den Lebensverhältnissen, vor allem aber mit den Lebensanschauungen der arbeitenden Bevölkerung.

Wie aber war es mit den Entstehungsbedingungen dieser Anschauungen bestellt? In welcher Wirklichkeit bildeten sie

sich heraus? Wie wurde diese Wirklichkeit innerlich bewältigt und gemeistert? Diese Frage angemessen zu beantworten, bedeutet, die Lebensverhältnisse zu betrachten, in denen sich *Ansichten*, in denen sich die *Sicht* von Schicksal, von Existenz, von Gesellschaft (die Abhängigkeit bedeutete) und Staat (der häufig Zwang mit sich brachte) herausbildeten. In Lebensverhältnissen, die Arbeitsverhältnisse bedeuteten, lassen sich Dimensionen der Lebensweise und der Weltanschauung greifen, die zu rekonstruieren eine der schwierigsten Herausforderungen darstellt. Verstreute Sozialreportagen über die Arbeitswelt (genauer: über den „Arbeitsmann“ der Hochindustrialisierungszeit) werden in einem Band versammelt, der vergangenes Leben in seiner Bedrängnis sichtbar und nachempfindbar macht.

Friedrich G. Kürbisch, Hrsg., *Der Arbeitsmann, er stirbt, verdirbt – wann steht er auf? Sozialreportagen 1880–1918*, Verlag J.H.W. Dietz, Berlin und Bonn 1982, 224 S., DM 19,80

Kürbisch ordnet die aufgenommenen Aufsätze, Zeitungsnotizen, Erinnerungsfetzen und Beschreibungen zwar der „Sozialreportage“ zu, die die „Entlarvung und Bloßstellung sozialer und politischer Mißstände“ beabsichtigt und die Hoffnung auf eine Veränderung der Wirklichkeit ausdrückte. Dennoch unterscheiden sich die Sozialreportagen des 19. Jahrhunderts von jenen aufrüttelnden Appellen der Weimarer Zeit oder den kritischen und nicht selten ätzenden Skizzen der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie stammen häufig aus der Feder der Betroffenen, sind deshalb zurückhaltender,

„stiller“ und zugleich doch beeindruckender: Das recherchierte Leben ist vielfach das eigene, über das häufig nur berichtet wird, um Verständnis für die durchlebte und durchlittene, auf der eigenen Haut zu spürende Not zu wecken. Der Berichtsteller entwickelte zu seinen Gewährleuten kein Objekt-Verhältnis, wie es heute vielfach heißt, sondern schrieb aus einer als selbstverständlich vorausgesetzten Identität heraus, die Solidarität bewirkte. So bildeten Leben und (politischer) Kampf eine Einheit, ohne daß Lebenskampf ritualisiert wurde. Diejenigen, die den stummen „Arbeitsleuten“ ihre Stimme liehen, warben für die Vernachlässigten, Ausgebeuteten, „sozial Schwachen“ zugleich, indem sie die Phantasie zum Mitleid weckten: Sie wandten sich nicht so sehr an den Staat als an die Öffentlichkeit, deren soziale Phantasie zum Mitleiden zu wecken war und von der durchaus ein Veränderungswille – zur Sozialreform, nicht zur sozialen Revolution freilich – ausgehen konnte.

Die Reportagen strahlen ursprüngliche Lebensverhältnisse aus und machen zugleich die Empfindungen deutlich, die unter diesen Verhältnissen entstanden. Dies geschieht nicht durch lange Zahlenkolonnen, sondern durch eine traditionelle Mittellingsform: durch die Erzählung, die heute als eine der wichtigsten Formen der Traditions- und Sinnvermittlung neuentdeckt wird und dem Bedürfnis entgegenkommt, die Verarbeitung von Wirklichkeit als Gegenwartsbewältigung und Zukunftsentwurf zu erfassen. Diese Wirklichkeit war in viele Einzelwirklichkeiten gespalten und zersäet, in die Wirklichkeit des

Abraumarbeiters (Bräf) ebenso wie in die des Ziegelarbeiters (Adler), des „krawallmachenden“ Schusters (Anonym) und der Heimarbeiter (Schnapper-Arndt), der Salinenarbeiter (Minna Kautsky) und Hofgänger (A. Bebel), aber auch der Beamten, die als „Gehaltssklaven“ empfunden wurden (Schröpel) und es ja auch waren – zumindest die Klammerexistenzen unter ihnen (Anonymus über „Beamtinnen-Elend“).

Die Einzelwirklichkeiten wurden jedoch in ihrer Gemeinsamkeit begriffen – und dies war die Voraussetzung für politische Konsequenzen: für Streik, Arbeiterbildungsbewegung, Parteienarbeit und Wahlbewegung, für Interessenvertretung und Zusammenschluß nicht nur zur Bewältigung hoher politischer Vorstellungen, sondern zur Meisterung der alltäglichen Zumutungen. Der Arbeitsmann entdeckte sich, er verkörperte Mündigkeit, und er stand auf – nicht um die Gesellschaft zu stürzen, in der er lebte, sondern um sie umzugestalten, nach jenem Bilde zu formen, das in den leidvollen Erfahrungen mit Staat und Gesellschaft entwickelt worden war. Dieser Umwandlungsprozeß wird wohl niemals abgeschlossen sein – dies ist auch kaum das Ziel einer Bewegung, die sich wie keine andere in den sozialen Wandel integrierte und erkannte, daß sie das Produkt dieses Wandels war. Ihr Ziel war die Schaffung menschenwürdiger Zustände – für immer neue Randgruppen, die im Wandel entstehen und den Verteilungskampf selbst nicht gestalten konnten, weil sie ihre Lage nicht erkannten oder zahlenmäßig zu schwach waren.

Kindheit ist eine Form und eine Phase der menschlichen Exi-

stenz, Arbeit eine andere. Beide führen zu lebenslang wirksamen Prägungen, dürfen aber nicht davon ablenken, daß allgemeine soziale und politische Entwicklungen individuelles Schicksal noch gravierender zu beeinflussen vermögen. Dies hat vor allem jene historische Epoche zwischen der Novemberrevolution, der offenen Situation nach der Abdankung der Monarchie, und dem Jahre 1945, der Befreiung vom Nationalsozialismus als Voraussetzung einer neuen, stabileren Demokratiegründung, deutlich gemacht.

Friedrich G. Kürbis, Hrsg., Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918–1945 – Ein Lesebuch, Verlag J.H.W. Dietz, Berlin und Bonn 1981, 240 S., DM 19,80.

„Es war ein Land von gewaltiger Gegensätzlichkeit und Weitmäsigkeit, wo seit hundert Jahren alles ein Anfang war und in hundert Jahren noch nichts abgeschlossen sein konnte; ein Land, nicht schön, nicht häßlich, bloß nützlich, ein unfleischliches Land, an dem alle Geld verdienen wollten, die einen, um ihr Leben zu fristen, die anderen, um ihr Leben zu genießen, ein Land, das leicht kümmerlich und leicht wertvoll zu machen war.“ Erik Regier, der glühende Gegner der Nationalsozialisten und Autor des vielleicht besten Romans über die Weimarer Wirklichkeit („Union der festen Hand“), faßte mit diesen Worten Sein und Sollen zusammen und zog ... der „Dichtung in ein neues Diesseits“ Grenzen politischer und sozialer Wirklichkeit. „Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf“, unruhig wegen der drängenden sozialen Probleme, der Kinderarbeit, der sterbenden

Heimindustrie, der alles in ihren Bann ziehenden großen Fabriken, denen sich selbst der rasende Reporter Kisch nicht zu entziehen vermochte.

Kürbisch hat viele Momentaufnahmen aus den Blendsgebieten des Reiches, aus den Umbruchzonen der Produktion, aus Wohnblöcken der „roten Hauptstädte“ Berlin und Wien zusammengetragen. In vielen Bildern wird die Wirklichkeit der Arbeit, die alltägliche Behauptung und die niederdrückende Macht des Alltags geschildert – zuweilen ohne Hoffnung, zuweilen mit einem kleinen Hoffnungsschimmer. Zunächst verhalten, dann schicksalsmächtig wird die Heraufkunft des Nationalsozialismus angedeutet. Er entstand jedoch nicht allein aus sozialen Problemen, sondern aus einer frühzeitig festzustellenden Geisteshaltung, vor der ein Sozialdemokrat zwar ausspucken konnte (S. 56 f), der er – wie Polgar – den Garaus wünschen durfte, die er aber offensichtlich nicht zu überwinden verstand. „Det sind so Ansichten“, murmelte der Arbeiter; wie aber stand es mit seinen eigenen?

Sozialreportagen können Fotografien der Gesellschaft sein, sehen sie aus dem Blickwinkel des Fotografen, vermögen aber kaum zu manipulieren. Zwar wollen sie bewegen, erreichen dies jedoch nur durch Tiefenschärfe, nicht durch Verwackeln. Deshalb zeichnen viele der Reportagen aus der Weimarer Zeit ein realistisches Bild jener Epoche und tragen gerade dadurch zum Verständnis des folgenden bei. Welche geschichtswissenschaftliche Abhandlung vermöchte die Voraussetzungen des Nationalsozialismus derartig sensibel zu schildern wie Fred Franks Skizze von

„Fricks Weimar“? Die Hitler-Bewegung als Bewegung der Jugend, als Protest gegen „gehässig-kleinliche Gymnasialpauker“ – nicht das gesamte Bild, und doch ein wichtiger Strich des Gesamtgemäldes.

Der Weg aber ging ins nationalsozialistische Deutschland, in eine gesplattene Wirklichkeit der Konzentrationslager und des „normalen Lebens“. Berichte über wilde Konzentrationslager, den Terror der ersten Stunde, das lähmende Erschrecken (etwa in Liepmanns Schilderung „Hamburg in der Nacht des Reichstagsbrandes“), über den „Vorhof der Hölle“ gehören zu den Reportagen höchster Authentizität. In dieser Zeit gab es nur wenig zu bewegen, hier galt es zu erinnern an ein Unrecht, das durch nazistische Apologeten (die auch zu Wort kommen) verkleistert zu werden drohte.

Man vergleiche Texte der Verherrlichung nationalsozialistischer Herrschaft mit jenen Schilderungen über Buchenwald, Sachsenhausen, den Todesmarsch von Brünn. Der Reporter als Betroffener, als Leidender, als jemand, der über seine Erlebnisse, seine Ängste, seine Wut und seine Hoffnungen berichtet.

Und immer wieder Sozialdemokraten, die sich mühsam zu behaupten suchen. „Wo ist Auer?“, fragte die Wachmannschaft, so wie sie nach jedem anderen fragen konnte, den allein noch die Solidarität seiner gequälten Genossen schützte. Von dieser Herrschaft konnte keine Faszination ausgehen, selbst nicht, wenn „Bückeburg“, die „Maifeier in der Bauernstube“ oder deutsche Arbeiter in Madeira (Biallas) den Nationalsozialismus zelebrierten und verkärten.

Gegen derartige Korruptionsversuche behauptete sich die politische Solidarität und nicht zuletzt die sozialdemokratische Identität.

Die Parteigeschichte sollte ihre Veteranen befragen, solange sie noch Auskunft geben können, um die „Sozialreportagen“ zu überprüfen, zu korrigieren und zu ergänzen. Den überreichen Schatz der Sammlung Kürbisch erschlossen, für die Ausbildung eines sozialdemokratischen Geschichtsbewußtseins bereitgestellt zu haben, an dem es offensichtlich mangelt, ist ein Verdienst des Dietz-Verlages, der Bestandteil der sozialdemokratischen Tradition ist.

Der alltägliche Faschismus.
Frauen im Dritten Reich, Verlag
J.H.W. Dietz, Berlin und Bonn
1981, 221 S., DM 22,-.

Geschichte des Alltags stellt sich jedoch nicht nur in der schriftlichen, sondern auch in der mündlichen Überlieferung dar. Mündliche Tradierung steht für den Traum des Historikers, seine Zeugnisse und Quellen selbst zu erfragen und damit über vergangene Lebensbereiche Aufschluß zu erhalten, die in schriftlicher Form kaum oder gar nicht überliefert sind. Aber es geht zugleich um mehr als um die Anfüllung von Forschungslücken: Es geht um die Erhellung des „kollektiven Gedächtnisses“ einer Gruppe, die sich vor allem durch Solidarität, also durch soziale Beziehungen, von ihrer feindlichen Umwelt abschloß, ihr dabei zwar ausgeliefert war, aber doch auch in ihr bestand und überstand.

Das „kollektive Gedächtnis“ existiert so nicht als „ideelles Gesamtgedächtnis“, sondern als Summe von Einzelerinnerungen, die sich überschneiden und ver-

binden, sich zu ihrer Subjektivität bekennen und dennoch einen Beitrag zu einem entsubjektivierteren Bild der Geschichte leisten. Die von Charles Schüddekopf zusammengestellten Berichte und – mehr noch – Interviews lassen jene Hälfte der Bevölkerung ins Blickfeld treten, die häufig nur Objekt der Geschichte war: die Frauen, von den Nationalsozialisten weitgehend auf Aufzucht des Nachwuchses ausgerichtet, eingeengt, häufig entindividualisiert – zumindest scheint es so, wenn man sich mit nationalsozialistischen Rassen- und Volkstumsideologien beschäftigt.

Neun Aufsätze von Frauen, zur guten Hälfte durch Gespräche dem Vergessen entrissen, machen deutlich, wie es den Frauen erging, wie sie ihren alltäglichen Nationalsozialismus erlebten, wie sie seine Zumutungen und Verletzungen, seine Angriffe auf die menschliche Würde im kleinen Einerlei und im würgenden Griff bewältigten, wie sie ihn empfanden und schließlich in ihre Lebensgeschichte integrierten. Weit entfernt von der den Alltag häufig verstellenden Faschismustheorie wird alltägliche Lebensgeschichte im Gespräch und in der Reflexion offengelegt, nicht aber eine neue Heldengeschichte im Stil des „Roten Großvaters, der erzählt“, gewirkt. Die Wirklichkeit des Dritten Reiches wird sichtbar, jenes Gewirr von Anpassung und Verweigerung, von Mitmachen und Widerstand, von Unverständnis und Gleichgültigkeit – und gerade durch die grelle Ausleuchtung von Verhaltensformen und auch Haltungen wird der Bogen in unsere Gegenwart, bis zu unserem Verhalten, geschlagen.

„Ich wollte nicht auffallen“, stellte Anne Kienast fest. So lag immer Hitlers „Mein Kampf“ auf dem Wohnzimmertisch. In der Schublade lagen freilich Gewerkschafts- und SPD-Parteibuch. Ihr Chef „trug auch die Nazibrosche“, aber bis heute ist unklar, ob er ein überzeugter Nazi war. In ihrem „normalen Arbeits- und Alltagsleben“ blieb freilich für die ehemaligen Genossen aus dem Reichsbanner Platz, und große Hoffnungen richteten sich darauf, „daß das freiheitliche Denken nicht wieder verloren ging“. Aus Erfahrung wurde so eine Verpflichtung für die Zukunft, entsteht die Motivation für die Arbeit an der zweiten deutschen Demokratie. In Gerda Zorns fotografisch genauem Bericht wird der alltägliche Faschismus sichtbar, wird aber zugleich deutlich, warum sich viele Deutsche trotz des Schreckens der Endkämpfe „befreit“ fühlten: Die Zeit der Doppelrolle, der behaupteten Identität und der deponierten, aber verlogenen Übereinstimmung war vorüber.

Beeindruckend aber auch die Berichte der anderen Seite, über die Bequemen, die Schwachen und die Verblendeten. Heike Mundzeck gelingt es, Renate Finckh zum Reden zu bringen und zumindest ihre Beweggründe für die Parteinahme zugunsten der NS-Bewegung selbstkritisch darzulegen, nicht um sich zu rechtfertigen, sondern um aufzuklären und ihren Kindern das zu späte „fürchterliche Erkennen“ zu ersparen.

Diese Schicksale machen den Spannungsbogen sichtbar, der nach 1933 entstand, als die SPD, die oft „Heimat“ bedeutete (Irma Keilhack), ihr organisatorisches Rückgrat verlor und damit ihren Mitgliedern den Rückhalt nahm,

als Indoktrination (Anne-Marie Fabian) die Politik ersetzte, als unauslöschliche Ängste sich zum Alpdruck verdichteten, der kaum mehr wich (Marta Damkowsk), durch Demagogie verstärkt wurde (Ilse Strasser) und nur durch die alltägliche Entlastung, durch Familie und Beruf überspielt werden konnte. Jeder wurde zum Überlebenskünstler, wie Inge Stoltens Lebensweg illustriert, stand damit in der Gefahr, Rädchen des Ganzen zu werden und schuf zugleich die Voraussetzung für den Neuaufbau der Nachkriegsdemokratie.

Der Sammelband über den „Alltäglichen Faschismus“, der Bericht über Frauenschicksale, gehört sicherlich zum besten, was die alltagsgeschichtliche Besinnung der modernen Geschichtswissenschaft hervorgebracht hat. Er erinnert an die Geschichte des Leidens, der Unterdrückung, an die Nischen des Systems, die ein Überleben unter Bewahrung der politischen und kulturellen sozialdemokratischen Identität ermöglichten. Er erinnert daran, daß die Geschichte der Sozialdemokratie zwischen 1933 und 1945 nicht allein im Exil gestaltet wurde, sondern daß trotz Diffamierung, Auskreislung und Unterdrückung ein sozialdemokratischer „Bodensatz“ bestand, der in die Gesamtgeschichte der Partei zu integrieren ist und zu weiten Teilen erst die Rolle erklären kann, die sie beim Ausbau eines sozialen Rechtsstaats nach 1945 spielte.

Daß der Prozeß einer Bewältigung der Vergangenheit durch ihre Veränderung bis in die Gegenwart andauert (und auch in der Zukunft andauern wird), verdeutlicht der abschließende Band jener Trilogie von Sozialreportagen, die bei Dietz erschienen sind.

Friedrich G. Kürbisch, Hrsg.,
Erkundungen in einem unbekann-
ten Land. Sozialreportagen von
1945 bis heute, Verlag J.H.W.
Dietz, Berlin und Bonn 1981,
218 S., DM 19,80

Hier wird an die Zumutungen der Gegenwart erinnert, werden aber auch Fragen nach der Verwirklichung der Vorstellungen gestellt, die unter dem Nationalsozialismus entwickelt wurden. Die einzelnen Beiträge, in der Regel aus der Feder kundiger und sensibler Journalisten, verkörpern einen neuen Typ der Sozialreportage und zielen unmittelbar auf Veränderung durch den Appell an die beschriebenen und unmittelbar angesprochenen sozialen Gruppen. Sie sprechen Stationen der Lebensgeschichte vieler an; der Vertriebenen, der Flüchtlinge, der durch die Kriegsabläufe Vereinsamten, der „Sozialfälle“ und der Minderbemittelten, die in der Wirtschaftswunderphase ihre „Integrationsprobleme“ hatten, auf die Eingewessenen, Statusbewußten stießen und sich nur durch Opfer (wie viele Studenten, vgl. Guggomos) „etablieren“ konnten. „Sozialreportagen sind unangenehm“, schreibt Kürbisch an einer Stelle, nicht nur, weil sie den „nackten Alltag, die erbarmungslose Härte der Arbeit“ zeigen, sondern weil sie uns, je näher die Gegenwart in den Analysen rückt, zur Stellungnahme auffordern. Und dies ist vielleicht das Bedrängendste an der uns zeitlich nächsten Anthologie: Die Lebensverhältnisse, die dort beschrieben werden, haben wir alle wenn nicht gestaltet, so doch hingenommen – die messerscharf seziierte Wirklichkeit findet uns alle auf der „anderen Seite“, die wir es besser haben, und sie

klagt uns an, die wir die Verbesserung nicht energisch genug betreiben wollten. Kürbisch spricht von der „nicht immer verständigen und alles richtig auslotenden Administration“ – wer aber stand hinter ihr? Sozialreportagen sind nicht nur „unangenehm“, sie wollen auch Unruhe stiften und zum Nachdenken anregen. Wie ist denn jene Wirklichkeit zu gestalten, der sich wiederum Menschen ausgesetzt sehen, die sie nicht allein bewältigen können, die zu mildern aber auch politische Schwierigkeiten macht, denn Handlungsspielräume sind eingeengt worden und ein großer Teil des „Kuchens“ scheint verteilt. Die Unruhe wird sich deshalb auf die Formulierung von Prämissen und Prioritäten konzentrieren – kalte Worte, die in ihren Konsequenzen mit Hilfe von Sozialreportagen sinnlich anschaulich gemacht werden können.

Sozialreportagen sensibilisieren – sowohl für die Wirklichkeit der Vergangenheit wie für jene der Gegenwart. Der mehrbändige Zyklus des Dietz-Verlags erlaubt keine Flucht in die antiquarisch gedachte Historie – er erinnert an die Veränderbarkeit der Welt, nicht in und durch utopische Entwürfe, sondern in hautnahe Kontakt mit der Realität selbst. Die Wirklichkeit kann durch die Fülle der Zeugnisse erobert werden. Eroberung bedeutete für die Sozialdemokratie aber auch stets Gestaltung, so unzulänglich dies auch oftmals gelang, so schwer viele Rückschläge auch waren.

Die Sammelbände des Dietz-Verlages belegen, daß sich die sozialdemokratische Parteigeschichte in der Erweiterung befindet. Niemand werfe ihr mehr Organisationsorientierung und

Programminteresse vor: Sie hat längst das Einzelschicksal des kleinen Parteimitglieds entdeckt. Diese hautnahe Geschichte wird ihren Eindruck auf jüngere Parteimitglieder kaum verfehlen. Sie wird aber auch ältere Sozialdemokraten an ihre politische Lebensgeschichte erinnern. Nicht zuletzt aber weist sie auf die Ziele sozialdemokratischer Politik hin: weniger programmatisch und theoretisch reflektiert, als selbstverständlich in die Geschichte der Partei und der Menschen integriert, für die Sozialdemokraten in ihrer langen Geschichte wirkten.

Peter Steinbach

Machtwechsel
von Arnulf Baring
Deutsche Verlagsanstalt,
Stuttgart 1982,
832 S., DM 42,-

„Machtwechsel“ – das ist ein elektrisierendes Wort im politischen Klima dieser Tage. Noch dazu als Titel einer Neuerscheinung, die Brisanz verspricht: Ein Historiker befaßt sich mit dem fast noch gegenwärtigen Anfangsstadium der sozialliberalen Koalition in Bonn, mit der jüngeren Vergangenheit ihrer nach wie vor agierenden, führenden Persönlichkeiten. Einer Neuerscheinung überdies, die (was gibt es doch für Zufälle) das Licht der Welt auf der Schwelle des Münchner SPD-Parteitages erblickt und sich damit eine Vorstoß-Aufregung gesichert hat, die dem Verlag wohl recht sein konnte, die sich jedoch am Ende von der Substanz her nicht rechtfertigt.

Um es vorweg zu nehmen: Der Achthundertseiten-Wälzer des Berliner Professors der Geschichtswissenschaften Arnulf Baring ist keine geschichtswissenschaftliche, eigentlich überhaupt keine wissenschaftliche Arbeit. Es ist eine Kompilation von überwiegend Sekundär- und Tertiärmaterial, das nicht analysiert und weithin nicht einmal kommentiert wird. Es liest sich flott – schon deshalb, weil über weite Strecken hin der „Spiegel“-Stil unverkennbar durchschlägt. Abschnitte, deren Text auf Akten oder amtlichen Dokumenten beruht, etwa die Darstellung der Verhandlungen über den Moskauer Vertrag oder über den Grundvertrag mit der DDR, unterscheiden sich in Ton und Stil krass vom übrigen journalistischen Rankenwerk, das der

Autor, gestützt auch auf die Fleißarbeit studentischer Mitarbeiter in Pressearchiven, aus getrockneten Blättern zum geschmeidigen Ganzen geflochten hat.

Barings Bild der Ära Brandt/Scheel von 1969 bis zum Rücktritt des Bundeskanzlers Brandt 1974 ergibt sich überwiegend aus der damals veröffentlichten Meinung des „Spiegel“, der „Zeit“, der „Frankfurter Rundschau“, der „Süddeutschen Zeitung“, der „Welt“, der „Frankfurter Allgemeinen“, des „Rheinischen Merkur“, des Berliner „Telegraf“ (einmal kommt sogar der „Vorwärts“ vor) und immer wieder des „Spiegel“. Dabei schlüpfen dann auch schon einmal Sprachschludereien durch („eine viel naheliegendere Erklärung“), dies wachsende Übel des Tagesjournalismus, vor allem aber immer wieder jene öden journalistischen Banalitäten, die man schon bei der täglichen Zeitungspflichtlektüre kaum noch ertragen kann: „Falls alles so kam, wie Scheel sich das dachte, dann konnte er seinen eigenen Leuten wie ein unverhoffter Nikolaus – schließlich schrieb man September – über Nacht das blankpolierte Prestigeschild einer respektablen Regierungspartei präsentieren und viele schöne Posten anbieten.“ Auch so manches längst Totgerittene feiert hier fröhliche Urständ: „Der Genosse Trend, der den Sozialdemokraten seit Ende der fünfziger Jahre treu zur Seite gestanden ... hatte, war nach Brandts Triumph vom 19. November 1972 offenbar müde geworden.“

In seinen „Vorbemerkungen“ weist Baring auf die Quellen hin, aus denen er schöpfen und aus denen er auch nicht schöpfen durfte. Und dabei sagt er etwas

allzu beiläufig: „Erstauslich viel steht übrigens auch in Zeitungen und Zeitschriften ... Wenn man Zeitungen ... systematisch und vergleichend auswertet, dann liefert eine solche Analyse das Rückgrat jeder zeitgeschichtlichen Darstellung.“ Solche Apologetik ist wohl der Versuch, aus der Not (der Quellenlage) eine Tugend zu machen, doch sei der Zweifel an der Legitimität dieses Versuchs gestattet. Wie problematisch eine so „fundierte“ Darstellung ist, deutet Baring selbst an, wenn er im Zusammenhang mit der Richtungsdiskussion in der SPD meint: „Aber in der Presse wurde oft gewaltig übertrieben oder vorschnell verallgemeinert.“ Die Problematik des weniger auf Wahrheit denn auf Sensation erpichten Aktualitätsjournalismus und die Wechselwirkung zwischen Politik und politischem Tendenzjournalismus in der öffentlichen Meinung dürften dem Verfasser nicht unbekannt sein. Trotzdem (oder vielleicht eben deshalb?) hat er sich in seiner Darstellung sehr weitgehend auf dieses „Rückgrat“ gestützt und in auffälliger Weise eigener Wertungen oder Schlußfolgerungen enthalten. Womit sein Achthundertseitenwerk als beachtliche Ausbeute des dreijährigen Fleißes zeitgeschichtlicher Jäger und Sammler, nicht aber als gültige historische Darstellung der Ära Brandt/Scheel zu betrachten ist.

Dieses Vorzeichen stets im Sinn, findet man im „Machtwechsel“ durchaus fesselnde Lektüre und – einschließlich der „Kommentierten Bibliographie“ im Anhang – ein zwar nicht vollständiges, aber auch nicht politisch einseitiges Nachschlagewerk. Bemerkenswert vorurteilsfrei und „ausgewogen“ ist bei-

spielsweise die Darstellung der Jugendrevolte von 1968, der APO, der alternativen und extremistischen Strömungen und des Terrorismus der Baader-Meinhof-Gruppe sowie der politischen Reaktion darauf; Baring benutzt hier Publikationen, die von Akten des Bundeskriminalamtes bis zu Texten von Bommi Baumann und Ulrike Meinhof reichen.

Alles in allem bringt das Buch dem Leser, der jene Zeit (sie ging ja schließlich erst vor acht Jahren zu Ende) politisch bewußt miterlebt hat, keine neuen Erkenntnisse. Es frischt Erinnerungen auf, läßt manchen Ärger von damals, manche Kontroverse die man ausgetragen hat, wieder aufleben. Aber es ist, entgegen mancher Vorab-Befürchtung, nicht „brisant“ in dem Sinne, daß es Stoff für neuen Ärger oder erneuerte Kontroversen liefern könnte. Es legt nicht einmal nahe, irgendwelche Parallelen zwischen der Ära Brandt/Scheel und der jetzigen Koalition oder etwa Lehren aus dem Ende der einen für das Schicksal der zweiten sozialliberalen Regierung zu ziehen. Wie gesagt – das Buch ist eine Sammlung von Meinungen und Materialien aus jenen Jahren und verzichtet auf Analyse, Wertung und Schlußfolgerung.

Wenn Baring wertet, dann betrifft es vor allem einzelne Persönlichkeiten. Nach der Lektüre des „Machtwechsels“ bleiben einige wenige herausragende Charakterporträts im Gedächtnis haften: Neben Egon Bahr, dem rundum uneingeschränkte Hochachtung zuteil wird, sind es vor allem Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner. Helmut Schmidt kommt sehr schlecht dabei weg – wofür Ba-

ring sich in den Vorbemerkungen so entschuldigt: „Von den eigenen politischen Freunden rückt man ein wenig ab, steht ihnen fortan eher kritisch gegenüber – eben unparteiisch. (Das hat mich beispielsweise gezwungen, Helmut Schmidt, den ich nach 1974, als Bundeskanzler, bewundern gelernt habe, angesichts seines drängenden Ehrgeizes während der vorausgegangenen Ära Brandt, meiner Berichtszeit, mit sicherlich spürbarer Reserve zu schildern).“ Für sein Bild von Willy Brandt hat Baring lückenlos alles zusammengetragen, was je in diese historische Persönlichkeit hineininterpretiert und hineingesponnen worden ist, bis hin zum abgegriffensten Klischee; der Historiker, der hier die Elemente richtig zu gewichten weiß, muß erst noch kommen. Und was Herbert Wehner betrifft, so kann Baring diesen Namen kaum je ohne wichtige Adjektive nennen. Es lohnt sich, eine kleine Auswahl davon aufzulisten: „Der stets vorsichtige, panisch furchtsame Wehner“, dieser „spannungsreiche, auch religiös selbstquälerische Mensch, der gleichzeitig sein Leiden an der Welt auch genießt, ohne das natürlich je zuzugeben, ja vielleicht, ohne es selbst zu wissen“, der „bissige“, der „schroff abweisende und gleichzeitig zartbesaitete, gefühlsstarke“, der „listige, taktisch erfahrene“, der „immer sorgenvolle“ Herbert Wehner, der „rackert“ in „asketischer Selbstdisziplin“, „einzelgängerisch“, „angetrieben, umgetrieben nur von einer maßlosen politischen Leidenschaft“ in „sozialdemokratischem Sendungsbewußtsein“ und einem „Bescheidenheitskomplex“, der auch „neurotische Züge“ trägt, Wehner der „mürrisch“, „im

Kommandoton“, „in Kürzeln, fast verschlüsselt“ redet, den „sein Temperament, sein Instinkt“ „fortreiben“, der sich für die deutsche Sozialdemokratie „in die Pflicht der Treue nimmt“... und so fort und fort, über achthundert Seiten hinweg. Es hat schon etwas Erstaunliches, daß dies alles der Feder eines renommierten Professors entfließen soll.

Erstaunlich ist noch ein weiteres: Der Persönlichkeit von Walter Scheel gewinnt Baring keinerlei Konturen ab, über ihn erfährt der Leser nicht viel mehr, als er schon wußte, nämlich daß Scheel eine rheinische Frohnatur ist. Und dabei war es doch Walter Scheel, der Bundespräsident, der sich den Professor Baring 1976 holte, der ihn drei Jahre lang im Palmenhaus der Villa Hammer Schmidt wohnen und arbeiten ließ, der ihm seinen präsidentalen Nahbereich und viele wichtige Türen öffnete und das langsame Werden des Auftragswerkes in persönlichen Zwiesgesprächen wohlwollend begleitete. Das sind Arbeitsbedingungen, von denen Autoren im allgemeinen träumen. Man möge mir verzeihen, aber für die vorliegenden achthundert Seiten scheint mir ein Dreijahresaufwand dieser Art eine Fehlinvestition. Ob wohl der Auftraggeber, Mentor und Finanzier dieses Unternehmens mit dem mehr quantitativ als qualitativ gewichtigen Ergebnis zufrieden ist?

Barbara Bortfeldt